SITZUNGSBERICHTE DER LEIBNIZ-SOZIETÄT

Band 76 • Jahrgang 2005

trafo Verlag Berlin

ISSN 0947-5850 ISBN 3-89626-517-2

Inhalt

- 01 Jörg Roesler: Die deutsche Währungsunion in Politik und Ökonomie. Eine Analyse der Motive für den Schritt in die Wirtschaftskatastrophe
- 02 Klaus Steinitz: Die Entwicklung der öffentlichen Schulden in Deutschland Faktoren und Wirkungen
- 03 Fritz Vilmar: Eine andere Moderne. Zur sozialphilosophischen Würdigung der Malerei der DDR
- 04 Ruth Reiher/Wolfdietrich Hartung: "Vorwärts und nichts vergessen." Zur Sprache in der DDR
- 05 Stefan Bollinger: Der "Richta-Report" Vergessene marxistische Alternativen in Zeiten der Produktivkraftrevolution
- 06 Herbert Hörz: Zivilisation und Kultur. Bemerkungen zum Vortrag von Stefan Bollinger
- 07 Klaus Mylius: Krishna und Marx. Neue Forschungen zur Bhagavadgītā
- 08 Klaus Mylius: Für Freiheit und Kollegialität in der indologischen Forschung!
- 09 Siegfried Wollgast: Zur Frühaufklärung im deutschen Katholizismus
- 10 Friedbert Ficker: Gerhard Bersu und die vorgeschichtliche Hausforschung. Zum 40. Todestag des Wissenschaftlers

Rezensionen

- 11 Herbert Hörz: Konfrontation oder Kooperation? Georg Knepler, Macht ohne Herrschaft. Die Realisierung einer Möglichkeit
- 12 Friedbert Ficker: Ditte Bandini-König, Die Felsbildstation Thalpan, I, Kataloge der Chilas-Brücke und Thalpan
- 13 Friedbert Ficker: Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhaussen (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte Südosteuropas

Die deutsche Währungsunion in Politik und Ökonomie. Eine Analyse der Motive für den Schritt in die Wirtschaftskatastrophe

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 14.4.2005

Die Bedeutung der Währungsunion für die ostdeutsche Wirtschaftsgeschichte

Am 1. Juli 1990 wurden zwei zuvor zwischen den Regierungen de Maizière und Kohl vereinbarte und durch die Parlamente von DDR und BRD mehrheitlich gebilligte Entscheidungen wirksam: Die Währungsunion und die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft durch die Treuhand.

In der Erinnerung der Ostdeutschen ist die Einschätzung beider Maßnahmen höchst unterschiedlich: Mit der Währungsunion hätte jeder etwas Wichtiges bekommen ("Westgeld statt Alu-Chips"). Durch die Treuhandanstalt dagegen hätten viele etwas Wichtiges verloren – den Arbeitsplatz.

Unter Wirtschaftswissenschaftlern ist das Urteil zu beiden Maßnahmen mehrheitlich negativ, wenn auch Unterschiede in der Gewichtung gemacht werden. Wilhelm Hankel nannte in seinem 1993 erschienen Buch "Die sieben Todsünden der Vereinigung" die Währungsunion an erster Stelle. Er schrieb: "Nachdem die Bundesregierung bewusst einen Aufwertungsschock herbeigeführt hat, in dem sie die DM nicht zu einem Umtauschsatz von 1:4 oder 1:5, wie es der Marktbewertung ungefähr entsprochen hätte, einführte, sondern zu dem "unrealistischen" Satz von 1:1,8 (im gewogenen Durchschnitt aller Geldaktiva und -passiva), darf sie sich nicht wundern, wenn statt des erhoften Wirtschaftswunders das Gegenteil eintritt – eine Wirtschaftskatastrophe."

Wilhelm Hankel: Die sieben Todsünden der Vereinigung. Wege aus dem Wirtschaftsdesaster, Berlin 1993, S. 22. Rein von der Kaufkraft der Mark der DDR für den Verbraucher betrachtet, entsprach der Umtauschsatz mehr oder weniger den Realitäten, wie wiederholte Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für die 80er Jahre nachgewiesen haben (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn 1987, S. 507).

Wie diese Wirtschaftskatastrophe zustande kam, hat ein anderer Ökonom, Paul Windolf, kurz und knapp so geschildert: "Ende der 80er Jahre hatten die westdeutschen Konzerne beträchtliche Überkapazitäten, ... die ... nach 1989 unmittelbar für den Export nach Ostdeutschland mobilisiert werden konnten. Die Transportwege nach Ostdeutschland waren kurz, und da [...] die gesamte ostdeutsche Bevölkerung westdeutsches (Werbe-)Fernsehen empfangen hatte, waren die westdeutschen Markennamen in Ostdeutschland bereits vor 1989 eingeführt. Innerhalb kürzester Zeit wurde der ostdeutsche Markt, der (auch) durch Zölle nicht mehr geschützt werden konnte, von westdeutschen Waren überschwemmt. Dieser unerwartete Absatzschub führte in Westdeutschland zum Wiedervereinigungsboom, in Ostdeutschland zu beschleunigter Deindustrialiserung: Die ostdeutschen Betriebe verloren selbst ihre regionalen Märkte an westdeutsche Konzerne."²

Die Treuhandanstalt bezeichnete Hankel in seinem Buch als "Agent der unschöpferischen Zerstörung" und nannte sie in dem von ihm aufgestellten Sündenregister an dritter Stelle.³

Mit Hankels Meinung ist hier die einer Autorität wiedergegeben. Er gilt als Spezialist für Währungs- und Entwicklungspolitik, lehrte u. a. in Harvard und in der Georgetown University, leitete unter Karl Schiller die Abteilung Geld und Kredit im Bonner Wirtschaftsministerium und hat also in seinem Berufsleben sowohl als Wirtschaftstheoretiker als auch als Wirtschaftsfunktionär Erfahrungen gesammelt.

Hankels Analyse ist jedoch – wen wundert das schon – von den Politikern nicht akzeptiert worden. Zeitgenössische Einschätzungen der Währungsunion konzentrierten sich auf die finanztechnische Seite. Es habe eine "reibungslose Ablösung der Ost-Mark-Währung" gegeben. Das sei "vor allem der generalstabsmäßig perfekten Planung dieser Aktion und der bewundernswerten Disziplin der ostdeutschen Bevölkerung zu verdanken".⁴

Später, als nicht mehr zu leugnen war, dass die Einführung der DM in der DDR mit einem Produktionseinbruch in Ostdeutschland einherging, der den Niedergang der deutschen Industrie in der Weltwirtschaftskrise noch übertraf – bis Ende 1990 schrumpfte die Industrieproduktion um 60 Prozent⁵ –, als die

² Paul Windolf, Die wirtschaftliche Transformation, in: Wolfgang Schluchter/Peter E. Quint (Hrsg.): Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach, Weilerswist 2001, S. 397.

³ Wie Anm. 1, S. 42.

⁴ Hannsjörg F. Buck: Von der staatlichen Kommandowirtschaft der DDR zur Sozialen Marktwirtschaft des vereinten Deutschland. Sozialistische Hypotheken, Transformationsprobleme, Aufschwungchancen, Düsseldorf 1991, S. 33.

⁵ Klaus-Peter Schmid: Die späte Rechnung, in: Die Zeit 46/2004, S. 27.

mit der Einführung der Marktwirtschaft versprochenen "blühenden Landschaften" nicht zustande kamen, wurde seitens der Politiker, die 1990 die Verantwortung für den Einigungsprozess getragen hatten, die Argumentation entwickelt, dass die Währungsunion nur sichtbar gemacht habe, was durch sozialistische Misswirtschaft entstanden und von den DDR-Behörden verschleiert worden sei. "Die DDR", so verkündete ihr letzter Ministerpräsident de Maizière auf einer Diskussionsveranstaltung zum 10. Jahrestag der "Wende" 1999, sei "letztlich wirtschaftlich am Ende gewesen". Dass das im ersten Halbjahr 1990 noch keiner gemerkt hatte, sei darauf zurückzuführen, dass bis dahin "die westlichen (Wirtschafts-) Institute die Statistischen Jahrbücher DDR abgeschrieben haben und diese für richtig hielten". Die Deindustrialisierung des Ostens sei nicht das Werk der BRD, sondern das der DDR selbst gewesen, denn, so noch einmal de Maizière: "Unsere Volkswirtschaft befand sich 1990 weitgehend auf dem Stand von 1950."

Sieht man von diesen, in der bundesdeutschen Publizistik allerdings weit verbreiteten Rechtfertigungsversuchen⁹ für die Folgen der Währungsunion und das Wirken der Treuhandanstalt einmal ab, dann stellt sich die Frage, warum ein Schritt mit derart zerstörerischer Wirkung unternommen wurde, oder noch allgemeiner gefragt: Wie konnte es zu diesem folgenreichen Schritt gleich am Anfang des Vereinigungsprozesses und mit einem ökonomisch nicht begründbaren Umtauschverhältnis kommen?

Dabei ist es zweckmäßig, die eine Frage in drei aufzuspalten:

- Warum sollte der Einigungsprozess überhaupt mit einer Währungsunion beginnen?
- Warum sollte mit der Währungsunion so rasch wie möglich begonnen werden?
- Warum wurde der Umtauschkurs so (1:1 bzw. 1: 1,8) und nicht anders festgelegt?

⁶ So Bundeskanzler Kohl am 18. Mai 1990 in Bonn anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Währungsunion (Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Erklärungen und Dokumente, Bonn 1990, S. 9).

⁷ Revolution oder Implosion? Der Streit um die Bewertung der Wende im Herbst 1989. Materialien einer Diskussionsveranstaltung des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. Februar 1999, Berlin 1999, S. 9, 11.

⁸ Zitiert in Harry Nick: Die DDR auf Null gebracht, in: Neues Deutschland (ND) v. 8.10.2004.

⁹ Zur kritischen Auseinandersetzung mit ihnen vgl. Karl Mai: Kritischer Rück- und Ausblick nach 13 Jahren deutscher Vereinigung – Ostdeutsche Strukturschwächen und ihre ökonomischen Folgen, in: Helmut Meier (Hrsg.): Uneinige Einheit. Der öffentliche Umgang mit Problemen der deutschen Einheit, Berlin 2005, S. 21–23.

Mit dem Versuch einer seriösen Antwort haben sich die Zeithistoriker inzwischen 15 Jahre lang herumgeschlagen. Sie haben es in zweierlei Hinsicht nicht leicht bei der Lösung dieser Aufgabe:

Erstens müssen sie gegen eine in anderthalb Jahrzehnten aufgebaute, von der Politik autorisierte Argumentation antreten, die inzwischen herrschende Meinung ist.

Zweitens sind im Unterschied zu den Stasiakten und den Archivunterlagen der Regierung Modrow bzw. des Runden Tisches die Akten, die eigentlich entscheidenden Akten der Bundesregierung, vor allem des Bundeskanzleramtes, noch gesperrt.

Im Folgenden will ich einen Überblick geben über die Antworten derjenigen, die das Zustandekommen der deutschen Einheit unter wirtschaftlichen Aspekten untersucht haben, und deren unterschiedliche Erklärungsmuster einer persönlichen Wertung unterziehen.

2. Auffassungen über die Motive zur Währungsunion

Die verbreitetsten Erklärungsmuster zu den Motiven, die zur Einführung der Währungsunion am 1.7.1990 und zum Umtauschsatz 1:1 – für Löhne, Gehälter, Stipendien, Mieten, Pachten und laufende Unterhaltszahlungen sowie für zwei Drittel der Ersparnisse – lassen sich wie folgt klassifizieren. ¹⁰

- 1. Gruppe: Politische Prozesse als Erklärungsmuster.
- 1.1 Machtpolitisches Kalkül innenpolitischer Aspekt.
- 1.2 Ergreifen einer historisch einmaligen zeitlich begrenzten Gelegenheit für die Wiedervereinigung außenpolitischer Aspekt.
- 1.3 Die rasche Währungsunion zum Umtauschsatz 1:1 als letzte Chance, politische Prozesse unter Kontrolle zu halten, als Ergebnis von Politiker-Panik.
- 2. Gruppe: Ökonomische Prozesse als Erklärungsmuster.
- 2.1 Vertrauen in ein bestimmtes ordnungspolitisches Konzept: das neoliberale.
- 2.2 Vertrauen in relevante wirtschaftspolitische Erfahrungen bzw. frühere Konzepte zur Einführung der DM in Ostdeutschland (Währungsreform 1948 bzw. die Pläne des Forschungsbeirats).
- 2.3 Die neuen Länder als willkommenes Experimentierfeld für die Beschleunigung der neoliberalen Wende in der Alt-BRD.
- 2.4 Die Entscheidung für das kleinere wirtschaftspolitische Übel.

¹⁰ Im Folgenden wird dieser Umtausch der Einfachheit halber als Umtausch 1:1 bezeichnet, so wie er von der großen Mehrheit der Bevölkerung gesehen wurde.

Als Akteur wird (mit Ausnahme von 1.3) stets nur die Bundesregierung behandelt. Das ist sicherlich eine Vereinfachung, aber keine, die die Situation im 1. Halbjahr 1990 verfälscht. Die Regierung Modrow und der Runde Tisch, die zwischen Mitte November 1989 und Ende Januar 1990, wenn auch unterschiedlich akzentuiert, für eine bessere und überlebensfähige DDR kämpften¹¹, waren im Februar/März 1990 vorrangig mit Versuchen beschäftigt, das, was sie als Errungenschaften der DDR schätzten, juristisch abzusichern. Charakteristisch sind dafür das Treuhandgesetz vom 1.3.1990¹² und das Gewerkschaftsgesetz vom 6.3. 1990¹³. In den letzten sechs Wochen vor den Märzwahlen betrachtete sie sich als Übergangsregierung. 14 Die ostdeutschen Wirtschaftswissenschaftler favorisierten den schrittweisen Übergang von der Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft der DDR. Sie verstummten allerdings nach den Märzwahlen 1990. 15 Unter der nachfolgenden Regierung de Maizière führte Staatsminister Günter Krause im Auftrage des Ministerpräsidenten die Verhandlungen mit der Bundesregierung. Der Chefunterhändler West, Wolfgang Schäuble, urteilte über den Chefunterhändler Ost: "Krause ließ nie den Drang verspüren, irgend etwas aus der alten DDR in das neue Deutschland retten zu wollen."¹⁶ Die größte Oppositionspartei der Bundesrepublik, die SPD, agierte in Fragen der Währungsunion uneinheitlich, so dass das Eintreten des SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine für eine Alternative "zur abrupten Einführung der DM in der DDR" wenig Wirkung zeitigte. 17

3. Kritik der Erklärungsmuster für die Motive zur Währungsunion

Ich werde dabei so vorgehen, dass ich frage: Was spricht für die jeweiligen Erklärungsmuster? Was spricht gegen sie? Zu welchen Erkenntnissen sind die Zeithistoriker bisher gekommen?

Seinen Niederschlag fand dieses Bemühen vor allem im Ende Januar vom Ministerrat verabschiedeten und Anfang Februar vom Runden Tisch gebilligten Wirtschaftsreformkonzept (Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR, Berlin 1990).

¹² Gesetzblatt (GBl.) der DDR I 1990, S. 110–111.

¹³ GBl. der DDR 1990, S. 107-108.

¹⁴ Hans Modrow im Interview mit Gabriele Oertel und Wolfgang Hübner, in: ND v. 13./14. 11. 2004, S. 3.

¹⁵ Vgl. Jörg Roesler: Letzte Ausfahrt Marktsozialismus? in: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004. S. 273–292.

¹⁶ Wolfgang Schäuble: Der Vertrag: Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S. 141.

¹⁷ Oskar Lafontaine: Das Herz schlägt links, München 1999, S. 17–23.

1.1 Das machtpolitische Kalkül

Meist nicht explizit angesprochen, ist es wohl der verbreitetsten Einschätzung der Währungsunion untergelegt: "Politisch war die Aktion ein Erfolg, ökonomisch eine Katastrophe"¹⁸. Diese Aussage impliziert, dass für den Veranstalter, d. h. die Bundesregierung, die politischen Folgen primär, die ökonomischen dagegen nur sekundär erschienen.

Für dieses Erklärungsmuster spricht:

Die Fortsetzung von Kohls bis dahin achtjähriger Kanzlerschaft, der Machterhalt für Kohl und seine Mannschaft war seit 1989 gefährdet. Es gab Gegenkräfte gegen seine Politik innerhalb der CDU. Auch die SPD-Opposition war unter Lafontaine erstarkt. Turnusmäßig waren Bundestagswahlen noch 1990 fällig. ¹⁹ Kohl musste deshalb *schnell* einen außerordentlichen Erfolg vorweisen können. Der Kanzler bekam im Dezember 1990 dann tatsächlich erst mit den Stimmen aus den neuen Bundesländern eine komfortable Mehrheit. ²⁰

Von den Zeithistorikern hat Fritz Vilmar die "Machtkalkül-Variante" wohl am prägnantesten beschrieben:

"Die Ursachen für das plötzliche Umschwenken der Regierung in Bezug auf die Währungsunion lagen also nicht etwa in ökonomischen Überlegungen, sondern wurden von politischen Erwägungen der Partei, die sich um ihren Machterhalt sorgte, bestimmt: … Es bleibt bei der Schlussfolgerung: Allein aus wahltaktischen Gründen wurden die noch kurz zuvor geltenden Vorbehalte und Stufenpläne (für die deutsche Einheit – J. R.) vom Tisch gewischt". ²¹

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Es existieren keine Belege in Form von Memoiren oder gar (vorab veröffentlichten) Primärquellen.

1.2 Ergreifen einer einmaligen Gelegenheit zur Wiedervereinigung ("window of opportunity")

Was spricht für dieses Erklärungsmuster:

¹⁸ Schmid: Die späte Rechnung, S. 27.

¹⁹ Vgl. Vierzig Jahre Deutscher Bundestag. Daten – Namen – Statistik (Deutscher Bundestag, Materialien, Nr. 105), August 1989.

²⁰ Arnulf Baring/Gregor Schöllgen: Kanzler, Krisen, Koalitionen, Berlin 2002, S. 230–238, 254–255.

²¹ Fritz Vilmar: Die übereilte Währungsunion: eine ökonomische Katastrophe, in: Ders. (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000. S. 149.

Die Erosion der Herrschaft von Gorbatschow/Schewardnadse begann bereits 1989²². Sie war gekennzeichnet durch sich drastisch verschlechternde ökonomische und soziale Bedingungen, ein Aufflammen von Nationalitätenstreitigkeiten und durch Forderungen einzelner Sowjetrepubliken bzw. Regionen nach Unabhängigkeit. Die Machterosion verstärkte sich im ersten Halbjahr 1990.²³ Darüber hinaus existierte in Moskau eine Gegenpartei. Sie umfasste neben den meisten "Germanisty", den Deutschlandspezialisten im Kreml²⁴, einen Teil der Militärs und des Sicherheitsapparates. Gorbatschow hatte Kohl gegenüber angemerkt, dass es im Falle einer deutschen Vereinigung "eine Zwei Zeilen-Meldung geben" werde, "dass ein Marschall meine Position übernommen hat".²⁵

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Die Haltung von Gorbatschow und Schewardnadse gegenüber der deutschen Einheit war nicht Ausdruck ihrer persönlichen Machtprobleme, sondern Ausdruck der Schwäche des sowjetischen Staates. Auch jede politisch anders ausgerichtete sowjetische Regierung, ob mit oder ohne Marschall an der Spitze, hätte nicht die politische Kraft gehabt, gegen den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik ein Veto einzulegen.²⁶

1.3 Zeitpunkt und Umtauschsatz der Währungsunion waren Resultat der Furcht der Regierenden vor einer drohenden Unregierbarkeit Ostdeutschlands

Dieses Erklärungsmuster hat Anhänger unter denjenigen, die sich mit Zeitgeschichte beschäftigen – nicht nur unter Polithistorikern, auch unter Linken und auch unter Angloamerikanern.

Es geht davon aus, dass auf die letzte DDR-Regierung und damit auch auf die Regierung Kohl seit April 1990 von der Straße erheblicher Druck ausgeübt wurde: Erstens hinsichtlich des Zeitpunktes der Währungsunion ("so bald wie möglich") und zweitens hinsichtlich der Umtauschrate ("1:1").

²² Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen, in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Bd. 3/2001, S. 15–18.

²³ Harald Modenhauer/Eva-Maria Stolberg: Chronik der UdSSR. Die wichtigsten Daten und Ereignisse im Überblick, München 1993, S. 233–250.

²⁴ Der Tagesspiegel v. 4.11. 2004.

²⁵ Manfred Görtemaker: Verhandlungen mit den Vier Mächten, in: Der Weg zur Einheit. Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre (Informationen zur politischen Bildung H. 260), Bonn 1996, S. 37.

²⁶ Lilija Schewzowa, Das neue Russland. Von Jelzin bis Putin, in: Hans-Hermann Höhmann/ Hans-Henning Schröder (Hrsg.): Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Bonn 2001, S. 29; Moldenhauer/Stolberg: Chronik der UdSSR, S. 250–263.

So vertritt der Brite Gareth Dale die Auffassung, dass dieser Druck bereits im Frühjahr 1990 zu spüren war: "Im Frühjahr 1990 verlangten die Deutschen lauthals eine rapide Verbesserung ihres Lebensstandards durch Einführung der DM. Nach einer Befragung vom 2. März 1990 befürworteten 91 % der Ostdeutschen eine rasche Währungsunion. Die Aussicht auf eine neue Migrationswelle und auf die damit verbundene Instabilität hat Kohl die Hand geführt. Die Währungsunion wurde im Juli Hals über Kopf eingeführt. Es handelte sich um eine Konzession, deren Ziel es war, die Proteste abflauen zu lassen und die Migration aus der DDR in die Bundesrepublik zu verringern."²⁷

Ähnlich urteilt auch Dales amerikanischer Kollege Charles S. Maier: "Kohl und seine Ratgeber beeilten sich, an der Spitze der Ereignisse zu bleiben, die sie ansonsten ihrer Kontrolle der Ereignisse hätten berauben können."²⁸

Auch Jan Priewe und Rudolf Hickel sind der Meinung, dass in der DDR im Frühjahr 1990 "die Bewegung "D-Mark jetzt!" übermächtig" wurde. 29 Konkreter Anlass für eine Verschärfung des Drucks von der Straße war nach Meinung der Autoren das Bekanntwerden eines vom Zentralbankrat der Bundesbank favorisierten Umtauschvorschlags von 2:1 in der DDR am 31. März 1990. 30 Sie schreiben: "Ausschließlich konzentriert auf den vorgeschlagenen Umstellungssatz 2:1 geriet die Festlegung der Startbedingungen für die Arbeits- und Sozialeinkommen über Nacht zu einem Politikum. Transparente mit der Forderung 1:1 bestimmten plötzlich die Demonstrationsszene in Ostdeutschland. Ein Generalstreik wurde angedroht. [...] Unter massiven Druck gesetzt, wurde schließlich im Staatsvertrag die Umstellung der Arbeits- und Sozialeinkommen im Verhältnis 1:1 festgesetzt. Der offizielle Umtauschkurs der DDR wurde jenseits der ökonomischen Realität politisch mit 1:1 festgelegt."31

Priewe und Hickel betonen, dass den Regierenden in DDR und BRD angesichts der Stimmung der Bevölkerung keine andere Wahl blieb. "Die be-

²⁷ Gareth Dale, Between State Capitalism and Globalisation: The Collapse of the East German Economy, Oxford 2004, S. 304–305.

²⁸ Charles S. Maier: Dissolution: The Crisis of Communism and the End of East Germany, Princeton 1997, S. 234.

²⁹ Jan Priewe/ Rudolf Hickel, Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt/Main 1992, S. 89.

³⁰ Hannes Bahrmann/Christoph Links, Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR, Berlin 1995, S. 181.

³¹ Priewe/ Hickel: Der Preis der Einheit, S. 96.

schlossenen Umtauschsätze waren zwar ökonomisch katastrophal, nur diese ließen sich jedoch politisch umsetzen."³²

Was spricht für dieses Erklärungsmuster?

Tatsächlich gingen nach Angaben des Generalsekretärs der DDR-CDU. Martin Kirchner, nur Stunden, nachdem der Umtauschsatz 2:1 durch eine Indiskretion bekannt geworden war, in der Zentrale in Berlin "zahlreiche Anrufe besorgter Bürger ein, in denen von Wahlbetrug die Rede war, da viele DDR-Bürger die CDU in der Hoffnung auf eine schnelle Wirtschafts- und Währungsunion und einen Umtauschkurs von eins zu eins gewählt hätten". 33 Am 5. April demonstrierten im Berliner Lustgarten über 100.000 Menschen gegen 2:1-Umtauschpläne. Dem Aufruf des FDGB zu dieser Kundgebung waren über 20 Parteien und Organisationen gefolgt. Zeitgleich fanden in allen 14 Bezirksstädten der DDR ähnliche Kundgebungen statt. 34 Am 8. April sah sich Helmut Kohl in einem Interview mit der Illustrierten "Bunte" veranlasst zu erklären, er werde sich für "die normalen Sparer um einen Umtauschkurs bemühen, der 1:1 beträgt". ³⁵ Wenige Tage zuvor hatte er noch der "Financial Times" versichert, Renten und Löhne würden zu einem weniger günstigen Kurs als 1:1 umgewandelt werden. ³⁶ Am 19. April 1990 versuchten die Wirtschaftsminister der DDR und der BRD, Pohl und Hausmann, in einer gemeinsamen Erklärung vor der Presse in Berlin, die 1:1 Regelung erneut in Frage zu stellen. ³⁷ Am 20. April akzeptierte die Bundesbank den Umtauschkurs 1:1 ".voll und ganz". 38 Zuvor hatte die FDGB-Vorsitzende Helga Mausch in einem Spiegel-Interview Streiks in der DDR nicht ausgeschlossen, wenn die DDR-Regierung den mit 2:1 geplanten Ausverkauf der DDR nicht verhindere. ³⁹ Kohl gab sein Versprechen und die Entscheidung der Bundesbank fiel in aller Eile noch bevor sich die neue DDR-Regierung überhaupt konstituiert hatte, und über einen Monat bevor am 18. Mai 1990 sich die beiden deutschen Regierungen auf einen gemeinsamen Text zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion geeinigt hatten.

Neben Demonstrationen und Streikdrohungen war es auch zu einem erneuten Ansteigen der Übersiedlerzahlen aus der DDR in die Bundesrepublik

³² Zeno Zimmerling/Sabine Zimmerling, Neue Chronik DDR, 6. Folge, Berlin 1990, S. 97.

³³ Berliner Zeitung v. 2.4.1990.

³⁴ Umschau, in: Deutschland Archiv 5/1990, S. 650.

³⁵ Zitiert in: Zimmerling/Zimmerling, Neue Chronik DDR, S. 56.

³⁶ Umschau, S. 650.

³⁷ Berliner Zeitung v. 20.4.1990.

³⁸ Zimmerling/Zimmerling, Neue Chronik DDR, S. 98.

³⁹ Ebenda, S. 56.

gekommen. Das ließ die Politik den immer häufiger von Demonstranten auf Plakaten mitgeführten Spruch "Kommt die DM, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr," sehr ernst nehmen. 40

Vieles spricht also dafür, dass die Entscheidung über Zeitpunkt und Umtauschkurs der Währungsunion nicht von den Regierenden verhandelt, sondern vom "Volk der DDR" diktiert wurde.

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Dagegen, dass man mit der Währungsunion den Vereinigungsprozess beginnen musste, spricht die sehr frühzeitige Entscheidung in Kohls Kabinett für eine Währungsunion. Diese fiel keinesfalls erst im April, als Kohl in einem Interview mit der Illustrierten "Bunte" versicherte, er wolle die Währungsunion bis zum Sommer 1990 verwirklichen. Eie fiel auch nicht am 17. April, als der Termin für die Währungsunion – 1.7.1990 – erstmals öffentlich genannt wurde, sondern bereits Anfang Februar 1990.

In einer Kabinettsvorlage, datiert vom 2. Feburar 1990 hieß es bereits: "Unmittelbar nach den Wahlen am 18. März sollten die Bundesrepublik Deutschland und die DDR eine Wirtschafts- und Währungsunion schaffen."⁴² Am 6. Februar 1990 war die Wirtschafts- und Währungsunion bereits Kabinettsbeschluss.⁴³

Anders als im Falle der Platzierung der Währungsunion an den Anfang des Einigungsprozesses scheint dagegen die Höhe des Umtauschsatzes (1:1 statt 1:2) mit Rücksicht auf die Straßenproteste im April zustande gekommen zu sein. Entscheidend für die verheerenden Auswirkungen der Währungsunion auf die ostdeutsche Wirtschaft war jedoch nicht der Umtauschsatz – schließlich ging es nicht um die Entscheidung zwischen dem ökonomisch gerechtfertigten Satz 1:4, sondern um die politisch motivierten Umtauschsätze 1:2 oder 1:1 –, sondern die mit der Währungsunion verbundene vollständige

⁴⁰ Bahrmann/Links, Chronik der Wende, S. 200; vgl. auch Schmid, Die späte Rechnung, S. 27.

⁴¹ Zimmerling/Zimmerling, Neue Chronik DDR, S. 56, 65.

⁴² Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 (Dokumente zur Deutschlandpolitik), München 1998, S. 751.

⁴³ Ebenda, S. 761. Die Entscheidung des Bundeskabinetts bedeutete noch nicht, dass sich die Öffentlichkeit oder – hier noch wichtiger – die großen Konzerne sofort von der Möglichkeit einer längerfristigen Stufenlösung verabschiedeten. Die Intensität, mit der von Seiten der westdeutschen Konzerne die ab Januar 1990 möglichen Joint-Venture-Projekte weiter vorangetrieben wurden, spricht dafür, dass sie erst nach den Märzwahlen auf das Anschluss-projekt der Bundesregierung voll einschwenkten (vgl. Jörg Roesler/Dagmar Semmelmann: "... ohne Energie geht gar nichts!". Die ostdeutsche Energiewirtschaft von den Kombinaten zur VFEAG (1980–2001), S. 83–86).

Öffnung des ostdeutschen Marktes, auf die Betriebe der DDR nicht vorbereitet waren und auch nicht vorbereitet sein konnten.

2. Gruppe: Ökonomische Prozesse als Erklärungsmuster

2.1 Vertrauen auf ein bestimmtes ordnungspolitisches Rezept: das neoliberale

Dafür spricht:

Kohl war promovierter Historiker, Schäuble, sein engster Vertrauter, den er Anfang Februar 1990 mit der Aufsicht über die Ausarbeitung der Wirtschafts- und Währungsunionskonzepte beauftragt hatte und der ab April 1990 die Einheitsverhandlungen mit der de Maizière-Regierung führte, promovierter Jurist: Sie mussten sich also bei Wirtschaftsexperten Rat suchen.

In den westlichen Industrieländern war zu diesem Zeitpunkt die neoliberale Theorie bereits die herrschende. Reagan und Thatcher hatten sie zur Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik gemacht. 1989 hatte diese Wirtschaftslehre in Form des Washington Consensus sozusagen ihre für die gesamte Welt gültige Formulierung erhalten. 44 Insofern war es nicht verwunderlich, wenn Kohl sich an einen neoliberalen Ökonomen um Rat wandte: Hans Willgerodt von der Universität Köln. Der lieferte bis März 1990 das gewünschte Gutachten. Dieses bekräftigte Kohls und Schäubles Vorstellungen, dass die Währungsunion in Kombination mit der Einführung der Marktwirtschaft in der DDR unbedingt ein Erfolg werden musste. "Nach Öffnung der Grenze [der DDR – J. R.] für den Freihandel mit der Bundesrepublik," hieß es in dem Gutachten, "werden zahlreiche bisher die Produktion beeinträchtigende Engpässe aufgesprengt, weil es nicht mehr zu Produktionsstörungen wegen fehlenden Materials oder ausgebliebener Zulieferungen kommen kann. Die Motivation zur Leistung wird wiederbelebt werden, sogar bevor irgendeine Hilfe aus der Bundesrepublik oder ein Kapitalbetrag zugeflossen ist. Das vervielfältigte Warensortiment und die zu erwartenden Preissenkungen bei höherwertigen technischen Verbrauchsgütern werden hierzu ebenso beitragen, wie die Gewinnmöglichkeit für Klein- und Mittelbetriebe, denen eine kaum übersehbare ungestillte Nachfrage gegenüber steht."⁴⁵

⁴⁴ Daniel Yergin/Joseph Stanislaw: Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts, Frankfurt/New York 1999, S. 325–326.

⁴⁵ Hans Willgerodt u.a.: Gutachten "Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands" (Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln), März 1990, S. 43–44.

Das konnte von den beiden Politikern nicht anders interpretiert werden, als: Lasst die frische Luft der Marktwirtschaft in die DDR. Alles andere wird der Markt schon selbst regeln.

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Das Willgerodtsche Gutachten war keineswegs das erste, das Kohl zum Thema Währungsunion in Händen hielt. Bereits Ende Januar 1990 hatte sich das offizielle Gutachtergremium der Bundesrepublik, der Sachverständigenrat, zur Frage der Währungsunion geäußert und sich zur "Krönungstheorie" bekannt. Die bedeutete: Der wirtschaftliche Einigungsprozess sollte sich in mehreren Stufen vollziehen, an deren Schluss, gewissermaßen als Krönung der wirtschaftlichen Einigungsmaßnahmen, eine einheitliche Währung steht. 46

Die "Wirtschaftsweisen" hatten nach Bekanntwerden des Beschlusses der Bundesregierung, den Einheitsprozess mit der Währungsunion einzuleiten, am 9.2.1990 an den Bundeskanzler geschrieben: "Wir halten die rasche Verwirklichung der Währungsunion für das falsche Mittel. … Die Währungsunion sollte nach unserer Auffassung nicht am Beginn stehen. … Eine Währungsunion, die sich nicht im Gleichschritt mit dem grundlegenden Umbau des Wirtschaftssystems in der DDR vollzieht, verursacht lediglich Kosten, ohne die wirtschaftlichen Aussichten für die Menschen [in der DDR – J. R.] auf eine tragfähigere, bessere Basis zu stellen".

Kohls Antwort am 16.2. vor dem Bundestag war eindeutig: "In einer solchen Situation geht es um mehr als um Ökonomie, wie wichtig Ökonomie auch ist". ⁴⁸ Es ging dem Kanzler – um es kurz zu fassen – um Politik.

Sehr wahrscheinlich ist, dass sich Kohl das Ökonomie-Gutachten von Willgerodt lediglich zur wirtschaftsideologischen Flankierung seiner politischen Absichten bestellte, nachdem ihm die offiziellen ökonomischen Berater der Bundesregierung so deutlich abgeraten hatten.

2.2 Vertrauen auf relevante wirtschaftspolitische Erfahrungen bzw. frühere Konzepte

Eine Währungsreform war auch dem politischen Zusammenschluss der drei Westzonen zur Bundesrepublik vorausgegangen. Sie war ebenfalls mit einer Wirtschaftsreform – weg von der Bewirtschaftung, hin zur freien Marktwirt-

⁴⁶ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR. Voraussetzungen und Möglichkeiten, Sondergutachten vom 20. Januar 1990.

⁴⁷ Deutsche Einheit, S. 778–779, 781.

⁴⁸ Das Parlament 9–10/1990, S. 2.

schaft – verbunden gewesen. Das jedenfalls war der Hauptinhalt jenes "Leitsätzegesetzes", das im gleichen Monat wie die Währungsreform beschlossen wurde. ⁴⁹ Die Währungsreform von 1948 und ihre – aus der Sicht der nachfolgenden Jahrzehnte – segensreichen Folgen waren in den Köpfen präsent, als das Bundeskabinett Anfang Februar 1990 die Währungs- und Wirtschaftsunion (WWU) zu planen begann. In einem "Vermerk des Regierungsdirektors Nehring", die geplante WWU betreffend, hieß es abschließend: "Im übrigen: Auch Ludwig Erhard hatte 1948 zunächst mit der Währungsreform und sehr kurz darauf mit der Wirtschaftsreform (z. B. Aufhebung der Bewirtschaftung) begonnen. Gegen massive politische Widerstände schaffte er so den Weg von der Hoffnungslosigkeit zum späteren "Wirtschaftswunder"". ⁵⁰

Im 1952 gegründeten "Forschungsbeirat für die Wiedervereinigung", einem vom damaligen Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eingesetzten Think Tank, der Vorschläge ausarbeiten sollte, wie man mit der ostdeutschen Wirtschaft im Falle des Anschlusses der DDR an die BRD umgehen sollte, wurde den "Währungsproblemen" von Anfang an Priorität eingeräumt. ⁵¹ Im Herbst 1953 hatte der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard den Beiratsmitgliedern gegenüber erklärt: "Als erste Maßnahme wird sich eine Währungsneuordnung in der Sowjetzone, d. h. eine Einbeziehung in unser Währungssystem, als unerlässlich erweisen." ⁵²

Was spricht für dieses Erklärungsmuster?

Kohl war als Historiker aufgeschlossen für geschichtliche Vergleiche. *Er glaubte sich in den Fußstapfen Bismarcks*. Er fühlte sich *auch* als Adenauers Enkel. Damit war die Auffassung von Adenauers langjährigem Wirtschaftsminister für ihn vermutlich sakrosankt. Das waren zwei Gründe, die sein Vertrauen, dass frühere Erfolge sich wiederholen ließen, glaubhaft erscheinen lassen.

Gegen die These, dass die Währungsunion aufgrund der Besinnung auf ähnliche Maßnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik in den Einheitsprozess platziert wurde, *spricht*, dass das Kabinett den mit der beabsichtigten Währungsunion am weitesten konform verlaufenden Prozess in der Ge-

⁴⁹ Wolfram Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, S. 59.

⁵⁰ Deutsche Einheit, S. 761.

⁵¹ Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen: Erster Tätigkeitsbericht 1952/53 (Auszug), Bonn 1954, S. 7, 12, 31, 38.

⁵² Karl Heinz Roth: Wirtschaftsplanung als Anschlussplanung, in: Ansichten zur Geschichte der DDR Bd. 9/10, S. 479.

schichte der Bundesrepublik völlig ignorierte⁵³: Die Konversion des Saarfranc in die DM im Zusammenhang mit der Vereinigung des Saarlandes mit der Bundesrepublik während der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Das verwundert um so mehr, als die Historiker der Bundesrepublik, allen voran der Chronist der Adenauer-Zeit, Hans-Peter Schwarz, seit Jahren den Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik als "Wiedervereinigung im Kleinen" bezeichnet hatten.⁵⁴ Der Anschluss des Saarlandes "galt weithin als Modell für das Procedere der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands".⁵⁵

Warum, so kann man weiter fragen, sind von den bundesdeutschen Vereinigungsverhandlern zwar die Akten des Beitritts der Saar zur Bundesrepublik noch einmal durchgesehen worden, aber nur unter juristischen, nicht unter wirtschaftlichen Aspekten?⁵⁶

Die Antwort ist simpel: Im Falle der Wirtschafts- und Währungsunion an der Saar hatten die Vertragsparteien für die Zeit davor eine wirtschaftliche Übergangszeit für das Saarland von zweieinhalb Jahren eingeplant. "Die Übergangszeit sollte drei Zielen dienen: der Modernisierung der Ausrüstung, dem Aufbau neuer Absatzorganisationen … und der Anpassung des rechtlichen Rahmens". Die Übergangszeit erlaubte es der Regierung, den Parteien, den Wirtschaftsvertretern und den Gewerkschaften des Saarlandes im interministeriellen "Wirtschafts- und Sozialausschuss Saar" bei der Bundesregierung und bei ihren jeweiligen bundesrepublikanischen Partnern mit ihren Vorstellungen für den Tag der Währungsunion vorstellig zu werden. Sie konnten auf die Gefahren der Umstellung aufmerksam machen und den Blick auf die zweckmäßigsten Förderschwerpunkte lenken. Ein derartiges historisches Vorbild konnte die Bundesregierung, als sie an Stelle eines Stufenprogramms wie einst fürs Saarland eine Schocktherapie für die DDR vorbereitete, nicht gebrauchen.

⁵³ Ganz anders als der Kanzlerkandidat der Opposition, Lafontaine (Lafontaine, a. a. O., S. 23).

⁵⁴ Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/ Wiesbaden 1981, S. 282.

⁵⁵ Rudolf Morsey: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1990, S. 41.

⁵⁶ Bundesarchiv, Abteilung DDR, DC 20 (Ministerrat der DDR) 6030, unpag.

⁵⁷ Armin Heinen: Ein saarländischer Blick zurück in die deutsche Zukunft, in: Saarbrücker Zeitung, 31.3.–1.4.1990.

⁵⁸ Bundesarchiv, Abteilungen Koblenz, B 136, 935, Bl. 134 ff.

2.3 Die DDR-Wirtschaft als willkommenes Versuchsfeld für die Beschleunigung der neoliberalen Wende in den alten Ländern

Für dieses Erklärungsmuster spricht, dass drei Kabinette Kohl Schwierigkeiten hatten, die 1982 verkündete politisch-moralische Wende, die auch eine ordnungspolitische in Richtung Neoliberalismus war, bis 1990 vollständig durchzusetzen. Der Wirtschaftshistoriker Zohlnhöfer hat diese Situation so ausgedrückt: "Erstens kam es in der Folge des Regierungswechsels vom Oktober 1982 tatsächlich in allen betrachteten Politikfeldern zu einem Politikwechsel. ... Zweitens war dieser Politikwechsel insgesamt aber ausgesprochen moderat. ... Was ... im Bereich der Entstaatlichungspolitik durchgesetzt wurde, war in den meisten Fällen im wesentlichen die Umsetzung von EG-Regulierungen". Nicht ein zu sachtes Herangehen, sondern der zähe Widerstand der Gewerkschaften, der SPD und des eigenen Arbeitnehmerflügels (CDA) hatte sich für die schwarzgelbe Bundesregierung als Bremse für neoliberale Höhenflüge erwiesen.

Im Osten hatte die Bundesregierung nach der Abwahl von PDS und den Parteien der Bürgerbewegung, nach der Zerschlagung des FDGB, derartige "vested interests" wie in den alten Ländern nicht mehr zu fürchten. Schon im Willgerodtschen Gutachten vom März 1990 wurde die günstige Gelegenheit, im Osten ordnungspolitisch zu verwirklichen, was im Westen bisher noch nicht vollständig gelungen war, angesprochen. In Zusammenhang mit der notwendigen Sanierung der Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen schrieb Willgerodt: "Es ist aber keineswegs ausgemacht, dass in diesem Bereich vollständig die staatsmonopolistischen Strukturen der Bundesrepublik übernommen werden müssen. Auch in der Energieversorgung müssen [im Osten – J. R.] nicht ausschließlich staatlich privilegierte Einrichtungen ohne Wettbewerb tätig sein".⁶¹

Deutlicher wurde in dieser Frage Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) in einem Beitrag über die Aufgaben der Treuhandanstalt im "Bayernkurier": "Zu den wichtigsten Aufgaben der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft gehört es auch, staatliche Beteiligungen an Unternehmen auf Wettbewerbsmärkten auf wenige, gut begründete Ausnahmefälle zu beschränken."⁶² Dementsprechend sollte im Osten selbst die Wiederumwandlung von

⁵⁹ Reimut Zohlnhöfer: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998, S. 170.

⁶⁰ Ebenda, S. 171.

⁶¹ Willgerodt, Vorteile, S. 70.

⁶² Theo Waigel: Ohne Eigentum keine Motivation. Die Rolle der Treuhandanstalt in der DDR, in: Bayernkurier v. 29.9.1990.

Volkseigentum in Besitz der Städte und Gemeinden (Kommunalisierung) in engen Grenzen gehalten werden. Während jedes private Unternehmen, das nach 1949 enteignet worden war, nach dem Grundsatz "Rückgabe vor Entschädigung" dem ursprünglichen Besitzer oder seinen Erben zugesprochen wurde, hatten die ostdeutschen Kommunen größte Schwierigkeiten, die als kommunale Unternehmen entstandenen örtlichen Kraft- bzw. Gaswerke wieder zurück zu erhalten. Sie konnten sich ihr öffentliches Eigentum erst nach drei Jahren Prozess und auch dann nur zu einem Teil sichern. ⁶³

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Ich habe bisher weder in den mir zur Verfügung stehenden Quellen noch in den zeithistorischen Untersuchungen Argumente gefunden, die gegen diese These sprechen.

2.4 Entscheidung für das kleinere wirtschaftspolitische Übel

Was spricht für dieses Erklärungsmuster:

Eines der häufigsten Argumente der Politiker war, dass ein Stufenprozess mit der Währungsunion als krönendem Abschluss, in den Alltäglichkeiten der Transformation in Schwierigkeiten geraten, stecken bleiben oder gar wieder rückgängig gemacht werden könnte.

Selbst wenn die Einführung der Marktwirtschaft auf einen Schlag, mit der Währungsunion am Anfang, ein mit Risiken belastetes Unternehmen sei, so die Argumentation, müsse man es der Schritt-für-Schritt-Einführung der Marktwirtschaft vorziehen. Willgerodt formulierte diese Haltung so: "Das oft empfohlene allmähliche und schrittweise Vorgehen, mit dem die ordnungspolitische Wende schonender vollzogen werden soll, verkennt weitgehend das zu lösende Problem ... Alle über sehr kurze Perioden hinausreichenden wirtschaftlichen Entscheidungen sind mit einer unzumutbaren und vermeidbaren Unsicherheit behaftet. Pessimismus breitet sich aus, der publizistisch übersteigert werden kann, um Befürchtungen aller Art gegenüber einer marktwirtschaftlichen Integration zu verstärken."

Dieses Denken mündet letztlich in den Satz, es hätte zur Währungsunion als Mittel der Schocktherapie letztlich keine Alternative gegeben.

Was spricht gegen diese These?

Hier bieten sich Vergleiche mit Ländern an, in denen die Transformation von der Plan- in die Marktwirtschaft nicht schlagartig durchgeführt wurde, sondern schrittweise.

⁶³ Felix Christian Matthes: Stromwirtschaft und deutsche Einheit. Eine Fallstudie zur Transformation der Elektrizitätswirtschaft in Ostdeutschland, Berlin 2000, S. 416–492.

⁶⁴ Willgerodt, Vorteile, S. 4.

Der Blick auf die östlichen Nachbarn der DDR ist erhellend. Als schrittweise und nicht schlagartig wird in der einschlägigen Transformationsliteratur durchgehend das Beispiel Ungarn hervorgehoben. Polen dagegen gilt als klassisches mittelosteuropäisches Land der Schocktherapie. ⁶⁵ Ungeachtet der unterschiedlichen Verfahrensweise bei der Einführung der Marktwirtschaft gibt es zwischen Polen und Ungarn heute bei der Bewältigung der Transformation nur unwesentliche Unterschiede. ⁶⁶ Beide hatten Ende 2004 EU-Reife erlangt. Offensichtlich war die schrittweise Einführung der Marktwirtschaft eine brauchbare Alternative zur Schocktherapie. Ein Stufenplan hätte demnach, anders als Willgerodt meint, durchaus auch in der DDR bzw. in Ostdeutschland Erfolg haben können.

4. Zusammenfassende Beurteilung der verschiedenen Begründungen für die Durchführung der Währungsunion vom 1. 7. 1990

Untersucht wurden in diesem Beitrag sieben Erklärungsmuster dafür, warum die Währungsunion am Anfang des Wiedervereinigungsprozesses stand.

M. E. halten folgende vier Erklärungsmuster einer Überprüfung nicht bzw. im Kern nicht stand:

Von der 1. Gruppe, Politische Prozesse als Erklärungsmuster,

1.2 Ergreifen einer historisch einmaligen zeitlich begrenzten Gelegenheit zur Wiedervereinigung.

Von der 2. Gruppe, Ökonomische Prozesse als Erklärungsmuster,

- 2.1 Vertrauen auf ein bestimmtes ordnungspolitisches Rezept: das neoliberale,
- 2.2 Vertrauen auf die Gültigkeit relevanter wirtschaftspolitischer Erfahrungen in der Vergangenheit bzw. auf frühere Überlegungen,
- 2.4 Entscheidung für das kleinere wirtschaftspolitische Übel. Es verbleiben drei Erklärungsmuster:
- 1.1 Machtpolitisches Kalkül,
- 1.3 Das Bestreben, die außerparlamentarischen Proteste zu verhindern und die politischen Vereinigungsprozesse unter Kontrolle zu halten,

⁶⁵ Herman W. Hoen: "Shock versus Gradualism" in Central Europe Reconsidered. In: Comparative Economic Studies 1/1996, S. 1–20; Hans van Ees/Harry Garretsen: The Theoretical Foundation of the Reforms in Eastern Europe: Big Bang versus Gradualism and the Limitations of Neo-Classical Theory. In: Economic Systems 1/1994, S. 1–14.

⁶⁶ Jörg Roesler: Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. Zur Entwicklung von Staatskapitalismus und Marktwirtschaft 1989–1999, in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher 4/2002, S. 137–168.

2.3 Schaffung eines Versuchsfeldes zur Beschleunigung der neoliberalen Wende für ganz Deutschland in den alten Ländern.

Die Antwort auf die Frage, welches denn nun die wahren Motive für die Währungsunion zum gegebenen Zeitpunkt und für die durchgesetzte Umtauschhöhe waren, lässt sich m. E. nicht darin finden, dass einem der drei Erklärungsmuster der Vorzug gegeben wird, sondern ich bin vielmehr der Auffassung, dass alle drei Motive für die Platzierung der Währungsunion im Einigungsprozess eine Rolle spielten, wobei sie sicherlich unterschiedlich zu gewichten sind.

Um die Frage, ob 1.1 (das Machtkalkül) oder 1.3 (Druck der Straße) bzw. 2.3 (die Beschleunigung der neoliberalen Wende) das gewichtigste Moment für das Zustandekommen der Währungsunion am 1.7.1990 waren, bedarf es m.E. noch der Einsicht in die (bisher nicht veröffentlichten) Akten der Bundesregierung bzw. der Regierung de Maizière aus dem Jahre 1990, die nicht vor 2020 zur Verfügung stehen werden – immer vorausgesetzt, dass es im Bundeskanzleramt keine Aktenvernichtungen – ob nun per Hand oder elektronisch – gegeben hat.

Es ist demnach wahrscheinlich, dass die Bundsregierung sich in bezug auf die Währungsunion von mehreren Motiven gleichzeitig leiten ließ. Die Einigungspolitik der Bundesregierung präsentiert sich demnach weniger als großer Wurf, sondern eher als Zickzackkurs, anders ausgedrückt, als eine Mischung aus Kalkül und Konzeptlosigkeit, aus Kühnheit und Feigheit, aus konsequenter Verfolgung eines Hauptzieles und Konzentration auf Mitnahmeeffekte, aus aktiver Planung und Gestaltung von Prozessen und einer gewissen Hilflosigkeit ihnen gegenüber.

Realpolitisch gesehen war wahrscheinlich nichts anderes zu erwarten. Nur vor dem Hintergrund der seit anderthalb Jahrzehnten gepflegten Legende vom genialen "Kanzler der Einheit" wirkt diese Einschätzung ernüchternd.

Die Entwicklung der öffentlichen Schulden in Deutschland – Faktoren und Wirkungen

Vortrag vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 14.4.2005

Inhalt:

- 1. Theoretische und wirtschaftspolitische Ausgangspunkte zur Bewertung öffentlicher Schulden und ihrer Entwicklung
- Empirische Ergebnisse der Entwicklung der öffentlichen Schulden, speziell in der Zeit nach der Vereinigung – Faktoren und Wirkungen der Schuldendynamik
- Probleme der öffentlichen Schulden der ostdeutschen Länder und Kommunen
- 4. Überlegungen für eine zukunftsorientierte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

1. Theoretische und wirtschaftspolitische Ausgangspunkte zur Bewertung öffentlicher Schulden und ihrer Entwicklung

Ein kurzer Rückblick auf die Theoriegeschichte macht deutlich, wie kontrovers die Staatsschulden in den Wirtschaftswissenschaften im Zuge der Herausbildung und Ausbreitung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bewertet und diskutiert wurden.¹

Einer der Gründer der klassischen Politischen Ökonomie, David Ricardo (1772–1823) charakterisierte in seinem Hauptwerk "Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung", die Staatsverschuldung als "die schrecklichste Geißel, die je zur Plage der Nation erfunden worden" sei.

Dem steht die Auffassung des deutschen Finanztheoretikers Lorenz von Stein (1815–1890) entgegen, der den Grundsatz aufstellte, im Ausmaß der öffentlichen Investitionen sei staatliche Kreditaufnahme geboten. Er betonte,

¹ Vgl. hierzu: Hickel (1999).

dass der Staat, der seine gesamtwirtschaftlich produktiven Zukunftsaufgaben nicht über Staatsschulden finanziere, der gegenwärtigen Generation zu viel abverlange und damit ihre Leistungsbereitschaft belaste. Diese Auffassung geht davon aus, dass die Verwendung staatlicher Kredite zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben – Infrastrukturinvestitionen, Bildungsaufgaben u.ä. – bedeutet, dass Ausgaben getätigt werden, die auch zukünftigen Generationen zu Nutze kommen, an deren Finanzierung sie sich deshalb beteiligen müssten durch die zu zahlenden Zinsen für die aufgenommenen Kredite sowie für deren Tilgung. Dieser Zusammenhang wurde Mitte des 20. Jahrhunderts vom amerikanischen Finanzwissenschaftler Richard Musgrave unter der Bezeichnung Pay-As-You-Use-Prinzip für die praktische Finanzpolitik verallgemeinert.

Wie hartnäckig sich die ökonomisch falsche und wesentlich historisch bedingte Auffassung Ricardos bis heute gehalten hat, wird in den Medien und in offiziellen Erklärungen immer wieder deutlich. Seit Jahren wird fast unterschiedslos von der Regierungskoalition und der bürgerlichen Opposition gefordert, zu sparen und die Ausgaben zu kürzen, um zunächst die Neuverschuldung unter das Maastrichter Defizitkriterium von 3 % bis auf Null zu senken und danach durch das Erreichen eines Haushaltsüberschusses den absoluten Schuldenbestand der öffentlichen Haushalte zu reduzieren. Dieser Forderung liegen vor allem zwei Argumentationsstränge zugrunde.

Erstens die These vom Generationenkonflikt, der durch die Aufnahme öffentlicher Schulden hervorgerufen würde: Es sei unverantwortlich, den nach uns lebenden Generationen einen Schuldenberg zu vererben. Oft wird das zunächst eingängige, aber auf einzelwirtschaftlichem Denken beruhende Argument gebraucht, welch verantwortlicher Familienvater (patriarchalische Variante), oder welche verantwortlichen Eltern (modernere Version) würde seinen /ihren Kindern nur Schulden hinterlassen wollen. Hier wird gänzlich davon abstrahiert, dass die folgenden Generationen nicht nur die Schulden und die dafür zu zahlenden Zinsen, sondern ebenso die Guthaben und die Zinseinkünfte erben. Sie erben und nutzen zugleich das über die Kredite finanzierte Sachvermögen, d.h. die größtenteils über öffentliche Investitionen finanzierten Einrichtungen der Infrastruktur.

Zweitens die Forderung nach Deregulierung, Privatisierung, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und davon abgeleitet nach Verringerung der Staatsquote (Anteil der staatlichen Ausgaben am BIP) als neoliberale Grundforderungen, um die heutigen Probleme zu lösen und den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Forderung nach Rückzug des Staates aus der

Wirtschaft erhöht den Druck auf den Abbau öffentlicher Schulden. Wenn der Staat sowieso in der Wirtschaft nichts zu suchen hat und überhaupt seine Ausgaben reduzieren müsse, so sollte es grundsätzlich auch keine Staatsschulden geben. Steuern und Neuverschuldung oder Nettokreditaufnahme sind die beiden grundsätzlichen Möglichkeiten zur Erhöhung der öffentlichen Einnahmen. Eine Senkung der öffentlichen Neuverschuldung, ohne hierfür einen Ausgleich durch höhere Steuereinnahmen der öffentlichen Hand zu schaffen, zwingt zu einer generellen Verringerung der öffentlichen Ausgaben. In diesem Sinne wirkte bisher der stärkere Zwang zur Reduzierung der öffentlichen Neuverschuldung entsprechend den Maastrichter Verträgen und dem Amsterdamer Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) vor allem als Druck auf die staatlichen Ausgaben zur Finanzierung von Aufgaben des Gemeinwesens, vor allem der öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur.

Die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion (EWU), die auf der Einführung des Euro beruhte, war daran geknüpft, dass vier Kriterien erreicht bzw. eingehalten werden. Von diesen bezogen sich zwei direkt auf die öffentliche Verschuldung: Der Gesamtschuldenstand soll nicht mehr als 60 Prozent des BIP ausmachen, während die jährliche Neuverschuldung drei Prozent des BIP nicht übertreffen darf. Das "Drei-Prozent-Kriterium" wurde letzten Endes entscheidend für die Teilnahme der Mitgliedsländer der EU an der Währungsunion. Durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) der EU wurde diese Orientierung auf die Höchstgrenze der Neuverschuldung von drei Prozent und die Verpflichtung der Teilnehmerländer, eine strikte Sparpolitik zur Senkung der Neuverschuldung durchzuführen, noch verstärkt. Die Mitgliedsländer der EU sind angehalten, die Rate der Neuverschuldung systematisch zu senken und mittelfristig einen nahezu ausgeglichenen oder überschüssigen Staatshaushalt anzustreben. Dadurch sollen sie in der Lage sein, normale Konjunkturschwankungen künftig ohne Verletzung der vertraglichen Obergrenze für das Haushaltsdefizit von drei Prozent des BIP zu bewältigen und die Gesamthöhe der Schulden schrittweise zu verringern. Verstöße sollen durch Sanktionen geahndet werden. Die Länder werden verpflichtet, Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorzulegen, in denen ihre mittelfristige Haushaltspolitik zur Sicherung dieser Zielstellung dargelegt wird. Der ECOFIN-Rat (Rat der Finanzminister der EU) prüft, inwieweit genügend Vorsorge getroffen wurde, damit auch unter ungünstigen Bedingungen die staatlichen Defizite nicht die festgelegte Obergrenze überschreiten.

Wie wenig die Verträge von Maastricht und Amsterdam den Realitäten entsprechen zeigt sich schon daran, dass Deutschland, Frankreich, Italien und andere EU Länder mehrere Jahre in Folge das 3%-Kriterium überschreiten und weit hinter ihren Verpflichtungen zurückbleiben. Aber nicht genug damit, dass ständig gegen die Beschlüsse verstoßen wird. Hinzu kommt, dass dieses Kriterium recht willkürlich festgelegt wurde, keinerlei wissenschaftlicher Prüfung standhält. Dabei sollte allerdings bedacht werden, dass es bisher noch nicht gelungen ist, die optimale und die noch zulässige, tragfähige Höhe des Haushaltsdefizits und der Gesamtschulden (Verhältnis der Nettokreditaufnahme bzw. der Schulden zum BIP) wissenschaftlich überzeugend zu begründen. Das Kriterium 3 % wurde aus der durchschnittlichen Höhe der Schuldenquote der EU Länder von rund 60 % und einer angenommenen Wachstumsrate des nominalen BIP von 5 % unter der Maßgabe, dass diese Schuldenquote nicht ansteigen dürfe, abgeleitet. Bei einer Zuwachsrate des nominalen BIP von 5 % würde eine Neuverschuldung von maximal 3 % ein Ansteigen der Quote der Gesamtschulden verhindern. Da die tatsächlich erreichten Zuwachsraten des BIP der EU und speziell Deutschlands jedoch seit mehreren Jahren deutlich unter der angenommenen liegen, müsste das Defizitkriterium eigentlich auf < 3 % reduziert werden.

Auf dem Frühjahrsgipfel (März 2005) der EU Regierungschefs wurde auf Druck vor allem Deutschlands und Frankreichs der Stabilitätspakt korrigiert. Die wichtigsten Veränderungen bestehen darin, dass einerseits außergewöhnliche Kosten, wie "Kosten zur Herstellung der europäischen Einheit", dazu werden auch die deutschen Vereinigungskosten gezählt, bei der Überschreitung des Defizitkriteriums von 3 % berücksichtigt werden, d.h. seine Nichteinhaltung akzeptiert wird. Weiterhin ist eine stärkere Anpassung des Abbaus der Neuverschuldung an den Konjunkturverlauf vorgesehen. Die Beseitigung der Dogmatik des 3 % Kriteriums ist eine Grundbedingung für eine antizyklische Wirtschaftspolitik. Sie wird von alternativen Ökonomen seit der Festlegung der Maastrichter Kriterien gefordert.

Bei der Auseinandersetzung mit der neoliberalen einzelwirtschaftlichen Argumentation zum Schuldenabbau müssten vor allem folgende Argumente, die sich auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und Wirkungen stützen, zugrunde gelegt werden:

 Die Wirkungen reduzierter Ausgaben eines einzelnen Individuums oder Unternehmens unterscheiden sich grundsätzlich von den Wirkungen reduzierter Ausgaben auf volkswirtschaftlicher Ebene. Wenn ein einzelner Mensch sich verschuldet hat, so ist, wenn ihm keine Quellen zur Erhö-

hung der Einnahmen zur Verfügung stehen, die Verringerung der Ausgaben der einzige Weg, um aus dieser Situation herauszukommen. Auf volkswirtschaftlicher Ebene bedeutet eine Reduzierung der Ausgaben, dass bei anderen Menschen oder Unternehmen entsprechende Einnahmen (Sozialleistungen, Gehälter im öffentlichen Dienst Beschäftigter, Ausgaben für öffentliche Investitionen) verringert werden. Über die Wirtschaftskreisläufe verwandeln sich geringere Ausgaben der öffentlichen Hand in geringere Einnahmen der an diesen Kreisläufen Beteiligten, die wiederum zu geringeren Steuereinnahen und Einnahmen aus Sozialbeiträgen bei den öffentlichen Haushalten führen. Daraus folgt wiederum ein neuer Druck zur Senkung der Ausgaben oder bzw. zugleich zur Aufnahme höherer Kredite. Daraus ergibt sich eine tendenziell abwärts gerichtete Spirale der wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade diese Wirkung im Wirtschaftskreislauf ist einer der Hauptgründe für die lange Stagnationsperiode und Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik seit 2000 sowie für die gleichzeitig hohen Haushaltsdefizite.

Eine Reduzierung der Ausgaben verbessert in der Regel die Situation des einzelnen Schuldners, erleichtert ihm die Verringerung seiner Schuldenlast. Gesamtwirtschaftlich kann die Ausgabenverringerung jedoch über die Kettenwirkungen geringerer wirtschaftlicher Aktivitäten und darauf beruhender niedrigerer Steuereinnahmen zu einer Zunahme der öffentlichen Schulden führen. Gesamtwirtschaftlich wirkt das "Schuldenparadoxon": trotz oder gerade wegen der Sparpolitik wachsen die Defizite.

2. Einzelwirtschaftlich betrachtet gibt es Schuldner und Gläubiger, deren Lage sich grundsätzlich voneinander unterscheidet. Die Aufnahme weiterer Kredite verschlechtert die Situation des Schuldners, erhöht seine ökonomischen Belastungen, erschwert die Rückzahlung der Kredite. Volks-wirtschaftlich gleichen sich, wenn von Auslandsschulden und -forderungen abgesehen wird, Schulden und Guthaben bzw. Geldvermögen aus.

Die öffentlichen Schulden stehen auf der Passivseite der Bilanz und des Staates und zugleich als Guthaben auf der Aktivseite der Bilanz der Banken, privater Gläubiger u.a.. Insgesamt gleichen sie sich aus. Dies bezieht sich auch auf die Generationenfolge, da sowohl die Schulden als auch die Guthaben vererbt werden. Daher ist die Höhe der öffentlichen Schulden für zukünftige Generationen, für die Lastenverteilung zwischen den Generationen, im ganzen gesehen irrelevant. Sie ist aber von entscheidender Bedeutung für die Lastenverteilung innerhalb der Generationen, sowohl

innerhalb der heute lebenden Generationen als auch innerhalb der folgenden Generationen. Ein Teil, das sind größtenteils die schon Vermögenden, wird Schuldentitel in Form von Staatsanleihen u.ä. erben und erhält dafür noch Zinsen. Andere, in der Regel die unteren Einkommensgruppen, gehen nicht nur leer aus, sondern müssen auch über Steuern mit dazu beitragen, dass der Staat den Besitzern der Staatsschuldentitel die Zinsen und Tilgungen bezahlen kann. Daher verstärken Staatsschulden in der Regel innerhalb der jeweiligen Generationen, sowohl der heute Lebenden als auch der folgenden Generationen, die Ungleichheiten in der Verteilung der Vermögen und Einkommen durch eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Inflationäre Tendenzen könnten zu einer Entwertung der Schuldentitel führen und diese Umverteilung mehr oder weniger einschränken oder gar aufheben. Bei dem gegenwärtigen Geldregime der EU und ihrer Mitgliedsstaaten mit stringenten Regeln für die Erweiterung des Geldumlaufs ist dies jedoch faktisch ausgeschlossen.

3. Der Staat hat im Unterschied zum Einzelnen die Möglichkeit, durch Gesetzesakte seine Einnahmen durch höhere Steuern zu erhöhen und dadurch dem Wachsen der Schulden entgegenzuwirken bzw. ihren Abbau zu erreichen. Charakteristisch für das neoliberale Konzept, die Nettokreditaufnahme, die Neuverschuldung, auf Null zu reduzieren, ist, dass hierfür nur die Ausgabensenkung in Betracht gezogen wird. Die Möglichkeiten, diesen Abbaueffekt durch höhere Einnahmen zu erreichen, z. B. durch eine höhere Besteuerung der Kapitaleinkommen, größerer Vermögen und hoher Erbschaften, wird faktisch völlig ignoriert.

Beim Vergleich von Ausgabenkürzung und Einnahmenzuwachs als Wegen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte müssen neben den von ihnen ausgehenden unterschiedlichen Rückwirkungen auf das Wachstum und den Wirtschaftskreislauf auch die ihnen immanenten unterschiedlichen Risiken oder Sicherheiten berücksichtigt werden. Bei den Haushaltsausgaben sind die Abweichungen der realen Ergebnisse zum beschlos-senen Haushalt meist relativ gering. Eine gewisse Ausnahme sind die Berechnungen zu den Ausgaben des Bundeshaushalts infolge von Arbeitslosigkeit (notwendige Zuschüsse für die Bundesagentur für Arbeit), die regelmäßig in Milliardenhöhe unterschätzt werden, und speziell die finanziellen Belastungen durch Hartz IV. Die Einnahmen weisen, wie auch die letzten Jahre sehr deutlich gezeigt haben, einen sehr großen Schwankungsbereich auf, da hier die direkte Abhängigkeit vom real erzielten Wirtschaftswachstum weit stärker ist und dieses gegenüber den Voraussagen beträchtlich nach unten abgewichen ist. Das zeigt sich deut-

lich darin, dass die Vorgaben zur Senkung der öffentlichen Nettokreditaufnahme verfehlt und 2005 zum vierten Mal in Folge gegen die Festlegungen des SWP verstoßen wurde.

Aktualisierung des deutschen Stabilitäts- programms vom	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Dezember 1999	-2,5	-1	-1	0	0		
Dezember 2002		-3,75	-2,75	-1,5	-1	0	
Dezember 2003			-4,0	-3,5	-2,5	-2,0	-1,5
Dezember 2004				-3,75	-3,0	-2,5	-2,0
Faktische Entwick- lung bzw. Prognose	-2,8	-3,7	-3,8	-3,9	-3,1*	-2,5*	

Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2005, Tabelle 5, S. 152, 2005, Köln, * Prognose

Tabelle 1: Quote der öffentlichen Nettokreditaufnahme nach den Deutschen Stabilitätsprogrammen verschiedener Jahre (Angaben in % Anteil am BIP)

Wie ist unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge die Höhe und Dynamik der öffentlichen Schulden und der Nettokreditaufnahme (der Defizitquote) wirtschaftspolitisch zu bewerten? Es geht dabei vor allem um drei Aspekte, erstens um die aus den öffentlichen Schulden erwachsenden Belastungen der zukünftigen Entwicklung, zweitens um die sich aus ihnen ergebenden Auswirkungen auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Spielräume und drittens um die Verteilungswirkungen innerhalb der Generationen.

In der Bundesrepublik sind in den letzten Jahren die Sparquote auf über 10 Prozent und der absolute Sparbetrag von 99 Mrd. Euro im Jahre 2001 auf 142 Mrd. Euro im Jahr 2004 beträchtlich gestiegen. Dieses Sparvolumen braucht zur Anlage sowie zur Wirksamkeit als Kaufkraft im Wirtschaftskreislauf ein korrespondierendes Kredit- bzw. Schuldenvolumen. Erhöhten Anlagen im Ausland stehen die hohen deutschen Export- und auch Zahlungsbilanzüberschüsse entgegen. Auslandsanlagen bedeuten auch, dass diese Ersparnisse nicht auf dem Binnenmarkt als Kaufkraft wirksam werden können. Unternehmen, die in den vergangenen Jahren einen beträchtlichen Teil des Sparvolumens durch Kredite (Verschuldung) "aufgesogen" haben, verfügen seit einigen Jahren über eine höhere Liquidität und haben insgesamt den Anteil der Kreditfinanzierung wesentlich reduziert. Besonders die großen Unternehmen fallen größtenteils als Kreditnehmer weg, treten immer mehr selbst als Geldverleiher auf. Allein die 30 Dax-Konzerne verfügten 2004 über mehr als 100 Mrd. Euro an liquiden Mitteln (25 Mrd. Euro mehr als noch vor zwei Jahren, z.B. RWE über 14,8 Mrd. Euro, Siemens über 13,6 Mrd. Euro, Daimler-Chrysler über 11,5 Mrd. Euro). Der Kreditbedarf vor allem der größeren Unternehmen nimmt auch infolge der stagnierenden Investitionen weiter ab. Daraus ergibt sich als Konsequenz: Das insgesamt größere Geldvermögen bzw. Sparvolumen sucht Anlagemöglichkeiten, die nicht mehr bei den Unternehmen, sondern zunehmend nur noch bei den öffentlichen Haushalten zu finden sind.

Eine Bewertung der Zunahme der öffentlichen Schulden muss immer im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfolgen. Je nachdem, ob das Wachstum des BIP zu effektiven Preisen höher oder geringer ist als das Wachstum der Schulden, wird bei sonst gleichen Bedingungen, die durch die öffentlichen Schulden hervorgerufene volkswirtschaftliche Belastung relativ, im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, geringer oder größer. Wenn die Staatsverschuldung absolut zunimmt, aber langsamer als die Wirtschaftsleistung wächst, so gehen die volkswirtschaftlichen Belastungen infolge öffentlicher Verschuldung relativ zurück.

Nicht nur in den 90er Jahren war jedoch die Wachstumsrate der Schulden höher als die des BIP zu effektiven Preisen, sondern auch in fast allen Jahren von 1970 bis 1990. Daraus ergibt sich eine auch relativ ansteigende volkswirtschaftliche Belastung, die insbesondere in den Zinsausgaben ihren Ausdruck findet. Auf die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte haben neben der Höhe der Schulden die Zinssätze einen wesentlichen Einfluss.

Der kritische Punkt der wirtschaftlichen Belastung durch öffentliche Schulden kann als *Schuldenfalle* bezeichnet werden. Er kennzeichnet eine solche Schuldenhöhe, die in einem gewissen Selbstlauf vor allem über die ansteigenden Zinsausgaben zu einer absolut und relativ zunehmenden Schuldenlast führt, aus der ein Herauskommen nur durch außergewöhnliche Maßnahmen oder durch Hilfe von außen möglich ist. Ein Beispiel hierfür ist der Berliner Haushalt.

Eine Schuldenfalle anderer Art wurde schon erwähnt, der Versuch, in einer Zeit wirtschaftlicher Stagnation oder Wachstumsschwäche, durch Ausgabenreduzierung die Neuverschuldung zu reduzieren. Eine solche Verringerung der Ausgaben kann durch die dadurch hervorgerufenen negativen wirtschaftlichen Multiplikatorenwirkungen den angestrebten Effekt konterkarieren, die Steuereinnahmen sinken noch stärker als die Ausgaben: Die Folge ist dann, dass das Haushaltsdefizit, das durch Nettokreditaufnahme gedeckt werden muss, gerade infolge der Ausgabensenkung noch mehr ansteigt.

Der Einfluss der öffentlichen Schulden und der jährlichen Nettokreditaufnahme auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Spielräume und Handlungsmöglichkeiten beruht auf zwei einander entgegengesetzten Wirkungszusammenhängen.

Einmal auf den durch den Einsatz zusätzlicher finanzieller Mittel initiierten wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere öffentliche Investitionen in die Bereiche der Infrastruktur, Bildung, Wissenschaft, als Vorleistungen für die Zukunft und als Instrument einer antizyklischen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Zum anderen auf den durch die Zinsausgaben und ihren Anteilen an den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte bzw. an den Steuereinnahmen bedingten Wirkungen auf die Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Die Zinszahlungen sind als Teil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden), die aus den Steuereinnahmen finanziert werden müssen, beträchtlich angestiegen – von 1970 bis 2004 auf mehr als das 15fache. Damit ist auch der Anteil der Zinsen an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften seit 1970 auf rund das dreifache angewachsen (vgl. Tabelle 2). Ihr Anteil an den Steuereinnahmen (Zins-Steuerquote) lag 2003 bei 12 Prozent. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass sich die Zinssätze für die Bedienung der Schulden in den letzten Jahren günstig entwickelt haben. Dadurch ist ihre absolute Höhe seit Mitte der neunziger Jahre ziemlich konstant geblieben. Wenn der durchschnittliche Zinssatz der öffentlichen Schulden auf dem Stand von 1995 geblieben wäre, so hätten die 2004 zu zahlenden Zinsen 91 Mrd. Euro betragen anstelle der tatsächlich angefallenen Zinsen von 66 Mrd. Euro.

Aus den Zinszahlungen ergeben sich mehr oder weniger große Einschränkungen in den Handlungsspielräumen vor allem der Länder und Kommunen für eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie, wie die Erfahrungen der letzten Jahre eindringlich zeigen, auch ein erhöhter Druck auf die über die Haushalte zu finanzierenden Sozialleistungen und Bildungsausgaben.

Die sozialen Verteilungswirkungen der öffentlichen Schulden werden vor allem über die Zinsen wirksam. Sie sind eine Quelle zur Erhöhung der Vermögenseinkommen, wovon die Bevölkerungsschichten mit hohen Einkommen und Geldvermögen einen überdurchschnittlichen Anteil erhalten, und damit der weiteren Zunahme von Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen und Vermögen.

2. Empirische Ergebnisse der Entwicklung der öffentlichen Schulden, speziell in der Zeit nach der Vereinigung, Faktoren und Wirkungen der Schuldendynamik

Zu Beginn soll eine Übersicht gegeben werden zur Entwicklung der öffentlichen Schulden und der davon abgeleiteten ökonomischen Größen.

Jahr	öffentliche	Schulden	Zinszahlungen (Gebietskörperschaften)			
	abs. Mrd. Euro	Schuldenquote (Anteil am BIP in %.)	abs. Mrd. Euro	Zinsquote (Anteil am BIP in %)	Zinsquote (Anteil an Ausgaben der Gebietskörpers- chaften in %.)	
1960	29	17				
1970	63	19	4	1,0	3,5	
1980	237	32	16	2,1	5,8	
1990	536	43	33	2,6	8	
1995	1.009	56	66	3,6	11	
2000	1.211	59	68	3,4	11	
2002	1.278	61	66	3,1	11	
2004	1.430	65	66	3,0	11	

Quelle: Statistisches Bundesamt; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Jahresgutachten 2004/05, Tabelle 46*, für 2004 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, April 2005, Statistischer Teil, Abschnitt VIII/7

Tabelle 2: Öffentliche Schulden in der Bundesrepublik

Jahr	Bund *	westd. Länder	ostd. Länder	westd. Gemeinden	ostd. Gemeinden
1991	350	178	3	64	4
1995	660	227	35	81	19
2000	716	282	56	81	17
2001	701	306	59	82	17
2002	725	328	64	84	17
2003	768	356	68	91	17
2004	812	377	72	95	17
2004:1991 (%)	270	212	2400	148	425

^{*} Einschließlich Schulden der Sondervermögen, des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz u.a.

Quelle: Statistisches Bundesamt; für die Jahre 1991 und 1995: SVR, Jahresgutachten 2004/05, Tabellenanhang, Tabelle 46*; für die Jahre 2000 bis 2004: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 2005, Statistischer Teil, Abschnitt VIII/7,

Tabelle 3: Öffentliche Schulden der Gebietskörperschaften - Bund, Länder, Gemeinden (Mrd. Euro)

Eine Analyse der in diesen Tabellen enthaltenen Daten führt zu folgenden Ergebnissen:

- Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik ist seit 1950 bis heute von Jahr zu Jahr ununterbrochen gestiegen. Dabei erhöhte sich das Gesamtvolumen der Schulden in zehn Jahren jeweils mindestens auf das Doppelte. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der Schulden betrug im letzten Jahrzehnt ca. 50 Mrd. Euro, d.h. der Zuwachs in einem Jahr war ebenso groß wie die Gesamtschulden Ende der 60er Jahre.
- Die Schulden sind schneller gestiegen als das BIP zu effektiven Preisen, so dass sich das Verhältnis der Schulden zum BIP ständig erhöht hat, von 19 Prozent 1970 auf über 60 Prozent in den Jahren nach 2000. Die Neuverschuldung über 3 % in den letzten Jahren und der Anstieg des Verhältnisses der Schulden zum BIP auf etwas über 60 % wird häufig dramatisiert. Dafür besteht m. E. kein Grund. In Japan ist die Schuldenquote auf über 140 Prozent gestiegen. In den USA liegt das Haushaltsdefizit aktuell bei ca. sechs Prozent.

Die Relativierung des Schuldenanstiegs nach 1990 wird noch durch folgenden Umstand bekräftigt. Beim Ausweis des Schuldenwachstums für die Bundesrepublik ab 1990 wird so verfahren, als ob eine volle Vergleichbarkeit der Zeiträume vor und nach der Vereinigung gegeben ist, d.h. als ob es einen eigenen Staatshaushalt der DDR nicht gegeben hat. Billigt man der DDR jedoch eine ähnlich hohe Pro-Kopf-Verschuldung wie der BRD zu, so müssten die Zahlen vor 1990 entsprechend angepasst werden, d. h. um ca. 20 % erhöht werden. Unter Berücksichtigung der größeren Bevölkerung hat es den sprunghaften Anstieg der Schulden unmittelbar nach der Vereinigung gar nicht gegeben. Auch die Gesamtentwicklung der Schulden seit der Vereinigung wird dadurch relativiert.

- Mit dieser Entwicklung sind, wie bereits erwähnt, die Zinszahlungen als Teil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte, die aus den Steuereinnahmen bzw. aus der Aufnahme neuer Kredite finanziert werden, beträchtlich angestiegen. Der Anteil der Zinsen an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften, d. h. an den öffentlichen Haushalten ohne Sozialversicherungen, ist seit 1970 auf rund das 3fache angewachsen. Ihr Anteil an den Steuereinnahmen lag 2003 bei 12 Prozent. Beim Bund beträgt dieser Anteil rund 20 Prozent.
- In den Haushalten der Gebietskörperschaften hat sich das Verhältnis der Zinszahlungen zu den Sachinvestitionen ständig zu Ungunsten der letzteren verschoben. Während die Sachinvestitionen bis 1980 in jedem Jahr

etwa doppelt so hoch waren wie die Zinszahlungen, lagen sie in den Jahren ab 1983 fast ständig darunter. 2003 übertrafen die Zinsen die Sachinvestitionen um fast 30 Mrd. Euro (65,7 Mrd. Euro Zinsausgaben, 36,3 Mrd. Euro Sachinvestitionen). Der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP und an den Haushaltausgaben ist seit Anfang der 90er Jahre ständig zurückgegangen und auch absolut gesunken. Die für die Zukunft entscheidenden öffentlichen Investitionen betrugen 1992 noch 47 Mrd. Euro, 2004 aber nur noch 30 Mrd. Euro. Ihr Anteil am BIP schrumpfte von 2,5 % Anfang der 90er Jahre auf 1,4 % 2004 und lag damit auch beträchtlich unter dem Durchschnitt der EU 15.

• Die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte hat sich in Ost und West unterschiedlich entwickelt. Die Pro-Kopf-Verschuldung war in der DDR 1990 niedriger als in der BRD. Je nach den Kriterien zur Bestimmung der Höhe der tatsächlichen Schulden der DDR liegen die Differenzen verschiedener Berechnungen zwischen 10 Prozent und 40 Prozent geringerer Pro-Kopf-Verschuldung in der DDR. In einer Berechnung von Busch werden für 1990 14.820 DM (West) bzw. 13.380 DM (Ost) angegeben. (Busch 2002: 234) Mit der Vereinigung haben somit die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger einen Teil der höheren pro Kopf Schulden Westdeutschlands übernommen.

Die Schulden der Länder und Gemeinden haben sich in Ostdeutschland rasant erhöht. Damit hat sich die finanzielle Situation der ostdeutschen Länder und vor allem der meisten ostdeutschen Kommunen drastisch verschlechtert. Die ostdeutschen Kommunen weisen heute insgesamt höhere Schulden je Einwohner auf als die westdeutschen Kommunen. 1992 lagen diese noch bei 50 Prozent des westdeutschen Standes. Insgesamt sind die Schulden der Länder und Kommunen je Einwohner Ostdeutschlands (Westdeutschland jeweils = 100) von 15 v.H. im Jahre 1993 auf rund 100 v.H. 2003 gestiegen. Auf diesem Gebiet funktioniert offensichtlich der Angleichungsprozess (vgl. hierzu Abschnitt 3).

Vereinigungskosten und Schuldenanstieg

Von der Politik, den Medien und auch einigen ökonomischen Forschungseinrichtungen wird die Meinung verbreitet, die West-Ost Finanztransfers hätten zu einer gewaltigen Belastung Deutschlands geführt und seien der Hauptgrund dafür, dass Deutschland im ökonomischen Wachstum den letzten Platz in der EU einnimmt, und speziell dafür, dass die öffentlichen Schulden seit 1990 so stark zugenommen haben.

Ein typisches Beispiel hierfür ist der Spiegelbericht "Tabuzone Ost" ("Der Spiegel, 15/2004"). Dort heißt es: "Der Osten steht still – und der Westen stürzt ab, weil er die Milliardentransfers längst aus der eigenen Substanz begleichen muss." Nur eine oberflächliche Betrachtung, die an den realen Zusammenhängen vorbei geht, kann zu einer solchen Wertung führen.

Bei der Finanzierung der Vereinigungskosten wurde von vornherein bewusst darauf verzichtet, sie auch durch höhere Steuern zu decken. Vielmehr wurden diese Kosten vor allem durch die steigenden Sozialbeiträge der abhängig Beschäftigten finanziert. Der verbleibende "Rest" sollte durch zusätzliche Nettokreditaufnahmen aufgebracht werden.

Im Ergebnis einer falschen Politik, vor allem der Verschleuderung des Volkseigentums der DDR, der weitgehenden Zerstörung von wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und Forschungspotenzialen sowie des massenhaften Brachlegens qualifizierter, kreativer Arbeitspotenziale, entstand in Ost-deutschland eine von Finanztransfers stark abhängige Wirtschaft, eine Transferökonomie. Die überstürzte Privatisierung zu Gunsten des westdeutschen Kapitals führte in Verbindung mit der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 dazu, dass ein in den volkseigenen Betrieben konzentriertes Anlagenvermögen von über 500 Mrd. DM (der Vorsitzende der Treuhandanstalt Rohwedder bezifferte 1991 das Treuhandvermögen auf 600 Mrd. DM) im Verlaufe weniger Jahre in einen Verlust von rund 250 Mrd. DM umgewandelt wurde (Abschlussbilanz der Treuhandanstalt).

Im Zuge der Vereinigung wurden zur Finanzierung der sogenannten Vereinigungskosten mehrere Sonderfonds geschaffen. Sie ergaben sich sowohl aus der Übernahme von Staatsschulden der DDR, deren Höhe nach wie vor noch umstritten ist, aus der Währungsumstellung und vor allem aus der insgesamt verfehlten Vereinigungspolitik. Auf deren teilweise recht dubiose Entstehung und Bewertung kann ich hier nicht näher eingehen. Zu diesen Sonderfonds gehörten (vgl. Busch 2002: 240 ff.):

- Fonds "Deutsche Einheit" zur Stärkung der Einnahmenbasis der ostdeutschen Gebietskörperschaften (bis zur Teilnahme der neuen Bundesländer am Länderfinanzausgleich ab 1995) in Höhe von ca. 40 Mrd. Euro,
- Kreditabwicklungsfonds (im Zeitraum 1.Juli bis 3. Oktober 1990 erfasste Schulden aus dem Republikhaushalt der DDR und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der DM am 1.7.1990) in Höhe von ca. 52 Mrd. Euro.
- Schulden aus der Abschlussbilanz der Treuhandanstalt und Altverbindlichkeiten ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften in Höhe von rund 140 Mrd. Euro,

• Schulden aus dem ERP Sondervermögen in Höhe von ca. 18 Mrd. Euro. Diese Sonderfonds in einer Dimension von insgesamt 250 Mrd. Euro wurden später größtenteils in dem sogenannten Erblastentilgungsfonds zusammengefasst. Diese Bezeichnung diskriminiert nicht nur die DDR, sie ist auch ökonomisch falsch. Der Hauptteil dieses Fonds sind nicht direkte "Altschulden" der DDR, sondern "Neuschulden" im Vollzug der Vereinigung, die größtenteils durch eine falsche Vereinigungs- und Transformationspolitik verursacht wurden.

Oft wird auch der Anstieg der Schulden direkt von der Höhe der Finanztransfers abgeleitet. Dies wird noch dadurch begünstigt, dass die beiden Größen weitgehend übereinstimmen. Die kumulative Größe der West-Ost Nettofinanztransfers im Zeitraum von 1991 bis 2004 liegt bei rund 1000 Mrd. Euro. Die Erhöhung der öffentlichen Gesamtschulden der Bundesrepublik betrug in dieser Zeitspanne fast 900 Mrd. Euro.

Eine differenzierte Analyse und Bewertung des Vereinigungsprozesses führt jedoch zu wesentlich anderen Ergebnissen. Transfers, vor allem die Art ihrer Finanzierung, waren und sind zwar ein wichtiger Faktor für den Anstieg der öffentlichen Schulden. Diese finanziellen Belastungen stellen im Vergleich zu den anderen EU Ländern eine Spezifik Deutschlands dar. Von einer ökonomischen "Auszehrung" des Westens durch den Osten kann aber genau so wenig die Rede sein, wie davon, dass Ostdeutschland für die westdeutsche Wachstumsschwäche verantwortlich ist. Dem stehen schon die enormen Zuwächse der Nettogeldvermögen und die hohen Exportüberschüsse Deutschlands entgegen, die eher das Gegenteil von Auszehrung signalisieren.

Die übliche Betrachtung der Finanztransfers nur unter dem Aspekt ökonomischer Belastungen des alten Bundesgebiets ist vor allem deshalb äußerst einseitig und irreführend, weil damit ihre Wirkungen in den ersten Jahren nach der Vereinigung als ein *kräftiges konjunkturpolitisches Nachfrageprogramm für Westdeutschland* ignoriert werden. Die Finanztransfers bilden die Basis für die West-Ost Realtransfers von Gütern und Dienstleistungen mit einem jährlichen Lieferüberschuss von rund 100 Mrd. Euro, der durch die Übernahme eines großen Teils des ostdeutschen Markts und der ostdeutschen Exporte nach Osteuropa möglich wurde. D.h., die finanziellen Transfers fließen in einem wirtschaftlichen Kreislauf zu einem großen Teil zurück an westdeutsche Unternehmen, erhöhen ihre Gewinne und bilden eine finanzielle Voraussetzung für die Ausweitung des Absatzes.

Diesem Lieferüberschuss entspricht nach Einschätzungen des DIW und des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ein zusätzlicher Wachs-

tumsschub in den Jahren 1990-1992 von mindestens 5 % des Bruttoinlandprodukts (BIP), der auch in den Folgejahren in der Größenordnung von ca. 100 Mrd. Euro als Niveaueffekt für die westdeutsche Wirtschaft erhalten blieb. Hieraus ergeben sich für den Unternehmenssektor der alten Bundesländer neben dem Gewinnzuwachs weitere positive Effekte, u.a. für die Beschäftigung, die Entwicklung der Arbeitseinkommen und für die Erhöhung der Steuer- und Beitragseinnahmen im ehemaligen Bundesgebiet. Damit konnten im Westen über 1 Million Arbeitsplätze sowie Steuer- und Beitragseinnahmen von jährlich über 40 Milliarden oder kumulativ von 1991 bis 2004 von fast 600 Mrd. Euro entstehen. Diese müssten den Finanztransfers und ihren Wirkungen auf den Zuwachs der Schulden gegengerechnet werden. Hinzu kommt der Zuwachs an qualifizierten Arbeitskräften durch die Ost-West Wanderung – insgesamt im Zeitraum 1989 bis 2003 ein Wanderungsverlust bzw. -gewinn von 1,5 Millionen Menschen – und die Arbeitspendler. Sie sind allesamt sowohl an der zusätzlichen Wertschöpfung als auch am Steueraufkommen des Bundes und der westdeutschen Länder beteiligt.

Der Druck westdeutscher Ökonomen und Politiker auf eine Verringerung der Finanztransfers wird angesichts der prekären Situation der öffentlichen Haushalte mit einer hohen jährlichen Neuverschuldung weiter zunehmen. Hier gibt es aber einen ähnlichen Zusammenhang wie generell bei der Reduzierung von staatlichen Ausgaben für öffentliche Investitionen und für Sozialleistungen: Kurzfristige Entlastungen werden langfristig durch Beschädigungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess mehr als aufgehoben.

Eine Verringerung der Finanztransfers würde die Rahmenbedingungen für die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung noch mehr verschlechtern und nach kurzfristigen Entlastungswirkungen in der Folgezeit zu weit größeren und länger anhaltenden Belastungen der öffentlichen Haushalte der alten Bundesländer und der Sozialsysteme führen. Eine künftige Verringerung der finanziellen Transfers kann nur auf der Grundlage einer Annäherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands an das durchschnittliche Niveau der alten Bundesländer durch eine spürbar höhere Wirtschaftsdynamik erfolgen. Sollen Schritte in Richtung einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands überhaupt noch Chancen haben, so ist eine Verstärkung der öffentlichen und privaten Transfers für Investitions- und Forschungszwecke unerlässlich.

Für eine differenzierte Analyse des Anstiegs der öffentlichen Schulden in der Bundesrepublik spielen seit 1990 neben den zu einem großen Teil durch eine falsche Politik verursachten Vereinigungskosten vor allem folgende Faktoren eine entscheidende Rolle: (1) die finanziellen (fiskalischen) Belastungen durch die hohe und weiter angestiegene Massenarbeitslosigkeit, (2) die Wirkungen der Steuerreformen, insbesondere der Senkung der Gewinnund Kapitalsteuern und der Spitzensteuersätze der Einkommenssteuer, (3) das geringe Wirtschaftswachstum.

Fiskalische Belastungen durch die hohe und weiter angestiegene Massenarbeitslosigkeit

Ausgangspunkt einer groben Berechnung der Wirkungen höherer Arbeitslosigkeit auf die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik sollen hier nur die registrierten Arbeitslosen und die durch die Arbeitslosigkeit entstandenen direkten fiskalischen Wirkungen sein, d.h. die zusätzlichen Ausgaben und die geringeren Einnahmen der öffentlichen Haushalte, zu denen auch die Sozialversicherungen gehören. Dabei bleiben zwei Größen unberücksichtigt. Einmal der Verlust an Wertschöpfung durch die Nichtnutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens von mehr als 10 %. Im Durchschnitt des Zeitraums 1991 bis 2004 handelt es sich um ein potenzielles BIP von über 200 Mrd. Euro pro Jahr. Zum anderen bleiben die Verluste unberücksichtigt, die vor allem aus Langzeitarbeitslosigkeit für die betroffenen Menschen entstehen: Dequalifizierung, beruflicher Abstieg, psychosoziale und gesundheitliche Belastungen.

Zu den gesamtfiskalischen Kosten werden die gesamten Ausgaben und Mindereinnahmen gezählt, die sich für die öffentlichen Haushalte aus der Arbeitslosigkeit ergeben. Einerseits Ausgaben: Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe (bis 2004) danach Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Wohngeld; andererseits Einnahmeausfälle durch entgangene Steuern und Sozialbeiträge. Die folgenden Berechnungen beruhen auf einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.²

Im Durchschnitt kostete ein Arbeitsloser dem Fiskus im Jahre 2002 18.500 Euro. Die Einführung des ALG II wird diese Kosten je Arbeitslosen etwas gesenkt haben. Die Ausgaben betragen rund 55 % und die Mindereinnahmen rund 45 % der fiskalischen Gesamtkosten. Bei 4,38 Millionen registrierten Arbeitslosen ergibt sich daraus für 2004 eine Belastung von rund 80 Mrd. Euro. Das ist fast dieselbe Größe wie die West-Ost Nettofinanztransfers dieses Jahres. Gegenüber dem Jahr 1991 (2,60 Millionen registrierte Arbeitslose) war die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 2004 um

² Was kostet uns die Arbeitslosigkeit? Gesamtfiskalische Modellrechnungen, IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 10/2003

rund 1,4 Millionen höher. Im Vergleich zu 1991 sind somit die fiskalischen Wirkungen der Arbeitslosigkeit um 26 Mrd. Euro pro Jahr angestiegen. Kumulativ entspricht dies einer Größe von rund 340 Mrd. Euro. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurden die Belastungen der öffentlichen Haushalte vor allem in ihrer Dynamik stärker durch die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit als durch die Finanztransfers West-Ost belastet. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Vernichtung von 3,5 Millionen Arbeitsplätzen in Ostdeutschland auch der Hauptfaktor der notwendigen West-Ost Finanztransfers ist.

Wirkungen der Steuersenkungen

Die Steuerpolitik aller Regierungskoalitionen der letzten Jahrzehnte hat eine Politik der Umverteilung zu Gunsten der Gewinn- und Kapitaleinkommen und insgesamt der Reduzierung dieser Steuereinnahmen im Verhältnis zum BIP (der Steuerquote) durchgeführt. 1980 betrug der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern am gesamten Steueraufkommen ebenso wie der Anteil der Lohnsteuern knapp 30 % des gesamten Steueraufkommens. Bis 2004 ist dieser Anteil auf unter 15 Prozent gesunken, während der Anteil der Lohnsteuern weiter angestiegen ist.

	Anteil der Lohnsteuern	Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern
1975	30	30
1985	33	23
1991	32	20
1995	35	14
2000	36	19
2003	35	13

Quelle: Ver.di, Konzept Steuergerechtigkeit, 2004, S.1

Tabelle 4: Anteile der Lohnsteuern und der Steuern auf Gewinne und Vermögen am gesamten Steueraufkommen (Anteile in Prozent)

Seit 1980 ist die Steuerquote zurückgegangen, von 24 % 1980, auf 23 % in der ersten Hälfte der neunziger Jahre und auf 20,5 % 2004. Die Steuerquote des Jahres 2000 hätte im Jahre 2004 zu rund 40 Mrd. Euro höheren Steuereinnahmen geführt. Eine Schätzung der kumulativen Einnahmeverluste durch die Steuersenkungen ergibt für die Zeit 1991 bis 2004 eine Größenordnung von über 200 Mrd. Euro.

Von den Steuersenkungen ergeben sich negative Wirkungen auf die öffentlichen Schulden in zwei Richtungen. Einerseits direkt durch den Druck, die Einnahmeausfälle aus dem geringeren Steueraufkommen durch eine höhere Neuverschuldung auszugleichen, weil die erhofften positiven Effekte der Steuersenkungen auf Investitionen, Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum ausgeblieben sind. Trotz der Steuergeschenke an die Unternehmen sind bei hohen Gewinnzuwächsen die Investitionen weiter zurückgegangen und die Arbeitslosenzahlen angestiegen. Andererseits indirekt, indem durch die Steuersenkungen und das geringe Wirtschaftswachstum die Steuereinnahmen seit 2000 insgesamt zurückgegangen sind. Die gesamten Steuereinnahmen lagen 2004 mit 442,8 Mrd. Euro um rund 25 Mrd. Euro unter dem Stand des Jahres 2000 mit 467,3 Mrd. Euro (Ergebnisse der Steuerschätzung vom 12. Mai 2005). Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der Steuerschätzung für 2004 aus dem Jahr 2000 und der Istwerte dieses Jahres macht die Dimensionen deutlich, in denen die Steuerreform und die Wachstumsschwäche zu steuerlichen Einnahmeverlusten geführt haben: Steuerschätzung des Jahres 2000: 547,4 Mrd. Euro, Ist-Wert: 442,8 Mrd. Euro. Dadurch erhöhte sich der Druck auf die Ausgaben, wodurch die schon erwähnten Effekte im Wirtschaftskreislauf eintraten: Rückgang der privaten und öffentlichen Nachfrage mit negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und dadurch wiederum auf die Steuereinnahmen.

Geringes Wirtschaftswachstum

Die wirtschaftliche Stagnation 2001 bis 2003 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des BIP von knapp 0,3 %, die nicht überwundene Wachstumsschwäche 2004 mit einer Zunahme des BIP von 1,6 %, die von 1,5 % auf 0,7 % reduzierte Voraussage für 2005 und die insgesamt geringe wirtschaftliche Dynamik in der ganzen Periode 1992 bis 2004 mit einem durchschnittlichen Zuwachs des BIP von 1,4 % waren Hauptfaktoren für die Zunahme der öffentlichen Schulden. Jedes Prozent geringeres Wirtschaftswachstum entspricht einem Verlust an Einnahmen – Steuern und Sozialbeiträgen – der öffentlichen Haushalte von fast 10 Mrd. Euro. Rechnerisch würde sich aus dem im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum geringeren Wirtschaftswachstum seit Anfang der neunziger Jahre ein kumulativer Einnahmeverlust von rund 150 Mrd. Euro ergeben.

42 Klaus Steinitz

Zusammenfassung der Faktoren

Bei dieser zusammenfassenden Übersicht über die Hauptfaktoren des Schuldenwachstums der öffentlichen Haushalte im Zeitraum 1990–2004 um rund 900 Mrd. Euro ist zu berücksichtigen, dass die einzelnen Faktoren nicht genau voneinander abzugrenzen sind, dadurch teilweise Doppelzählungen entstehen, und dass die Wirkungen dieser Faktoren auch nur grob einzuschätzen sind. Zu den Dimensionen der Vereinigungskosten bzw. West-Ost-Finanztransfers wurden von Ulrich Busch ("Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft", 2002) die bisher umfassendsten Untersuchungen durchgeführt. Die Relationen zwischen den verschiedenen Faktoren geben Anhaltspunkte, um ihre jeweiligen Einflüsse auf den Anstieg der öffentlichen Schulden der Bundesrepublik nach 1990 besser beurteilen zu können.

- Vereinigungsbedingte Kosten, insbesondere West-Ost-Finanztransfers und Sonderfonds zur Finanzierung der Vereinigungskosten. Von den Nettotransfers im Zeitraum 1990-2004 in Höhe von rund 1000 Mrd. Euro wurden ca. 225 Mrd. Euro durch die Sozialversicherungsträger über höhere Beiträge finanziert (Busch 2002: 202 f). Die kumulative Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte (Steuern und Sozialversicherungsabgaben) durch den Produktionseffekt der Vereinigung auf die westdeutsche Wirtschaft umfasst wie bereits erwähnt eine kumulative Größenordnung bis zu 600 Mrd. Euro. Hinzu kommen die Effekte durch die Ost-West-Wanderung von Arbeitskräften und durch Arbeitspendler. Hieraus würde sich schon eine Größenordnung ergeben, die in die Nähe der gesamten Nettotransfers kommt. Ohne die Wirkungen des zusätzlichen Arbeitskräftepotenzials in Westdeutschland zu berücksichtigen, ergibt sich, dass knapp 200 Mrd. Euro (1000 Mrd. Euro - 225 Mrd. Euro -600 Mrd. Euro) aus Nettokreditaufnahmen, d.h. durch höhere Schulden. finanziert wurden. Wenn jetzt noch die Sonderfonds in Höhe von 250 Mrd. Euro einbezogen werden, ergibt sich ein vereinigungsbedingter Anstieg der Schulden von maximal 450 Mrd. Euro. Weniger als die Hälfte des Schuldenanstiegs kann auf die Vereinigung zurückgeführt werden.
- Fiskalische Belastungen durch die hohe und weiter angestiegene Massenarbeitslosigkeit: Kumulativ rund 340 Mrd. Euro.
- Steuersenkungen: kumulativ über 200 Mrd. Euro.
- Geringeres Wirtschaftswachstum: kumulativ über 150 Mrd. Euro

3. Einige Probleme der öffentlichen Schulden der ostdeutschen Länder und Kommunen

Die generelle Problematik öffentlicher Schulden erfährt in den ostdeutschen Bundesländern eine Zuspitzung. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- 1. Die öffentliche Verschuldung nahm in den ostdeutschen Bundesländern nach 1991 Sachsen bildet eine gewisse Ausnahme und in Berlin durch hohe jährliche Neuverschuldung nach 1991 in einem rasanten Tempo zu. Die Schulden der Länder und Kommunen betrugen in Ostdeutschland (ohne Berlin) 2004 insgesamt 89 Mrd. Euro, Länder 72 Mrd. Euro, Kommunen 17 Mrd. Euro. Je Einwohner sind das 6,6 Tausend Euro, einschließlich des Anteils an der Bundesschuld ergibt sich eine Größe von 16 Tausend Euro je Einwohner. Für die ostdeutschen Regionen bedeutet dies eine insgesamt etwa gleiche Verschuldung pro Einwohner wie in Westdeutschland insgesamt und im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern eine auf Einwohner bezogene überdurchschnittliche Schuldenhöhe.
- 2. Die etwa gleiche Schuldenhöhe je Einwohner ist jedoch mit einem relativ wesentlich geringeren BIP je Einwohner (64 % des westdeutschen Niveaus) und einem relativ noch geringeren Steueraufkommen je Einwohner (unter 40 % des westdeutschen Niveaus) verbunden. Insgesamt betrug 2003 die Zinslast für die Länder und Gemeinden in der ostdeutschen Region (ohne Berlin) 4,2 Mrd. Euro oder 5,3 % der Ausgaben. Sie übersteigt damit bereits die laufenden Zuweisungen im üblichen horizontalen Länderfinanzausgleich um 1,5 Mrd. Euro. Daraus folgt, dass die ökonomischen Belastungen aus den Schulden höher und die Bedingungen für die Bedienung und den Abbau der Schulden schwieriger sind.
- 3. Die Schulden je Einwohner werden in Ostdeutschland infolge der Abwanderung und des Bevölkerungsrückgangs auch dann weiter wachsen, wenn die absolute Schuldenhöhe gar nicht weiter ansteigt. Der relativ stärkere Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland bewirkt somit eine zusätzliche Belastung der hier lebenden Menschen
- 4. Die finanziellen Probleme der ostdeutschen Länder und Kommunen werden sich langfristig weiter verschärfen. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte schrumpfen bis 2020 absolut. Gründe hierfür sind vor allem: Bevölkerungsrückgang, voraussichtlich relativ geringes Wirtschaftswachstum und degressive Entwicklung der West-Ost Finanztransfers entsprechend dem Solidarpakt II ab 2009 werden die Jahresbeträge des Korb I (insgesamt 105 Mrd. Euro) von 10,5 Mrd. Euro um jährlich 776 Mill. Euro verringert, d.h. sie werden 2020 nur noch einen Restbetrag von

44 Klaus Steinitz

< 25 % umfassen. Der daraus folgende erhöhte Druck zur Reduzierung der Ausgaben und zu einer höheren Neuverschuldung verschlechtert die Voraussetzungen für eine langfristige Konsolidierung der ostdeutschen Haushalte.

5. Die hohe Verschuldung der ostdeutschen Länder und Kommunen, die Belastungen durch Zinsausgaben und die unzureichenden eigenen Einnahmequellen (originäre Steuereinnahmen) engen ihre wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Spielräume stark ein. Diese Tendenz wird sich in der Folgezeit wahrscheinlich noch zuspitzen.

Zwischen den ostdeutschen Bundesländern bestehen erhebliche Unterschiede in der Verschuldung je Einwohner:

Länder Ost:	Gesamt	Land	Gemein- den *	Schulden je Kopf	Zinsen je Kopf **
Brandenburg	18.048	16.264	1.784	7010	339
Mecklenburg-Vp.	11.595	9.499	2.096	6675	341
Sachsen	16.541	11.343	5.198	3917	198
Sachsen-Anhalt	20.005	16.662	3.343	7902	414
Thüringen	15.995	13.073	2.922	6726	343

^{*} mit Gemeindezweckverbänden; ** nach IWH, Wirtschaft im Wandel, 14/2004, S. 414 Quelle: Destatis im Internet, Sept. 2004; entnommen Karl Mai, Zur ostdeutschen Länderverschuldung, 2004, Manuskript

Tabelle 5: Verschuldung der ostdeutschen Länder und Gemeinden 2003 (ohne Berlin) (in Mio. Euro, je Kopf in Euro)

4. Überlegungen für eine zukunftsorientierte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Die abschließenden Überlegungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gehen von den derzeitigen Ergebnissen der Entwicklung der öffentlichen Verschuldung aus, insbesondere von den negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Sparpolitik zur Senkung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte.

Ein Verzicht auf staatliche Neuverschuldung wirft auch die Frage auf, wie mit den enormen privaten Geldvermögen umgegangen werden soll, die zu einem nicht geringen Teil als Finanzierungsquelle der Staatsschulden eingesetzt werden. Das private Geldvermögen ist von 1991 bis 2004 von 2 Billionen Euro auf 4,1 Billionen gestiegen (isw-wirtschaftsinfo 37, 2005: 45). Sie

sind die Basis für die Finanzierung von Krediten natürlich nicht nur der öffentlichen Haushalte und für den Kauf von Aktien, Investmentfonds u.a.. Die Größenordnungen des jährlichen Sparvolumens, die den Zuwächsen des Geldvermögens entsprechen – im letzten Jahr über 140 Mrd. Euro –, zeigen, dass es eigentlich kein Problem der Finanzierung der Staatsschulden von 1,4 Billionen Euro aus den privaten Geldvermögen von über 4 Billionen Euro, oder der Neuverschuldung von rund 70 Mrd. Euro aus dem Zuwachs der Geldvermögen um 140 Mrd. Euro gibt. Ebenso wie der private Besitz an öffentlichen Schuldtiteln (Guthaben bzw. Forderungen) die andere Seite der öffentlichen Schuldtiteln ist, sind auch die *privaten Zinseinkommen* aus öffentlichen Schuldtiteln die andere Seite der Zins*ausgaben des Staates* von 66 Mrd. Euro.

Folgende Aspekte sollen hier zusammenfassend hervorgehoben werden:

- Die öffentliche Verschuldung hat seit 1950 ständig zugenommen. Durch das schnellere Wachsen gegenüber dem nominalen BIP haben die Gesamtschulden und die Schuldenquoten gegenwärtig eine Größe erreicht, die besonders für mehrere Bundesländer und für viele Kommunen problematisch ist. Die Situation der öffentlichen Haushalte ist in den ostdeutschen Ländern und Kommunen besonders zugespitzt. Das trifft auf die gegenwärtige Lage und auch auf die voraussichtliche Zukunft zu.
- Die Problematik der Neuverschuldung und der Gesamtschulden in der Bundesrepublik liegt nicht in den angeblichen finanziellen Belastungen kommender Generationen, sondern vor allem in der Einengung der wirtschafts-, sozial- und beschäftigungspolitischen Spielräume durch hohe Zinszahlungen und in der ökonomisch ungünstigen Verwendung der aufgenommenen Kredite. Sie wurden in den letzten Jahren zunehmend zur Finanzierung von Steuersenkungen und immer weniger für öffentliche Investitionen eingesetzt. Im Gegensatz zur Finanzierung öffentlicher Investitionen, die in der Regel einen bleibenden Nutzen für heute und auch für später Lebende hervorrufen, bedeutet ihr Einsatz zur Finanzierung von Steuersenkungen für Gewinne und hohe Einkommen, dass die Kreditbelastungen erhöht werden, um eigentlich unnötige Haushaltslöcher zuzudecken.
- Die Finanzpolitik der Bundesregierung, die darauf gerichtet war, unabhängig von der konjunkturellen Situation möglichst rasch ein Nulldefizit zu erreichen, ist fehlgeschlagen. Das bestätigt, dass eine Politik, die unter Bedingungen wirtschaftlicher Stagnation oder sehr geringen Wirtschaftswachstums, die Ausgaben kürzt und darüber hinaus noch die Steuern

46 Klaus Steinitz

senkt, das Gegenteil einer Haushaltskonsolidierung erreicht, sie tappt tiefer in die Schuldenfalle. Bisher ist auch nach der beschlossenen Korrektur des SWP nicht ersichtlich, dass die Bundesregierung hieraus einen konstruktiven Ausweg findet.

Eine zukunftsorientierte Politik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist notwendig. Dies schließt m. E. ein, die Schuldenstandsquote langfristig zu senken, um die Belastungen durch Zinszahlungen zu verringern und die Handlungsspielräume für eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu erhöhen. Dies gilt für den Bund und differenziert für die Länder und Kommunen. Die Schritte einer solchen Konsolidierung müssen stets die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge beachten.

Eine theoretisch begründete und empirisch bestätigte Erfahrung hierfür ist: Aus einer hohen Neuverschuldung kann man sich nicht in erster Linie heraussparen, man muss daraus vor allem herauswachsen. Diese Erkenntnis reicht jedoch nicht. Notwendig sind Zielvorstellungen für eine rationale, tragfähige Gesamt- und auch Neuverschuldung. Diese kann jedoch nicht als fixe Größe bestimmt werden. Sie ist vielmehr veränderlich. Entscheidend ist, dass der Staat die Steuerungsfähigkeit über die Schulden behält, und dass die Aufnahme öffentlicher Kredite auch tatsächlich zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben genutzt wird.

Es bleibt eine Herausforderung an eine praktikable, auf die Lösung der Probleme gerichteten Wirtschaftstheorie, ein gesamtwirtschaftlich und zukunftorientiertes rationales Verhältnis zwischen der Finanzierung der Aufgaben des Gemeinwesens durch Steuern und durch Aufnahme von Krediten zu bestimmen und entsprechend der Spezifik der zu lösenden Aufgaben und des Konjunkturverlaufs zu überprüfen und zu korrigieren. Ständig sich wiederholende zusätzliche Ausgaben für den Konsum, z.B. für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, sollten nicht dauerhaft durch die Aufnahme neuer Schulden, sondern müssten über Sozialabgaben und Steuern finanziert werden.

Daraus ergibt sich auch als Konsequenz: Lohndruck und Ausweitung des Niedriglohnsektors sind ebenso wenig wie die Senkung der Sozialleistungen entsprechend den "Reformen" der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen erfolgversprechende Wege zur langfristigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Eine effektive Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verlangt, die konjunkturelle Situation stärker als bisher in der Finanzpolitik zu beachten, wozu vor allem die schon lange von der alternativen Wirtschaftspolitik kritisierte Überwindung der Dogmatik und Starrheit der Maastrichter Kriterien und des SWP gehört. Die im März 2005 auf der Gipfelkonferenz der EU Staats- und Regierungschefs beschlossene Modifikation des SWP zeigt, dass auch neoliberale Politiker nicht völlig resistent gegenüber praktischen Erfahrungen sind.

Eine erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte setzt voraus, dass die beiden Möglichkeiten, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, Sparen durch Begrenzen der Ausgaben auf der einen, und Erhöhen der Einnahmen durch Wachstum und Steuerpolitik auf der anderen Seite, in ihrem Zusammenhang betrachtet und gemeinsam genutzt werden. Steuererhöhungen bis zu einer international vergleichbaren Steuerquote dürfen kein Tabu sein. Es kommt darauf an, ein gerechteres Steuersystem zu erreichen, in dem die Konzerne, die Vermögenden und Bezieher hoher Einkommen einen entschieden höheren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

Die Aufnahme von Nettokrediten gilt es wieder verstärkt mit ihrer eigentlichen Funktion zu verbinden: öffentliche Investitionen vor allem in Wissenschaft und Forschung, Bildung und in die Infrastruktur zu finanzieren, d.h. Zukunftsaufgaben im Interesse nachfolgender Generationen zu sichern. Der Rückgang der öffentlichen Investitionen – 2004 nur noch 70 % des Umfangs von 1991 – muss endlich gestoppt und in eine Erhöhung ihres Anteils am BIP umgekehrt werden.

Die zugespitzten, spezifischen Haushaltsprobleme der ostdeutschen Länder und Kommunen werden sich nicht von selbst lösen oder auch nur entspannen. Schritte in Richtung ihrer zukunftsorientierten Konsolidierung sind untrennbar mit einer höheren Dynamik der ostdeutschen Wirtschaft verbunden. Sie setzen u.a. eine zielgerichtete Fortführung der West-Ost Finanztransfers und eine konsequente Politik zum Abbau der ostdeutschen Entwicklungsrückstände voraus.

Literatur

Biedenkopf/Miegel (1979), Die programmierte Krise – Alternativen zur staatlichen Schuldenpolitik, Bonn

Brümmerhoff, Dieter (2000), Finanzwissenschaft, Oldenbourg

Busch, Ulrich (2002), Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin

Hickel, Rudolf (1980), Notwendigkeit und Grenzen der Staatsverschuldung – ein Beitrag zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, in: Diehl, K./Mombert, P. (Hg.), Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie: Das Schuldenproblem, neueditiert, Frankfurt/Berlin/Wien

48 Klaus Steinitz

Hickel, Rudolf (1999), Die unglaubliche Rückkehr zur These von den Staatsschulden als Geißel der Nation – Thesen zur Kritik der Verdrängung makroökonomischen Denkens in der rot-grünen Finanzpolitik, Manuskript

- Huffschmid, Jörg (1997), Ursachen, Funktionen und Nutznießer der Staatsverschuldung, Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/97
- Leibfritz, W. (1979) Maßnahmen zur Überwindung der Wachstumsschwäche und ihre Grenzen der Beitrag der Fiskalpolitik, in: IFO-Schnelldienst 8/79
- Mai, Karl (2002), Zur Höhe der Staatsverschuldung infolge der deutschen Vereinigung, Manuskript
- Musgrave, Richard Abel (1987), Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis, Tübingen
- Ragnitz, Joachim (2004), Zur Ausgestaltung des Solidarpakts II, IWH-Diskussionspapiere194, Halle
- Ricardo, David (1817), Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung Stein. Lorenz von (1860). Lehrbuch der Finanzwissenschaft
- Steinitz, Klaus (2000), Staatsschulden "Sünde" oder Hilfe? Zur ökonomischen Rolle und Wertung öffentlicher Schulden, Pankower Vorträge, Helle Panke, Heft 25, Berlin
- Troost, Axel (1981), Der Streit um die Staatsverschuldung, Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/81

Fritz Vilmar

Eine andere Moderne. Zur sozialphilosophischen Würdigung der Malerei der DDR

Vortrag im Plenum der Leibniz-Sozietät am 16. Oktober 2003

Auf der Basis eingehender Studien¹ werde ich den Nachweis führen, dass der verbreitete Vorwurf unhaltbar ist, die Künstler, speziell die bedeutenderen Maler der DDR hätten eine unfreiheitliche propagandistische Kunst produziert. Allerdings folgte diese Malerei nicht der westlichen und speziell westdeutschen auf dem Weg in die weithin gegenstandslose, abstrakte Kunst, wie sie seit den fünfziger Jahren als allein "modern" propagiert wurde. Sie setzt dagegen durchaus auch "moderne" Maltraditionen fort, wie sie im Expressionismus und in der Neuen Sachlichkeit der zwanziger Jahre in Erscheinung trat.

Ich werde also die einseitige, "fixe" Idee oder Ideologie von Moderne widerlegen, wonach "moderne" Kunst abstrakt zu sein habe, gegenstandslos, informell. Die vollkommene Lösung von einer abzubildenden Gegenstandswelt hat zwar im vergangenen Jahrhundert zu einer einzigartigen Emanzipation des künstlerischen Schaffens geführt; aber es ist zu zeigen, dass der vor allem in Westdeutschland, ideologisch vorgeprägt durch den "abstrakten Expressionismus" der USA (Pollock u.a.), kanonisierte Weg in die abstrakte Kunst als "die" moderne Kunst eine nicht zuletzt durch den Kalten Krieg gegen den "Sozialistischen Realismus" bestimmte Sackgasse darstellt.

Eine zentrale kunstpolitische These

Daraus ergibt sich meine zentrale sozialphilosophische und zugleich kunstpolitische These: Statt die ästhetische Erbschaft eines hochdifferenzierten, expressiven Realismus der DDR-Malerei auszuschlagen, statt sie zu li-

¹ Fritz Vilmar, Bildende Kunst in der DDR: Nicht für den Mülleimer der Geschichte, in: Bollinger/Vilmar (Hsg.), Die DDR war anders. Kritische Würdigung sozial-kultureller Einrichtungen der DDR, Berlin 2001, S. 108–139.

50 Fritz Vilmar

quidieren, sollte sie ernstgenommen, begrüßt und integriert werden als höchst fruchtbarer, ja geradezu notwendiger Gegenpol zur abstrakten, realitätslosen Malerei in Westdeutschland.

Da die Kunst der DDR statt solcher Integration in west-*und* ostdeutschen Museen nach '89 zunehmend Ausgrenzung erfuhr², ist die Forderung des renommierten (DDR-)Kunstkenners und FAZ-Feuilleton-Chefs Eduard Beaucamp mit Entschiedenheit zu unterstützen: "Berlin braucht ein Museum für die ostdeutsche Kunst": "Man sollte die … Depotverbannten endlich befreien und, da ihre Integration in unseren Kanon offenbar unerwünscht ist, in einem eigenen neuen Haus sichtbar machen … Ein Haus ostdeutscher Kunst … gehört in die … Hauptstadt. Auch nach zehn Jahren ist es für eine Revision … unserer Kunstgeschichte nicht zu spät"³

Solche Schlussfolgerung ergibt sich auch aus der – leider bislang unerhörten – Forderung Regine Hildebrands: "Mir will einfach nicht einleuchten, warum man nicht die Vorteile zweier Systeme miteinander verbinden kann, sondern statt dessen einem einzigen System den Vorzug gibt, das neben vielen erfreulichen Vorteilen erhebliche Mängel aufweist" (lt. Neue Zürcher Zeitung vom 06. 03. 97, S. 45).

In den 70er und vor allem den 80er Jahren gab es in der Bundesrepublik eine zunehmende Beachtung der Werke bedeutender Künstler aus der DDR. 1977 nahmen erstmals sechs berühmte Maler der DDR an der documenta in Kassel teil: Bernhard Heisig, Willi Sitte, Werner Tübke, Wolfgang Mattheuer, Fritz Cremer, Jo Jastram.

Sensationell war seinerzeit das Bekanntwerden der großen Sammlung ostdeutscher und osteuropäischer Malerei durch den Unternehmer und Kunst-Mäzen Peter Ludwig. Ludwig hat schließlich mit der Ausstellung "Durchblick" in Oberhausen 1984 sowie mit seiner gesamten Sammlungstätigkeit eine Erweiterung des "Blickfeldes Ostkunst" erwirkt.

^{2 &}quot;Als die Berliner Nationalgalerie, die oberste zuständige Museumsinstanz, kurz nach der Wende einen Vereinigungsversuch unternahm und Platz machte für einige markante Beispiele und Positionen der Kunstentwicklung im Osten, kam es zum Sturm der Entrüstung. Kurze Zeit behaupteten die Ostdeutschen ihren öffentlichen Platz, schrumpften dann zur Kern- und Restgruppe und sind heute fast ganz ins Depot abgetaucht. Raumnot kann nicht der Grund sein, da in der Dependance der Nationalgalerie, im Hamburger Bahnhof, Westkunst sich in schier endlosen Dimensionen ausdehnen darf." (Eduard Beaucamp, Berlin braucht ein Museum, FAZ v. 30.9. 2000.

³ Eduard Beaucamp, a.a.O.

Eine andere Moderne 51

Ausgrenzung der ostdeutschen Kunst

Seit der Wende dagegen gab es eine *fatale Tendenz zur Herabwürdigung der DDR-Malerei*. ⁴ Höhepunkt der Diffamierung war 1999 die Weimarer Ausstellung "Aufstieg und Fall der Moderne". In einer arroganten und abwertenden Präsentation – neben der Nazi-Kunst! – wurde die "DDR-Kunst kollektiv in eine Entsorgungsperspektive gerückt." Diese Perspektive der Müllhalde sowie die Gleichsetzung NS-Kunst – DDR-Kunst war durchaus beabsichtigt, wie der Katalog der Ausstellung an zahlreichen Stellen deutlich macht. Der Kurator Achim Preiß zeigt sich überzeugt, dass es sich bei "DDR-Kunst" um eine besonders krasse Version der Antimoderne handelt. ⁶

Diese völlig ungerechtfertigte Geringschätzung und ihre Hintergründe zu analysieren und zu beurteilen, ist Teil eines größeren Forschungsprojektes, das ich seit 1997 gemeinsam mit Dr. Stefan Bollinger – ehemals Humboldt-Universität – koordiniert habe und das den Titel trägt "Kritische Würdigung sozial-kultureller Einrichtungen der DDR"⁷. Wir erarbeiten in diesem Projekt Gegenpositionen zu der vorherrschenden westdeutschen Diskriminierung und Liquidierung fast aller sozialen und kulturellen Leistungen Ostdeutschlands.

Aufgrund unserer in den genannten Sammelbänden dokumentierten Forschungsergebnisse kann man die DDR nicht auf die SED-Diktatur reduzieren. Vielmehr gab es wesentliche sozial-kulturelle Einrichtungen in der DDR, die nicht auf den Mülleimer der Geschichte gehören, sondern die kritisch zu würdigen und wieder anzueignen sind im Interesse einer produktiven, innovativen Zukunftsentwicklung Gesamtdeutschlands.

Dabei gilt es vor allem, ein vorherrschendes doppeltes Vorurteil zu entkräften, das lautet: Die DDR-Kunst, und speziell die Malerei, ist keine Kunst:

Erstens ist die DDR-Kunst und speziell die Malerei Propagandakunst, Staatskunst zur Verherrlichung des Arbeiter- und Bauernstaates; und zweitens ist die DDR-Malerei, im Schlepptau des sozialistischen Realismus der Sowjetunion, auf der "vor-modernen" ästhetischen Stufe des Realismus stehen geblieben, – sie ist daher eine Kunst von gestern, nicht auf der Höhe der

⁴ Erst die große positive Retrospektive: "Kunst in der DDR", die 2003 monatelang in der berliner Nationalgalerie gezeigt wurde und mit über 200 000 Besuchern auch ein sehr großer Publikumserfolg war, könnte eine "Wende in der Wende" einleiten.

⁵ Beaucamp Eduard, Kritische Reflexionen. Werke ostdeutscher Künstler im Museum am Dom. Museumsschriften der Diözese Würzburg, Band 7, Regensburg 2003, S.15.

⁶ Preiß, Achim, Offiziell und Inoffiziell – Kunst der DDR, in: Katalog der Ausstellung "Aufstieg und Fall der Moderne." Teil 3, Ostfildern – Ruit, S. 470.

⁷ Mit dem Obertitel: Die DDR war anders. 2 Bde, Neuauflage 2004, ISBN 3-929532-62-X und 929532-29-8, FU, Ihnestr. 22, 14195 Berlin.

52 Fritz Vilmar

Zeit – und im Sinne dieser mangelnden ästhetisch-zeitgeschichtlichen Aktualität: Müll.

Ich stelle diesen disqualifizierenden Thesen zwei Gegenthesen gegenüber:

1. Es hat in der Tat in der DDR, wie in allen osteuropäischen Ländern, Malerei gegeben, die sich einem kommunistischen Parteidogma von der positiven realsozialistischen Gesellschaft dienstbar gemacht hat, die eine in diesem Sinne geschönte, also unwahre Realität präsentiert hat und daher nicht eine geistig freie, einem autonomen Schöpfungsakt des Künstlers entsprungene Kunst war. Aber daneben und an dessen Stelle hat sich in der DDR im Laufe der 40 Jahre zunehmend eine Malerei entwickelt, die sich für realsozialistische Absichten der Verklärung des Arbeiter- und Bauernstaates nicht mehr instrumentalisieren ließ – die sich vielmehr von dem parteidogmatischen Konzept des Sozialistischen Realismus freigemacht hat⁸.

Diese bedeutendere Malerei der DDR hat menschliche und gesellschaftliche Existenz, Geschichte, Umwelt und persönliche Daseins-Visionen höchst individuell dargestellt, oft allegorisch oder mythologisch verfremdet, selten optimistisch, oft skeptisch, kritisch, melancholisch, oft schwer deutbar, niemals aber als idealisierte Abbildung einer schönen sozialistischen Welt.

Für die maßgeblichen Maler der DDR, die für diese bedeutendere Malerei stehen, fällt also der Vorwurf einer unfreiheitlichen propagandistischen Kunstproduktion in sich zusammen⁹.

2. Die bedeutendere Malerei der DDR, die sich mit den genannten Namen verbindet, hat nicht nur die Programmatik des Sozialistischen Realismus hinter sich gelassen. Sie hat sich zu einem höchst differenzierten, ausdrucksstarken, expressionistisch oder surrealistisch transformierten und reflektierten Realismus entwickelt. Dieser avancierte Realismus der wichtigeren DDR-Maler hat sich von bloßer "Abbildung" der Realität weit entfernt. Indem er die Realität verfremdet, ohne sie aber zugunsten

⁸ Mustergültig hat diesen Emanzipationsprozeß dargestellt und aus den Akten belegt: Ulrike Goeschen, Vom sozialistischenn Realismus zur Kunst im Sozialismus. Die Rezeption der Moderne in Kunst und Kunstwissenschaft der DDR. Berlin 2001.

⁹ Ich nenne hier nur einige der bekanntesten, ohne damit die anderen Großen im mindesten in eine zweite Reihe verweisen zu wollen: Willi Sitte, Wolfgang Mattheuer, Bernhard Heisig, Werner Tübke, Harald Metzke, Wolfgang Peuker, Heidrun Hegewald, Angela Hampel, Max Uhlig, Rolf Händler, Hartwig Ebersbach, Walter Libuda, Jürgen Wenzel, Werner Liebmann, Hubertus Giebe. Vgl. deren zusammenfassende Vorstellung in: Brusberg Dokumente 18, ...sie malen ja nur. Zeitvergleich '88 – aktuelle Malerei aus der DDR. Ein Rückblick. Berlin Juni 1989.

Eine andere Moderne 53

totaler Abstraktion aufzugeben, indem er durch Verwandlung ihr – oft erschreckendes – Wesen enthüllt, setzt dieser Realismus durchaus drei Traditionen der deutschen, der europäischen modernen Malerei fort: die expressionistische im weitesten Sinn, die surrealistische und die der Neuen Sachlichkeit.

Dagegen folgt diese Malerei nicht oder nur selten der westlichen und speziell westdeutschen auf dem Weg in die völlig gegenstandslose, abstrakte Kunst, wie sie seit den fünfziger Jahren als allein "modern" propagiert wurde. Wie zu zeigen: unter massiver Beteiligung der CIA!

Die DDR-Kunst setzte Maltraditionen fort, wie sie sozialkritisch bei der Kollwitz, bei Georg Grosz und Otto Dix sowie bei Max Beckmann, weniger unmittelbar sozialkritisch bei Christian Schad und den Wiener Phantastischen Realisten in Erscheinung trat, aber auch bei eher surrealistisch orientierten Malern, wie Magritt, de Chirico, Dali und, in surrealistischer Höchstform, bei Max Ernst. Selbst der einzigartige Paul Klee hat bei all seinen ebenso radikalen wie poetischen Abstraktionen den Bezug zur Realität, oft radikal auf einfachste Chiffren und Zeichen komprimiert, selten ganz verloren, ebensowenig wie Alexej von Jawlenski mit seinen abstrakten Köpfen oder Picasso, besonders der späte Picasso, mit seinem genialnaiven Klassizismus.

Ich ziehe ein erstes Fazit: Es kann keine Rede davon sein, daß der bedeutenderen DDR-Malerei aufgrund von Propagandagehalten oder aufgrund eines kruden Realismus der Rang ernst zu nehmender Kunst aberkannt werden könnte. Vielmehr sind Varianten des Realismus – oder sagen wir: eines figürlichen Realitätsbezuges – bis heute in der europäischen und amerikanischen Malerei aktuell und nicht etwa obsolet, der Schnee von gestern.

Diese Feststellung führt uns unmittelbar zu einer fixen Idee der gegenwärtigen deutschen Kunsttheorie oder besser: Kunstideologie, die nicht etwa die DDR-Malerei, wohl aber die westdeutsche in eine Sackgasse zu treiben droht: Es heißt, moderne Kunst habe abstrakt zu sein, ungegenständlich, informell. Ich erspare mir das Gewirr von immer neuen Begriffsbildungen für diese moderne Kunstrichtung – entscheidend ist das Folgende: Moderne Malerei, so heißt es, soll sich jedes Bezugs zur menschlichen, gesellschaftlichen oder natürlichen Realität enthalten. Deren Elemente werden bestenfalls nur noch als zusammenhangloses Spielmaterial oder in Form möglichst ungestalter Grundelemente gelten gelassen: als Konglomerate von Steinen, Pappe, Teig, Abfall, Zweigen.

Ich möchte zunächst einmal meine kunstphilosophische Begeisterung zum Ausdruck bringen über die revolutionäre ästhetische Leistung der abstrakten 54 Fritz Vilmar

Kunst: Die vollkommene Lösung von abzubildenden Gegenständen, diese völlige Entweltlichung, dieses Gestaltungsprinzip der reinen Kopfgeburt von Linien, Farben, Formen und Objekten im vergangenen Jahrhundert hat zu einem hinreißenden Aufbruch des künstlerischen Schaffens: zur Schöpfung völlig neuer virtueller Welten geführt – in der Tat zu einer revolutionären Freisetzung gestalterischer Phantasie. In der neueren Zeit allerdings ist diese Phantasie, vor allem seit Beuys, in eine Fülle von Materialpräsentationen und sogenannten "Installationen" ausgeartet – man sprach von Informalismus und Minimalismus. Eine Kunst, die eigentlich nur noch zwei Prinzipien huldigte: "Anything goes" und "Wenig gestalten".

Leider tendiert jede Revolution dazu, in einen terreur zu führen. Diese tendenzielle Zwangsherrschaft der totalen Abstraktion in der bildenden Kunst und speziell der Malerei resultiert einerseits aus ihrer völlig einseitigen, massiven Förderung durch die US-amerikanische Kunstpolitik im Kalten Krieg – und andererseits aus ihrer totalen Unverbindlichkeit und spielerischen Loslösung von jedem menschlichen, sozialen und Natur- bzw. Weltbezug. Dieses L'art pour L'art, diese bedeutungslose Art moderner Malerei oder bloßer Installations-"Kunst" bewegt sich auf einer grandiosen Spielwiese der Beziehungslosigkeit. Diese ästhetische Destruktionstendenz schreit nach einer Gegenbewegung.

Kunstpolitik – auch im Westen

An dieser Stelle wird mein Vortrag nun hochpolitisch. Es geht darum, die naive Akzeptanz der im Westen, insbesondere in Westdeutschland Mode gewordenen abstrakten Kunstrichtungen infrage zu stellen. Naive Akzeptanz bedeutet die sehr weit verbreitete Hinnahme der abstrakten Kunst als einer nach dem 2. Weltkrieg quasi von selbst, naturwüchsig gewachsenen und herrschend gewordenen Richtung.

Auch ich habe als Erklärung früher höchstens die weitreichenden Manipulationen des Kunstmarktes herangezogen und natürlich auch die verbreitete Neigung des (zahlungskräftigen) Publikums, sich eher etwas Unverbindliches an die Wand zu hängen, wenn es nur zur Zeit "in" ist und vielleicht sogar formal ein wenig schockierend (also zum Beispiel auf dem Kopf hängend!) – als etwas menschlich, gesellschaftlich Problemgeladenes, gar etwa Sozialkritisches.

Die kulturpolitische und speziell die kunstpolitische Forschung der letzten Jahre macht solche naive, bestenfalls fatalistische Hinnahme nicht mehr möglich. Dass im Osten die Kunstrichtung, der Sozialistische Realismus der Eine andere Moderne 55

Sowjetunion, mit massivem Druck durchgesetzt worden ist, das wissen wir alle. Im Westen dagegen gab es angeblich eine völlig freie Kunstentfaltung. Die tausendfältigen Gestaltungsmöglichkeiten einer vom Gegenstand sich emanzipierenden, mehr oder weniger abstrakten Kunst schienen geradezu die Idealvorstellung einer "freien" Kunst zu verwirklichen.

Dies war die Ideologie. Die Wirklichkeit dagegen sah anders aus. Wir wissen heute, dass die massive Zurückdrängung einer gegenstandsbezogenen, gar sozial kritischen Malerei und die ebenso massive Förderung des sogenannten Abstrakten Expressionismus seit den fünfziger Jahren sehr erfolgreich von den USA, genauer: von der CIA betrieben worden ist. Mächtige von der CIA gestützte Kulturorganisationen wie der "Congress of Cultural Freedom" oder das "Museum of Modern Art" in NY mit sehr viel Geld haben dabei in Europa und speziell in Deutschland eine entscheidende Rolle gespielt.

Die wichtigsten Fakten über diese durch Geld und Medienmacht praktizierte Kunstdiktatur haben vor einiger Zeit der Berliner Maler und Kunsttheoretiker Klaus Fußmann und die britische Historikerin Frances Stonor Saunders zusammengetragen. Das Fazit von Fußmann ist nicht etwa im Neuen Deutschland erschienen, sondern in der FAZ, am 11. Juli 1998. Ich zitiere Ihnen einige zentrale Sätze: Die CIA "förderte die neue Kunst in Amerika, den Abstrakten Expressionismus, durch offene und verdeckte Subventionen. Sie förderte Ausstellungen, aber vor allem Kunstzeitschriften, und machte den Abstrakten Expressionismus immer bekannter. ... Die gegenstandslose Kunst (war) eine Möglichkeit, der Auseinandersetzung mit den Greueln des Krieges zu entgehen. Man konnte ... der Geschichte ausweichen. ... (Man) galt außerdem als Überwinder der (inhaltlichen; F.V.) Form, was wiederum als Abkehr von der Ideologie des Ostens gewertet wurde". Freilich: Den Einfluss des sozialistischen Realismus auszuschalten, "wäre der Einsatz der CIA nicht nötig gewesen. Aber darum ging es in erster Linie auch gar nicht, sondern ... es war vor allem der Wunsch der Weltmacht Amerika, endlich auch in der bildenden Kunst den Ton anzugeben".

Der berühmte, aber nicht-abstrakte Maler Karl Hofer, der infolgedessen als Präsident der Berliner Akademie der Künste ausgeschaltet wurde, nannte die CIA-gesteuerte Kampagne für die Alleinherrschaft der abstrakten Kunst in der damals führenden Zeitschrift "Der Monat" (im Februar 1955), eine "Diktatur mit anderen Vorzeichen". Fußmann formuliert als Fazit: "Politisch … hatte man … mehrere Erfolge auf einmal. Man lag … ganz auf der Linie der McCarthy-Bewegung, hatte eine wahrhaft antipodische Kunst zum sozialisti-

56 Fritz Vilmar

schen Realismus geschaffen, den Rückzug zum sozialkritischen Realismus ... gekappt und besaß nun eine Kunstform, die niemals mehr eine Anklage gegen soziale oder politische Zustände formulieren konnte".

Es ist ein Glückszufall, dass vor kurzem die Übersetzung einer umfangreichen Studie der Engländerin Frances Stonor Saunders erschienen ist¹⁰, die aufgrund sorgfältiger Archivarbeit genau diese kulturimperialistischen Strategien der CIA und ihrer Tarnorganisationen nachweist und damit Fußmanns Studie bestätigt.

Die westliche, die westdeutsche abstrakte Kunst – kein freies geistiges Naturprodukt, sondern ein Produkt der Politik, eine Waffe im Kalten Krieg, eine Manifestation der endlich erreichten auch künstlerischen Weltgeltung der USA. Was bedeutet das in unserem Zusammenhang?

Es kann nicht darum gehen, die abstrakte Malerei einfach als Ausgeburt der CIA-Kunstpolitik abtun zu wollen. Ich habe mich am Anfang bereits ausdrücklich zu den großartigen ästhetischen Spielräumen bekannt, die die abstrakte Kunst eröffnet hat. Aber: Wir müssen jetzt auch erkennen, wer bei der forcierten Karriere dieser Kunstrichtung Pate gestanden hat, und vor allem, was mit ihr beabsichtigt worden ist: die weitestmögliche Ablösung der Kunstproduktion von der existentiellen, sozialen und gesellschaftlich-politischen Realität, ihre Ansiedlung in einem grenzenlosen, aber irrealen Spielraum – Spielraum im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Kunst, speziell die Maltradition der DDR kann angesichts dieser Vereinseitigung der westdeutschen Kunst, wenn sie in Zukunft wieder ernstgenommen wird, als ein höchst bedeutungsvolles Gegengewicht wirken, die unser Kunstschaffen und vor allem auch unsere Rezeption, unsere Aneignung von Kunst befreit von der akuten Gefahr einer Infantilisierung in Gestalt abstrakter Glasperlenspiele und informeller Installationen. Kaum eines der bedeutenderen Bilder aus der DDR, das nicht, in offener oder verschlüsselter Form, von Lust und Leid, Perspektiven und Notständen des Menschen und der menschlichen Gesellschaft gehandelt hätte. Mea res agitur: Von uns ist hier die Rede

Nichts gegen Spiele: Spiele gehören zum Wesen des Menschen als eines "homo ludens". Wer wollte sie missen? So auch eine spielerische Kunst. Aber wenn sie *nur* noch Spiel wäre – höchst artifizielles, gewiss – ja dann würde sie vielleicht niemand mehr ernst nehmen. Und der Mensch würde sich selbst

¹⁰ Frances Stonor Saunders, Wer die Zeche zahlt... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg, Berlin 2001, bes. S. 235 ff.

Eine andere Moderne 57

in bildender Kunst nicht mehr begegnen. Die Venus von Willendorf hat es uns in den Urzeiten menschlicher Kunst – vor 25 000 Jahren! – schon gezeigt: Den Menschen kann man nicht gegenstandslos gestalten.

Ruth Reiher/Wolfdietrich Hartung

"Vorwärts und nichts vergessen." Zur Sprache in der DDR

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 21. 10. 2004

1. Vorbemerkung

Im September 2004 erschien im Aufbau Taschenbuch Verlag das Buch "Vorwärts und nichts vergessen. Sprache in der DDR: Was war, was ist, was bleibt"¹. Es ist ein Sammelband, in dem sich 29 Autorinnen und Autoren in 28 Beiträgen darum bemühen, einen Einblick in die Forschungen zur Sprache in der DDR zu vermitteln. Ruth Reiher als Herausgeberin und Autorin sowie Wolfdietrich Hartung als Autor haben dieses Buch in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften im Oktober 2004 vorgestellt. In der überarbeiteten Fassung gibt Ruth Reiher in den Abschnitten 2–6 einen Überblick über die Produktionsbedingungen dieses Buches und verweist damit auf einige der Schwierigkeiten, die sich bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema Sprache in der DDR ergeben. Wolfdietrich Hartung behandelt im Abschnitt 7 die Spezifik der Kommunikation in der DDR und geht dabei auf Lebensformen und ihren Einfluss auf Kommunikationspraktiken und Sprache in der DDR ein.

2. "Die Kaufhalle hieß jetzt Supermarkt."

Kindheits- und Jugenderinnerungen junger Autoren, die in der DDR sozialisiert wurden, sind für den heutigen Leser oft schwer verständlich. Die beschriebenen Sachverhalte einschließlich ihrer Benennungen gibt es zum großen Teil nicht mehr, so dass die Schriftsteller, wollen sie verstanden werden, häufig zugleich als Erklärer und Übersetzer tätig werden müssen².

¹ Ruth Reiher/ Antje Baumann (Hg.) (2004): Vorwärts und nichts vergessen. Sprache in der DDR: Was war, was ist, was bleibt. Aufbau Taschenbuch Verlag. Berlin. ISBN 3-7466-8118-9. €9.95.

² Differenzierte Aussagen zu diesem Problem macht im vorgestellten Buch Ingrid Kühn: Erinnerungsvokabular mit Verfallsdatum. Wie erklärungsbedürftig ist DDR-spezifische Lexik? S. 315–325.

Jana Hensel³ z. B. erläutert: "Die Kaufhalle hieß jetzt Supermarkt, Jugendherbergen wurden zu Schullandheimen, Nickis zu T-Shirts und Lehrlinge Azubis." In seinem Buch "Die Nachrichten"⁴ sieht Alexander Osang seinen jetzt im Westen der Bundesrepublik lebenden Helden Jan Landers vor großen Schwierigkeiten, wenn es darum geht, seine Kindheits- und Jugenderinnerungen mit der Gegenwart in Einklang zu bringen.

"Er schien sein eigenes Land nicht mehr zu kennen. Sie stellten ihm Fragen, die er nicht beantworten konnte. Die Geschichten, die er in ihren Zeitungen über seine Heimat las, schienen detaillierter zu sein als seine Erinnerungen. Witze, Anspielungen, Vergleiche funktionieren nicht, weil sie Pawel Kortschagin, Adolf Hennecke und Gojko Mitic nicht kannten. Sie kannten nicht einmal die Olsenbande, was ihn wirklich gewundert hatte. Irgendwie hatte er immer gedacht, die Olsenbande sei ein internationaler Erfolg gewesen. Er kam sich vor, als habe er nichts erlebt. Als habe er achtundzwanzig Jahre im Wohnzimmer gesessen."

Also schickt er sich an, dem heutigen Leser mit Hilfe von Quasisynonymen Erklärungshilfen zu geben. "Ihm fiel ein, dass Overheadprojektor im Osten Polylux hieß. Aber er hatte genauso ausgesehen wie der hier. Offenbar hatte die DDR im Polyluxbereich die Weltspitze mitbestimmt."

Will man heute die Sprache in der DDR und deren Gebrauch angemessen beschreiben, muss das fehlende soziokulturelle Hintergrundwissen bis zu einem gewissen Grade mitgeliefert werden, um den Verstehensprozess zu gewährleisten. Das bedeutet für die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Gegenstand, nicht nur sprachliche Formen und Strukturen zu ermitteln, sondern den Sprachgebrauch und die Kommunikationspraktiken in der DDR unter dem Einfluss spezifischer Lebensformen zu betrachten. Darum bemühten sich 29 Autorinnen und Autoren in einem Sammelband zur Sprache in der DDR, dessen Titel "Vorwärts und nichts vergessen" Programm ist.

3. "Hoch-DDRsch" – Der offizielle Sprachgebrauch in der DDR

Betrachten wir die wissenschaftliche oder auch nichtwissenschaftliche Literatur zum Thema "Sprache in der DDR", fällt zweierlei auf. Zum einen wird Sprache in der DDR stets gleichgesetzt mit offiziellem Sprachgebrauch. Und der war nun alles andere als kreativ, schön oder gar abwechslungsreich. Dieser offizielle Sprachgebrauch war von Stereotypen geprägt wie Häufung

³ Jana Hensel (2002): Zonenkinder. Reinbek bei Hamburg.

⁴ Alexander Osang (2000): Die Nachrichten. Frankfurt/Main.

nominaler Wendungen, von Pathos und fehlender individueller Text- und Stilgestaltung. Stephan Heym⁵ charakterisierte diese offizielle Sprachform mit Bezug auf die "Aktuelle Kamera" des Jahres 1976 als "Hoch-DDRsch", als "gepflegt bürokratisch, voll hochtönender Substantive, die mit entsprechenden Adjektiven verbrämt waren". Und daran hat sich in der zweiten Hälfte der DDR – von 1976 bis 1989 – in der Tat kaum etwas geändert. Ursache für diese Starrheit und Variationsarmut des offiziellen Sprachgebrauchs war die fehlende Pluralität im öffentlichen Diskurs. Und da bisher vorzüglich dieses öffentliche Sprachregister beschrieben und analysiert wurde, entstand der Eindruck von sprachlicher Homogenität in der DDR, als ob sich die Produktionsarbeiter während des Arbeitsprozesses, die Jugendlichen untereinander oder die Nachbarn beim Plausch über den Gartenzaun der gleichen "gepflegt bürokratischen" Ausdrucksweise bedient hätten wie eben die Sprecher der "Aktuellen Kamera".

Zum anderen – ähnlich wie bei der Geschichtsbetrachtung allgemein – werden sprachliche Probleme in der DDR in das durch den Zeitgeist geprägte Schema von Dämonisierung und Trivialisierung gepresst. Christa Wolf⁶ drückte das im September 2003 in einem Spiegel-Interview folgendermaßen aus:

"Erst war die DDR reduziert auf Unrechtsstaat, jetzt wird, was man Anfang der neunziger Jahre demontierte, als Kuriositätenkabinett vorgeführt. Die Ostalgie-Welle ist genauso eine oberflächliche Verfälschung der Wirklichkeit wie das Klischee vom Stasi-Staat. Das beweist: Die DDR ist noch kein abgegoltenes Thema."

4. Vielfalt und Differenziertheit der Sprache in der DDR

Dass die DDR und damit auch die sprachlich-kommunikativen Verhältnisse in der DDR noch kein abgegoltenes Thema sind, wollten die Autorinnen und Autoren mit dem Buch zur Sprache in der DDR unter Beweis stellen. Es ging darum, die Sprache und deren Gebrauch in der DDR in ihrer Vielfalt und Differenziertheit zu erfassen, die einzelnen sprachlichen Facetten zwischen Ostsee und Erzgebirge in anschaulicher Weise darzustellen. Und zwar nicht darzustellen, indem der Sprachgebrauch von damals verdammt oder nostalgisch verklärt wurde, sondern indem sich die Autorinnen und Autoren darum

⁵ Stephan Heym (1990): Stalin verläßt den Raum. Politische Publizistik. Leipzig.

⁶ Christa Wolf (2003) im Spiegel-Gespräch "Jeder Tag ist eine Erzählung." In: Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin. Nr. 27 vom 8.9.2003, S. 197.

bemühten, den Sprachgebrauch und die Kommunikationspraktiken unter dem Einfluss DDR-spezifischer Lebensformen zu betrachten. Das bedeutete auch eine Überwindung des in der Linguistik üblichen Vorgehens, nur die offiziellen sprachlichen Stereotype zu beschreiben und sie mit "Sprache in der DDR" gleichzusetzen.

Denn das Deutsche in der DDR bildete genauso wenig eine homogene Sprachform wie die DDR-Gesellschaft keine homogene Gesellschaft war. Indem zahlreiche alltägliche Sprachsituationen in die Betrachtung einbezogen wurden, wie z. B. die mündliche Rede im betrieblichen Alltag⁷, die Kommunikation in der Hausgemeinschaftsleitung⁸, das sprachliche Verhalten von Jugendlichen⁹ bis zur Eintragung ins Brigadetagebuch¹⁰ oder die Eingabe¹¹ an eine offizielle staatliche Institution bzw. eine Einzelperson, konnte die Vielfalt und Differenziertheit des Sprachgebrauchs unter Beweis gestellt werden. Es konnte gezeigt werden, dass das Deutsche in der DDR eine natürliche Sprache war wie das Deutsche in der Bundesrepublik, in Österreich oder auch in der Schweiz. Es konnte gezeigt werden, wie die Sprecher und Schreiber sich bei wechselnden kommunikativen Bedingungen verschiedener Sprachformen bedienten, wie Alter, soziale Stellung oder auch die kommunikative Beziehung der Gesprächspartner zueinander – mehr öffentlich oder mehr privat – die sprachlichen Formulierungen beeinflussten. Und es konnte gezeigt werden, wie dieses Sprachverhalten in seiner Gesamtheit dann doch wieder von den prägenden Faktoren der DDR-Gesellschaft beeinflusst wurde.

Dieser Zusammenhang zwischen sprachlichen Verhaltensmustern und gesellschaftlichen Bedingungen soll kurz an einem Beispiel erläutert werden. In einer Arbeitsschutzbelehrung im "Werk für Fernsehelektronik" von Januar 1976 gibt ein Meister¹² folgende Erklärung zu einem am Vortag ausgebrochenen Brand:

⁷ Vgl. dazu im vorgestellten Buch Ruth Reiher: "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben". Alltagssprache in der DDR. S. 159–169.

⁸ Vgl. dazu im vorgestellten Buch Norbert Dittmar: Zur Sprache und Kommunikation in Hausgemeinschaftsleitungen. S. 170–183.

⁹ Vgl. dazu im vorgestellten Buch Margot Heinemann: Nischenkultur oder einfach alles gar nicht wahr? Jugendsprache in der DDR. S. 125–134.

¹⁰ Vgl. dazu im vorgestellten Buch Angelika Wolters: "Herzliche Grüße von deinem Lada" Das Brigadetagebuch: eine DDR-spezifische Textsorte. S. 215–224 und Jörg Roesler: Berichtsbuch, Beschwerdeschrift oder Bilderfolge? Unterschiedliche Vorstellungen zum Inhalt von Brigadetagebüchern in den Anfangsjahren der "sozialistischen Kollektive". S. 206–214.

¹¹ Vgl. dazu im vorgestellten Buch Ursula Wittich: "Dann schreibe ich eben an Erich Honecker!" "Eingaben" und "Stellungnahmen" im Alltag der DDR. S. 195–205.

¹² Der vollständige Text findet sich im Anhang des Buches auf den Seiten 347–348.

"[...] zum Arbeitsschutz: +++++ auf Grund der Situation, die wir jestern am + Plastautomaten hattn mit dem Brand des Ventilators, möchte ich mich heute eingehenst unserer Arbeitsschutzbelehrung + über das Verhalten bei Bränden an Verhalten bei Bränden an elektrischen Anlagen noch einije Hinweise jebn. ++ Meine, wenn so was mal passiert, was wir ja praktüsch noch nie hatten, äh da lernt mal man ja erst wieder mal draus. Man vergisst ja sehr vieles. Ick möchte aus dem Grunde nochmal kurz sagn: ++ Bei + Feststellung eines Brandherdes an elektrischen Jeräten oder Anlagen s dis Gerät abzuschaltn, der Hauptschalter zu ziehn und wenn möglich auch noch der Stecker zu entfernen, als doppelte Sicherung praktüsch. ++ Im gleichen Zusammenhang sollte ein Kollege ++ die Feuerwehr benachrichtijen ++ und auch den überjeordneten Leiter verständijen, also n Meister ja oder Schichtleiter, wer grade eben erreichbar ist. [...] Mehr hat sichs ja nich ausjewirkt. Aber es hätte könn schlimmer werden, nich. Aus dem Grunde noch mal der Hinweis von mir auf diese Verhaltungsmaßnahmen, wenn so was passiert. Prinzip hat ja alles sehr gut jeklappt. Jeder hat gut reagiert. [...]"

Das sehr umgangssprachliche und fast kumpelhafte Verhalten des Meisters¹³ in der Arbeitsschutzbelehrung war ein Ausdruck der sozialen Beziehungen in der DDR. Immerhin war er Vorgesetzter, im damaligen offiziellen Sprachgebrauch staatlicher Leiter. Als Leiter trug er die Verantwortung für die Organisation und den Ablauf des Arbeitsprozesses, er war den Arbeitern gegenüber weisungsberechtigt und konnte bei Fehlverhalten Sanktionen verhängen. Aber da der Arbeiter nach der offiziellen Diktion zur "führenden" Kraft hochstilisiert wurde, überlagerte diese Fiktion von der "führenden Rolle der Arbeiterklasse" die Gesamtheit der sozialen Beziehungen. Wolfgang Engler¹⁴ bezeichnet die DDR-Gesellschaft auch aus diesem Grund als "arbeiterliche Gesellschaft". Diese Ideologie von der annähernden Gleichheit der Klassen und Schichten führte bei den Arbeitern zu ausgeprägten Gleichheitserwartungen, was dann diese egalitären Kommunikationspraktiken – wie sie der Meister in der Arbeitsschutzbelehrung anwendet – nach sich zog.

¹³ Differenzierte Ausführungen zu diesem Problem vgl. im vorgestellten Buch: Ruth Reiher: S. 159–169.

¹⁴ Vgl. im vorgestellten Buch: Wolfgang Engler: Sozialer, praktischer und sprachlicher Sinn. Zur kulturellen Grammatik der DDR-Gesellschaft. S. 27–33.

Methodische Probleme bei der Darstellung der sprachlichen Verhältnisse in der DDR

Diese Vielfalt und Differenziertheit der Sprache in der DDR zu dokumentieren, ist ein kompliziertes Unterfangen. Auf die Bewertungen der Sprecher und Schreiber von einst kann man sich 15 Jahre nach dem Ende der DDR nicht mehr verlassen. Sie sind heute kaum noch in der Lage, ihr eigenes und das kommunikative Verhalten ihrer Mitbürger angemessen und wahrheitsgetreu zu beurteilen. Zu groß war der Anpassungsdruck an die sprachlichen Normen und Muster der neuen Gesellschaft, als dass ein ungetrübter und objektiver Blick auf die eigene sprachliche Vergangenheit Erfolg versprechend wäre. Dazu trägt auch der langjährige Umgang mit der DDR-Vergangenheit bei: von der Diffamierung als Unrechtsstaat bis zu den geradezu peinlich anmutenden DDR-Fernsehshows. Wer ist bei so viel öffentlichem Unverständnis willens und bereit, über seine eigene sprachliche Praxis nachzudenken und die Ergebnisse eventuell auch noch öffentlich kundzutun? Als Folge ist bei aktuellen Befragungen, Interviews oder ähnlichem eine Distanz der Untersuchenden zu den Äußerungen der Probanden stets in Rechnung zu stellen.

Was blieb, waren die Texte. Aber welche Texte sollten für die Sprachbeschreibung herangezogen werden? Besonders schwierig war es, heute – fast 15 Jahre nach dem Ende der DDR – mündliche Korpora zu ermitteln und in die Analyse einzubeziehen. Durch die überstürzte Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR wurden die vorhandenen mündlichen, u. a. alltagssprachlichen Korpora nicht sorgfältig archiviert, so dass sie heute kaum noch auffindbar sind und nicht als zusammenhängende Textgrundlage zur Verfügung stehen. Wenn einzelne Korpora noch vorhanden sind, bereitet es mindestens eben so viele Schwierigkeiten, die situativen Faktoren dieser Kommunikationsereignisse so zu rekonstruieren, dass sie der historischen Situation von Textproduktion und Textrezeption annähernd gerecht werden. Aber auch ein umfassendes Korpus schriftlicher Texte aus 40 Jahren DDR-Sprachwirklichkeit gibt es nicht. Wer sich mit ausgewählten Aspekten des Sprachgebrauchs in der DDR beschäftigt, stellt sich seine empirische Textgrundlage selbständig zusammen – und diese ist immer selektiv. Eine umfassende Korpusinititative "DDR-Texte" ist weder jetzt noch in Zukunft zu erwarten.

Deshalb blieb uns als Herausgeberinnen dieses Buches zur Sprache in der DDR nur eines: All diejenigen Autorinnen und Autoren in diesem Band zu versammeln, die sich im Laufe des letzten halben Jahrhunderts mit Problemen der Sprache und des Sprachgebrauchs in der DDR beschäftigt haben.

D.h., die Auswahl der in dem Buch behandelten Gegenstände hängt auch mit dem wissenschaftlichen Personal zusammen. Noch gibt es zahlreiche Wissenschaftler, die zur Sprache in der DDR qualifizierte Aussagen machen können, und alle angesprochenen Kollegen waren auch bereit, ihre damaligen Überlegungen neu zu überdenken. Das betrifft nicht nur Wissenschaftler, die in der DDR sozialisiert wurden, sondern in gleicher Weise zahlreiche Kollegen aus der alten Bundesrepublik. Aber es war Eile geboten. Denn diese Wissenschaftler – wie viele ehemalige Akademie-Kollegen – sind entweder ganz aus der Linguistik ausgeschieden oder auf Grund ihres fortgeschrittenen Alters nicht mehr zur wissenschaftlichen Arbeit bereit. Andere, vor allem jüngere Linguisten, sind inzwischen in wissenschaftliche Projekte eingebunden, für die Sprache in der DDR kein Thema ist.

Damit bietet dieser Sammelband eine Zusammenfassung dessen, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt zur Sprache in der DDR gesagt werden kann. Er macht aber auch auf Lücken aufmerksam, die auf Grund der Material- und Personalsituation kaum noch geschlossen werden können. So sind mündliche Kommunikationssituationen außerhalb der wenigen vorhandenen Korpora unwiederbringlich verloren und nicht mehr nachzuholen. Hinzu kommt, dass DDR-historische Sprachforschung weder an den deutschen Universitäten noch an wissenschaftlichen Einrichtungen wie dem "Institut für deutsche Sprache" in Mannheim betrieben wird. Als Folge kommt dieses sprachhistorische Thema kaum noch in der universitären Lehre vor, so dass auch von der jüngeren Generation keine wissenschaftlichen Impulse zu erwarten sind. Etwas günstiger stellt sich die Situation im Ausland dar. So gibt es z. B. in Großbritannien ein Forschungsprojekt, das sich den Transformationsprozessen in den neuen Bundesländern widmet und in diesem Rahmen auch historische Aspekte wie z. B. den Sprachgebrauch in der DDR berücksichtigt¹⁵. Die Universität Paris III veranstaltete im November 2004 ein Symposium unter dem Gesichtspunkt, wie man an der Universität Kenntnisse über die DDR-Geschichte vermitteln kann, und hat dabei auch das Problem der Vermittlung von Lebenswirklichkeit über Textsorten angeschnitten.

¹⁵ Die "Association for Modern German Studies" veranstaltete in Verbindung mit dem Londoner Goethe-Institut und dem Zentrum für ostdeutsche Studien der Universität Reading im April 2004 eine wissenschaftliche Konferenz zu den Transformationsprozessen in den neuen Bundesländern 1990 – 2004. Die Ergebnisse sind nachzulesen in der Zeitschrift "GFL – German as a foreign language" Nr. 2/2004, u. a. der Beitrag von Ruth Reiher/ Antje Baumann (2004): DDR-Deutsch – Wendedeutsch – Westdeutsch als Gesamtdeutsch: Der Wandel des Sprachgebrauchs in den neuen Bundesländern. S. 1–14.

6. Sprache in der DDR – ein Gegenstand der Sprachgeschichte

"Sprache in der DDR" ist inzwischen zu einem sprachhistorischen Gegenstand geworden. Deshalb ging es darum, die Sprache in der DDR konkret historisch zu fassen. Immerhin handelte es sich um einen Zeitraum von 40 Jahren, in dem – mit dem Auf und Ab des Staates DDR – auch die Sprache und deren Gebrauch sich veränderten. So wurde z. B. aus dem Zeugnis der 50er Jahre die Beurteilung und die allgemeine Bedeutung von Zeugnis wurde eingeschränkt auf den schulischen Bereich. Seit den 70er Jahren verdrängte die Raumwohnung die Zimmervariante, und das nicht nur in Mietverträgen oder anderen offiziellen Schriftstücken, sondern auch in privaten Kleinanzeigen sowie im alltäglichen Sprachgebrauch. Um diesen historischen Aspekt zu berücksichtigen, wurden im vorliegenden Band z. B. FDJ-Texte der 40er und 50er Jahre unter dem Aspekt der Konzeptveränderungen von der überparteilichen Jugendorganisation zur "Kampfreserve der Partei" untersucht¹⁶. Die Verfassungstexte von 1949, 1955, 1958, 1960, 1968 und 1974 wurden miteinander verglichen und in ihrem Verhältnis zur Weimarer Verfassung und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland dargestellt¹⁷. Bei der Volkskammer ging es nicht um deren Sprachstil schlechthin – den kennen wir als Ausdruck offiziellen Sprachgebrauchs zur Genüge. Es ging um den Kommunikationsstil der Volkskammer in der Phase ihrer Selbstabwicklung, also nach dem 18. März 1990¹⁸. Der "Zentrale Runde Tisch" vom 7. Dezember 1989 bis zum 12. März 1990 wurde in seiner einzigartigen Bedeutung als Kriseninstrument in einer äußerst kritischen historischen Situation gesehen und damit auch von seiner sprachlichen Seite als Herausforderung für den Parlamentarismus betrachtet¹⁹.

Allerdings sind hier viele Fragen offen geblieben. Zwar wurden erstmalig DDR-spezifische Texte des halböffentlichen Bereichs wie *Eingaben, Brigadetagebücher* oder auch mündliche Texte aus dem Arbeitsalltag analysiert, die bislang bei der Beschreibung von Sprache in der DDR keine Rolle gespielt haben. Da aber die empirische Basis dieser halböffentlichen Textsorten sehr

¹⁶ Vgl. im vorgestellten Buch Ruth Geier: " ... die junge Garde des Proletariats". FDJ-Texte der 40er und 50er Jahre. S. 100–109.

¹⁷ Vgl. im vorgestellten Buch Hartmut Schmidt: Artikel 1: "Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik." Zur gesamtdeutschen Tradition und zum Wandel von Verfassungsformeln in der Geschichte der DDR. S. 61–73.

¹⁸ Vgl. im vorgestellten Buch Armin Burkhardt: "Verehrte Abgeordnete! [...] Danke schön." Zum Kommunikationsstil der Volkskammer in ihrer Phase der Selbstabwicklung. S. 74–88.

¹⁹ Vgl. dazu im vorgestellten Buch Kornelia Pape: Der Runde Tisch – ein neues Demokratiemodell? S. 89–99.

selektiv ist, steht eine konkret-historische Betrachtung noch aus. Es konnte nicht geklärt werden, welchen Veränderungen *Eingaben* oder auch *Brigadetagebücher* in den einzelnen Jahrzehnten unterworfen waren, ob sie sich auch in ihren Strukturen und sprachlichen Formulierungen den historischen Gegebenheiten angepasst oder diese gar mitbestimmt haben. Die Betrachtung dieser Textsorten in ihrer sprach hist or ischen Dimension könnte nicht nur unser Wissen über die Entwicklung der konkreten Lebensumstände und sozialen Beziehungen in der DDR vertiefen. Solche Untersuchungen könnten auch Einblick gewähren in das Verhältnis von Mustervorgaben und deren Realisierung, wie es sich z. B. mit der Institutionalisierung der *Brigadetagebücher* als Kriterium "sozialistischer Kollektive" vollzog.

Die Berücksichtigung dieses zeithistorischen Horizonts erfordert zunächst "eine linguistisch brauchbare Periodisierung der deutsch-deutschen Sprachgeschichte", die bislang nicht vorliegt und von Manfred W. Hellmann²⁰ zu Recht angemahnt wird. Das wiederum setzt eine Kooperation der Linguisten mit Historikern und Sozialwissenschaftlern voraus, die allerdings in nächster Zeit kaum zu erwarten ist. Trotz dieser Einschränkungen versteht sich der vorliegende Band als ein Beitrag, "die Sprachgeschichte der DDR [...] zu dokumentieren, zu kodifizieren, zu beschreiben und zu erinnern als Teil unserer gemeinsamen deutschen Geschichte"²¹.

7. Was prägte die Kommunikation in der DDR?

Es ist üblich geworden, die DDR vor allem als Abweichung vom Normalen zu sehen. Auch die doch immerhin *deutsche* Sprache in ihr interessiert oft nur als Ausdruck einer staatlich kontrollierten, verunsicherten und verängstigten Mentalität ihrer Sprecher, und die auf sie zielende Kommunikation als Instrument der Lenkung unmündig gemachter Individuen. Das mag, zu einem allerdings kleineren Teil als meist angenommen, berechtigt sein und Einsichten bringen in das, was man mit Sprache machen und was man an ihrem Gebrauch erkennen kann – nicht nur in der DDR! Ein solcher Ansatz geht aber daran vorbei, dass keine Gemeinschaft ohne einen internen organisierten kommunikativen Austausch existieren kann. Erst vor dem Hintergrund dieser *normalen* Kommunikation kann man fragen, was die Besonderheiten sind.

²⁰ Vgl. Manfred W. Hellmann: Thema erledigt – oder doch noch nicht? Was bleibt zu tun bei der Erforschung des DDR-Sprachgebrauchs? S. 21.

²¹ Vgl. Hellmann, S. 23.

In einer stark vergröbernden Sicht erscheint Sprache vielen als ein "Instrument", das man gebrauchen oder auch missbrauchen kann, um andere Menschen zu irgendetwas zu bewegen. Sprache ist aber viel mehr. Sie ist ein Stück von uns. In ihr – in ihren Benennungsgewohnheiten und Bedeutungen, den notwendigerweise damit verbundenen Bewertungen und den durch Sprache ausgelösten Assoziationen, in all den Vorlieben, Sprachspielen, dem Bekunden von Sympathie und Antipathie und vielem mehr – sind Umstände des Zusammenlebens vorangegangener Generationen niedergelegt, die wir uns mit dem Hineinwachsen in eine Sprache – meist unbewusst – zu eigen machen. Wir übernehmen mit dem Erwerb einer Sprache nicht nur historisch gewachsene Möglichkeiten des Ausdrucks, sondern auch eine Art, sich Sprache bewusst zu machen. Und mit jedem Kommunikationsakt geben wir das Bündel weiter, nachdem wir es gelegentlich erleichtert oder auch mit Neuem ergänzt haben. Deshalb kann man Sprache nicht verstehen, wenn man einen nur 40-jährigen Abschnitt ihres Existierens heraustrennt. Und man muss sie in den Lebensumständen betrachten, in denen sie vor allem verwendet wurde.

Bei der Suche nach prägenden Faktoren der Kommunikation in der DDR verdienen zwei Zusammenhänge – die nicht auf die DDR beschränkt sind, hier aber doch dank spezifischer Bedingungen prägend gewirkt haben – besondere Aufmerksamkeit:

- Die in einer Folge von Generationen gewachsene "Sprachsituation" wird nicht zuletzt von der Siedlungsgeschichte eines Territoriums bestimmt. In diesem Punkt unterscheiden sich große Teile Ostdeutschlands von den meisten westdeutschen Gebieten.
- 2. Aus der Art, wie das Zusammenleben in einer Gemeinschaft/Gesellschaft organisiert ist, ergeben sich bestimmte bevorzugte oder typische Orte des Kommunizierens. Auch wenn die im Prinzip gleiche (deutsche) Sprache verwendet wird, bringen Unterschiede in der Wirtschafts- und Sozialstruktur und in den begleitenden gesellschaftlichen Idealen und Wunschvorstellungen spezifische lokale Strukturen der Kommunikation hervor.

7.1. Siedlungsgeschichte und Bevölkerungsstruktur

Kommunikation hat immer auch die Aufgabe, soziale Zugehörigkeit zu signalisieren und ein entsprechendes kollektives Bewusstsein zu organisieren. Anders funktioniert Kooperation nicht. Zunächst zufällig oder situativ entstandene Varianten in der Art des Austauschs bekommen so einen besonderen sozialen Wert, dienen zum Ausdruck gemeinsamer Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Gemeinschaft, ebenso aber auch zur Ausgrenzung Frem-

der, die "anders" sprechen. Wie fest oder veränderlich so etwas ist, hängt von der Mobilität der Individuen und der Gruppen ab. Und da macht es durchaus einen Unterschied, ob geschlossene Gruppen sesshaft werden (oder es schon lange Zeit sind) oder ob die Besiedlung eines Territoriums allmählich und durch mehr oder weniger lockere Siedlerströme erfolgt.

Der größere Teil des Gebietes, das nach dem Krieg die sowietische Besatzungszone bildete, unterscheidet sich siedlungsgeschichtlich in mancher Hinsicht vom übrigen deutschen Sprachraum. Vor allem zwischen dem 12. und dem 14. Jahrhundert ließen sich Siedler aus verschiedenen deutschen Regionen neben einer slawischen Bevölkerung nieder, deren Sprachen in der Folgezeit mehr und mehr zurückgedrängt wurden. Das Gebiet blieb teilweise dünn besiedelt, oder seine Bevölkerung wurde in Kriegen dezimiert, so dass seine Herrscher auch in späterer Zeit immer wieder ein Interesse daran hatten, die Zahl ihrer (Steuern zahlenden) Landeskinder durch Ansiedlung fremder Bevölkerungsgruppen zu erhöhen, darunter auch solcher, die nicht Deutsch sprachen (Holländer, Böhmen, Hugenotten). Übrigens kamen auch die mächtigeren der mit Land und Herrschaftsrechten belehnten Adelsgeschlechter aus westlichen oder südwestlichen Regionen des Sprachgebietes. Meist brachten sie ihre "Beamten" mit, was Einfluss auf die Sprache der Kanzleien hatte und die teilweise vor allem in der Landbevölkerung noch lange lebendigen niederdeutschen Dialekte zumindest aus den gehobeneren Kommunikationssituationen verdrängte.

Eine die künftige Sprachsituation entscheidend prägende Folge der Siedlungsgeschichte war ein sprachlicher Ausgleich. Der gab dem Gebiet dann eine bevorzugte Rolle bei der Herausbildung einer hochdeutschen Sprache und ihrer Norm. Mundartliche Unterschiede waren meist viel geringer als im übrigen deutschen Sprachraum. In der Mitte des östlichen Siedlungsgebietes übte später auch Berlin ausgleichenden Einfluss aus. Weiter südlich taten es die entstehenden Industriegebiete Sachsens und Sachsen-Anhalts, so dass sich relativ großräumige landschaftlich geprägte Umgangssprachen herausbilden konnten. Die Bedingungen, unter denen Sprachliches den Menschen bewusst wurde, waren also durchaus andere als in Gebieten mit einer räumlich stärker gegliederten, innerhalb dieser Gliederung aber homogeneren und deshalb stärker auf sprachliche Abgrenzung orientierten Bevölkerung.

Von den mehr als 11 Millionen Deutschen, die nach dem Krieg ehemals deutsche Gebiete im Osten verlassen mussten, wurde etwa ein Drittel in der sowjetischen Besatzungszone angesiedelt, bezogen auf die einheimische Bevölkerung also mehr als in den anderen Zonen. In einigen Teilen von Meck-

lenburg-Vorpommern und Brandenburg war der Umsiedler-Anteil mit mehr als einem Drittel der Bevölkerung ganz besonders hoch. Da eine schnelle und möglichst unauffällige Integration politisch angestrebt war, spielte die Pflege mundartlicher Traditionen der Umsiedler keine Rolle. Ihre sprachliche Eingliederung in eine ohnehin auf Ausgleich orientierte Bevölkerung war häufig weniger problematisch als anderswo. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur trafen sich also in ihren Wirkungen mit älteren Prozessen.

Die aus der SBZ hervorgehende DDR war - wie natürlich auch andere Regionen Deutschlands - in unterschiedlichem Umfang industrialisiert. Weite Teile des Gebietes wurden vorwiegend landwirtschaftlich genutzt. Bereits vor dem Krieg bestehende Industrie-Anlagen waren zu einem beträchtlichen Teil als Reparationsleistungen demontiert worden. In dem Maße, in dem die DDR nun als selbständiger Staat existieren wollte, musste sie also, auf einem vergleichsweise kleinen Territorium, eine neue Industrialisierung vorantreiben. Die war mit der jeweils ortsansässigen Bevölkerung aber oft nicht zu schaffen. Es kam deshalb zu einer neuerlichen Durchmischung einer ohnehin durchmischten Bevölkerung, in der landschaftliche und damit sprachliche Abgrenzung gegenüber Anderen weithin eine untergeordnete Rolle spielte. In der DDR entwickelte sich eine ganz spezifische Mobilität: Man ging, vor allem wenn man jung war, dorthin, wo man eine Wohnung (und evtl. mehr Geld) bekam. Dann blieb man aber für lange Zeit am selben Ort, so dass sich eine relativ feste Beziehung zur neuen regionalen wie auch zur sozialen Umgebung entwickeln konnte.

Auch die dominierende Stellung Berlins als Hauptstadt der DDR hatte sprachliche Konsequenzen. Berlinisch wurde stärker als andere regionale Umgangssprachen akzeptiert. Trotz des massiven Zuzugs von Sprechern aus anderen Regionen hielten sich hier erstaunlicherweise bestimmte mundartliche Merkmale. Sie blieben so lebendig, dass nach 1989 festgestellt werden konnte, die Ostberliner würden stärker berlinern als die Westberliner.

Also: Die durch sprachliche Unterschiede markierte Differenzierung war eher großräumig als kleinräumig orientiert. Der sprachliche Ausgleich, den es natürlich überall gibt, betraf im Prinzip fast das ganze Territorium des Staates. (Die frühe Auflösung föderaler Strukturen in der DDR hatte sicher mehrere Ursachen, ihre Basis war aber zumindest teilweise auch schwächer als anderswo in Deutschland.)

Hinzu kamen andere für die Bildung von Sprachbewusstsein grundlegende Prozesse: Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der die gesellschaftliche Kommunikation prägenden Schichten. Der Umbau der Gesellschaft ging mit einem partiellen Eliten-Wechsel einher. Dieser hatte zur Folge, dass öffentliche Funktionen in stärkerem Maße von Sprechern wahrgenommen wurden, die auf Grund ihres bisherigen Lebens über relativ geringe kommunikative Erfahrung verfügten. Vor neue Aufgaben gestellt, waren sie verständlicherweise bemüht, sich möglichst "korrekt" auszudrücken, sich also einer standardsprachlichen Norm anzunähern. Wenn das nicht gelang, konnten Unsicherheit und ein Streben nach überkorrektem Sprachgebrauch deutlich werden. Und wer es sich auf Grund seiner Position leisten konnte, begegnete der Unsicherheit mit einer Herabstufung des sprachlichen Ausdrucks als *Form*, die gegenüber dem *Inhalt* vernachlässigt werden könnte.

Dem resultierenden Sprachbewusstsein waren sprachliche Differenzierungen in größerem Maße unwichtig, die Vereinheitlichung des Sprachgebrauchs wurde aufgewertet, regionalen Unterschieden eine abnehmende Bedeutung zugemessen. In der Praxis sah dies so aus, dass Umgangssprachliches auch in öffentliche Kommunikation Eingang fand, während Mundartliches teilweise und zu verschiedenen Zeiten in unterschiedlichem Umfang zurückging.

Die in der DDR in den 70er und 80er Jahren vor allem am Zentralinstitut für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften durchgeführten soziolinguistischen Untersuchungen haben ziemlich klar gezeigt, dass sich die gelegentlich erwartete Einheitssprache einer "gebildeten Nation" dennoch nicht einstellte. Die große Mehrheit der Sprecher bewahrte oder erwarb(!) die Fähigkeit zum Wechseln zwischen einer standardnahen Sprachform und einer lockeren Umgangssprache. Letztere hatte auch landschaftliche Züge. Und die zahlreichen Eigenheiten mündlichen Sprachgebrauchs, dem die Umgangssprache ja vor allem verpflichtet ist, wurden aufgewertet. Die Grenzen zwischen den beiden Eckpunkten einer Normorientierung waren nie fest, aber sie lösten sich auch nicht auf. So konnte das Wechseln zwischen ihnen einen soziolinguistischen Wert behalten, wenngleich sich der überlieferte Wert allmählich veränderte. Landschaftlich geprägte Sprache ließ zwar noch auf die Herkunftsregion eines Sprechers schließen, aber sie stand immer weniger für die Zugehörigkeit zu einer "niederen" sozialen Schicht oder für einen geringeren Bildungsgrad. Wenn die Mehrzahl der Sprecher in der Lage ist, zwischen verschiedenen Normorientierungen zu wechseln, dann kann der Wechsel stärker dazu benutzt werden, Kommunikationssituationen etwa als formell oder informell, als sozial entspannt oder angespannt, öffentlich und privat usw. zu charakterisieren. Das Wechseln wird auf die Situation bezogen, es konstituiert eine spezifische Situation, soziale Zuordnungen gehen zurück. Und genau dies bahnte sich für die Sprachsituation in der DDR an.

Natürlich ist das keine Entwicklung, die auf die DDR beschränkt gewesen wäre. Aber sie fand hier günstige Bedingungen und prägte das Sprachbewusstsein. Nachdem das Interesse der Öffentlichkeit an Mundarten lange Zeit gering geblieben war, erlebte es vor allem in den 80er Jahren einen gewissen Aufschwung. Und das Bemühen um *Sprachkultur* nahm den Wechsel zwischen Varietäten explizit auf.

Dass hier gewisse Entwicklungen eingesetzt hatten, wird auch daran deutlich, dass westdeutsche Beobachter oft Schwierigkeiten hatten (oder noch haben), ostdeutschen Sprachgebrauch auf bestehende allgemeine Sprachnormen zu beziehen. Sie bemerkten nicht nur, dass die Ostdeutschen von ihrer, der (west-)deutschen Norm abwichen. Den Ostdeutschen wurde auch nachgesagt, dass sie generell eine größere Vorliebe für die Standardsprache hätten, die doch eher auf offizielle Situationen beschränkt sein sollte, oder dass sie oft veraltete Formen und Wörter verwendeten, die in der (alten) BRD nicht mehr üblich seien. Und man fand, dass sie weniger zwischen den verschiedenen Varietäten wechselten als ihre westdeutschen Nachbarn.

7.2. Orte des Kommunizierens

Kommunikation hat vor allem die Aufgabe, die wesentlichen Formen der (materiellen und geistigen) Kooperation in einer Gemeinschaft zu gewährleisten. In dem Maße, in dem sich solche Kooperation durch besondere Typen von zu lösenden Aufgaben auszeichnet, bilden sich für diese Typen charakteristische Kommunikationspraktiken heraus. Insofern unterscheidet sich die Kommunikation in modernen (Industrie-)Gesellschaften von der in landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften, oder die Nutzung neuer (elektronischer) Medien erschließt qualitativ neue Möglichkeiten, z.B. für die Massenkommunikation. Eine Gesellschaft, die sich bemüht, sozialistische Ziele zu verwirklichen, unterscheidet sich von Gesellschaften mit anderen Zielen (natürlich immer nur in den Grenzen, die durch historische und andere Bedingungen gesetzt sind).

Für die DDR war in dieser Hinsicht zweierlei charakteristisch:

- 1. Große Teile des gesellschaftlichen Lebens waren mit den Betrieben verbunden. Diese waren für die meisten Menschen nicht nur Ort der Arbeit, sondern auch der Gesundheitsbetreuung und der Unterbringung der Kinder, der kulturellen Betätigung und des Einkaufs, des Sports und des Feierns sowieso. Diese Rolle des Betriebs resultierte aus einer sozialen Wunschvorstellung ebenso wie aus Zwängen der Mangelwirtschaft.
- 2. Die besondere Bündelung der Kommunikation setzte sich zumindest teilweise im *Wohnumfeld* fort. Auch hier bildeten sich kommunizierende Ge-

meinschaften, die sich durch eine relative soziale Gleichheit auszeichneten, die möglichst viele Bürger in gemeinsame Aktivitäten einbeziehen wollten und in denen das Kollektive über das Individuelle dominierte.

Für die Kommunikation bedeutete dies, dass sich ganz bestimmte Kommunikationssituationen (mit eigenen Textsorten) herausbildeten, die es so in anderen Gesellschaften nicht gab oder die zumindest ein paar Züge hatten, die sie tendenziell (nicht immer und ausschließlich) von vergleichbaren Situationen und Texten etwa in der alten BRD unterschieden; ein anderes Verhältnis zwischen privat und öffentlich bzw. zwischen offiziell und nicht-offiziell, der private Raum wurde kleiner (enger), der dem Einzelnen zugängliche öffentliche Raum wurde aber größer. Die sich ausdehnende "betriebliche" Kommunikation verschob die Grenzen zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen Situationen. Situationen, die früher oder anderswo als öffentlich galten, wurden nun weniger mit Beschränkungen belegt, was das Vordringen umgangssprachlicher Ausdrucksweisen begünstigte. Auf der anderen Seite drangen Gebrauchsweisen öffentlicher Situationen (denen sich wohl auch mehr Sprecher gewachsen fühlten) stärker in bislang private Bereiche ein. Vermutlich war es gerade der besondere, teilweise im Wohn- und Freizeitumfeld sich fortsetzende Charakter dieses Kommunizierens, der Zugehörigkeit empfinden ließ und ein Gefühl vermittelte, dass der kommunikative Umgang offener und persönlicher war als anderswo. Nicht die Absonderung in einer "Nischengesellschaft" machte es möglich, sich mit manchem abzufinden, sondern die Zugehörigkeit zu Gruppen von Schicksalsgenossen. Und die wurde durch eine engere kommunikative Vernetzung leichter erlebbar.

Es gibt zu diesen Aspekten allerdings kaum empirische Untersuchungen und schon gar nicht solche, die Ost und West miteinander vergleichen. Tatsächliche und manchmal auch nur vermeintliche Spezifika existieren in der eigenen Erinnerung, in Witzen, in mehr oder weniger begründeten Vermutungen. Allerdings trifft es nicht zu, dass – wie gelegentlich behauptet – diese Orte des Kommunizierens in der DDR überhaupt nicht untersucht wurden. Nur interessierte dann weniger der Umgang mit einem Mangel als vielmehr die Gestaltung persönlicher Beziehungen oder die Durchsetzung von Kommunikationszielen. Es gab eine ganze Reihe von Untersuchungen zur Kommunikation im Arbeitsumfeld (Arbeitsbesprechungen, Fachdiskussionen), zum Verkehr innerhalb von Institutionen (z.B. Sprechstunden von Arbeiterwohnungsgenossenschaften) oder auch im halböffentlichen und Freizeitbereich (Hausversammlungen, Kontaktkommunikation, aber auch das Austragen von Konflikten in allerdings harmlosen Umgebungen). Da es sich

dabei oft um Dissertationen handelte, die nicht publiziert wurden, ist manche dieser Untersuchungen heute in Vergessenheit geraten. Auch waren die damals durchgeführten Untersuchungen nicht unbedingt repräsentativ. Doch wäre das von dieser Art von Forschungsprojekten – die im deutschsprachigen Raum zudem bis heute ziemlich allein dastehen – überhaupt zu erwarten?

DDR-spezifisch war oft weniger das in der Kommunikation zur Verfügung stehende sprachliche oder kommunikative Instrumentarium, spezifisch waren eher die verschiedenen Institutionen und die (Macht-)Beziehungen der in ihnen agierenden Individuen. In den untersuchten Wissenschaftler-Diskussionen beispielsweise ging es selten um existenzielle Fragen. Deshalb hatten die Diskussionen meist einen freundlichen Grundton, aber persönliche Rivalitäten kamen durchaus zum Ausdruck. Es trifft auch nicht zu, dass es in der Arbeitswelt des DDR-Bürgers so etwas wie Einstellungsgespräche nicht gab. Nur hing von ihnen weniger ab – teilweise hatten sie auch andere Namen – , und deshalb konnten andere Strategien in den Vordergrund rücken. Man musste sich nicht "verkaufen".

Es gibt einige weitere Probleme, die im vorgestellten Buch skizziert wurden und die in einer künftigen Untersuchung vertieft werden sollen und müssen. Dazu gehört das Problem der Wahrnehmung sprachlicher Unterschiede. Wie jede Wahrnehmung ist auch diese abhängig vom vorhandenen Wissen und von aktuellen Interessen. So wird Nicht-Erwartetes anders wahrgenommen als Erwartetes, und je nach Interessenlage wird es unterschiedlich interpretiert. Infolgedessen sahen und sehen Ostdeutsche ihre Sprache anders als Westdeutsche sie sehen, und im Laufe der Zeit wechselte die Sicht mehrfach. So verwundert es nicht, dass viele der Eigenschaften, die man Ostdeutschen zuschrieb, auch in ihrer Redeweise "wiedergefunden" wurden. Diese offenbarte nach verbreiteter Meinung Unsicherheit und Zurückhaltung, aber auch Unfreundlichkeit; Ostdeutsche wurden, auf Grund ihrer Redeweise, als konfliktscheu, konsensorientiert, aber auch als rechthaberisch, konservativ und ernst wahrgenommen; sie jammerten und hatten keinen Zugang zur Spaßgesellschaft usw. Ungeachtet der gelegentlichen Berechtigung solcher Charakterisierungen ist ihre sprachliche Belegung in den meisten Fällen problematisch. Wir wissen sehr wenig über solche Zusammenhänge. Und vergleichende Untersuchungen, die ostdeutsche Prägungen nahe legen könnten, fehlen fast völlig.

Einer detaillierteren Darstellung wert wäre auch die Entwicklung der Sprachwissenschaft in der DDR. Wie jede Wissenschaft holte sie ihre Anregungen und Stimuli aus einem sich ständig verändernden Geflecht von Determinanten. Da ist etwa die Auswahl von Erkenntnis*gegenstünden*, die sich an bereits Erkanntem, an verfügbaren Methoden und an Verwertungsmöglichkeiten (zu lösenden Problemen) orientiert; und da sind *Leitideen*, die teils ganze Epochen oder Kulturräume charakterisieren, teils engere Gemeinschaften. Sie legen fest, was erstrebenswert, ehrenvoll, aber auch finanzierbar ist. Manche dieser Determinanten hatten für die DDR eine durchaus besondere Ausprägung. Wird diese allerdings auf oft nur oberflächlich realisierte Bemühungen um marxistische Positionen verkürzt, wie heutige Sichten das gern tun, kann nur ein Zerrbild von Wissenschaft entstehen. Es geht also nicht um die "Geschichte" einer "DDR-Linguistik", sondern um die Art, wie Sprachwissenschaft betrieben wurde.

Stefan Bollinger

Der "Richta-Report" – Vergessene marxistische Alternativen in Zeiten der Produktivkraftrevolution

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 18.11.2004

Heute über den "Richta-Report", das "neue "Kapital' des zwanzigsten Jahrhunderts" (František Kutta)¹ zu reden, ist schon etwas verwegen. Marx und Engels sind heute fast vergessen, werden als geistige Väter des gescheiterten Staatssozialismus diskreditiert, bestenfalls als Propheten der Globalisierung akzeptiert. Nach dem Untergang des Staatssozialismus sowjetischer Prägung ist deren Gedankengut, die Enthüllung der Mechanismen der Ausbeutung und der ganzen kapitalistischen Produktionsweise, verdrängt, auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Die vermeintlichen und tatsächlichen Fehler, Vereinfachungen und Dogmatisierungen ihrer "Vollender" verstellen den Blick auf die historische und theoretische Leistung des "Kapitals" von 1867. Nun noch nach jenen Denkern in staatssozialistischen Systemen zu fragen, die die Marxsche Theorie auf einen zeitgemäßen, gar zukunftsweisenden Boden stellen wollten, das erscheint verwunderlich, abnorm, widerspricht dem konservativ-neoliberalen Zeitgeist. Selbst unter den einstigen Sozial- und Geisteswissenschaftlern der DDR, die bei uns in der Leibniz-Sozietät die Mehrheit ausmachen, ist ein solcher Rückgriff auf die jüngste Vergangenheit von Skepsis begleitet. Zu unbekannt ist für die meisten der politisch eingreifende Radovan Richta geblieben, zu sehr meint man die Arbeiten der 1960er Jahre einem blanken Technikoptimismus zurechnen zu müssen. Der nun gerade ging Richta vollkommen ab, der schon damals von "ökologischer Revolution" sprach und die Produktivkraftrevolution mit "eine(r) breite(n) Skala von Möglichkeiten und Varianten des weiteren Zivilisationsprozesses von der Selbstentfaltung bis zur Selbstvernichtung des Menschen" verband.²

Siehe Kutta, František: Vzpomínka na interdisciplinární tým R. Richty. In: Marathon, Praha, H. 4/1997 – http://www.sds.cz/docs/prectete/epubl/fku_vnit.htm [03.06.2004 05:39].

² Richta, Radovan: Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Alternativen der modernen Zivilisation. In: Ders. und Kollektiv (Hrsg.): Technischer Fortschritt und industrielle Gesellschaft. Eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1972, S. 48.

Trotzdem: In Zeiten der Globalisierung Zukunftsweisendes bei einem Zeitgenossen der 1960/70er Jahre suchen, das heute und morgen noch lesens-, diskussionswürdig, fortsetzbar erscheinen soll?

Ja, Radovan Richta als Leiter eines Interdisziplinären Forschungskollektivs der Akademie der Wissenschaften der CSSR seit 1965, mit seinem, ihrem Hauptwerk "Zivilisation am Scheideweg", lohnt diese Rückerinnerung und eine erneute Lektüre. Seit 1961³ hatte er parallel zu entsprechenden For-schungen in Osteuropa, auch der DDR, und des Westens sich diesen Problemen zugewandt und sie so weit getrieben, daß auch heute noch westliche Forscher konstatieren, daß von der Tschechoslowakei aus mit dem Konzept der "wissenschaftlich-technischen Revolution", ein interessanter, obschon erfolgloser Versuch gestartet wurde, eine "Wissenschaft mit einem menschlichen Antlitz" zu schaffen. Dessen ganze Geschichte harrt darauf, erzählt zu werden".⁴ Ich wende mich dieser Frage aus zeithistorischer und politikwissenschaftlicher Sicht zu, wohl wissend, daß hier ebenso Philosophen und Ökonomen gefordert sind, daß Wissenschaftsgeschichte und Technikwissenschaften diesen Bereich für sich berechtigt als Domäne beanspruchen können. Aber vielleicht ist die Bearbeitung eines solchen Themas heute gerade eine ebenso interdisziplinäre Herausforderung wie sie es für Richta und sein Team seit 1965 war? Vielleicht ist gerade die Leibniz-Sozietät es ihrem tschechoslowakischen Akademie-Kollegen, dessen Geburtstag sich 2004 zum 80. Male jährte, und vor allem dem Thema schuldig, sich einmal diesem über den Rahmen eines Klassenvortrages hinaus anzunehmen. Eine interdisziplinäre Konferenz im Jahre 2006 wäre eine gute Gelegenheit, wenn das Erscheinen der 1. Auflage von "Zivilisation am Scheideweg", meist kurz "Richta-Report" genannt, sich zum vierzigsten Male jährt.

Hier soll es um drei Fragen gehen, die die Stärken des "Richta-Reports" und seine unmittelbare Wirksamkeit beleuchten, der 1966–1969 die Reform-diskussion und -konzeption des Prager Frühlings, die Konzipierung der späten Phase des NÖS in der DDR und die westdeutsche Diskussion über alternative Entwicklungspfade im Umfeld der Studentenbewegung der Jahres 1968 beeinflußte. *Zum einen* die Person, der geistige Hintergrund sowie die poli-

³ Siehe Richta, Radovan: Logika zmen naší doby. Hovoríme s dr. Radovanem Richtou, laureátem Státní ceny Klementa Gottwalda [1967]. In: Kulturni tvorba, Praha 1967, c. 21, rocník V, 25. kvetna 1967 – http://www.sds.cz/docs/prectete/rozhovor/kot_rich.htm [03.06.2004 05:22].

⁴ Coopersmith, Jonathan: The dog that did not bark during the night: The "normalcy" of Russian, Soviet, and post-Soviet science and technology. University of Georgia, Athens 2004 – http://www.arches.uga.edu/~anikov/intel/Coopersmith.pdf [10.11.2004 09:13].

tischen Rahmenbedingungen, die Richta in diese schöpferische Situation brachten. *Zum zweiten* der bis heute vor allem reflektierte staatssozialismuskritische, antistalinistische Ansatz seiner Studie und ihrer Schlußfolgerungen. *Drittens* die weitergehende, zivilisationskritische, also auch antikapitalistische Stoßrichtung, die nach dem Scheitern des Reformversuchs für den stalinistischen Sozialismus noch mehr die Herausforderung für alle Konzepte jenseits dieser Sackgasse der gesellschaftlichen Organisation *und* der kapitalistischen, nunmehr auch noch neoliberal ausgestalteten Form der Ausbeutergesellschaft darstellt.

1. Zeiten des Umbruchs

Das Schaltjahr 1968⁵ stand und steht stellvertretend für einen grundlegenden Umbruch der Gesellschaften in Ost wie West, für eine neue Rolle jener Produktivkraft Wissenschaft, die in Gestalt von Computern, Kernenergie, Raketen und nicht zuletzt in ihren Auswirkungen auf die Sozialstruktur, der Massenhaftwerdung der Intelligenz und ihrer wachsenden Rolle in der Gesellschaft (bis heute) wirksam wird. Studentenbewegung im Westen, Prager Frühling im Osten, auch die Zäsur im letzten großen Krieg zwischen den beiden Blöcken, ausgetragen auf dem Rücken des vietnamesischen Volkes, stellten beide Systeme vor die Frage, wie weiter, wohin und zu welchem Zweck.

Die 1960er Jahre waren von Anfang an von diesem Prozeß durchdrungen, der auch theoretisch erfaßt werden sollte. Dies haben die Zeitgenossen sehr wohl begriffen, erinnert sei an die profunden Arbeiten von Walt Rostow, Daniel Bell, Alvin Toffler, Robert L. Heilbroner u. a. im Westen⁶ oder aus Sicht der DDR an die Arbeiten von Gerhard Kosel, nicht zuletzt an die Vorarbeiten zum und an den Philosophiekongreß von 1965 selbst zur wissenschaftlichtechnischen Revolution⁷. Vieles spitzte sich auf die Diskussion um die Rolle

⁵ Siehe Bollinger, Stefan: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling. hefte zur ddr-geschichte, H. 5, Berlin 1993; ders.: Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance, Berlin 1995.

⁶ Vgl. exemplarisch Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/M./New York 1985; Heilbroner, Robert L.: Die Zukunft der Menschheit, Frankfurt/M. 1976; Jungk, Robert/Mundt, Hans Josef (Hrsg.): Der Weg ins Jahr 2000. Bericht der "Kommission für das Jahr 2000". Perspektiven, Prognosen, Modelle, München/Wien/Basel 1968; Rostow, Walt Whitman: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen o.J. (1960); Toffler, Alvin: Der Zukunftsschock, Bern-München-Wien 1970.

⁷ Vgl. Kosel, Gerhard: Produktivkraft Wissenschaft, Berlin 1957; Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Sonderheft 1965, Berlin 1965.

der Wissenschaft, einer zweiten industriellen, gar einer wissenschaftlichtechnischen Revolution zu. An die Stelle der Industriegesellschaft sollte etwas anderes treten. Für Richta und sein Team war diese Herausforderung weit komplexer, als die bisherigen Ideen der Konkurrenz oder der gerade Mode gewordenen Theorie von der Konvergenz der Systeme vermuten ließen. Sie betonten, "wenn der Charakter der Produktivkräfte bisher das ist, worin sich der Sozialismus und der Kapitalismus relativ am wenigsten unterscheiden, so verweisen die Perspektiven der wissenschaftlich-technischen Revolution darauf, daß gerade sie der Prozeß ist, in dem sich der Gegensatz zwischen den beiden Welten zuspitzen wird, um so oder so eine Lösung zu finden".⁸ Die Wissenschaftler um Richta stehen für die soziale Revolution, die für sie mit dem Oktober 1917 begonnen hatte, aber sie begriffen im Unterschied zu der vorherrschenden Sicht der politisch und ideologisch Verantwortlichen dies als einen weit komplexeren, längeren und offensichtlich noch nicht entschiedenen Prozeß. Heute wissen wir, daß sich dieser Prozeß genau gegen den staatlich organisierten Sozialismus entwickelt hat.

Das wollten Richta und sein Team wohl am allerwenigsten. Sie waren Intellektuelle für einen zeitgemäßen Sozialismus, der die einstigen Ideale dieser neuen Ordnung endlich mit ebenso menschlichen wie effektiven Zügen verwirklichen sollte.

Die Biografie Radovan Richtas ist die eines Vertreters der neuen, sozialistischen Intelligenz. Mit den anderen theoretischen Köpfen des Prager Reformversuchs verbanden ihn der antifaschistische Kampf und die Verfolgung,

Richta, Radovan und Koll. (Hrsg.): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse, Frankfurt/M. 1971 (im weiteren: Richta-Report), S. 323. Die tschechischen Ausgaben: Richta, Radovan a kol.: Civilizace na rozcestí. Spolececenské a lidské souvislosti vedeckotechnická revoluce, Praha 1966, 1967 und 1969 in unterschiedlichem Bearbeitungsstand. Übersetzungen liegen vor in russischer, englischer, deutscher, französischer, spanischer, italienischer, portugiesischer, rumänischer, polnischer, serbokroatischer, ungarischer und weiteren Sprachen. Siehe auch Památce Radovana Richty. Ustav pro filozofii a sociologii CSAV, Praha 1983. Dazu kamen diverse Zeitschriftenaufsätze, die für die deutschen Leser wohl entscheidend waren: Richta, Radovan: Wissenschaftlich-technische Revolution und Marxismus, In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Berlin, H. 1/ 1967. Die deutschen Ausgaben: Richta, Radovan und Koll. (Hrsg.): Richta-Report, a.a.O.; als Raubdruck auch: Radovan Richta u. Kollektiv: Zivilisation am Scheideweg (Richta-Report). Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Soziale und menschliche Zusammenhänge der wissenschaftlich-technischen Revolution, Freiburg o.J. (um 1970); eine weitergehende Zusammenstellung von Texten einschließlich von Vorbereitungsmaterialien für den XIV. Parteitag der KPTsch siehe: Richta, Radovan und Kollektiv (Hrsg.): Technischer Fortschritt und die industrielle Gesellschaft, a.a.O.

aber auch das begeisterte Engagement für eine neue sozialistische Gesellschaft – hier seien für die geringfügig auseinander liegenden Generationen stellvertretend Ota Sik und Zdenek Mlynar genannt. Radovan Richta (1924–1983)⁹ stand in der Blüte seiner Jahre und auf der Höhe seiner Wissenschaftskarriere, als er den Auftrag übernahm, ein interdisziplinäres Forscherteam, zunächst eigentlich nur für ein Gutachten über dringliche gesellschaftstheo-retische Aufgaben im Kontext der Wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR) für die CSSR, zu bilden. Er personifizierte diese neue sozialistische Intelligenz: Antifaschistischer Widerstand, Gestapo-Haft im berüchtigten Pankrác und im KZ Theresienstadt, dessen Trauma ihn in der Suche nach einer humaneren Welt bestärkte. Von dort brachte er eine schwere. letztlich nie ausgeheilte Tbc mit, die ihn zum Invaliden machte, ein Korsett nach Operationen aufzwängte. Studium, schließlich Philosoph an der AdW, dort mit wichtigen Leitungsfunktionen betraut, und spätestens nach der "intellektuellen Bombe" des XX. KPdSU-Parteitags vom ideologischen Korsett befreit.

Er kannte seinen Marx, übersetzte die "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" ins Tschechische¹⁰ und setzte sich frühzeitig mit den sich erst vage abzeichnenden sozialen und menschlichen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution auseinander. Seine komplexe Kenntnis von Marx' Werk ließ ihn dessen Frühschriften mit denen des reifen Wissenschaftlers auch in der eigenen theoretischen Arbeit verbinden. Auch dies ein günstiger Ausgang für die neue Aufgabe. Wie andere osteuropäische Staaten steckte die CSSR zu Beginn der 1960er Jahre in einer ernsten wirtschaftlichen Krise, nicht nur die zaghafte Entstalinisierung, mehr noch die wirtschaftlichen Probleme drängten nach neuen Ansätzen. Das sah auch die eher konservative Führung der KPTsch unter Antonín Novotny so, die die Wissenschaftler in die Pflicht nahm. Richtas Berufung zum Leiter der Forschungsgruppe von Philosophen, Ökonomen, Soziologen und Politikwissenschaftlern, die die sozialphilosophische Grundlegung der Reformen in der CSSR, des später so bezeichneten Prager Frühlings, erarbeiten sollte, stand also unter einem guten Stern.

⁹ Zu den biografischen Angaben: Tomek, Václav: Stichwort: Richta, Radovan. In: Lange, Erhard/Alexander, Dietrich und Autorenkollektiv (Hrsg.): Philosophenlexikon, Berlin 1982, S. 776–778; Památce Radovana Richty, a.a.O.; Smíšek, Jan: "Chováme se jako revolucionári?" R. Richta a príbeh mezioborového týmu. In: Marathon, Praha, N. 4/1997 – http://www.sds.cz/docs/prectete/epubl/jsm_chsj.htm [03.06.2004 05:32].

¹⁰ Vgl. Rukopisy "Grundrisse" (Ekonomické rukopisy z let 1857–1859), Praha 1971.

Diese Forschungen drängten zu einer komplexen Sicht des historischen Umbruchs. Im Unterschied zu den Arbeiten der anderen Vordenker im Reformlager, vor allem von Mlynar und Sik, hatten Richtas Studien keine direkten politischen Folgerungen vorgesehen. Die wurden im heißen Diskussions-klima des Jahres 1968 erst in einem Appendix zur Studie und später in gesonderten Beiträgen formuliert, bezogen sich auf notwendige politische wie gesellschaftliche Veränderungen für einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz". Politikberatung mußte konkret werden, wenn sie wirken sollte. Richta und seine Kollegen, Genossen arbeiteten aktiv an der Vorbereitung des nach der Intervention für illegal erklärten XIV. Parteitags der KPTsch und den Materialien für ein neues Parteiprogramm mit. 11 Dabei war ihre Forschungsarbeit vor knapp vier Jahrzehnten nicht nur in Prag in aller Munde. "Zivilisation am Scheideweg" stellte die Fragen einer globalen Revolution. In mehreren Auflagen zwischen 1966 und 1969 konnten Zehntausende in der reformgeschwängerten Luft der Prager wie Bratislaver Hörsäle und in der Öffentlichkeit eine exakte Analyse der neuen zivilisatorischen Bedingungen zur Kenntnis nehmen.

Eine bislang einzigartige Produktivkraft-Revolution, die wissenschaftlich-technische Revolution, forderte alle Gesellschaften ungeahnt heraus. Deutlich werden die "Disparitäten zwischen den erreichten Stufen der Wissenschaft und Technik und dem Stand der Gesellschaftssysteme". ¹² Diese Revolution selbst wurde als eine soziale Revolution charakterisiert, in der die Wissenschaft unmittelbare Produktivkraft wird, eine Kulturrevolution auf der Tagesordnung steht, mit der "die Menschen immer mehr Macht über die Basis ihrer eigenen Existenz" gewinnen. ¹³ Kein Zweifel, kapitalistische Produktionsverhältnisse sind nicht in der Lage, diese Herausforderungen zu beherrschen, allein die sozialistische Revolution könne diese notwendige Überwindung der Industriezivilisation erreichen.

Siehe Materialien für den außerordentlichen 14. Parteitag der KPTsch. In: Richta, Radovan und Kollektiv (Hrsg.): Technischer Fortschritt und industrielle Gesellschaft, a.a.O., S. 191ff., sowie die entsprechenden Passagen in: Pelikán, Jiri (Hrsg.): Panzer überrollen den Parteitag. Protokoll und Dokumente des 14. Parteitages der KPTsch am 22. August 1968, Wien-Frankfurt/M.-Zürich 1969.

¹² Richta-Report, S. 22.

¹³ Ebd., S. 27.

2. Für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz

Die unmißverständliche Kritik am praktizierten administrativ-direktiven Sozialismus bestimmt in der Regel die Rezeption des "Reports". Hier finden sich weiterreichende Feststellungen über die historische Mission des Sozialismus bei der Beherrschung der gesellschaftlichen Veränderungen. Gerade weil der "Report" allein im Sozialismus die Zukunft der neuen Gesellschaft sah, war seine Kritik am Bestehenden so schwerwiegend wie notwendig. Zwar stellten Sozialismus und Kommunismus "den Boden (dar), auf dem sich die wissenschaftlich-technische Revolution in voller Breite entfalten kann". Aber es gehe um eine weiterzutreibende "soziale", um "eine organische Notwendigkeit der kommunistischen Revolution". ¹⁴ Das Erreichte sei hier nur der Anfang. Im Marxschen Sinne sind nicht nur die Produktionsverhältnisse umzustürzen, sondern auch die "vom Kapitalismus hervorgebrachte Industriezivilisation". ¹⁵ Allein das Auswechseln der Schilder an den Werktoren und des Personals auf den Kommandohöhen reichte nicht.

Die Prager Wissenschaftler hatten tatsächlich erstmals und komplex die Probleme der neuen Technologierevolution unter marxistischen Vorzeichen und bei Aufnahme der internationalen, "bürgerlichen" Diskussion sozialwissenschaftlich unter die Lupe genommen. Sie ließen keinen Zweifel: "unsere Zeit kann nur derjenige verstehen, der den Sinn der großen, außergewöhnlichen Wandlungen zu begreifen vermag". ¹⁶

Im Unterschied zu bisherigen Diskussionen in den staatssozialistischen Ländern entwickelten Richta und Kollegen ein schlüssiges Konzept der WTR, das die neuen Produktivkräfte in ihren komplexen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang stellte. Dabei war dieser "Report", so zumindest der Pole Lech W. Zacher, "das erste moderne marxistische Buch mit den Perspektiven nach Marx". ¹⁷ Es eröffnete in der tschechoslowakischen wie der osteuropäischen Diskussion den Blick auf den ganzen Marx ebenso wie auf den Stand der westlichen Diskussion und machte den reformorientierten marxistischen Ansatz auch für westliche Diskutanten interessant.

¹⁴ Ebd., S. 66.

¹⁵ Ebd., S. 20.

¹⁶ Ebd., S. 23.

¹⁷ Zacher, Lech W.: The Unrealized Vision of the Future (The Case of Radovan Richta Predictions). In: Dialogue and Universalism – Towards Synergy of Civilisations, Warsaw, No. 11–12/1995, p. 105.

Die breite Ersetzung der einfachen Arbeit "durch die technische Anwendung der Wissenschaft als Produktivkraft"¹⁸ erschütterte alle bisherigen Strukturen weit stärker als jeder andere Umbruchsprozeß, stellte eine neue Zivilisation auf die Tagesordnung. Im Unterschied zu anderen Auffassungen¹⁹ machten sie deutlich, daß es einen solchen revolutionären Umschlag nicht nur gibt, sondern daß sein Vollzug in beiden Gesellschaftssystemen möglich, wenn auch im Resultat offen ist. Es gehe um eine "Scheidelinie der modernen Zivilisation", einen Übergang generell zu einer nachindustriellen Gesellschaft.

Sie warfen dabei gleichzeitig die nicht eindeutig beantwortete und beantwortbare Frage auf, ob dies nun durch den Sozialismus oder den Kapitalismus erfolgreich gemeistert werde. Sie waren prosozialistisch optimistisch, aber im Unterschied zu den meisten ihrer osteuropäischen Kollegen ergebnisoffen, denn sie wußten um die Probleme ihrer Gesellschaft: "Der Sozialismus öffnet hier unabsehbare Möglichkeiten, aber zugleich absolviert er seine größte geschichtliche Prüfung."²⁰ Als Wissenschaftler stellten sie klar, daß die These von der vollen Entfaltung der WTR auf dem Boden von Sozialismus und Kommunismus ihre "Richtigkeit … und zugleich die Reife der sozialistischen Gesellschaft in der Praxis erweisen" muß, "eine äußerst schwierige Aufgabe". ²¹ Dabei gehe es nun nicht allein um die konstituierende Rolle von Macht und Besitz für sozialistische Produktionsverhältnisse. "Als wirklich entscheidend kann allein die Tatsache gelten, daß die großen Probleme der industriellen Zivilisationsbasis auf dem Boden des Sozialismus lösbar werden. allerdings auf dem Weg und unter der Voraussetzung einer völligen Umwandlung der gesamten Struktur der Produktivkräfte, der gesamten Zivilisationsgrundlage des menschlichen Lebens."22 Im Unterschied zu den vorherrschenden Auffassungen sei der Kapitalismus ebenfalls in der Lage,

¹⁸ Richta-Report, S. 61.

¹⁹ Immer noch interessant ist die zeitgenössische Zusammenfassung der WTR-Diskussion insbesondere in der DDR bei Krämer-Friedrich, Sybille: Zur Entwicklung der Konzeption "wissenschaftlich-technische Revolution" in der DDR-Theorie. In: Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozeβ – Sonderthema: XI. Parteitag der SED. Neunte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik 8. bis 11. Juni 1976. Referate. Deutschland-Archiv. Sonderheft 1976, Köln 1976, S. 53–74; siehe auch Zimmermann, Hartmut: Politische Aspekte in der Herausbildung, dem Wandel und der Verwendung des Konzepts "Wissenschaftlich-technische Revolution" in der DDR. In: ebd., S. 17–51; Ziegenrücker, Christoph: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Partizipation in der DDR. Die Entwicklung in den 70er Jahren. In: ebd., S. 79–94.

²⁰ Richta-Report, S. 22.

²¹ Ebd., S. 66.

²² Ebd., S. 60.

die Produktivkraftrevolution zu meistern. Er habe aber systembedingte Grenzen, einen "kritischen Punkt", den zu überschreiten diesem System wohl schwer falle, an dem die "kapitalistische Basis" sich als zu eng erweisen werde²³, bis hin zur bislang unerfüllten Aufhebung der Entfremdung.

Die verabsolutierte Auffassung von den Klassenkämpfen als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung sei unzureichend. Es gehe nicht allein um Macht, gesellschaftliche Eigentumsformen, Ideologie und schlechthin Wachstum der Produktion. Die neue Revolution stelle die Produktivkräfte in ganz neue Zusammenhänge. Das ergebe sich nicht zuletzt aus der zentralen Rolle der Hauptproduktivkraft Mensch, den Veränderungen in der Arbeit und in der menschlichen Selbstrealisierung.²⁴

Der "Report" machte deutlich, daß die Lösung dieser Herausforderungen ein mehrdimensionaler Prozeß ist mit einem radikalen Umbau der Volkswirtschaften und ihres Mechanismus. Sarkastisch wurde später kommentiert, daß es um "weniger Lenin und Sozialismus, aber mehr Technologie, mehr Computer" ging. Denn dieser Umbau bedeute den Abschied vom bisher dominierenden extensiven durch einen intensiven Wachstumstyp mit noch ungeahnten Gesetzmäßigkeiten und Konsequenzen. Daß dies mit der Anwendung von Gewinnkriterien und der Nutzung von Interessenkonflikten verbunden sein müsse, erscheine unstrittig. Das verlange eine radikal andere Sicht auf die Leitungsprozesse²⁷. "Das alte administrativ-direktive Leitungssystem" der Industrialisierung ist zum "*Hindernis* der Einordnung … in den Strom der wissenschaftlich-technischen Revolution geworden" und müsse nun flexibleren, schöpferischen, wohl auch demokratischeren Methoden weichen.

Alles dreht sich um den Menschen, um einen höheren "Entwicklungsgrad der schöpferischen Kräfte des Menschen" und seine Entfaltung, in Anlehnung an Marx um "das Wachsen seiner Fähigkeiten, seines Schöpfertums – die Entfaltung des Menschen als Selbstzweck".²⁹ Dies sei die "positive Mission des Sozialismus"³⁰, die sich erfüllen müsse. Hier können weder die Verschwendung menschlicher Arbeit unter den Bedingungen eines extensiven

²³ Vgl. ebd., S. 65.

²⁴ Siehe ebd., S 101/102.

²⁵ Zacher, Lech W.: The Unrealized Vision of the Future, a.a.O., p. 101.

²⁶ Siehe Richta-Report, S. 46.

²⁷ Siehe ebd., S. 107.

²⁸ Ebd., S. 113.

²⁹ Ebd., S. 50.

³⁰ Ebd., S. 186.

Wirtschaftens gefallen noch eine unzureichende Berücksichtigung der schöpferischen Kräfte des Menschen. Während in Zeiten der politischen Revolution die Werktätigen ihre Aufgabe vorwiegend als Masse erfüllten, ist nun ihre "freie Individualität", wie sie Marx in den "Grundrissen" faßte, bestimmend. Vom Menschen als Individuum, "von seinem Verhältnis zu sich selbst, von seiner Selbstentfaltung hängen seine realen Beziehungen zu allen anderen ab – in demselben Grad wie umgekehrt" und in neuer Weise eingebunden in eine sozialistische Kollektivität. 33

Was Richta und seinem Team vorschwebte, war der "Einzelne als *aktives Subjekt* im Flechtwerk objektiver Zivilisationsprozesse". ³⁴ Und dies als Resultat eines Selbsterziehungsprozesses, nicht mehr einer allein von außen wirkenden Erziehung. Solche Bildungsideen haben mehr revolutionäre Sprengkraft als die Begriffe andeuten. Das hänge aber davon ab, "ob es dem Sozialismus gelingt, ein System von *Zivilisationsregulatoren*, -mitteln und -regeln auszuarbeiten, die nicht nur die ökonomischen, sondern auch die sozialen, politischen, psychologischen und kulturellen Bedingungen eines Wachstums der Aktivität des Menschen und seiner sozialistischen Orientierung regulieren würden". ³⁵ Auch hier wieder das nachdrückliche Betonen, daß es in einer "modernen sozialistischen Gesellschaft" letztlich um "schöpferische Selbstregulierung" gehe, nicht um das Umsetzen von bereits Vorgeschriebenem. ³⁶ Ohne ein "System offener, freier Diskussion" ³⁷ und ohne den Abschied von Vorstellungen, daß die neue Gesellschaft konfliktfrei sei ³⁸, werde der erforderliche Wandel keinen Erfolg haben.

Auch wenn Analyse und Schlußfolgerungen im "Report" über weite Strecken auf recht hoher Abstraktionsebene theoretischer Überlegungen verharrten, tangierten viele Aussagen unmittelbar die Politik. Das sahen dogmatische Bewahrer der "reinen Lehre" sehr wohl. Trotzdem, die an seiner Ausarbeitung Beteiligten stellten nicht Daseinsberechtigung und Avantgarde-Funktion der Partei in Frage. Auch aus heutiger Sicht war Richta, wie Za-

³¹ Siehe ebd., S. 109ff.

³² Siehe Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Ders./Engels, Friedrich: Werke, Bd. 42, Berlin 1983, S. 91. Richta war verantwortlich für die Übersetzung und Veröffentlichung der "Grundrisse" in der CSSR – vgl. auch Nový, Lubomir/Gabriel, Ji/ Hroch, Jaroslav: Czech Philosophy in den XXth Century, Washington 1994 – http://www.crvp.org/book/Series04/IVA-4/chapter_xiii.htm [08.10.2003 9:23].

³³ Richta-Report, S. 309.

³⁴ Ebd., S. 175.

³⁵ Ebd., S. 278.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd., S. 298.

³⁸ Ebd., S. 299.

cher betont, eher ein Reformist denn ein Revisionist, der den bestehenden Sozialismus grundlegend wandeln, aber nicht aufheben wollte.³⁹ Er war zu seinen besten Zeiten ein Vertreter einer "positiven kommunistischen Opposition", eines "3. Weges".⁴⁰

Dem Verständnis nach Ausweitung demokratischer Strukturen und der demokratischen aktiven Rolle der Individuen entspricht die Forderung nach "einer Partei neuen Typs" mit veränderter Führungsrolle. So gewandelt, könnte sie ihre "höchste und offenbar abschließende historische Mission" als "leitendes Zentrum der Gesellschaft und als Organisatorin der wissenschaftlich-technischen Revolution mit allen ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen" antreten. ⁴¹ Nur, sie müsse ihre Strukturen und Einstellungen völlig verändern, die "im Feuer der Klassenkämpfe" entstanden waren. Sie müsse "den engen Horizont der traditionellen, mit administrativen Mitteln verknüpften machtpolitischen Leitung spreng(en) und höherstehende, wirksamere Formen einer gesamtgesellschaftlichen ("gesellschaftspolitischen") Leitung entwickel(n)". ⁴²

Eines schrieben die Wissenschaftler den Kommunisten ins Stammbuch: "Die praktische Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution wird an Pathos und Bedeutung in der kommunistischen Revolution vermutlich nicht hinter der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse oder hinter der Sozialisierung der Produktionsmittel zurückstehen – sie wird sie vielmehr noch beträchtlich *übertreffen*."⁴³

Hier kann nur angedeutet werden, dass sich genau diese Konsequenz für Richta und sein Team in der sich auf die Machtfrage für die kommunistische Partei und das Sowjetsystem zuspitzenden Situation im Sommer 1968 als verhängnisvoll erweisen mußte. ⁴⁴ Neben der CSSR war es die DDR, die in den 1960er Jahren angesichts ihres hohen Entwicklungsstandes als erste an die Grenzen des Kommandowirtschaftssystems stieß und nach neuen Lösungen suchte, nachdem mit dem Mauerbau eine Entwicklung auf eigenem Boden ungestört möglich schien. Zunächst hatte der "Report" noch den greisen Wal-

³⁹ Siehe Zacher, Lech W.: The Unrealized Vision of the Future, a.a.O., p. 99.

⁴⁰ Siehe Smíšek, Jan: "Chováme se jako revolucionári?" a.a.O.

⁴¹ Richta-Report, S. 295.

⁴² Ebd., siehe auch S. 296f.

⁴³ Ebd., S. 102.

⁴⁴ Siehe ausführlich: Bollinger, Stefan: Scheideweg oder Sackgasse? Auswirkungen politischer und theoretischer Auseinandersetzungen mit Radovan Richta in der DDR. In: Burrichter, Clemens/Diesener, Gerald (Hrsg.): Reformzeiten in der Wissenschaft (Arbeitstitel) (erscheint bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig 2005).

ter Ulbricht in der DDR bei seinem NÖS inspiriert, er ließ sich den Text umgehend vorlegen, griff auf die Ideen der Prager Wissenschaftler zurück, und sein Konzept von der "relativ selbständigen sozialökonomischen Formation" Sozialismus⁴⁵, das er 1967 öffentlich machte, scheint stark von ihnen beeinflusst worden zu sein. 1969 wurden Richta und sein Team zum Gegenstand eines wütenden Angriffs⁴⁶ aus der dogmatischen Ecke. Sein Einschwenken auf die politische "Normalisierung" und die Verlagerung seiner WTR-Studien auf weit neutralere Abstraktionsebenen ließen ihn letztlich auch später führender Vertreter der WTR-Konzepte⁴⁷ bleiben. Der umstürzlerische Impetus war aber verloren gegangen.

3. Die zweite Sackgasse

Offensichtlich zu wenig wird zur Kenntnis genommen, daß die Autoren des "Reports" einen Gegenentwurf anboten, in dem nicht nur der Realsozialismus zur Disposition steht. Sie gingen weiter und sahen die gesamte Zivilisation vor dieser Wahl. Der Kapitalismus ist zwar immer noch leistungs- und anpassungsfähig, aber als Gesellschaftsordnung ist er erledigt und nicht fähig, dauerhaft soziale und demokratische Lösungen zu finden. Denn das Privateigentum setzt "die Ausschaltung der Werktätigen von der wirtschaftlichen Entscheidung (voraus); der formale Charakter der politischen und die faktische Machtlosigkeit der staatsbürgerlichen Teilnahme … steht … außer Zweifel". ⁴⁸ Im Unterschied zu den meisten anderen zeitgenössischen linken Ansätzen ist dies in den Wettbewerb der beiden Systeme eingeordnet und übersieht nicht die eigenen Schwachstellen. Und jedes Aufdecken dieser ei-

⁴⁵ Ulbricht, Walter: Die Bedeutung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. Aus dem Referat auf der Internationalen wissenschaftlichen Session: "100 Jahre "Das Kapital" am 12. und 13. September 1967 in Berlin. 12. September 1967. In: Ders.: Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 2, Berlin 1968, S. 530.

⁴⁶ Siehe Teßmann, Kurt: Wissenschaftlich-technische Revolution und philosophischer Revisionismus. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin, H. 10/1969, S. 1240–1257. Die wichtigsten Referate auf der hier "besprochenen" Konferenz sind dokumentiert in: Richta, Radovan und Kollektiv (Hrsg.): Technischer Fortschritt und industrielle Gesellschaft, a.a.O.

⁴⁷ Siehe hier vor allem seine wesentliche Mitarbeit an: Autorenkollektiv: Wissenschaftlichtechnische Revolution und Gesellschaft, Moskau/Berlin 1976; Buhr, Manfred/Kröber, Günter (Hrsg.): Mensch – Wissenschaft – Technik. Versuch einer marxistisch-leninstischen Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution, Köln 1977.

⁴⁸ Richta-Report, S. 236.

genen Schwachstellen ist "lediglich" das Aufdecken des eigenen überzogenen Optimismus, den inhumanen Kapitalismus bereits überwunden zu haben, und nicht die Rechtfertigung desselben.

Im "Richta-Report" geht es nicht um eine simple Revolution der technischen Werkzeuge, sondern im marxistischen Sinne um eine Produktivkraftrevolution, die mit einer Kultur- und Lebensweiseumwälzung einhergehen muß. Natürlich ist der "Report" Kind der Zeit. Es gibt Technikoptimismus, bald angesichts der erkennbaren "Grenzen des Wachstums", der Nuklearunglücke von Harrisburg und Tschernobyl für zwei Generationen ausgetrieben. Derartige Gedanken muten uns heute verstaubt an. Das Konzept für eine soziale Beherrschung der Produktivkraftrevolution ist komplex, und trotz der sich zeigenden langen Überlebens- und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus entlarvt es die fundamentalen Grenzen dieser Gesellschaft. Dies wurde auch in der relativ breiten westlichen Diskussion von "Zivilisation am Scheideweg" immer wieder aufgegriffen. Johano Strasser empfahl 1975 Dennis Meadows u. a. "Grenzen des Wachstums" und "Richta-Report" gleichermaßen als Meßlatten für künftige Entwicklungen. Ihm geht es um das "Wie" der Gestaltung der Gesellschaft, und ihn sorgt ein autoritär-antidemokratischer Weg. ⁴⁹ Die Verbindung dieser beiden Berichte ist auch für einen anderen sozialdemokratischen Politiker, Michael Müller, 1988⁵⁰, aber auch noch 2001⁵¹ eine wichtige Erfahrung. Wenn auch etwas abgeschwächt betont er auch heute noch, ausgehend von diesen Berichten, etwas jenseits der realen Regierungspolitik seiner Partei: "Wirtschaft und Technik sind gestaltbar. Die Politik muss dafür den Möglichkeitsraum sichern und erweitern. Verwertungsinteressen, die Pluralität der Wissenschaftsorganisation und die Breite der Forschung müssen sich gegenüber der Gesellschaft legitimieren und vor den kulturellen Wertvorstellungen Bestand haben. '52

Klar waren für Richta die Eckpunkte: Der Mensch muß im Mittelpunkt stehen, sich endlich selbst realisieren und der Entfremdung entfliehen, seine Interessen und kulturellen Ansprüche verwirklichen. Dies dürfe nicht nur für

⁴⁹ Siehe Strasser, Johano: Grenzen des Wachstums – Grenzen der Freiheit? In: Duve, Freimut (Hrsg.): Technologie und Politik. aktuell-Magazin 3, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 5–28.

⁵⁰ Siehe Müller, Michael/Spangenberg, Joachim: Verdrängte Jahrestage. 20 Jahre "Club of Rome" und "Richta-Report". In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln, H. 7/1988, S. 430–440.

⁵¹ Siehe Müller, Michael: Wissenschaftsfreiheit? Eine Schimäre. Unter Forschern herrscht Goldgräberstimmung: Bei embryonalen Stammzellen geht es um einen Milliardenmarkt. In: Die Zeit, Hamburg, H. 34/2001.

^{52.} Ebd.

ausgewählte Eliten gelten, sondern ist nur als ein demokratisches und solidarisches Projekt möglich. Wer heute den High-Tech-Kapitalismus⁵³ erlebt und fürchtet, kann sich angesichts Richtas Einsicht nur an den Maßstäben der ausstehenden Kämpfe messen lassen: "Das langfristigste, vielleicht *ausgeprägteste* Merkmal, das die wissenschaftlich-technische Revolution auf dem Boden einer neuen Gesellschaft der Gesetzmäßigkeit des Geschichtsprozesses aufprägt, wird die neue Stellung des Individuums in den kollektiven Vorstößen von morgen sein."⁵⁴ Der (Real-)Sozialismus hat seiner geschichtlichen Prüfung nicht stand gehalten, der Kapitalismus hat nach dem Verlust seines Konkurrenten weit mehr versagt, auch wenn er erfolgstrunken die Selbstzerstörung unter den fröhlichen Klängen des Titanic-Orchesters noch zu verzögern vermag.

4. Vertane Antworten und offene Fragen

Wie eingangs schon betont, gehört Radovan Richta heute zu den vergessenen Theoretikern des Marxismus, wie überhaupt jene Reformbewegungen des Jahres 1968 heute bestenfalls als Platitüden und Stichworte taugen sollen, während sowohl die Protagonisten wie die Erben sich weitgehend ihrer eigenen einst so kühnen, gesellschaftssprengenden, aber auch so sozialismusträchtigen Gedanken nicht mehr erinnern mögen. Der tschechoslowakische Philosoph ist heute nur noch einem kleinen Kreis von Spezialisten bekannt. Wie viele Linke, die zwischen den Stühlen saßen, ist er von den politischen Partnern ebenso vergessen wie von der heute dominierenden neoliberalen geistigen "Elite" verschwiegen. Die einen nehmen ihm übel, daß er als Vordenker des Prager Frühlings nach dem sowjetischen Einmarsch seinem Land nicht den Rücken kehrte und weiter an exponierter Stelle wissenschaftlich arbeitete, wenn auch unverfänglich metatheoretisch. Für die anderen ist ein unverbesserlicher Linker.

Vor allem ist es das typisches Schicksal solcher Ideen der 3. Wege jenseits des stalinistischen Sozialismus und des inzwischen neoliberal aufgeputzten Kapitalismus, die in Zeiten der konservativ-antisozialistischen Hegemonie keinen Platz mehr haben dürfen, nicht einmal mehr in der Erinnerung. So findet man heute nur noch gelegentlich in den Literaturangaben den Verweis auf den "Richta-Report" und die damaligen heißen Diskussionen. Allein einige

⁵³ Siehe z. B. Haug, Wolfgang Fritz: High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie, Hamburg 2003.

⁵⁴ Richta-Report, S. 310.

unverbesserliche Linke und einstige Teamkollegen in Tschechien halten es für nötig, sich dieses Denkers auch heute noch zu versichern. Insofern war schon die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Warschauer-Pakt-Truppen ein seltsam konservativ-blockübergreifender Sieg über den demokratischen Sozialismus, wie später der Putsch gegen das Chile Allendes. Theodor Prager, ein österreichischer Gewerkschafter, hatte schon 1968 hellsichtig erkannt: "Hier haben Ideen ihre gewaltige gesellschaftliche Stoßkraft aus bestimmten krisenhaften Situationen heraus bewiesen, weil man gezwungen war, nach Auswegen zu suchen. Damit wurde einer möglichen und wünschenswerten, einer humaneren Zukunft nicht nur in der CSSR eine kleine Gasse gebahnt. Sicherlich hat der Schlag, der gegen dieses Experiment geführt wurde, vor allem jenen westlichen Oligarchien und Bürokratien einen Dienst erwiesen, die auch in ihrem Bereich eine Zukunft herbeisehnen, welche einige Ähnlichkeiten mit dem Orwell'schen Modell aufweist. Aber es sind eben auch andere Realitäten denkbar, und wir sollten hier Ansätze zu Alternativen aufzeigen."55

Gerade deshalb ist auch und gerade heute die Versicherung der eigenen Geschichte, ihrer Ansätze und Irrwege, aber auch der theoretischen Versatzstücke, die von Marx und Engels zu einer modernen Lesart und Weiterentwicklung einer Marxschen Theorie, einer linken Theorie der sozialen Verantwortung und politischen, demokratischen Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse führen können und müssen, so wichtig. Es ist auch die Frage der Einmischung von Akademien in das politische Tagesgeschäft und ihr gelegentliches Risiko dann, wenn sie politisch werden und dies nicht der jeweiligen politischen Klasse beliebt.

In Umbruchszeiten wie den heutigen – die eben schon 1968 begannen – haben Wissenschaftler ihre Verantwortung, die Dinge beim Namen zu nennen, zu analysieren, Konzepte zu erstellen, zu versuchen, diesen Entwicklungen Richtung zu geben bzw. Irrwegen zu widerstehen. Sie wissen, daß diese Umbrüche in ihrem Ergebnis offen sind. Nicht nur für die Geschichte des staatlich organisierten Sozialismus ist das Jahr 1968 eine solche Zäsur ungeahnten Ausmaßes gewesen. Bei Stefan Zweig findet sich für solche Konstellation eine bedenkenswerte Sentenz: "Die Geschichte aber, zu eilig, um

⁵⁵ Prager, Theodor: Gesprächsbeitrag. In: 31. Bergedorfer Gesprächskreis "Zukünfte". Körber-Stiftung, Bergedorf 1968

http://www.stiftung.koerber.de/frames/bg-d/frames.php?param=http%3A//www.koerberstiftung.de/bg/recherche/de/beitrag.php%3Fid%3D11686%26refer%3D
 [28.10.2004 04:58].

gerecht zu sein, sie dient immer nur dem Erfolg. Nur die Leistung rühmt sie, die glorreich vollendete, nicht den kühnen, den mit Unmut und Undank verfolgten Versuch. Nur den Beender preist sie, nicht die Beginner, einzig den Sieger hebt sie ins Licht, die Kämpfer wirft sie ins Dunkel ... Denn immer wieder erfüllt sich der Menschheit ältestes und barbarisches Gesetz, einst im Blute und heute noch im Geiste, jenes unerbittliche Gebot, das zu allen Seiten verlangte, die Erstlinge müssen geopfert werden."⁵⁶

56 Stefan Zweig: Die Heilung durch den Geist. Franz Anton Mesmer. In: Ders.: Essays. Auswahl 1929–1942, Leipzig 1990, S. 111/112.

Herbert Hörz

Zivilisation und Kultur Bemerkungen zum Vortrag von Stefan Bollinger

Im Mittelpunkt der Betrachtungen von Stefan Bollinger steht der "Richta-Report" zum Thema "Zivilisation am Scheideweg?". Damit sind drei Aspekte verbunden. Erstens geht es um die Einordnung der Überlegungen von Radovan Richta und seiner Forschungsgruppe in die Auseinandersetzungen der damaligen Zeit, wobei seine persönliche Entwicklung sicher eine Rolle spielt. Zweitens sind die theoretischen Grundlagen zu prüfen, die damals entwickelt wurden und die für die gegenwärtige Analyse von Bedeutung sein könnten. Drittens ist die Diskussion um die Zivilisationskrise weiter zu führen. Ich möchte dazu einige ergänzende Bemerkungen machen.

Zum ersten Aspekt verweise ich auf eine Diskussion, an der ich mit Radovan Richta und anderen teilnahm, die zeigt, wie different Auffassungen von Marxisten zur theoretischen Bewältigung der durch die revolutionären Veränderungen in Gesellschaft und Wissenschaft entstandenen Herausforderungen waren. Thema war das Verhältnis von Wissenschaft und Philosophie, die Verantwortung der Wissenschaftler bei der Be- und Verwertung ihrer Erkenntnisse und damit ein zentraler Punkt der Diskussion um Zivilisation, die an die wissenschaftlich-technische Entwicklung gebunden ist. Beim zweiten Aspekt geht es mir um die inhaltlichen Diskussionen zur wissenschaftlichtechnischen Revolution, die in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern sehr kontrovers geführt wurden. Drittens wirft der zentrale Begriff des "Richta-Reports", die Zivilisation, eine Reihe weitergehender Fragen auf, auf die kurz eingegangen werden soll, wobei mich vor allem das Verhältnis von Zivilisation und Kultur interessiert.

Dabei scheint mir das Fokussieren auf die Zivilisation, wie es auch im "Richta-Report" geschieht, einseitig zu sein. Zivilisation ist mit der Universalisierung von Ergebnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden, die überall auf der Welt mehr oder weniger schnell durch Entwicklung, Produktion und Konsumtion verbreitet, jedoch durch die soziokul-

92 Herbert Hörz

turellen Identitäten verschieden aufgenommen werden. Im Selbstlauf führt die wissenschaftlich-technische Entwicklung zu Effektivitätssteigerungen, da mit einem Minimum an personellem, stofflichem und energetischem Aufwand ein Maximum an Nutzen erreicht werden soll. Menschen spielen dabei keine Rolle. Es geht also sowohl um die kulturell geprägte als auch um die human zu gestaltende wissenschaftlich-technische Entwicklung. In den oft europazentrierten Überlegungen spielten kulturelle Unterschiede auch in den europäischen sozialistischen Ländern eine geringe Rolle. Zur Nutzung der möglichen Effektivitätssteigerung durch Wissenschaft und Technik für Humanitätserweiterung gab es die Selbstlauftheorie, nach der im Sozialismus automatisch Humanität triumphiere, die Theorie der Übernahme kapitalistischer Effektivitätskriterien mit Markt und Gewinn unter staatlicher sozialistischer Kontrolle mit Sozialprogrammen und die, auch von mir favorisierte Forderung, neue Effektivitätskriterien zu entwickeln, da die wissenschaftlich-technische Entwicklung Produktions-, Konsumtions- und Kreativitätsvorteile bringen konnte. Gerade dort lagen die theoretischen Mängel, die m.E. mit dem "Richta-Report" auch nicht überwunden wurden. In ihm ging es um die Erkenntnis, dass uns die Herausforderungen der gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Veränderungen zwingen, neu zu denken und zu handeln, dass also die Zivilisation am Scheideweg steht. Das war eine wesentliche Etappe des theoretischen Denkens, die sich in der DDR seit Mitte der sechziger Jahre vollzog. Es wäre jedoch wichtig gewesen, das Verhältnis von Effektivität und Humanität zu konkretisieren, um die für die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen wichtigen Grundlagen besser auszuloten. Alternativen zur Staatsdiktatur des Frühsozialismus wurden gesucht, doch die mögliche flexible Reaktion des Sozialismus auf die wissenschaftlich-technische Revolution nicht ausreichend durchdacht. Es wäre noch weiter zu untersuchen, wie nach und nach die Chance in den europäischen sozialistischen Ländern vertan wurde, Effektivitätsmechanismen für sozialistische Produktionsverhältnisse zu finden und zu erproben, die den qualitativ neuen Produktivkräften entsprachen, Humankriterien anzuwenden und den Systemwettbewerb zwar auch um Effektivität, doch vor allem um Humanität zu führen.

Meine Bemerkungen dazu zeigen, wie different die Meinungen zu vielen Problemen waren. Damit wende ich mich gegen diejenigen, die interessante und schöpferische Diskussionen unter Marxisten in den sozialistischen Ländern nun oft mit der ignoranten diffamierenden Feststellung abqualifizieren, es bleibe nur die Asche des Marxismus, doch auch gegen die, die meinen, wir

wären theoretisch weiter gewesen, als es wirklich der Fall war. Theoretiker sind stets ihrer Zeit verhaftet, und es ist nicht leicht, die Ideen herauszufinden, die weit über diese Zeit hinausweisen.

Erstens: Bei der erwähnten Diskussion handelt sich um das internationale Symposium zum Thema "Der dialektische Materialismus und die moderne Wissenschaft" zum 70. Jahrestag des Erscheinens von Lenins "Materialismus und Empiriokritizismus", das am 14./15.3.1978 in Liblice (Tschechoslowakei) stattfand und von der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" unter Federführung von I.T. Frolow, der in der Redaktion in Prag arbeitete, in Absprache mit P.N. Fedosseiew, dem Vizepräsidenten der sowjetischen Akademie, durchgeführt wurde. Es waren Vertreter von Wissenschaftsakademien der sozialistischen Länder und Wissenschaftler aus kapitalistischen Ländern eingeladen. R.Richta nahm als Direktor des Instituts für Philosophie und Soziologie der Tschechoslowakischen Akademie teil, während Helmut Böhme und ich die Akademie der Wissenschaften der DDR vertraten. Richta sprach über "Die marxistisch-leninistische Dialektik und die Probleme der Methodologie der Wissenschaften". Er verlangte, mit Hinweis auf Prozesse der sozialistischen und wissenschaftlich-technischen Revolution, prinzipielle Veränderungen der theoretisch-methodologischen Struktur der Wissenschaft, da nun die kontemplative wahrheitssuchende Wissenschaft nicht mehr ausreiche, sondern die Gestaltung der Natur in den Mittelpunkt rücke. Nur die materialistische Dialektik biete die Möglichkeit "das reale Subjekt-Objekt-Verhältnis in der modernen Wissenschaft und Praxis rational zu begreifen und praktisch zu berücksichtigen." (Der dialektische Materialismus und die moderne Wissenschaft 1978, 926) Er kritisierte die, die mit Thomas S. Kuhn als Subjekt der Erkenntnis die wissenschaftliche Gemeinschaft nehmen und setzte dagegen, dass das Subjekt der Wissenschaft als allgemeine Arbeit die Gesellschaft insgesamt mit ihren konkreten sozialen und Klasseninteressen ist. Ein neuer Wissenschaftstyp sei erforderlich. "Und nur die materialistische Dialektik ist imstande, theoretisch-methodologische Grundlage für die Herausbildung dieses Wissenschaftstyps zu werden. Nur eine auf dieser philosophisch-weltanschaulichen Basis beruhende Wissenschaft ermöglicht es, die Erkenntnis der Welt mit ihrer Umgestaltung und beide Prozesse wiederum mit der Entwicklung der Gesellschaft und des Menschen zu vereinigen." (Der dialektische Materialismus und die moderne Wissenschaft 1978, 927) In den Diskussionen mit Richta bemerkte ich, dass er stets den Zusammenhang zwischen beiden revolutionären Veränderungen sah, doch sie nicht genügend in ihrer Eigenständigkeit analysierte, um ihre

94 Herbert Hörz

destruktiven Wirkungen auf die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zu bedenken.

In meiner Diskussionsbemerkung versuchte ich die Überschätzung der materialistischen Dialektik zu relativieren, indem ich auf die notwendige Präzisierung allgemeiner dialektischer Prinzipien verwies und die Möglichkeit einer allgemeinen Methodologie erörterte, für die die Systemtheorie von Bedeutung sein könnte. Richta unterschied dazu zwei Seiten. Zum einen sei die Frage nach den möglichen und notwendigen Einzelmethodologien kompliziert und wenig ausgearbeitet, weshalb sie nicht sofort beantwortet werden könne. Zum anderen schließe die Dialektik die einzelnen Methoden ein, die jedoch begrenzt seien. Die Antwort konnte mich deshalb nicht befriedigen, da meine Forschungsgruppe sich intensiv mit methodologischen Fragen befasste und wir mit der Hypothese arbeiteten, dass sich alle Methoden in ein System einordnen ließen, das aus den Eckpunkten der mathematisch-logischen, der experimentellen und der historischen Methode bestand. Die Modellmethode stand dabei im Mittelpunkt. Dialektik war für uns Methodenkritik und Heuristik, doch keineswegs schon soweit ausgearbeitet, dass sie den von Richta erhobenen Ansprüchen genügen konnte. In der Frage nach der Methodologie wurde er m.E. zu wenig konkret. Das Lob der Dialektik zu singen, war zu wenig. Proklamationen von der bedeutenden Rolle der Dialektik halfen nicht weiter, wenn sie nicht durch Studien zu den wirklichen dialektischen Prozessen untersetzt waren. In Debatten mit Naturwissenschaftlern hatten wir in unserer Forschungsgruppe gelernt, oft auf den Zierat dialektischer Worte zu verzichten, um das dialektische Herangehen zu praktizieren. Wir analysierten in unseren Publikationen die Dialektik in den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen (Hörz, Röseberg 1981) und untersuchten in einer dialektischen Theorie der Wissenschaftsentwicklung die Aufeinanderfolge von Wissenschaftstypen, darunter den der wissenschaftlich-technischen Revolution. (Hörz 1988) Die Studie unserer Gruppe zu "Dialektik der Natur und der Naturerkenntnis" war 1989 fertig, lag im Akademie-Verlag in den Fahnen vor und war von uns schon korrigiert. Sie fiel dann dem allgemeinen, von der neuen Obrigkeit geförderten, Büchersterben zum Opfer.

Eine weitere Kontroverse bezog sich auf das Erkenntnissubjekt. Richta wandte sich sowohl gegen eine Unter- als auch gegen eine Überschätzung der Wissenschaftlergemeinschaft. Ihr wachsendes Selbstbewusstsein sei für eine den Erfordernissen angemessene Leitung der Wissenschaft wichtig, da sie die eigene Tätigkeit und die Nutzung der Ergebnisse unter Kontrolle stellen wolle. Doch stoße der Versuch, mit internen Mitteln die gefährlichen Seiten der

Wissenschaft zu korrigieren, auf den Widerstand der kapitalistischen Gesellschaft, die so ihr Primat vor der Gemeinschaft beweise. Dagegen wurde gehalten, dass man die Rolle der Wissenschaftlerpersönlichkeit nicht unterschätzen dürfe. Diese Diskussion setzte sich dann zu meinem Vortrag fort, der sich mit Wahrheit und Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse befasste und den Wert der Wahrheit in den Kontext mit anderen Werten stellte, da alleinige Wahrheitssuche antihumane Experimente rechtfertige. Die Wahrheit der Werte ist mit der Regulierung individuellen Verhaltens verbunden.

In den Auseinandersetzungen zeigte sich ein gewachsenes Problembewusstsein über die durch die wissenschaftlich-technische Revolution entstandenen Herausforderungen für die Produktion und Konsumtion von Wissen, für die Be- und Verwertung der Erkenntnisse, für die Leitung und Kontrolle der Wissenschaft. Wenn Richta betonte, das Subjekt der Erkenntnis sei nicht die Gemeinschaft der Wissenschaftler, sondern die Gesellschaft, dann konnte das auch Auswirkungen auf das Verständnis der Verantwortung von Wissenschaftlern haben. Die Proteste von Wissenschaftlern in kapitalistischen Ländern gegen Massenvernichtungswaffen, Kriege, antihumane Experimente waren für die Öffentlichkeit mobilisierend. Warum Richta ihnen so wenig Bedeutung beimaß, ist mir nicht klar.

Zweitens: Der Philosophie-Kongress in der DDR von 1965 hatte sich intensiv mit den Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution befasst. Zu seiner Auswertung fuhr ich noch im gleichen Jahr auf Einladung der ungarischen Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse nach Ungarn, um dort mit Vorträgen und Diskussionen zu den weltanschaulichen Auseinandersetzungen um die wissenschaftlich-technische Revolution Stellung zu nehmen. Interessant war die Reaktion einiger Kollegen darauf. Sie meinten, das sei interessant, könne sie jedoch nicht betreffen, da Ungarn ein technisch rückständiges Land sei, in dem man sich mit solchen Problemen nicht beschäftigen müsse. Meine Argumente, die wissenschaftlich-technische Entwicklung würde um kein Land einen Bogen machen und wir müssten uns darauf vorbereiten, stießen nur bei einigen auf Gehör, andere meinten, sie ignorieren zu können. Wenn man bedenkt, dass es die geistige Elite sein soll, die Visionen für die Zukunft entwickelt, dann war davon dort nicht die Rede.

Doch auch die Diskussionen in der DDR führten zu unterschiedlichen Standpunkten. So wiesen manche die Überlegung zurück, wir befänden uns im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution und hoben dafür die Epochenbestimmung vom Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus hervor. Beides gehörte jedoch zusammen. Nach der programmatischen These,

96 Herbert Hörz

dass es darauf ankomme, die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus zu vereinen, die ich unterstützte, jedoch auf die Nachteile der Vorzüge aufmerksam machte, kamen Überlegungen auf, die einen sozialistischen Typ der wissenschaftlich-technischen Revolution dem kapitalistischen entgegenstellten. Den allgemeinen, durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung bestimmten Prozess der Zivilisation wollten manche Theoretiker in sozial determinierte Prozesse aufspalten. Einerseits wäre das in der Konsequenz eine Verfestigung der These gewesen, wir müssten mit technischer Rückständigkeit weiter leben, nur unsere eigenen Formen dafür finden, oder andererseits war auch die überhebliche Behauptung darin angelegt: Wir entwickeln unsere eigene Wissenschaft und Technik, unabhängig vom Weltstand.

1974 befasste sich der Philosophiekongress mit dem Thema "Objektive Gesetzmäßigkeit und bewußtes Handeln". Im Bericht in der Zeitung "Humboldt-Universität" darüber stellen A. Griese, G. Stiehler und H.-C. Rauh mit dem Hinweis auf die 13. ZK-Tagung fest, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ein historischer Vorgang sei, der in objektiven Gesetzen wurzele, der durch revolutionäres Handeln entfaltet werde. Das sei ein dialektisch widersprüchlicher Sachverhalt, um dessen theoretische Aufhellung der Kongress bemüht gewesen sei. Dabei wird auf das Referat von L. Striebing verwiesen, der die Unterscheidung von zwei Typen der wissenschaftlich-technischen Revolution, eines kapitalistischen und eines sozialistischen forderte, was ich für Unsinn hielt. Ich polemisierte mit guten Argumenten dagegen, vor allem mit dem, dass sich die wissenschaftlich-technische Revolution in allen Gesellschaftsordnungen vollziehe und die flexible Reaktion darauf für die Stabilität und Entwicklung dieser Ordnungen entscheidend sei. Im Bericht wurde dann ein Argument hervorgehoben, um es sofort zu kritisieren. Es heißt zu Striebings Differenzierung und ihrer Kritik: "In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern eine solche Unterscheidung allerdings abgelehnt, z.B. von Prof. Dr. Hörz, der sich vor allem darauf berief, dass im Kapitalismus die materiell-technische Basis des Kommunismus entstehe (was allerdings nicht exakt ist, da die materiell-technische Basis wesentlich von diesem selbst geschaffen wird)." (Stiehler u.a. 1974/75) Während für mich die materiell-technische Basis gesellschaftlicher Entwicklungen erst die Grundlage für die Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse bildet, betonten meine Kritiker in ihrem Artikel, dass die zukünftige klassenlose Gesellschaft ihre materiell-technische Basis selbst schaffen werde. Das war unhistorisch und undialektisch gedacht. Offensichtlich ist jetzt,

dass es eben keinen besonderen sozialistischen Typ der wissenschaftlichtechnischen Revolution gab. Es galt auf die wissenschaftlich-technische Revolution im Sozialismus zu reagieren und die Gesellschaft darauf einzustellen. Das Problem konnte theoretisch nur gelöst werden, wenn man die wissenschaftlich-technische Revolution in ihrer allgemeinen Richtung als Revolution der Werk- und Denkzeuge analysierte. Das geschah ungenügend. Hemmnisse dafür wurden m.E. dann philosophisch-theoretisch aufgebaut, wenn man meinte, den Sozialismus aus der internationalen Entwicklung herausnehmen zu können, was mit der Differenzierung der Typen geschah. Danach brauchte man den internationalen Stand von Wissenschaft und Technik nicht mehr so genau zu beachten, was jedoch für den Sozialismus gerade wichtig gewesen wäre.

Hemmend wirkte sich auch die Illusion aus, dass die wissenschaftlichtechnische Entwicklung in ihren revolutionären Aspekten, der Roboterisierung der Produktion, der Computerisierung des Lebens und der Entwicklung der Menschen zu Artefakten durch die Ergebnisse der Biotechnologie, und in ihren evolutionären Zügen, der Durchsetzung einer qualitativ neuen Arbeitsund Lebensweise, der möglichen ökologischen Schwierigkeiten usw. sozialistisch gemeistert würde. Der Sozialismus löse alle die Probleme, die der Kapitalismus mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in ihren antihumanen Auswirkungen habe. Das war richtig dann, wenn der Sozialismus mit neuen gesellschaftlichen Strukturen flexibel auf die Herausforderungen reagiert hätte, was nicht geschah. Die Alternative war zugespitzt: Entweder Sozialismus oder Zivilisationskrise, wobei das Ende der Zivilisation das Ende der Menschheit sei, weshalb auch von Barbarei oder Untergang gesprochen wurde. Dabei bauten manche auch Potemkinsche Dörfer über den erreichten Stand auf, die zwar in eine Welt der schönen Bilder passten, doch der Wirklichkeit nicht angemessen waren. In dieser Richtung der zugespitzten Alternative wäre auch der "Richta-Report" noch einmal zu analysieren.

Wer über diese Alternative hinaus ging und die Produktivkräfte, ihre Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Strukturen, in die Analyse einbezog, war sich oft der Tragweite der qualitativen Veränderungen nicht bewusst. In einer Diskussion um die "künstliche Intelligenz" wurde uns mitgeteilt, Günter Mittag hätte sich dagegen gewandt, öffentlich diesen Ausdruck zu benutzen. Die Argumente dazu wurden uns nie ganz klar. Doch scheint eine Unterschätzung dieser Entwicklung dem Hinweis zu Grunde zu liegen. Zugleich wurden wir von anderen Funktionären dafür gelobt, dass wir in einer Studie

98 Herbert Hörz

gerade diese Probleme ausführlich behandelt hatten. Die wissenschaftlichtechnische Entwicklung war als Weg zu einer qualitativ veränderten Produktions- und Lebensweise zu verstehen, die mit den bisherigen theoretischen Schemata nicht zu erfassen waren. Es hätte neuer Visionen bedurft, die ich mit meiner Analyse vom vorhandenen Utopiedefizit forderte. Mir scheinen sie auch in den Überlegungen der Gruppe um Richta ungenügend entwickelt zu sein, geschuldet dem damaligen Hauptstrom des Denkens in überholten Basis-Überbau-Konstruktionen, die wichtig sind, doch die Herausbildung globaler Probleme, von Interessen der gesamten Menschheit, die Umwälzung der gesamten Lebensweise der Menschen, nicht erfassten. So entstanden theoretische Hemmnisse für die Bewältigung neuer Herausforderungen mit praktischen Auswirkungen.

Drittens: Mir geht es um das Verhältnis von Kultur und Zivilisation, das in vielen Debatten kaum beachtet wird, doch auf die eigentlichen Probleme verweist, wenn wir heute die Frage des "Richta-Reports" stellen, ob sich die Zivilisation weiter am Scheideweg befindet. 1993 schrieb ich über die vier Krisen, die unsere Überlegungen zur Zukunftsgestaltung bestimmen: (1) Es existiert eine Zivilisationskrise mit Gefahren für die Existenz der Menschheit. deren Kern die sittliche Krise ist, die den humanen Einsatz vorhandener Mittel zur Problemlösung fraglich erscheinen lässt. (2) Durch unbeschränkte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im unbegrenzten Streben nach Wachstum der Produktion und Konsumtion entstand eine Herrschaftskrise der Menschen, die sich auch in der antiökologischen Industrialisierung als Grundlage ökologischer Katastrophen und damit der Vernichtung natürlicher Existenzbedingungen der Menschen ausdrückt. (3) Erklärungen der Umbruchsituation sind erforderlich, aber als Wissen, das freies Handeln orientieren kann, kaum vorhanden. Diese Theoriekrise umfasst das lokale, quantitative, antihumane Denken von Spezialexperten mit engem Fachhorizont, dem ein globaler Evolutionismus mit neuem Erklärungspotential entgegensteht, der erst im Entstehen begriffen ist. (4) Die Computerkultur hat eine Sinnkrise menschlicher Entscheidungen ausgelöst, die tiefer in der Dominanz eines einseitigen Scientismus angelegt ist, der Menschliches auf rationale Problemlösungen allein reduziert. Mit diesen Krisen leben wir weiter. Zur Zivilisationskrise. Kernpunkt unserer Debatte um den "Richta-Report", meinte ich: "Die Zivilisationskrise ist durch den Widerspruch zwischen den neuen Effektivitätsmitteln, die die wissenschaftlich-technische Revolution mit künstlicher Intelligenz, flexibler Automatisierung, Biotechnologien u. a. bereitstellt und den teilweise antihumanen Zielen beim Einsatz dieser Mittel gekennzeichnet. Warum dienen modernste Technologien vor allem zur Entwicklung von Waffen? Warum überwiegt oft der wirtschaftliche Gewinn die Sicherung der sozialen Verträglichkeit bei der Einführung neuer Technologien? Wie kommt es, dass trotz neuer effektiver Produktionsmittel Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg entstehen? Die Menschheit als Handlungssubjekt, das sich für Entwicklung statt Untergang einsetzt, zeigt noch ungenügende sittliche Reife, weil sie produktive Kräfte zu Destruktivkräften verkommen läßt. Diese werden von machtbesessenen und profitgierigen herrschenden Gruppen genutzt, um Strafaktionen zu inszenieren, Menschen und kulturelle Werte zu vernichten und die eigenen Bedürfnisse im Gegensatz zu anderen menschlichen Interessen zu befriedigen. Das ist das Wesen dieser Krise." (Hörz 1993, 266f.) Diese Krise hat sich inzwischen weiter verschärft.

Ihre Analyse erfordert die Differenzierung von Zivilisation und Kultur. In der Entwicklung der Menschheit haben sich verschiedene Kulturkreise herausgebildet, die sich durch ihre Traditionen, Sitten und Gebräuche, ihr Wertesystem, ihre Sprache und Kunst und oft durch ihre Religion unterscheiden. Nun bringt die Globalisierung durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte die Kulturbereiche einander näher. Bleibt man beim Kampf der Kulturen stehen und fordert Toleranz gegenüber allen Kulturen, ignoriert und bremst man die Herausbildung interkultureller Werte und damit die Ansätze zu einer für die weitere Existenz der Menschheit wichtigen Weltkultur, die sich der Erhaltung und Gestaltung einer menschenwürdigen natürlichen und sozialen Umwelt verpflichtet fühlt. Das hebt Unterschiede zwischen soziokulturellen Identitäten nicht auf, fordert jedoch gemeinsame Anstrengungen zum Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen, das Verbot aller Mittel zur Vernichtung der menschlichen Gattung und die kulturell differenzierte Erhöhung der Lebensqualität mit Hilfe der wissenschaftlichtechnischen Entwicklungen.

Zivilisation orientiert auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt, Kultur auf Freiheitsgewinn der Individuen, auf die Erhaltung von Lebensformen, von Sprache, Kunst, Ritualen und moralischen Haltungen, die den Glücksanspruch der Individuen einer ethnischen Einheit bestimmen. Die Universalität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts steht im Widerspruch zur Pluralität sozio-kultureller Identitäten. Deshalb hat Wissenschaft nicht nur zur effektiven Produktion materieller Güter, zu neuen Erkenntnissen und ihrer Vermittlung in der Bildung beizutragen, sondern auch zur Humanisierung von Strukturen sozialer Systeme. So geht es um Strategien zur Gestaltung der Zukunft mit neuen Technologien ohne kulturellen Identitätsverlust. (Hörz 2001)

100 Herbert Hörz

Das gegenwärtige Grundproblem ist, ob sich die Menschheit von einer Katastrophen- zu einer Verantwortungsgemeinschaft über die UNO formiert und Elemente einer Weltkultur fördert, die eine durch wissenschaftlich-technische Entwicklung bestimmte Weltzivilisation ergänzen kann. Eine Weltkultur zeichnet sich durch wenige Konsenspunkte aus: die Erhaltung der menschlichen Gattung und ihrer natürlichen Lebensbedingungen, die friedliche Lösung von Konflikten, das Streben nach Freiheitsgewinn aller Glieder einer soziokulturellen Identität, gemessen an Humankriterien, wie sinnvolle Beschäftigung, persönlichkeitsfördernde Kommunikation, Befriedigung materieller und kultureller Grundbedürfnisse, Förderung individueller Fähigkeiten und Integration sozial Schwacher und Behinderter. Beachtet man die kulturellen Differenzen, dann toleriert die angestrebte Weltkultur als Ideal die kulturelle Vielfalt nicht nur, sondern schafft dafür Entwicklungsbedingungen.

Die Menschheit steht also immer noch am Scheideweg. Nur haben sich die Probleme vervielfacht, seitdem der "Richta-Report" geschrieben wurde. Die Korrektive der Machtpolitik durch die vorher vorhandenen beiden Blöcke fehlen. Es gehört zur Verantwortung der Wissenschaftler, auf die Krisenerscheinungen hinzuweisen, ihre Ursachen und Effekte zu erfassen und Auswege zu zeigen. Ob sie gegangen werden, hängt jedoch nicht von ihnen allein ab. Da gilt das, was Richta betonte, die Verantwortung der Gesellschaft für eine humane Zukunft.

Literatur

- Der dialektische Materialismus und die moderne Wissenschaft. Materialien eines Symposiums. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 7 (239), 21. Jg. (1978), S. 918–946
- Hörz, Herbert, Röseberg, Ulrich (Hrsg.) (1981), Materialistische Dialektik in der physikalischen und biologischen Erkenntnis, Berlin, Akademie-Verlag
- Hörz, Herbert (1988), Wissenschaft als Prozeß. Grundlagen einer dialektischen Theorie der Wissenschaftsentwicklung, Berlin, Akademie-Verlag
- Hörz, Herbert (1993), Selbstorganisation sozialer Systeme. Ein Verhaltensmodell zum Freiheitsgewinn, Münster, LIT-Verlag
- Hörz, Herbert (2001), Technologien zwischen Effektivität und Humanität. In: G. Banse, E.-O. Reher (Hrsg.): Allgemeine Technologie. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Berlin, Jg. 2001, Bd. 50, H. 7, S. 47–77
- Stiehler, Gottfried, Rauh, Hans-Christoph, Griese, Anneliese (1974/75), ,...es kömmt aber darauf an, sie zu verändern!", in: Humboldt-Universität, Nr. 18 (1974/75), S. 5

Klaus Mylius

Krishna und Marx Neue Forschungen zur Bhagavadgītā

I. Einführung: Zur internationalen Situation der Philosophie und Soziologie

Gegenwärtig erfasst ein bürgerlich-kapitalistischer Totalitarismus fast die ganze Welt. Vom Pluralismus, einem früher für Propagandazwecke viel gebrauchten Schlagwort, sind nur ein paar kümmerliche Reste übrig geblieben, ausgewählt nach dem Prinzip des Nutzens, den sie der herrschenden Klasse bringen. Dass es die Ökonomie ist, die die Politik und die Ideologie beherrscht, dass die Politiker sich den global players unterwerfen müssen, wird selbst von bürgerlicher Seite kaum noch ernsthaft bestritten. Wie es unter diesen Bedingungen um die Philosophie steht, ist unschwer zu erkennen. War sie im Mittelalter eine ancilla theologiae, so ist sie nunmehr zu einer ancilla pecuniarum geworden. Verfechter der ewigen, unbeschränkten Herrschaft der Bourgeoisie wie Fukuyama und Potter bestimmen die bürgerlichen Gesellschaftslehren und philosophischen Systeme. Dabei versteht es die Bourgeoisie geschickt, ihre politischen Gegner als Extremisten zu diffamieren. In Wahrheit ist dies nur eine Camouflage des eigenen Extremismus – der uneingeschränkten Herrschaft des Kapitalismus –, der mit einem Mittelweg, den zu gehen man von sich behauptet, nichts zu tun hat. Der Indologe wird an die extremistische Lehre von der Leerheit der Welt (śūnyavāda) des Nāgārjuna erinnert, der sie als mādhyamika, den mittleren Weg, bezeichnete. So kehren die Methoden zur Tarnung der eigenen Position nach 2000 Jahren wieder!

Es versteht sich von selbst, dass die Erkenntnisse und Methoden des Marxismus-Leninismus von der "offiziellen" Philosophie abgelehnt oder noch lieber totgeschwiegen werden. Denn der Marxismus macht vor dem absoluten Tabu der bürgerlichen Philosophie, der Verteidigung der Eigentumsverhältnisse, nicht Halt.

Doch geht es nicht in allen Ländern so extremistisch zu. In Indien etwa, dem Arbeitsgebiet des Verfassers, mehren sich die Bemühungen, das Instru-

102 Klaus Mylius

mentarium des Marxismus-Leninismus für die Erforschung der eigenen Geschichte, insbesondere der Geistesgeschichte, zu nutzen.

II. Indische marxistische Arbeiten zur Indologie

Wieder gilt das alte Wort: Ex oriente lux! Als stellvertretend für viele andere soll hier auf die folgenden fünf Monographien bzw. Studien verwiesen werden. Es ist beabsichtigt, dadurch die in Indien in dieser Richtung erzielten Erfolge und die diesen zugrunde liegenden Überlegungen auch im Westen bekannt zu machen.

An erster Stelle steht hierbei das Werk von Himmat Singh Sinha: Communism and Gita. A Philosophico-Ethical Study (Delhi 1979). Es sind in der Hauptsache die in diesem Werk vorgetragenen Ideen, die in den folgenden Ausführungen interpretiert, kommentiert und ergänzt werden. Zu nennen ist ferner das Buch von Sukumari Bhattacharji: Fatalism in Ancient India (Calcutta 1995). Es stellt eine Pionierarbeit zur Anwendung des Marxismus auf die Analyse einer wichtigen (nicht nur) altindischen Geisteshaltung dar. In Band 9 der Abhandlungen der Leibniz-Sozietät – Indian Culture, Continuity and Discontinuity. In Memory of Walter Ruben (1899–1982), ed. by Joachim Heidrich, Hiltrud Rüstau and Diethelm Weidemann (Berlin 2002) - sind neben anderen zwei besonders bemerkenswerte Studien erschienen. Ramkrishna Bhattacharva schrieb über: Jayantabhatta's Representation of the Cārvāka: A Critique (S. 85–93). Diese Studie ist eine glänzende Abrechnung mit den Kritikern – genauer gesagt: Verfälschern – des altindischen philosophischen Materialismus. In der Arbeit von Panchanan Saha: The Revolt of Hindoostan and Marx and Engels (S. 113–127) werden die zeitgenössischen Stellungnahmen von Marx und Engels zum antikolonialistischen Aufstand von 1857/ 1858 analysiert und bewertet. Schließlich sei verwiesen auf den Sammelband von S.G. Sardesai und Dilip Bose: Marxism and The Bhagvat Geeta (New Delhi 1983). Er beinhaltet drei Aufsätze, nämlich von Sardesai: The Riddle of the Geeta; von Bose: Bhagavad-Gita and Our National Movement; und nochmals von Sardesai: The Peculiarities of Hinduism. Vor allem der erstgenannte Aufsatz wird hier zu berücksichtigen sein. Auf sämtliche der genannten Veröffentlichungen einzugehen, würde hier viel zu weit führen. Es soll daher am Beispiel des Werkes von H.S.Sinha und der Aufsätze von S.G. Sardesai und Dilip Bose gezeigt werden, welche Resultate eine angemessene Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die altindische Geistesgeschichte erbringen kann.

Krishna und Marx 103

III. Allgemeines zur Bhagavadgītā: Ethik und Quellen

Nicht von ungefähr ist es die Bhagavadgītā, das berühmte philosophische Lehrgedicht in Mahābhārata VI, 25–42 und eine der großartigsten Leistungen menschlichen Denkens, die hier in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt wird. Für den Nichtindologen mögen einige propädeutische Bemerkungen vorausgeschickt und auf die deutsche Übersetzung des Verfassers¹ hingewiesen werden.

Von allen Werken der einheimischen Literatur hat in Indien die Bhagavadgītā nach Tiefe und Zeitdauer wohl den größten Einfluss ausgeübt, einen Einfluss, der sich bis in die Gegenwart erstreckt. Kein Geringerer als Mohandas Karamchand Gandhi bezeichnete die Bhagavadgītā als seine Mutter und erklärte: "... ein echter Verehrer der Gītā weiß nicht, was Enttäuschung ist." Das Lehrgedicht besteht im wesentlichen aus einem Gespräch zwischen dem Feldherrn Arjuna und seinem Wagenlenker. Dieser ist aber niemand anders als Krsna, das heißt eine Inkarnation des Gottes Visnu. Dieser wendet sich an Arjuna, um ihm die Grundsätze pflichtgemäßen Handelns zu vermitteln. Der Schwerpunkt der Bhagavadgītā liegt also auf der Ethik. Sie wird in drei Hauptpostulaten zusammengefasst. Das erste ist karman, das aktive Handeln, die Tat. Krsna lehrt nicht etwa die Abstinenz vom Handeln. Im Gegenteil, es besteht sogar eine Pflicht zur Aktivität, aber diese soll niskāma sein: sie soll nicht nach Lohn fragen, sondern selbstlos sein. Wenn man den eigenen Pflichten (svadharma) nachkommt, ohne sich an die Aussicht auf Lohn zu binden, so handelt man besser, als wenn man dem müßigen Ideal der Untätigkeit nachhängt.

Voraussetzung für richtiges Handeln ist aber die zweite ethische Grundforderung: die nach Erkenntnis, nach Wissen (jñāna). Aber Wissen und Erkenntnis sind in der Bhagavadgītā religiös determiniert und werden daher nicht zu epistemologischen, sondern zu ethischen Postulaten.

Das dritte Grundpostulat erklärt, dass bhakti, die hingebungsvolle Liebe zu Kṛṣṇa-Viṣṇu, der kürzeste Weg zum Heil sei. Damit beruht bhakti auf dem jñāna. Bhagavadgītā XI, 55 verkündet: Wer Kṛṣṇa ehrt und liebt, der gelangt dereinst zu ihm. Die bhakti-Idee hat auf das indische Geistesleben bis in die Gegenwart hinein den größten Einfluss ausgeübt.

Die Grundelemente der Bhagavadgītā treten in den jüngeren Upaniṣaden zutage; sie werden aber durch eine theistische Reformlehre ergänzt. Auch

Mylius, K.: Die Bhagavadgītā. Des Erhabenen Gesang. Aus dem Sanskrit übersetzt (Leipzig 1980, zuletzt München 2002).

104 Klaus Mylius

Aspekte der Sāmkhya-Philosophie sind in die Bhagavadgītā eingeflossen, nämlich die Lehre vom ursprünglichen Dualismus von Natur und Geist, die beide als anfanglos und ewig gelten. So heißt es in BhG (so künftig für Bhagavadgītā zu lesen) XIII, 19:

prakṛtim puruṣam caiva viddhyanādī ubhāvapi / vikarāmś ca guṇāmś caiva viddhi prakṛtisambhavān // Materie und Geist begreife beide als anfanglos;

Veränderungen und Qualitäten begreife als aus der Materie entstanden!

Für die BhG ist die Seele unzerstörbar, ewig und unwandelbar. In II, 20 heißt es:

na jāyate mriyate vā kadācinnāyam bhūtvā bhavitā vā na bhūyaḥ Nicht wird sie geboren oder stirbt; niemals ist sie geworden oder wird werden.

Sardesai² stellt richtig fest – und das wurde bisher unterschätzt –, dass Werte wie ahimsā, Güte, Mitleid usw. nicht aus den Upaniṣaden, sondern aus dem Buddhismus (und, fügen wir hinzu, auch aus dem Jinismus) stammen.

IV. Die Bhagavadgītā im Lichte des Marxismus-Leninismus

Eine systematische Untersuchung der BhG auf marxistischer Grundlage hat es bisher nicht gegeben. Besonders H.S. Sinha hat hier eine Pionierleistung vollbracht und z.T. völlig neue, wenngleich nicht immer unumstrittene Ideen entwickelt

Gier und Habsucht sind die menschlichen Eigenschaften, gegen die die BhG am häufigsten und intensivsten polemisiert. Aus der Fülle der Belegstellen seien hier nur einige besonders repräsentative ausgehoben.

Schon im ersten Vers der BhG hat das Wort māmaka einen pejorativen Beiklang. In XVI, 21 heißt es:

trividham narakasyedam dvāram nāśanamātmanaḥ / kāmaḥ krodhas tathā lobhas tasmād etat trayam tyajet // Dreifāltig ist dieses Tor zur Hölle, das das Selbst vernichtet: Begehren, Zorn und Habgier; darum gebe man diese Dreiheit auf.

Das Wort "Zorn" ist hier in weiterem Sinne zu verstehen: es umfasst auch Neid, Missgunst, Hass aus Habgier usw. Gemeint ist die Gemütsreaktion auf Hindernisse, die sich der Erfüllung des Verlangens entgegenstellen.

² Riddle, S. 19.

Krishna und Marx 105

Ähnlich äußert sich BhG III, 37:

kāma eṣa krodha eṣa rajoguṇasamudbhavaḥ / mahāśano mahāpāpma viddhyenam iha vairiṇam // Das ist die Gier, das ist der Zorn, entsprungen aus der Qualität der Leiden-

Das ist die Gier, das ist der Zorn, entsprungen aus der Qualität der Leidenschaft, der viel Verschlingende, sehr Böse. Ihn erkenne hier als Feind.

BhG IV, 21 besagt:

nirāsīryatacittātmā tyaktasarvaparigrahaḥ / śarīram kevalam kurvan nāpnoti kilbiṣam // Wunschlos, Geist und Selbst zügelnd, allen Besitz fahren lassend, nur mit dem Körper Taten vollbringend, erwirbt man keine Schuld.

Eine ganz ähnliche Tendenz weist BhG VI, 10 auf:

yogī yuñjīta satatam ātmānam rahasi sthitaḥ / ekākī yatacittātmā nirāsīr aparigrahaḥ //

Der Yogin soll in Einsamkeit unablässig sein Selbst vervollkommnen, allein, den Geist und das Selbst gezügelt, frei von Wünschen und besitzlos.

In diesem Zusammenhang soll auf das in der Tradition der BhG stehende Bhāgavata-Purāṇa verwiesen werden. Hier wird in VII, 14, 8 jedem Menschen nur die Befriedigung seiner Lebensnotwendigkeiten zugestanden; danach heißt es:

adhikam yo 'bhimanyeta sa steno dandam arhate Wer mehr verlangt, ist ein Dieb und verdient Strafe.

Anhand einiger Zitate soll nun dargestellt werden, wie H.S. Sinha, weitgehend auf dem Boden des Marxismus stehend, die genannten Textstellen interpretiert.

"This is an unhealthy affair that instead of worshipping humanity, instead of showering love over his own fellow-beings, man worships money and devotes all his energies in acquiring, safeguarding and further augmenting this alienated thing."³

"According to Indian ethics, aparigraha arises from the consciousness that all material possession is tainted by the fault of deceit and cruelty etc."⁴

"Gita also upholds that those who have the pride of personal wealth (dhanamānamadānvita), are demonical persons, whereas the freedom from covetness (alolupatva) is the sign of divine character. All these show that Gita de-

³ Sinha, S. 14.

⁴ Sinha, S. 148.

106 Klaus Mylius

tests the concept of private ownership and the sense of possession ... For this purpose, Gita has put forth the idea of ,aparigraha' or putting away every possession."⁵

"Thus, we can conclude that the problem of the Gita is the problem of man's alienation from his social context, under the sway of the forces of greed and attachment (āsakti) ..."⁶

"The possessing class, with the help of the existing social order of production, resists all the efforts of the producing class to transform the society."⁷

Danach unternimmt Sinha einen kühnen Brückenschlag zur ökonomischen Grundlage des Marxismus:

"Through his theory of 'surplus value', Marx has exposed that greed, lust, and material attachment are the sole ingredients of exploitation."8

Zur Beurteilung der von der BhG vertretenen Gesellschaftslehre ist es notwendig, zwei ihrer oben nur kurz gestreiften Grundzüge näher zu erörtern. Das zentrale Thema der BhG ist nach M.K. Gandhi in seinem Bhāṣya Anāsakti Yoga das Nichtanhaften an menschlichem Handeln. Sinha formuliert dies so: "But the central theme of this great scripture is unmistakably Anāsakti Yoga, the discipline of non-attachment in human performance." In der Sprache der BhG liest sich das folgendermaßen:

```
anāśritaḥ karmaphalam kāryam karma karoti yaḥ / sa samnyāsī ca yogī ca na niragnir na cākriyaḥ // (VI, 1)
```

Wer, ohne am Taterfolg zu hängen, die zu tuende Tat ausführt, der übt Entsagung und Hingabe; nicht, wer kein (Opfer-)Feuer (unterhält) und tatenlos ist.

Damit identisch ist die von BhG II, 47 getroffene Aussage:

```
karmaṇyevādhikāras te mā phaleṣu kadācana /
mā karmaphalahetur bhūr mā te saṅgo 'stvakarmaṇi //
Nur um Taten bemühe dich, niemals um (deren) Ergebnisse!
Nie sei der Lohn einer Tat für dich Ursache (des Handelns). Du sollst (aber
```

Sinha bemerkt dazu¹⁰, dass indische Philosophie nicht die Negation des Lebens beinhaltet. Die wahre Entsagung ist nicht die Entsagung von sozialen

auch) nicht am Nicht-Tun haften.

⁵ Sinha, S. 131.

⁶ Sinha, S. 61.

⁷ Sinha, S. 107.

⁸ Sinha, S. 10.

⁹ Sinha, S. 38.

¹⁰ Sinha, S. 72.

Krishna und Marx 107

Pflichten (karmasamnyāsa), sondern von den Tatenfrüchten (karmaphalasam-nyāsa).

Wir geben nun einer Gruppe von Marxisten das Wort, die die BhG prinzipieller, in mancher Hinsicht aber auch dogmatischer als Sinha beurteilen. Daher rührt eine gewisse Simplifizierung des komplexen Werkes, die Ausdruck eines ideologischen Radikalismus ist. Gegenüber Sinha weisen diese Historiker jedoch eine entschieden stärker ausgeprägte Klassenposition auf. Auch hier mögen einige Zitate zur Verdeutlichung dienen. Den so wichtigen Terminus der bhakti schätzt Sardesai folgendermaßen ein:

"Thus, bhakti towards God strengthened bhakti towards the king ..."¹¹ Das ist sicher richtig, doch nicht alle Bemerkungen Sardesais halten einer kritischen Nachprüfung stand, etwa:

"Shri Krishna, in the Geeta, is the champion of the territorial principle, as against Arjuna, still devoted to tribal unity and loyalty. Ultimately, Shri Krishna wins, Arjuna loses, that is the significance of the epic dialogue."¹²

Dem ist entgegenzuhalten, dass die BhG frühestens im 4./3. Jh.v.Chr. entstanden sein kann, in einer Zeit also, da sich das Territorialprinzip (man denke etwa an die Großreiche von Kosala und Magadha) längst durchgesetzt hatte.

Zweifelhaft ist auch die Deutung der folgenden Stelle in BhG II, 69:

yā niśā sarvabhūtānām tasyām jāgarti samyamī / yasyām jāgarti bhūtāni sāniśā paśyato muneh //

Wenn es für alle Wesen Nacht ist, da wacht der sich Zügelnde. Wenn die Wesen wachen, ist es Nacht für den seherischen Weisen.

Ob, wie Sardesai meint¹³, der Vers tatsächlich die elitäre Stellung eines sthitaprajña gegenüber den Volksmassen betonen soll, bleibe dahingestellt. Umstritten ist auch die in der bekannten Stelle BhG IX, 32 getroffene Aussage:

mām hi pārtha vyapāśritya ye 'pi syuḥ pāpayonayaḥ / striyo vaiśyās tathā śūdrās te 'pi yānti parām gatim //

Denn, o Pṛthā-Sohn, wenn sie an mich sich halten, mögen sie aus schlechtem Schoß stammen, Frauen, Vaiśyas wie auch Śūdras – auch sie erreichen das höchste Ziel.

¹¹ Riddle, S. 21.

¹² Riddle, S. 23.

¹³ Riddle, S. 24.

108 Klaus Mylius

In diesem Vers soll nicht, wie Sardesai¹⁴ meint , zum Ausdruck gebracht werden, dass Frauen, Vaiśyas und Śūdras es sind, die aus schlechtem Schoß stammen, denn wenigstens die Vaiśyas gehörten zu den Ārya, das heißt zu den oberen drei sozialen Gruppen. Es handelt sich vielmehr um eine fortlaufende Aufzählung und der hier geäußerte Gedanke stammt gewiss nicht aus den Upaniṣaden, sondern aus dem älteren Buddhismus. Beachtung verdient in diesem Zusammenhang auch Bhāgavata-Purāṇa XI, 14, 21: hier gilt bhakti für wichtiger als Geburt und soziale Stellung.

Sardesai urteilt weiter: "... one has to be clear that the Geeta cannot provide the basis for the necessary advance ... The fundamental and inviolable framework of the Geeta is Chaturvarnya and Vedanta."¹⁵ Diese Einschätzung ist nur teilweise richtig, denn, wie weiter oben ausgeführt, waren in der BhG noch andere Einflüsse wie der Buddhismus, der Jinismus und das Sāmkhya wirksam.

Sardesai und Bose zeigen hingegen richtig, wie sich die indische Bourgeoisie der Gegenwart die für sie interessanten Stellen der BhG zunutze macht. So erklärt Bose: "But to attempt ... to elevate Bhagavad-Gita to a revealed knowledge and seek a panacea for world's ills today only help the present ruling bourgeois class to prolong their system of exploitation." ¹⁶ Ganz ähnlich äußert sich Sardesai: "(Gita) has become a very important ideological weapon of Indian reaction for fighting all progressive and radical forces by injecting superstitious, mystical, fatalist ideas, and even communal poison, in the minds of the people." ¹⁷ Damit stimmt wiederum Bose ein: "Gita ... becomes a weapon in the hands of reaction and is patronised by the Indian monopoly houses today precisely for its teaching of class stability and class oppression. This is developed throughout Gita in its conception of Syadharma, its preaching of niskāma karma and the theory of indestructibility of soul, the transmigration of soul through a succession of births ..."¹⁸ Die vorerwähnten Gedanken werden von Sardesai wie folgt zusammengefasst: "The Indian bourgeoisie needed the Geeta before independence as an ideological weapon in the struggle against imperialism. After independence, and much more so with the deepening crisis of capitalism, with the rising tide of mass discontent, they need it as a weapon against progress, democracy and socialism."19

¹⁴ Riddle, ebenda.

¹⁵ Riddle, S. 32.

¹⁶ Movement, S. 76-77.

¹⁷ Riddle, S. 4.

¹⁸ Movement, S. 43.

¹⁹ Riddle, S. 34.

Krishna und Marx 109

Diese Schlussfolgerung ist unbestreitbar, doch entscheidend ist, welche Gesichtspunkte der BhG man hervorhebt und welche man unberücksichtigt lässt.

Darauf wird weiter unten noch zurückzukommen sein. Auf alle Fälle berechtigt ist die Kritik an der Lehre vom karman, wie sie auch bei Sukumari Bhattacharji deutlich formuliert wird: "... I had mentioned that the theories of Karman and rebirth were two of the most vicious ever invented by man."²⁰ Allerdings kann man diese Theorien nicht speziell der BhG anlasten; sie waren damals geistiges Allgemeingut, auch in den nicht auf dem Veda beruhenden heterodoxen Lehren, selbstverständlich mit Ausnahme der Lokāyatas.

V. Die Bhagavadgītā und Fragen zur Moral, Demokratie und Diktatur

Die Morallehren der BhG, zusammengefasst in den Begriffen anasakti voga und niskāma karma, wurden bereits anhand der einschlägigen Zitate erörtert. Auf einige spezielle, außerhalb dieser Begriffe liegende Fragen soll hier noch kurz eingegangen werden. Eine herausragende Bedeutung kommt hier der von H.S. Sinha gestellten Frage zu: "But wherefrom should man draw his moral obligation? What it is source?"²¹ Es ist Sinha hoch anzurechnen, dass er diese Fragen aufwirft, die von den Anhängern der karman-Lehre sonst stets umgangen werden. Freilich führt er diese Thematik, die von zentraler Bedeutung ist, nicht weiter aus. Wir aber fragen: Was bedeutet der Begriff einer moralischen Weltordnung? Wer setzt die Maßstäbe eines moralischen Wandels fest? Gibt es ein allgemeines, zeitloses, über den sozialen Klassen und Gruppen stehendes Recht? Werden positive Begriffe und Eigenschaften nicht allenthalben – je nach der Interessenlage des Sprechers – durch pejorative Begriffe in ihr Gegenteil verkehrt: Unbeugsamkeit – Sturheit, Borniertheit, Unbelehrbarkeit; Flexibilität – Gewissenlosigkeit; sich einsetzen – sich andienen; Solidarität – Kumpanei; Revolution – Meuterei?

Am prägnantesten und treffendsten ist die Frage nach dem Wesen der Moral von W.I. Lenin beantwortet worden: "Jede solche Sittlichkeit, die aus einem übernatürlichen, klassenlosen Begriff abgeleitet wird, lehnen wir ab."²²

"An eine ewige Sittlichkeit glauben wir nicht, und wir entlarven den Betrug aller möglichen Märchen über Sittlichkeit. Die Sittlichkeit dient dazu,

²⁰ Fatalism, Preface.

²¹ Sinha, S. 185.

²² Lenin, W.I.: Die Aufgaben der Jugendverbände, in: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band II (Berlin 1952), S. 788.

110 Klaus Mylius

daß die menschliche Gesellschaft höher steige und sich von der Ausbeutung der Arbeit befreie."²³

Hatten wir oben der Kritik von Sardesai und Bose an der BhG gedacht, so ist es an der Zeit, auch auf die unzweifelhaft vorhandenen humanistischen Züge des Lehrgedichts hinzuweisen. Schon das Mahābhārata selbst hatte konstatiert:

na mānuṣāt śreṣṭhataram hi kiñcit Es gibt nichts höheres als den Menschen.

In der BhG V. 18 lesen wir nun:

vidyāvinayasampanne brāhmaņe gavi hastini / śuni caiva śvapāke ca paṇḍitāḥ samadarśinaḥ //

Einen mit Wissen und Zucht ausgestatteten Brahmanen, eine Kuh, einen Elefanten, einen Hund und selbst einen Hundeesser betrachten die Weisen als gleich.

Das ist ein antiorthodox-demokratischer Zug, dessen Quelle zweifellos der ältere Buddhismus ist. Sinha irrt aber, wenn er²⁴ sich äußert:

"This scheme of varna is democratic in its essence ..."

Das varṇa-System – darin sind Sardesai und Bose im Recht – zementiert vielmehr die Ausbeutungsverhältnisse, die Vaiśyas und Śūdras gegenüber den Brāhmaṇas und Kṣatriyas unterworfen sind. Sehr umstritten ist auch Sinhas Behauptung: "Unlike the communist path of dictatorship, Gita lays down the path of democracy."²⁵ Wie es mit dem demokratischen Charakter bestimmter Aussagen der BhG bestellt ist, haben wir bereits gezeigt. Andererseits gibt es sehr wohl Passagen, die einen diktatorischen Charakter beinhalten, wie diese:

paritrāṇāya sādhūnām vināśāya ca duṣkṛtām / dharmasamsthāpanārthāya sambhavāmi yuge yuge // Zum Schutz der Guten und zur Vernichtung der Übeltäter, zur Festigung der Frömmigkeit entstehe ich in jedem einzelnen Weltzeitalter.

Sehr bedenkenswert ist dagegen für marxistische Politiker und Philosophen die von Sinha gestellte Frage: "What is the guarantee that personal pride, sex rivalry, ambition and lust for high posts will not plague the dictators, and also subsequent communist society?"²⁶ Sardesai gibt dazu eine richtige,

²³ Lenin, ebenda, S. 792.

²⁴ Sinha, S. 231.

²⁵ Sinha, S. 162.

²⁶ Sinha, S. 231.

Krishna und Marx 111

wenngleich partielle Antwort: "The ideal leader of the people is never a benevolent dictator. He is a revolutionary democrat."²⁷

VI. Bhagavadgītā und Marxismus-Leninismus

Bislang galten das altindische Lehrgedicht und der wissenschaftliche Sozialismus sozusagen als inkommensurable Größen. Das ist auch verständlich: zu groß ist der zeitliche Abstand, zu verschieden ist die jeweilige Klassenstruktur und überhaupt die gesamtgesellschaftliche Situation. Aber bei genauerem Hinsehen – und das haben wir vor allem indischen marxistischen Indologen zu verdanken – ergeben sich neben antagonistischen Gegensätzen doch auch erstaunliche Parallelen und zwar insbesondere dort, wo allgemeinmenschliche Probleme und Sachverhalte berührt werden. Einige dieser Parallelen, ja Übereinstimmungen sollen im Folgenden benannt werden. Wieder ist es vor allem Sinhas Verdienst, auf solche ideellen Verwandtschaften hingewiesen zu haben.

"A penetrating eye into the deliberations and the fundamentals of these two Systems will see that there are many issues on which both these great philosophies converge to meet."²⁸

"As far as the fundamentals are concerned communism and Gita agree."²⁹ "Therefore, Gita would always be ready to shake hand with communism ..."³⁰ Sehr richtig hat Sinha erkannt:

"This type of contempt for worldly accumulations is found in almost all the religious discourses, which shows that private property can be well ended in the name of religion as in the name of communism. The difference is that religion negates the private property only in imagination whereas communism finishes this stigma in practical life."³¹

"Gita and communism both take in cognizance the imperfections and miseries of the present state of affairs. Both want to change the present system in favour of a higher and better form of existence."³²

"On this consideration (of Marx, K.M.), it can be inferred that the forces of selfishness, egoistic needs, and greed are the main ingredients working behind man's dehumanized and alienated existence in the world as it exists."³³

²⁷ Riddle, S. 24.

²⁸ Sinha, S. 244.

²⁹ Sinha, S. 259.

³⁰ Sinha, S. 264.

³¹ Sinha, S. 117.

³² Sinha, S. 2.

³³ Sinha, S. 25.

"... communism and Gita ... they both subscribe to the view that so long as the forces of greed and acquisite mania are holding sway, man will ever remain dehumanized, exploited, in bondage and therefore "un-man"."³⁴

Immer wieder thematisiert Sinha die negativen Auswirkungen von Gier und Habsucht:

"However, the most striking similarity is found in their approach to condemn the forces of greed, as the ardent enemy of man."³⁵

"Both Marx and Gita agree that it is the freedom from greed that leads to real freedom."³⁶

"The basic postulates and the axioms, from which communism deduced all the other theorems within its system are already found contained in the system of the postulates of Anāsakti Yoga."³⁷

Damit sieht Sinha in der BhG einen Vorläufer des Marxismus, der den Drang zur Akkumulation von Privateigentum in ähnlicher Weise charakterisiert ³⁸

BhG XVI verurteilt die, denen Sinnlichkeit höchster Genuss ist (Vers 11: kāmopabhogaparamāḥ), die unrechtmäßig nach der Anhäufung von Schätzen streben (Vers 12: anyāyenārthasamcayāḥ) und die, welche von Reichtum und Hochmut berauscht sind (Vers 17: dhanamānamadānvitāḥ). Das sind auch die Charakteristika eines Kapitalisten, wie Sinha feststellt.³⁹

Besondere Aufmerksamkeit (und eine Diskussion der Historiker) verdient die folgende Bemerkung Sinhas:

"In asking the society to control their consumption, Lenin is, as a matter of fact, preaching the lesson of pratyāhāra, which means withdrawal of senses from the objects of consumption … Lenin did not know that by introduction this measure, he was converting communism into the doctrine of 'anāsakti', i.e., the anāsakti yoga." 40

Der gedankliche Brückenbau zwischen Kṛṣṇa und Lenin, den Sinha hier versucht, ist sicherlich sehr kühn; manche mögen ihn ahistorisch nennen. Nach Ansicht des Vf. ist er dennoch einer Diskussion wert, berührt er doch einen elementaren Sachverhalt, der in allen Klassengesellschaften seinen Ausdruck und Niederschlag findet.

³⁴ Sinha, S. 259.

³⁵ Sinha, S. 247.

³⁶ Sinha, S. 250.

³⁷ Sinha, S. 265.

³⁸ Sinha, S. 62.

³⁹ Sinha, S. 132.

⁴⁰ Sinha, S. 242-243.

Krishna und Marx 113

In der Frage des Individualismus und Kollektivismus zeigt Sinha eine schwankende Haltung, die aber dadurch verständlich wird, dass auch die BhG hier – wie in so vielem anderen – keine einheitliche Meinung vertritt. So schreibt Sinha, die BhG zeige: "The individualism is a product of bewilderment and that in order to cancel this bewilderment, a man is to pass from the narrow ego to the real humanity ..."⁴¹ Aber an anderer Stelle sagt er praktisch das Gegenteil: "Collectivism is nothing less than a cloak for tyranny."⁴²

Von erkenntnistheoretischer Bedeutung ist die Feststellung, dass die BhG diejenigen bekämpft, die die Realität der Welt leugnen. Diese sind nach XVI, 9 von verderbtem Wesen (nastātman), von geringem Verstand (alpabuddhi) und Übeltäter (ugrakarman). Hier erkennt man eine Übereinstimmung mit dem ursprünglichen Buddhismus und insbesondere mit dem Jinismus.

Aus den folgenden Zitaten wird ersichtlich, dass die BhG zum mindesten in Andeutungen auf die damalige Klassenkampfsituation anspielt:

"Those who are engaged in improving the lot of the people, first of all make the people aware of the miserable condition of their existence. Unless the misery and wretchedness of their life Situation is reflected in their consciousness, they cannot prepare themselves to negate frustrating and dehumanizing conditions. This is what Buddha and Marx also did."⁴³ Und weiter: "Since Arjuna in Gita is only a medium (nimitta), it means that through his medium, Gita wants to inspire all those who are living under the dehumanizing conditions to break the bonds of their degenerative conditions and assert themselves as "man"."⁴⁴

In diesem Zusammenhang hat sich der berühmte Philosoph Debiprasad Chattopadhyaya über den Erlöungsbegriff (mukti) folgendermaßen geäußert: "It is of course not the negative conception of mukti as an imaginary escape from the world. It is the positive conception of mukti understood as changing the world. "⁴⁵ Ähnlich sieht es Sinha: "... the urge for mokṣa (identisch mit mukti, K.M.) is the urge for merging one's separate, isolated individuality into humanity ... Mokṣa is the urge of man towards wholeness, to become something more than 'I'." ⁴⁶

⁴¹ Sinha, S. 58.

⁴² Sinha, S. 230.

⁴³ Sinha, S. 60.

⁴⁴ Sinha, S. 177.

⁴⁵ In seinem Werk "What is Living and What is Dead in Indian Philosophy", zitiert nach Bose, Movement, S. 75.

⁴⁶ Sinha, S. 196-197.

Eine weitere Übereinstimmung zwischen BhG und Marxismus liegt in ihrem Verhältnis zur Praxis. "Apart from various such similarities on which both these systems show their agreement, they both have a firm conviction in the practical approach to the problems of human alienation."⁴⁷ Damit verbunden ist die Haltung gegenüber der produktiven Arbeit: "Communism and Gita both emphasize … that man becomes dignified by work only. The difference is only of terminology. Marx has called it 'Productive Activity', and Gita calls it Karma."⁴⁸

Möglicherweise – aber das bedarf noch weiterer eingehender Untersuchungen – unterschied bereits die BhG zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Immerhin sollte der Terminus dharmayuddha in II, 31 nicht länger übersehen werden.

Interessant ist, dass sich auch in bezug auf die Sexualität (kāma) Parallelen zwischen den Auffassungen der BhG und denen Lenins finden. Sinha betont:

"Kāma, as ... isolated from social need and not as an integral part of trivarga, is not acceptable to Gita."⁴⁹ Und Lenin äußerte 1920 in einem Brief, dass sexuelle Zügellosigkeit zur Welt der Bourgeoisie gehört und ein Zeichen des Verfalls ist.

Die Aufzählung der Gemeinsamkeiten von BhG und Marxismus möge mit zwei Feststellungen ihren Abschluss finden: Beide sind teleologische Systeme und beide sind Repräsentanten großer kultureller Traditionen.⁵⁰

Neben diesen z.T. frappanten, bisher entschieden zu wenig beachteten Parallelen oder gar Übereinstimmungen gibt es aber grundlegende Unterschiede, ja antagonistische Widersprüche zwischen den Lehren der BhG und des Marxismus. Einige Ansichten indischer Indologen müssen bei aller Anerkennung ihrer innovativen Leistungen hier einer Kritik unterzogen werden. Es mag noch hingehen, wenn Sinha schreibt: "However, their differences develop only when they start working out the details, the modus vivendi."⁵¹ Aber ganz und gar idealistisch ist seine folgende These: "Thus, not the political force but dharma will be more conducive in building the future society even of communism."⁵²

⁴⁷ Sinha, S. 246.

⁴⁸ Sinha, S. 251.

⁴⁹ Sinha, S. 189.

⁵⁰ Sinha, S. 251.

⁵¹ Sinha, S. 260.

⁵² Sinha, S. 199.

Krishna und Marx 115

Jedoch wird dharma – Frömmigkeit und kastengerechtes Verhalten – gegen die vom Kapitalismus geschaffenen Ausbeutungsverhältnisse nicht das Mindeste ausrichten können. Ebenso illusionär ist die folgende Bemerkung Sinhas: "The communist solution of abolition of private property may finish the "corpus possessions" only but Gita wants to finish the animus domini, the very intention to hold as owner. For this purpose Gita has put forth the idea of "aparigraha" or putting away every possession." Abgesehen vom Illusionismus dieser Vorstellung muss auch bemerkt werden, dass ein "putting away every possession" nicht im Sinne des Marxismus wäre, dem es einzig um die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln geht.

Im Sinne des obigen Zitats von Sukumari Bhattacharji (siehe Fußnote 20) zurückzuweisen ist auch die Bezugnahme Sinhas auf die karma-Lehre: "Law of karma goes very deep to the extent of making men responsible not only for their overt acts but also for their intentions."54

Ein völliges Unverständnis der marxistischen politischen Ökonomie und ihres Verhältnisses zur Ethik offenbaren die folgenden Zitate aus Sinhas Werk: "Therefore, the sound and lasting civilization cannot be built merely on economic foundations. They require ethical foundations. "55 Sinha behauptet weiter, "....that economic prosperity would flow from dharma ... and not vice-versa."56 Und eine verblüffende Unkenntnis und Simplifizierung der marxistischen Lehre stellt die folgende These dar: "Marx ... confined his whole theory to monistic explanation, which reduces his whole system to the philosophy of "eating"."57

In bezug auf das von der BhG vertretene varna-System sind Sardesai und Bose mit ihrer kritischen Haltung zweifellos im Recht gegenüber Sinha. Zwar betont letzterer richtig den Unterschied zwischen varna und jāti: "... the varna vyavasthā, to which Gita subscribes, cannot be confused with the petrified and degenerated caste structure of the present day Indian society."⁵⁸ Aber er erklärt dann fälschlich: "Through the institution of varna, the individuals, with their temperamental differences, will be able to express their individuality in its sociological context."⁵⁹ Hier wird also eine wissenschaftlich unhaltbare Mixtur aus Psychologie und Soziologie hergestellt. Diese Einführung der Psy-

⁵³ Sinha, S. 131.

⁵⁴ Sinha, S. 234.

⁵⁵ Sinha, S. 219.

⁵⁶ Sinha, S. 257.

⁵⁷ Sinha, S. 258.

⁵⁸ Sinha, S. 156.

⁵⁹ Sinha, S. 157.

chologie in die Erforschung der Klassenverhältnisse und der Sozialstruktur überhaupt bekräftigt Sinha sogleich: "It is on the basis of its psychological principle of individual difference that Gita has laid stress on svadharma."60 In ebendieser idealistischen Grundhaltung fährt Sinha fort: "The description of varṇa vyavasthā, as provided in Gita, in its sociological implications, points to the richness of social life."61 Ebenso illusorisch – man könnte auch von Weltfremdheit sprechen – ist die folgende Aussage: "The whole idea of svadharma is also an expression of this truism that man can realize himself by sublimating his narrow individualism, his isolated and atomized existence, before the social system."62 Realistischer ist dagegen Sinhas folgende Feststellung: "... the veil of sanctity will have to be torn, which the pious hands have woven around it, to hide the ugly aspect of our socio-cultural institutions. These institutions have fossilized our thinking pattern and they will have to be discarded."63

Wie kaum anders zu erwarten war, sucht Sinha das Heil in einer ideologischen Versöhnung und teilt zu diesem Zweck Ratschläge nach beiden Seiten aus:

"Having thus laid down their ideals, they need each others help in fulfilling the mission in fighting the dehumanizing consequences of lust and greed. Communism, in order to avoid all its contradictions and its frightening image, will have to forego its political implications, and Anāsakti Yoga, in order to be more effective, will have to forego its narrative part."⁶⁴ Der Versuch einer ideologischen Versöhnung mündet dann in einen geradezu abenteuerlich anmutenden Vergleich. Sinha hebt ab auf XVIII, 78, den Schlussvers der BhG. Er lautet:

yatra yogeśvaraḥ kṛṣṇo yatra pārtho dhanurdharaḥ / tatra śrīr vijayo bhūtir dhruvā nītir matir mama //

Wo der Andachtsherr, Kṛṣṇa, wo der Pṛthā-Sohn, der Bogenträger (weilt), dort sind Glück, Sieg, Gedeihen, Rechtlichkeit. Das ist meine feste Meinung.

Sinha transponiert nun⁶⁵ diesen Vers in den bekannten Satz von Marx, wonach das Proletariat seine geistige Waffe in der Philosophie, die Philosophie ihre materielle Waffe im Proletariat findet. In Arjuna sieht Sinha das "Proletariat", in dem Kṛṣṇa seine materielle Waffe findet, während Kṛṣṇa zur

⁶⁰ Sinha, S. 158.

⁶¹ Sinha, S. 161.

⁶² Sinha, S. 124.

⁶³ Sinha, S. 268.

⁶⁴ Sinha, S. 262.

⁶⁵ Sinha, S. 172.

Krishna und Marx 117

geistigen Waffe Arjunas wird. Dieser Anachronismus ist wahrhaftig zu drastisch, als dass ihm eine ernsthafte Würdigung zuteil werden dürfte.

VII. Resultate und Schlussfolgerungen

Fasst man all das Gesagte zusammen, so zeigt sich in der Beurteilung der BhG, auch seitens marxistischer Autoren, eine tiefe Widersprüchlichkeit. Diese ist aber nur die Widerspiegelung der der BhG selbst innewohnenden Widersprüche. Man kann sich der Feststellung nicht entziehen, dass die BhG – und hier wiederum besonders die Ethik – eine Eklektik unterschiedlicher Lehren darstellt. Theismus, Asketik, Yoga, Dualismus, Pantheismus, Humanismus und ein pragmatischer Materialismus gehen in ihr eine denkbar heterogene Mischung ein. Vor allem fällt der ungelöste (und unlösbare) Widerspruch zwischen quietistischer Asketenmoral und der Moral des aktiven Handelns ins Auge. Es ist aber zu berücksichtigen, dass der Eklektizismus vielen indischen Philosophen nicht als unüberwindliche Widersprüchlichkeit, sondern eher als Reichtum der Ideen gilt. Bekanntlich hat sich – etwas zugespitzt formuliert – die indische Philosophie eher additiv als substitutiv entwickelt. Ein repräsentatives Beispiel ist die Konzeption des Sarvadarsanasamgraha.

Auch die hier genannten marxistischen oder dem Marxismus nahe stehenden Autoren haben diese Vielschichtigkeit der BhG einfach nicht übersehen können. So schreibt Bose: "Gita is so comprehensive in its treatment and encompasses such a vast field of different schools of thinking that it is easy to read many and often very contradictory things into Gita."66 Ebenso trifft Sinha mit seiner Feststellung "Gita has meant different things to different people"67 genau das Richtige.

Gerade ein so komplexes Werk wie die BhG ist nur auf dialektische Weise zu verstehen. Eben wegen ihrer Komplexität kann sie von verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Gruppen nutzbar gemacht werden. Es ist das Verdienst besonders von indischen Indologen, auf die progressiven Züge der BhG hingewiesen zu haben. In der vorliegenden Studie wurde versucht, Tendenzen zu Dogmatismus, Opportunismus wie auch Modernismus aufzudekken und ihnen entgegenzuwirken. Die großen Leistungen unserer indischen Fachkolleginnen und Fachkollegen erleiden dadurch keine Beeinträchtigung. Vielmehr haben sie durch ihr innovatives Denken die marxistische Methodologie bereichert und die Bhagavadgītā in neuem Licht gezeigt.

⁶⁶ Movement, S. 69.

⁶⁷ Sinha, S. 38.

Für Freiheit und Kollegialität in der indologischen Forschung!¹

Den Herausgebern dieser Festschrift ist in zweierlei Hinsicht Dank und Anerkennung zu zollen: einmal um der Würdigung von Professor Sukumari Bhattacharji willen; zum anderen, weil die gewählte Thematik die gegenwärtigen Grundprobleme und Hauptaufgaben der internationalen Indologie fokussiert. Es ist höchste Zeit, dass endlich einmal frei von Tabus dargelegt wird, welche Umstände die Entwicklung der Indologie behindern und wie man diese Umstände beseitigen kann und muss.

Es muss offen gesagt werden, dass sich die Indologie fast überall absolut und im Gegensatz zu früheren Zeiten auch relativ in einer desolaten Lage befindet. Es ist angebracht, daran zu erinnern, dass im Jahre 1904 an jeder der damals bestehenden deutschen Universitäten Sanskrit gelehrt wurde. Hermann Brockhaus (1806–1877) hatte im Kolleg über Sanskrit-Grammatik zeitweilig mehr als 40 Hörer! Aber gerade in Ländern, in denen einst die Indologie einen hohen Rang einnahm, wird ihr Wirkungsbereich immer weiter eingeschränkt. Beispiele bieten unter anderen die Niederlande, Großbritannien und Deutschland. Frei werdende Lehrstühle werden oft nicht wiederbesetzt oder herabgestuft. Es sind vor allem die rigorosen Sparmaßnahmen, die die Weiterentwicklung der Indologie und sogar die Bewahrung des Erreichten in Frage stellen. Insbesondere gilt dies für die sich ständig verschlechternden Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses. Eine der Folgen dieser restriktiven Handlungsweise besteht darin, dass in absehbarer Zeit eine harmonische Entwicklung aller Teilgebiete der Indologie nicht mehr gewährleistet sein wird.

Dazu muss aber in aller Deutlichkeit auf folgenden Umstand hingewiesen werden. Die Einschränkung der indologischen Forschung und Lehre in einem solchen Umfang ist nur möglich, weil die Indologen selbst nicht geschlossen

¹ Erstveröffentlichung in: India and Indology. Past Present and Future. Professor Sukumari Bhattacharji Felicitation Volume (Kolkata 2004), S. 3–12. In englischer Fassung u. d. T. "For Freedom and Co-operation in Indological Research", ebd., S. 13–22.

auftreten. Sie vermögen es daher nicht, die Bedeutung ihres wissenschaftlichen Anliegens der Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungsträgern zu verdeutlichen. Dieser die Kontinuität der indologischen Arbeit gefährdende Zustand soll hier an dieser würdigen Stelle vor der internationalen Fachwelt artikuliert werden.

Begonnen werden muss mit einem Blick in die Vergangenheit, denn es ist nun einmal nicht zu leugnen, dass die Indologie in gewisser Hinsicht eine beklagenswerte "Tradition" hat. Statt in Übereinstimmung mit dem Geist der Toleranz, der indische Philosophie und Religionen auszeichnete, zu handeln. führten die Indologen nur zu oft gehässige Fehden gegeneinander. Wissenschaftlicher Meinungsstreit ist selbstverständlich unerlässlich, doch sollte ebenso selbstverständlich sein, dass er in kollegialer Achtung und gegenseitigem Respekt geführt wird. Ein Blick auf eine lange zurückliegende Zeit, die Mitte des 19. Jahrhunderts, zeigt jedoch das Gegenteil. Erinnert sei an die Auseinandersetzungen zwischen Albrecht Weber und Theodor Benfey oder zwischen Weber und Albert Hoefer². Über Jahrzehnte hinweg standen dem "Triumvirat" aus Otto von Böhtlingk, Rudolf von Roth and Albrecht Weber die "Frondeurs", unter ihnen Theodor Goldstücker, Martin Haug, Alfred Ludwig, Richard Pischel, in gewisser Weise auch Max Müller, gegenüber. Von den "Frondeurs" wurde das "Triumvirat" als "Sanskrit Insurance Company" verspottet. Aus dem Petersburger Wörterbuch bekannt sind die heftigen Worte Böhtlingks gegenüber Monier Monier-Williams. In der neueren Zeit haben sich diese "Gepflogenheiten" fortgesetzt. Immer wieder wurden Meinungsunterschiede mit verletzender Schärfe ausgefochten³. Noch 1999 musste sich Bernfried Schlerath wegen einer einem Fachkollegen nicht zusagenden Rezension von diesem beleidigen lassen. Erklären lässt sich eine solche, dem Geist der Indologie widersprechende Haltung einstweilen kaum. Den folgenden Worten Lars Göhlers ist kaum etwas hinzuzufügen: "Es fällt schwer, für diesen verhängnisvollen Zug in der Geschichte der Sanskritistik eine hinreichende Erklärung zu finden. Auch die Feststellung, dass es sich hier um Spezialfächer handelte, die nur mit wenigen Gelehrten besetzt waren, vermag nicht zu überzeugen, da andere vergleichbare Fächer in weit geringerem Maße von solchen Zerwürfnissen heimgesucht wurden."⁵

² Weber, Albrecht: Herrn Hoefer zur Antwort. In: Indische Studien, vol. II. Berlin und Leipzig 1853.

³ Hierzu vgl. Wiener Zeitschrift für die Kunde Südasiens, vol. XXV (1981). S. 139–143.

⁴ Da der vorliegende Artikel eine wissenschaftspolitische Analyse und damit die Untersuchung objektiver Gegebenheiten und Zusammenhänge beinhaltet, werden lebende Personen weder in positiver noch in negativer Hinsicht namentlich angeführt; anders wird selbstverständlich bei Bezugnahme auf Publikationen verfahren.

Vor diesem düsteren Hintergrund wird es deutlich, wie bestimmte Klassen and Personen, verständlicherweise gerade in Deutschland, die Ereignisse nach 1989 nutzten, um auch im wissenschaftlichen Leben kapitalistische Denkmuster durchzusetzen oder auch (und nicht zuletzt) vulgäre Rachegedanken zu verwirklichen. Die sonst so mitteilsamen Medien berichteten darüber nur ganz am Rande, und in Indien ist über diese Ereignisse fast gar nichts bekannt geworden. Daher wenden sich die folgenden Ausführungen nicht nur an die Leser dieser Festschrift, sondern besonders an die indische Öffentlichkeit.

Es ist eine traurige, jedoch unumstößliche Tatsache, dass Pluralismus und Toleranz vielfach zur Irreführung bestimmte Schlagworte der Bourgeoisie geworden sind. An einigen Beispielen möge dies verdeutlicht werden. Die ..offizielle" deutsche Indologie hat nicht einmal die selbstverständliche Pflicht erfüllt, anlässlich des 100. Geburtstages des großen Indologen Walter Ruben seiner zu gedenken (während in Indien Feiern und Kolloquien stattfanden!). Der eigentliche Grund einer solchen Haltung liegt darin, dass Ruben gegenüber dem kapitalistischen Gesellschaftssystem eine kritische Haltung einnahm und sich für sozialen Fortschritt engagierte. Der Autor möchte an dieser Stelle seine eigenen Worte über Rubens Gegner wiederholen: "But one gets apprehensive when - as it happens frequently in our days - discrimination replaces serious argumentation. Take the "Einführung in die Indologie" (Introduction to Indology), edited by H. Bechert and G. von Simson (Darmstadt). In its first edition F. Wilhelm in his contribution on page 191 rates Ruben's work ,Die gesellschaftliche Entwicklung im alten Indien' (The Social Development in Ancient India), 6 volumes (Berlin 1967–1973) still as ,important'. The date was 1979. In the second edition of the work, published in 1993, the same author has this to say: .The Indian history eludes the deterministic approach. A final judgement should now be passed on the wrong tracks pursued by the Marxist-Leninist indology (W. Ruben and others)' (page 290). Wilhelm who contradicts from an agnostic viewpoint Ruben's efforts to seriously explore and periodisise Indian history, simply denounces his methodological and research achievements as ,wrong tracks' without even attempting to produce any evidence."6

⁵ Göhler, Lars: Sanskritistik und Indische Altertumskunde in Leipzig. Historischer Abriss speziell der Jahre 1949 bis 1990. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 48, Heft 5 (Berlin 2001), S. 119–133.

Mylius, Klaus: Walter Ruben, Vedic Research – and a Few Questions of Principle. In: Indian Culture – Continuity and Discontinuity. In Memory of Walter Ruben (1899–1982), ed. by Joachim Heidrich, Hiltrud Rüstau and Diethelm Weidemann = Abhandlungen der Leibniz-Sozietät, Band 9 (Berlin 2002), S. 46.

Wie sich die Verhältnisse an der Universität Leipzig (hier wirkten einst so berühmte Indologen wie Hermann Brockhaus, Ernst Windisch, Johannes Hertel und Friedrich Weller) nach 1989 gestalteten, beschreibt Lars Göhler: "Wer sich als 'Opfer' der DDR-Wissenschaftspolitik präsentieren konnte, dem wurde, auch wenn es durch die Qualifikation nicht gerechtfertigt war, die Möglichkeit, an der Universität zu bleiben und über die anderen Kollegen zu urteilen, eingeräumt. Der Rest galt praktisch als 'Täter' und wurde größtenteils früher oder später wegen Bagatellen, Ereignissen, die im Nachhinein politisch gedeutet wurden, entlassen."

In einer grundlegenden Studie⁸ hat Arno Hecht nachgewiesen, dass mit der Intelligenz der DDR wie in einem kolonisierten Land verfahren wurde. Hecht demonstriert einige der Methoden, mit denen als nonkonformistisch betrachtete, der Etablierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse abgeneigte oder sonstwie unerwünschte Wissenschaftler ausgegrenzt wurden. Zum Arsenal dieser Methoden gehörten in hohem Maße auch Rufmord, Diffamierung und Boykotthetze. Eine der finstersten Erscheinungen war die im Land Sachsen aufgestellte Schwarze Liste mit Namen unerwünschter Hochschullehrer. Nach 1989 wurden nicht weniger als 81.9% der sächsischen Hochschullehrer entlassen!

Es muss an dieser Stelle die Bemerkung eingefügt werden, dass auch die Jubilarin dieser Festschrift persönlich Diskreditierung, Boykott und Ausgrenzung erfahren musste.

Doch zurück zur Situation in Ostdeutschland. Ähnlich wie im Hochschulwesen waren die Dinge an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, die traditionell mit der Universität Leipzig eng verbunden war. Hierzu schreibt Göhler: "Nach der "Wende" wurde … ein Prozess der "inneren Selbstreinigung" eingeleitet. Das neue Präsidium … versuchte nach 1991, viele Mitglieder, die sich noch als politisch links bekannten, zu entfernen… (Dazu) setzte man einen "Ehrenrat" ein, der auf demokratische Legitimation nicht mehr angewiesen war… Der "Vorsitzende des Ehrenrates" hatte erklärt, dass die Akademiewürdigkeit eines Mitglieds durch Momente bestimmt werde, die außerhalb des Statuts stünden, nicht mit gesetzlichen Bestimmungen zu

⁷ Göhler, a.a.O., S. 128.

⁸ Hecht, Arno: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration? (Leipzig 2002).

messen und damit auch nicht justitiabel seien. Ein größeres Maß an Willkür hat es in der Geschichte der Akademie wohl nicht gegeben. 10

Manche besonders drastisch diskriminierte Gelehrte sahen den einzigen Ausweg im Selbstmord. An einem dieser traurigen Schicksale lassen wir hier den Leser mit den Worten der englischen Zeitschrift "Nature" Anteil nehmen: ...There was a tragic postscript last month to reunified German's policy of purging communist staff from universities in the former East Germany when Armin Ermisch, a professor of cell biology at the University of Leipzig ... committed suicide... After reunification, all university staff were required to submit themselves to examination by such Personalkommissionen... The fairness of these committees has frequently been challenged, many critics arguing that the lack of checks allowed personal grievances to influence their recommendations." "Nature" zeigt dann, dass Ermisch den von ihm eingeleiteten Gerichtsprozess durch alle Instanzen gewann, dass er aber dennoch seinen Arbeitsplatz nicht zurückerhielt: "But the science ministry countered gain with the argument that all vacancies had been filled." Und über die Haltung des sächsischen Hochschulministeriums wird berichtet: "The science ministry remains quiet on the issue, merely repeating that it has always followed the letter of the law, and that, if individual mistakes have been made, they do not outweigh the greater benefit of having quickly removed the powerful influence of communism from east German universities."11

Pluralismus und Toleranz der neuen herrschenden Klasse bestanden also in dem Vorsatz, den Einfluss des Kommunismus an den ostdeutschen Universitäten auszurotten. Ob sich die Vertreter dieser Klasse darüber klar waren, in welche gefährliche Nachbarschaft sie sich damit begaben? Denn niemand anders als Adolf Hitler hatte verkündet: "Wenn ich vor 14, 15 Jahren und seitdem immer wieder vor der deutschen Nation erklärt habe, dass ich meine Aufgabe vor der deutschen Geschichte darin sehe, den Marxismus zu vernichten, dann ist mir das keine Phrase, sondern ein heiliger Schwur, den ich erfüllen werde, solange ich überhaupt noch einen Atemzug tue."¹² Der Autor meint, dies nicht kommentieren zu müssen und überlässt die Beurteilung der

⁹ Schreiben des Ehrenrates der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig an das Präsidium und die Ordentlichen Mitglieder der Philologisch-historischen Klasse vom 31. Mai 1994.

¹⁰ Göhler, a.a.O., S. 129-130.

¹¹ Abbott, Alison: Leipzig professor's death stirs bitter feeling. In: Nature, vol. 378 (7. Dezember 1995), S. 530.

¹² Adolf Hitler auf dem Kongress der "Deutschen Arbeitsfront". Berlin, 10. Mai 1933. Zitiert nach Günther, Hans: Der Herren eigener Geist. Neudruck (Berlin 1983), S. 49.

hier präsentierten Zitate dem Leser. Für den im Mittelpunkt dieser Betrachtungen stehenden wissenschaftlichen Bereich ist jedenfalls zu resümieren: Das Ausgrenzen und Diskreditieren von Fachkollegen, die sich außerhalb des "Mainstream" befinden, zeugt von mangelndem Pluralismusverständnis, von Toleranzdefiziten, von der Schwäche der eigenen Position und last not least von einem Mangel an akademischer Würde.

Es genügt aber nicht, diese Erscheinungen lediglich anzuprangern. In einer wissenschaftlichen Untersuchung muss auch nach ihren Quellen und Wurzeln gefragt werden. Auch bloße Kapitalismuskritik reicht nicht aus. Denn der Kapitalismus ist nicht nur ein ökonomisches Verhältnis, denn hinter dem Kapital stehen Menschen. Die Gebrechen des Kapitalismus haben also auch psychologische Wurzeln. Diese gilt es zu finden, und es gibt keinen besseren Wegweiser als altindische philosophische und religiöse Lehren. Inhaltlich sind diese seit langem mehr oder weniger gut bekannt. Hier soll der Versuch unternommen werden, sie unter neuen Gesichtspunkten nach der Lösung der eben gestellten Aufgabe zu befragen.

Zwei Begriffe sind es, die wieder und wieder als Ursache des Leids und überhaupt alles Schlechten und Negativen sowohl in der Welt als auch im Individuum apostrophiert werden: lobha und trsnā. Aus der Fülle der Beispiele seien hier einige besonders repräsentative herausgegriffen. Im buddhistischen paticcasamuppāda, dem Gesetz von der ursächlichen Entstehung, kommt trsnā/tañhā als einer der Hauptursachen der ständigen Erneuerung des Leidens höchste Bedeutung zu. Im Dīghanikāya 2, 68 heißt es: "Er hat weltliche Gier aufgegeben; er verharrt mit einem von Begierde frei gewordenen Gemüt; von Gier reinigt er den Sinn." Gautama Buddha bekundet im Majjhima nikāya 22: "Als unheilvoll wurden die Begierden von mir bezeichnet, als viel Leid, viel Mühsal bringend und noch mehr Elend." Im 82. Stück des Majjhi manikāya spricht der Mönch Ratthapāla zu seinem Vater: "Wenn du, o Hausvater, nach meiner Rede handeln würdest, (dann) würdest du diesen Haufen von Gold und Goldschmuck auf Karren laden, wegfahren und in der Mitte des Gangesflusses versenken lassen. Aus welchem Grund? Weil nämlich dir, o Hausvater, daraus (nur) Kummer, Jammer, Leid, Verzweiflung, Mühsal entstehen werden."

Gedanken ganz ähnlicher Art finden sich auch im Jaina-Kanon. Einige Zitate mögen auch hier genügen. Im Äyāramgasutta I, 2, I, 1 heißt es: "...for different kinds of property, profit, meals, und c1othes, longing for these objects, people are careless, suffer day und night..., desire wealth and treasures, commit injuries and violent acts..." Und Sūyagaḍamgasutta I, 1, 2 besagt: "He

who owns even a small property in living or lifeless things, or consent to others holding it, will not be delivered from misery."

In einer als epochal zu bezeichnenden Studie¹³ hat Himmat Singh Sinha die Grundthesen der Bhagavadgītā und des Marxismus verglichen. Die Gītā erklärt in XVI, 21 lobha als eines der drei Tore, die zur Hölle führen. Die ethisch motivierte Forderung nach aparigraha findet sich in IV, 21 und VI, 10. Sinha stellt aufgrund seiner Studien einige Thesen auf, die es verdienen, hier wiedergegeben zu werden. "Through his theory of 'surplus value', Marx has exposed that greed, lust, and material attachment are the sole ingredients of exploitation."¹⁴ "Both Marx and the Gita agree that it is the freedom of greed that leads to real freedom."¹⁵ Sinha stellt auf geradezu geniale Weise eine Verbindung zwischen der Gītā und dem Leninismus her; sie wird am besten an folgenden Thesen verdeutlicht: "In asking the society to control their consumption, Lenin is, as a matter of fact, preaching the lesson of pratyāhāra, which means withdrawal of senses from the objects of consumption... Lenin did not know that by introducing this measure, he was converting communism into the doctrine of 'anāsakti' i.e., the anāsakti yoga."¹⁶

Vorsorglich sei bemerkt, dass die Absage an Gier und Habsucht selbstverständlich nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Selbsterhaltung ist. Bekanntlich hatte schon Buddha Selbstpeinigung und unnötige Askese als der Erlösung nicht förderlich abgelehnt.

Es muss um der historischen Gerechtigkeit und Vollständigkeit willen festgestellt werden, dass auch im ursprünglichen Christentum Gedanken enthalten waren, die den soeben vorgetragenen inhaltlich entsprachen. Dies wäre jedoch Gegenstand einer selbstständigen Studie; darum möge hier nur auf zwei Zitate rekurriert werden. "Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon" (Lukas 16, 13; Matthäus 6, 24) und "Wohlan nun, ihr Reichen, weinet und heulet über das Elend, das über euch kommen wird! Euer Reichtum ist verfault, eure Kleider sind von Motten zerfressen, euer Gold und Silber ist verrostet" (Jacobus 5, 1–3). Das von Gottfried Wilhelm Leibniz stammende Wort "Omnes adiuvare" (allen beistehen) kann unter den Bedingungen der Habsucht und Gier – also auch der kapitalistischen Profitgier – niemals verwirklicht werden. ¹⁷ Auch die Jubilarin dieser Festschrift hat in ihrem Werk

¹³ Sinha, Himmat Singh: Communism and Gita. A philosophico-ethical study (Delhi 1979).

¹⁴ Sinha, a.a.O., S.10.

¹⁵ Sinha, a.a.O., S. 250.

¹⁶ Sinha a.a.O., S. 242-243.

¹⁷ Zitiert nach Holz, Hans-Heinz: Philosophie und Politik (San Abbondio 2002), S. 29.

"Fatalism in Ancient India" betont, dass die Konzentration des Kapitals in den Händen weniger multinationaler Konzerne die Volksmassen zu Fatalismus und Obskurantismus führt. ¹⁸ Die kapitalistische Gesellschaft, so legt der bereits erwähnte Arno Hecht treffend dar, "...stellt zugleich eine grundsätzlich ungerechte Gesellschaft dar, da sie den Menschen trotz gegenteiliger Behauptung keine Chancengleichheit bietet, allein auf Maximalprofit orientiert und ihren Bürgern wesentliche soziale Menschenrechte vorenthält, wie das auf Arbeit, Bildung, Gesundheit und Teilnahme am kulturellen Leben."¹⁹ Dieser Streifzug durch die traurige Geschichte menschlicher Gier und Habsucht – die schließlich in die kapitalistische Profitgier einmünden – mag mit der folgenden aktuellen Warnung beendet werden: "Die Weltwirtschaft als einen universalen freien Markt zu organisieren heißt, die Zukunft des Planeten auf die Annahme zu gründen, all diese Probleme erledigten sich von selbst, wenn man nur dem Profitmotiv freien Lauf lasse. Fahrlässiger kann man kaum sein."²⁰

Wie sich der Kampf der kapitalistischen gegen die sozialistischen Ideologen in der Indologie auswirkt, wurde oben anhand einer Reihe von Beispielen dargelegt. Nun ist die Indologie eine Wissenschaftsdisziplin, so dass in erster Linie die Frage nach der Möglichkeit oder gar Notwendigkeit der Anwendung marxistischer Methoden in der indologischen Forschung zu stellen ist. Indische Geschichte, Philosophie, Religion, Literatur – sie alle sind so vielgestaltig und von solcher Komplexität, dass sie von einer einzigen methodologischen Linie nicht erfasst werden können. Was liegt näher, als ein möglichst umfassendes Forschungsinstrumentarium einzusetzen? Hier gebührt – nicht aus tagespolitischen Aspekten, sondern aus rein wissenschaftlichen Gründen – auch der marxistischen Methode, also dem dialektischen Materialismus, ein adäguater Platz. Übrigens kann man auch hier vom alten Indien lernen, nicht nur hinsichtlich der im Sarvadarsanasamgraha vertretenen pluralistischen Tendenz. Schon das Satapatha-Brāhmana IV. 2. 4. 1 hatte postuliert, dass man aus verschiedenen Ouellen lernen soll, sogar von den Carakas (deren Ansichten über das Ritual bekanntlich von denen des Weißen Yajurveda vielfach abwichen). Beispiele für die Anwendung marxistischer Methoden in der Indologie gab Sukumari Bhattacharji selbst, indem sie schrieb: "... many changes in the conceptual world were generated by changes in the material life of the people."²¹ Und sie schrieb weiter: "With the class

¹⁸ Bhattacharji, Sukumari: Fatalism in Ancient India (Calcutta 1995), S. 337.

¹⁹ Hecht, a.a.O., S. 82-83.

²⁰ Gray, John: Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen. 2. Aufl. (Berlin 1999), S. 273.

²¹ Bhattacharji, a.a.O., p. IV.

division and with wealth and prosperity becoming the share of a handful, the masses chafed in misery. The primary producers passed their lives in grinding poverty while the leisure class whether priests, noble or intellectuals – who were divorced from actual productive activity now sneered at manual labour and became parasites who lived on other labour."²² Ein anderes Beispiel: den umstrittenen Begriff dakṣiṇā definierte sie richtig als "sacrificial fee".²³

Um aber allen eventuellen Missverständnissen und Simplifizierungen vorzubeugen, muss auch Folgendes gesagt werden: Eben wegen der Komplexität der von der Indologie zu untersuchenden Sachverhalte wäre es unhaltbar und widersinnig, sich auf eine einzige Methode – und sei es die des Marxismus – beschränken zu wollen. Um zwei Beispiele aus dem Jaina-Kanon zu wählen: zur Ermittlung der etymologischen Basis der Termini Rāyapaseṇaijja (Rājapraśnīya oder Rājaprasenajit) und Sūyagaḍamga (Sūtrakrtāṇga oder Sūcākṛtāṅga) kann man nicht auf den Marxismus zurückgreifen. Wohl aber ist er unverzichtbar bei der Bewertung der jinistischen Philosophie und der anderen altindischen Philosophiesysteme, zur Periodisierung der indischen Geschichte und zu vielen anderen Aspekten, zu denen die Jubilarin, wie erwähnt, selbst Beispiele beigebracht hat.

"Freiheit der Wissenschaft" bedeutet somit auch die Freiheit in der Wahl der methodologischen Mittel – ohne Gefahr zu laufen, eben deswegen diskreditiert zu werden, wie es beispielsweise – das betreffende Zitat wurde schon erwähnt – Walter Ruben durch Friedrich Wilhelm geschah, Umgekehrt ist es gerade Ruben gewesen, der Bernhard Breloer, Walter Wüst and Erich Frauwallner mehrfach beifällig zitiert hat, obwohl die politisch-ideologische Haltung der Genannten von der seinigen weit entfernt war. Ein anderes positives Beispiel bietet eine Studie des Norwegers Lars-Martin Fosse. ²⁴ Neben der wissenschaftlichen Bedeutung seines Buches verdient er Anerkennung dafür, dass er die Ansichten eines hohen Nazis – Walter Wüst – über die Chronologie des Rgveda nicht verschweigt, sondern sie angemessen und objektiv würdigt. Damit behauptet und wahrt Fosse die Einheit der Wissenschaft. Gerade diese aber ist gegenwärtig durch politische Interessen and Machinationen so stark wie nie zuvor gefährdet.

Umso höher ist die tolerante Haltung von Fosse und Ruben zu bewerten. In der Reihe der positiv herausgehobenen Namen darf der hervorragende In-

²² Bhattacharji, a.a.O., p. XIV-XV.

²³ Bhattacharji, a.a.O., S. 135.

²⁴ Fosse, Lars-Martin: The Crux of Chronology in Sanskrit Literature. Statistics and Indology. A Study of Method. Universitetet i Oslo =Acta Humaniora Nr. 21 (Oslo 1997).

dogermanist und Indologe Bernfried Schlerath (1924–2003) keinesfalls fehlen. Obwohl dieser seine rechtskonservative Haltung stets betont hatte, ließ er im fachlichen Meinungsstreit ausschließlich wissenschaftliche Argumente gelten und verurteilte jede politisch oder ideologisch motivierte Diskriminierung von Fachkollegen. Würde die Indologie seinem Beispiel folgen, wäre sie in einem weniger krisenhaften Zustand.

Schließlich soll an ein besonders eindrucksvolles Beispiel echter Kollegialität erinnert werden: die Zuarbeit vieler Fachkollegen, voran Albrecht Webers, zum Petersburger Wörterbuch. Nur dann, wenn der damalige Geist echter Kooperation wieder die Herzen beseelt, hat die Indologie nach ihrer großen Vergangenheit auch wieder eine Zukunft!

Die Sicherung der Zukunft aber ist für die internationale Indologie dringlicher denn je. Denn das Forschungsgebiet der Indologie befindet sich – ein Blick auf die Wissenschaftsgeschichte lehrt das – in ständigem Wachsen, und so steigt auch die Fülle der vor ihr liegenden Aufgaben. Längst reicht es nicht mehr aus, die Indologie als reine Geisteswissenschaft aufzufassen. Zu betonen ist vielmehr ihr komplexer Charakter: das Zusammenwirken von politischer, literarischer, philosophischer und ökonomischer Geschichtsforschung mit der Sprachwissenschaft, der Geographie, der Völkerkunde und weiteren Disziplinen. Es möge die Gelegenheit genutzt werden, hier einige der wichtigsten und nächstliegenden Aufgaben aufzuzählen; unter Verzicht auf die mittelindischen Sprachen und Literaturen möge diese flüchtige Skizze auf die eigentliche Sanskritistik beschränkt werden.

Gegenwärtig konzentriert man sich auf die Digitalisierung der grundlegenden Sanskrit- und Veda-Texte und leistet damit eine nützliche und unersetzliche Arbeit. Doch muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass viele Werke der vedischen und Sanskrit-Literatur noch keine angemessene Übersetzung erfahren haben. Eine den Anforderungen der Gegenwart genügende Übersetzung darf sich nicht auf die bloße sprachliche Übertragung beschränken; sie muss auch Beiträge zur Interpretation, zum Verhältnis zu Paralleltexten usw. enthalten. Gerade in der Vedistik sind grundlegende Texte nicht oder nicht vollständig übersetzt, so die Kaṭha-Samhitā, die Kaṭha-Kapiṣṭhala-Samhitā, das Taittirīya-Brāhmaṇa, das Taittirīya-Āraṇyaka und das Hiraṇya-keśi-Śrautasūtra. Und die vorhandenen Übersetzungen genügen oft nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Mit Recht schrieb daher Walter Ruben: "Wir müssen ... die Texte, die die Indologen bisher benutzt haben, neu durcharbeiten... Ja, wir werden denselben Text immer wieder lesen müssen, denn

bei jedem neuen Lesen werden uns neue, bisher unbeachtete Stellen auffallen ^{...25}

In der Lexikographie berechtigt das seit 1976 vom Sanskrit Dictionary Department und vom Department of Linguistics der Universität Pune herausgegebene Encyclopaedic Dictionary of Sanskrit on historical principles zu großen Hoffnungen – unter der Voraussetzung freilich, dass es zügig weitergeführt wird. Für die Śāstras und Purāṇas ist die Herstellung von Konkordanzen erforderlich.

In der klassischen Literatur sollten vergleichende stilkritische Untersuchungen der Texte zur Gewinnung tieferer Einsichten in die relative and absolute Chronologie durchgeführt werden. Das seit langem umstrittene Problem der Genesis des indischen Dramas muss einer endgültigen Klärung zugeführt werden.

In der Religionsgeschichte fehlen Spezialuntersuchungen zum Opferkult, so zu den meisten ahīnas and sattras. Lücken bestehen auch hinsichtlich der sektarischen Richtungen innerhalb des Hinduismus. Ebenso steht die vollständige Erschließung der Tantra-Texte noch aus. Die heute vielfach von Unberufenen diskutierte Ideenwelt der Tantras wird erst dann wissenschaftlich bewertet werden können, wenn alle wichtigen Texte übersetzt vorliegen.

In der Philosophie geht es vorwiegend um eine gründliche Erforschung der frühen Phasen, etwa um die Klärung der Frage, ob und in welchem Ausmaß schon für die Zeit des Rgveda bzw. Atharvaveda von Philosophie gesprochen werden kann oder ob diese erst in den Upanisaden in Erscheinung getreten ist. Von den orthodoxen Systemen ist bis in die Gegenwart die Mīmāmsā vernachlässigt worden. Stärker als bisher muss die Bedeutung der Philosophiesysteme Altindiens – nicht nur der darśanas – für die Bewältigung heutiger philosophischer Probleme herausgearbeitet werden.

Als ausgesprochener Schwerpunkt der künftigen Forschung hat die Chronologie zu gelten. Es dürfte nicht verfehlt sein, zunächst das in zahllosen Aufsätzen und Abhandlungen verstreute Material zusammenzustellen, um so feststellen zu können, was tatsächlich gesichertes Wissen ist und wo man nur von Vermutungen sprechen kann oder noch völlig im Dunkeln geht.

In methodologischer Hinsicht ist zu betonen, dass ein großer Teil des indologischen Forschungsspektrums einer Entwicklung "aus sich selbst heraus" nur noch begrenzt fähig ist und nach einer Ergänzung durch neue Methoden verlangt. Ohne Einbeziehung geographischer, ethnographischer,

²⁵ Ruben, Walter: Einführung in die Indienkunde (Berlin 1954), S. 9.

archäologischer und anderer Arbeitsmethoden wäre es aussichtslos, ein umfassendes Bild von den gesellschaftlichen Zuständen in den einzelnen Entwicklungsstufen des alten Indien zeichnen zu wollen. Die Einführung von Methoden aus der Musikwissenschaft (Sāmaveda), der Statistik (Chronologie) und der Philosophie (Ritualistik) hat schon jetzt zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt.

Beachtung verdient schließlich auch die Wissenschaftsgeschichte. Analysen des historischen Prozesses einer Disziplin sowie Bilanzen der Erkenntniswege dienen in Verbindung mit mathematischen Methoden der Wissenschaftsprognostik.

Der Sanskritist sollte sich also nicht verstanden wissen als "ein stiller Mensch, der in weltenfernen Räumen toten Göttern dient". ²⁶ Vielmehr wird die Indologie umso stärker aufblühen, je breiter sie ihre methodologischen Möglichkeiten entfaltet und je effektiver sie sich von einer rein philologischen zu einer Komplexwissenschaft umgestaltet.

Dies wird aber letztlich nur dann realisierbar sein, wenn man sich in der Fachwelt von kapitalistisch indoktriniertem Konkurrenzdenken löst und den Prinzipien der Freiheit der Forschung und der selbstlosen Kollegialität folgt. Die Jubilarin dieser Festschrift war und ist hierin ein Vorbild. Mit dem ihr geschuldeten Dank verbindet sich der Wunsch: tvam jīva śaradaḥ śatam!

²⁶ Lüders, Heinrich: Rede in der öffentlichen Sitzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 29 1 1914

Siegfried Wollgast

Zur Frühaufklärung im deutschen Katholizismus

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 20.1.2005

Die Aufklärung ist auch "eine Vielfalt von Versuchen, die Frage nach den Beziehungen von Geist und Sinnlichkeit zu beantworten".¹ Sie ist in ihren drei Hauptländern – England, Frankreich, Deutschland – weitgehend getrennt zu betrachten, "da sie in vielem national geprägt ist".² Das gilt auch für die Frühaufklärung, ihr Entstehen und ihr Wachsen.

"Frühaufklärung" ist ein in der Forschung noch nicht völlig dechiffrierter Begriff. Zudem ist die Forschung mit der Einschätzung der Zeit zwischen Reformation und Aufklärung noch immer nicht fertig. Schon Frühaufklärung ist auch Reaktion auf Barock, Orthodoxie, Gegenreformation! Gibt es aber eine sinnvolle Reaktion, die sich nicht auch mit den abgelehnten Werken und Zuständen auseinandersetzt? Das Lösen von einer vertrauten Denkweise oder Glaubenshaltung ist prozeß-, nicht selten schmerzhaft. Man sucht auch, das "Alte" mit der Aureole des Neuen zu schmücken.

Die Frühaufklärung tritt auch in Deutschland mit unterschiedlichsten Motiven und einem weitgefächerten Programm an. Ich möchte sie von 1672 bis 1718 oder 1723 datieren. ³ 1672 erscheint in Frankfurt (Main) Samuel Pufendorfs Hauptwerk "De Jure Naturae et Gentium" und 1675 die "Pia desideria" von Philipp Jacob Spener (1635–1705), die Geburtsurkunde "des" Pietismus. Spener und sein Schüler August Hermann Francke (1663–1727), der Begründer des Halleschen Pietismus, repräsentieren vorrangig diese etwa zwei Ge-

¹ Panajotis Kondylis: Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus, München 1986, S. 19.

² Fritz Valjavec: Geschichte der abendländischen Aufklärung, Wien-München 1961, S. 105.

Vgl. zum Folgenden u. a. Siegfried Wollgast: Der Sozinianismus und die deutsche Frühaufklärung, in: Würzburger medizinhistorische Mitteilungen, 21/2002, S. 397–404; ders.: Oppositionelle Philosophie in Deutschland. Aufsätze zur deutschen Geistesgeschichte des 16. und 17. Jahrhunderts, Berlin 2005, S. 9, 531–534. Häufig wird Chr. Thomasius – so von W. Schneiders aber auch schon von E. Winter – als "Vater" der deutschen Frühaufklärung dargestellt. Vgl. dazu: Martin Pott: Aufklärung und Aberglaube. Die deutsche Frühaufklärung im Spiegel ihrer Aberglaubenskritik, Tübingen 1992, S. 78–82.

nerationen hindurch aufklärerisch wirkende Bewegung. Ihre theologischen Grundprämissen sind unverkennbar. Aber gleiches findet sich in der Frühaufklärung Englands oder Frankreichs. M. E. bestimmen sechs Hauptrichtungen die deutsche Frühaufklärung:

I. Der von Ph. J. Spener begründete Pietismus und seine Weiterführung im Halleschen Pietismus, vorrangig durch A. H. Francke (bis Anfang der zwanziger Jahre des 18. Jhs.); II. Der radikale Pietismus mit seinen mannigfachen Spielarten; III. Die vorrangig an Metaphysik und moderner Naturwissenschaft der Zeit orientierte Philosophie von G. W. Leibniz, E. W. von Tschirnhaus und ihrer Schüler; IV. Die vorrangig an praktischer Philosophie und Jurisprudenz orientierten Ideengebäude von S. Pufendorf, Chr. Thomasius und ihrer Mitstreiter; V. Der "linke" Flügel der weltlichen Aufklärung. Er wurde vornehmlich vom sensualistischen Flügel der Aufklärung beeinflußt. VI. Die bislang wenig untersuchte katholische Frühaufklärung, die sehr wahrscheinlich auch unterschiedliche Gruppierungen in sich birgt. Ob diese Gruppierung vollständig und schlüssig ist, bleibt näher zu untersuchen.

Nach J. Hirschberger⁴, einem eindeutig katholischen Philosophiehistoriker, ist die Aufklärung eine Reaktion, eine Folge auf den "Tiefgang der Systemgründer des 16. und 17. Jahrhunderts", ihm gegenüber "ein Minus", "typische Popularphilosophie", "und die Unzufriedenheit über diese Verflachung war es auch, was schließlich wieder zur Überwindung der Aufklärung führte". Diese "neue geistige Bewegung" mit "Breitenwirkung an Stelle des Tiefgangs bringt aber auch … ein Plus mit sich, den Bildungsidealismus nämlich. … Natur, Mensch und Menschenrechte, Vernunft und Wissenschaft, Humanität und Freiheit sind die neuen Schlagworte."

Hischbergers Einschätzung ist recht einseitig, der Wirklichkeit wird sie kaum gerecht. Aufklärung war in der Zeit ihres Wirkens in Europa unverzichtbar, das Bürgertum wurde mit ihr und auch durch sie zur herrschenden Kraft in der Gesellschaft. Sicher verlor in der Aufklärung die Theologie ihre führende Stellung im Geistesleben, Jurisprudenz und Philosophie nahmen ihre Stelle ein; auch in katholischen Staaten. War das aber ein Nachteil?

Der Frühaufklärung geht – gerade in Deutschland – das Zeitalter der Gegenreformation voraus (1550–1650). Es ist ebenso ein Zeitalter des Calvinismus wie des militanten Protestantismus. "Gemeinhin verstand man unter Gegenreformation die Wiederherstellung der katholischen Kirche in protes-

⁴ Johannes Hirschberger: Geschichte der Philosophie, Bd. II: Neuzeit und Gegenwart, Frechen [1999], S. 245f.

tantisch gewordenen Ländern, Städten oder Landesteilen. Und zwar eine Wiederherstellung auf Befehl von oben, verlangt von der Staatsgewalt, unterstützt von Gesetz, Polizei, Gericht und Militär," Die "militant-politische Gegenreformation" bezeichnete "nur die eine Seite eines sehr viel umfassenderen Vorgangs ..., den wir als katholische Reform oder Regeneration zu bezeichnen pflegen".⁵ Die römisch-katholische Kirche wurde im Zeitalter der Gegenreformation kurz "das Papsttum" genannt. Gleich den anderen großen Konfessionen war es weitgehend intolerant. Es ergriff seit Mitte des 16. Jhs. bei der notwendigen Reform der römischen Kirche die Initiative. Der 1540 gegründete Jesuitenorden wurde dabei zur Kerntruppe. Er war damals ein moderner Orden. Sein Wachstum und sein schnell steigender Einfluß waren Zeichen dafür, daß er einem starken Bedürfnis des Zeitalters entsprach. In der Missionstätigkeit verfolgten die Jesuiten z. B. die sog. Akkommodationsmethode. Ihre Abwehr des Protestantismus ist nur ein Aspekt in dem großen Unternehmen der Restituierung der katholischen Kirche. Dazu kam auch "daß plötzlich ein Orden auftrat, der es mit den christlichen Grundpflichten der Caritas, aber auch mit der Ausübung der Seelsorge und einer würdigen Repräsentanz des Priestertums Ernst nahm, dessen Mitglieder Mut und Eifer zeigten und im großen und ganzen untadeligen Lebenswandels waren". 6 Das Konzil von Trient (1545–1563) schuf die dogmatischen und gesetzlichen Grundlagen der katholischen Reform. Seit Mitte des 17. Jhs. verliert die katholische Kirche merklich an äußerlicher Macht, was ihre Reform nicht berührt. Diese lag in ihrem Zentrum, den romanischen Ländern, und strahlte von dort auch nach Deutschland aus. Generell gilt: "Hätte die katholische Reform die evangelische Reformation einholen wollen, so hätte sie ein bis zwei Menschenleben früher einsetzen müssen."⁷ Akzeptiert man dies, so wird m. E. auch verständlich, daß die Aufklärung im katholischen Bereich später kommt, als im protestantischen!

Etwa 150 Jahre bestimmte die Aufklärung das Geistesleben Europas. Soll man den Katholizismus von dieser Bestimmung durchgängig ausnehmen? Wäre es nicht einseitig, die Feststellungen des Lutheraners I. Kant in seiner "Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?" (1784), des Juden M. Mendelssohn in seinem ebenfalls kurzen Artikel "Über die Frage: Was heißt auf-

⁵ Ernst Walter Zeeden: Das Zeitalter der Gegenreformation von 1555 bis 1648, München 1979, S. 19; vgl. ebd., S. 281f.

⁶ Ebd., S. 159.

⁷ Ebd., S. 284f.

klären?"⁸ (1784) für den katholischen Bereich für irrelevant zu erklären? Bestanden nicht auch vom 17. bis 19. Jh. enge – und positive – Beziehungen zwischen dem katholischen und dem protestantischen Bereich Deutschlands?

Für J. Hirschberger kommt Aufklärung im katholischen Bereich nicht vor; sie ist jedenfalls für seine Philosophie nicht erwähnenswert. Im Artikel "Aufklärung" des "Historischen Wörterbuchs der Philosophie" wird der Gegenstand in 15 Spalten dargelegt. Dabei wird – natürlich – auch das katholische Frankreich, Spanien und Italien mit Vertretern benannt, der Katholizismus nicht mit einem Wort! Doch waren auch in der katholischen Kirche bereits im 17. Jh. in nuce alle Tendenzen der Aufklärung vorhanden. 10

Nach P. Pütz (geb. 1935) ist es "eine unleugbare Tatsache", daß die Aufklärung in Deutschland "ein Import aus England und Frankreich war und trotz geringer eigenständiger Ausprägungen lange im Schatten der westlichen Nachbarn stand". 11 Dies ist einseitig und wird durch die Berufung auf Hermann Hettners "Literaturgeschichte des achtzehnten Jahrhunderts" (1856–1870) nicht wahrer. Eine Definition der Aufklärung soll hier nicht gegeben werden, richtig ist: "Der Begriff von Aufklärung ist seine Geschichte". 12 Naturales und supranaturales Wissen wird in ihr unterschieden. Und eine Vielzahl von Facetten prägen ihren Inhalt, der von unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften und Individuen auch höchst unterschiedlich gefasst wird. Nach P. Pütz vermeidet "Die katholische Aufklärung in Deutschland ... rationalistische Radikalismen und verfolgt eine vermittelnde Richtung, indem sie positive Ansätze der neuen Bewegung aufgreift, um Pastorat, Liturgie und Katechese von dem barocken Gewirr und den Überwucherungen durch Aberglauben zu befreien. Als Vorkämpfer der Neuerungen gelten die Erzbischöfe von Köln, Mainz, Trier und Salzburg, die auf dem Emser Kongreß (1786) ein Reformdekret verabschiedeten, das neben national- und regionalkirchlichen Tendenzen (vgl. Gallikanismus und Febronianismus) folgende Ziele im Auge

⁸ Vgl. Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: ders.: Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie. Hrsg. und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner, Berlin 1988, S. 213–222; Moses Mendelssohn: Über die Frage: Was heißt aufklären?, in: ders.: Schriften über Religion und Aufklärung. Hrsg. und eingel. von Martina Thom, Berlin 1989, S. 459–465.

⁹ Vgl. Historisches Wörterbuch der Philosophie. Hrsg. von Joachim Ritter, Bd. 1, Basel-Stuttgart 1971, Sp. 620–635.

¹⁰ So Helmut Zander: Tagungsbericht, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte, Stuttgart, 100/ 1989, S. 236.

¹¹ Peter Pütz: Die deutsche Aufklärung, 4. überarb. und erweit. Aufl., Darmstadt 1991 (Erträge der Forschung; Bd. 81), S. 1.

¹² Ebd., S. 5.

hatte: Reform und Aufhebung von Klöstern, statt dessen Gründung neuer Pfarreien, Ersetzung der Äbte durch Obere auf Zeit; soziale Einrichtungen, Toleranz und Verminderung der interkonfessionellen Polemik; Primat der religiösen Volksunterweisung durch sonntägliche Predigt und katechetischen Unterricht für die Jugend nach den Prinzipien der Einfachheit und Erbaulichkeit; Zurückdrängen der Musik und des Kirchenschmucks zugunsten von Schlichtheit und deutschsprachigem Gemeindegesang. Die Verlagerung vom Heiligenlob auf die moralbezogene Predigt signalisiert die allmähliche Ablösung des nur theozentrischen durch ein stärker anthropozentrisches Weltverständnis. Im Mittelpunkt des Religionsdienstes steht nicht mehr nur das Sakrament, sondern auch das humanistische Christusbild als Inkorporation menschlicher Tugendlehre. Die anthropologische Wende in der katholischen Religion des 18. Jahrhunderts wirkt fort bis in die jüngste Zeit: Die Theologie Karl Rahners ist hierfür eines der vornehmsten Beispiele."¹³ Dabei spielt in der Aufklärung die Philosophie generell eine führende Rolle. Auch bei P. Pütz im Bereich des Katholizismus!

In einem ausführlichen Literaturbericht zu "Katholische Aufklärung" von 1996¹⁴ steht der Band "Katholische Aufklärung – Aufklärung im katholischen Deutschland" im Mittelpunkt. Wir werden noch häufig auf ihn eingehen. Dieser Literaturbericht bringt als Fazit u.a.: "Aufklärung' ist ... eine Erscheinung oder eine Phase katholischer Theologie- und Kirchengeschichte und liturgischer Reformversuche, die wie jede andere ihre Stärken, ihre Vorlieben, ihre Voreinstellungen und ihre Grenzen hat. Was "Aufklärung" im katholischen Bereich ausmacht, sollte zunächst an den eigenen Erzeugnissen dieser Zeit abgelesen werden. Es ist ein Ergebnis der Forschung der letzten Jahre im Bereich der systematischen Theologie und der Kirchengeschichte, daß ,Katholische Aufklärung' eben nicht nur ein Abklatsch von anderer Aufklärung ist." Der ebenfalls dort behandelte Artikel "Aufklärung" in der 3. Auflage des "Lexikon für Theologie und Kirche" setzt: "Wollte man sich v. der dt. A. ein Bild machen, indem man v. den Kennzeichen ausgeht, die die A. in England u. Fkr. zeigt, so liefe man Gefahr, ihre Eigentümlichkeiten zu verfehlen. "15 Hier werden als Begründer der deutschen Aufklärung bereits Christian Thomasius

¹³ Ebd., S. 53.

¹⁴ Philipp Schäfer: Literaturbericht zu "Katholische Aufklärung", in: Theologische Revue, Münster, 92/1996, H. 2, Sp. 99–106, zit. Sp. 105.

¹⁵ Raffaele Ciafardone: Aufklärung, in: Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 1: A-Barcelona, 3. völlig neu bearb. Aufl., Freiburg-Basel-Rom-Wien 1993, Sp. 1207–1216, zit. Sp. 1207.

(1655-1728) sowie der Pietismus von Ph. J. Spener und A. H. Francke genannt. ¹⁶

Nach H. Klueting gibt es für die Aufklärung im katholischen Deutschland zwei Quellen: 1. der Jansenismus, "der zwar noch nicht katholische Aufklärung war, aber ... den Durchbruch des religiösen Individualismus förderte. Er ... traf sich darüber hinaus mit der Aufklärung im Antijesuitismus. ... Die andere Wurzel der katholischen Aufklärung ist in der norddeutschen protestantischen Aufklärung zu suchen."¹⁷ Die katholische Aufklärung in Deutschland lasse sich in drei Phasen gliedern "denen eine bis ins 17. Jahrhundert zurückreichende, aber noch voraufklärerisch bestimmte Inkubationszeit voraufging".¹⁸ Soweit ich sehe, wird diese Inkubationsperiode in der Forschung weitgehend oder durchgängig vernachlässigt, die katholische Aufklärung seit den vierziger Jahren des 18. Jhs. ist hingegen im wachsenden Maße Forschungsgegenstand.

Folgende "naive" Fragestellungen seien in diesem Zusammenhang gestattet:

1. Die Forschung vermittelt für Deutschland den Eindruck: Wenn Aufklärung progressiv ist, so ist in Bezug auf sie der ganze Prozeß dem Protestantismus geschuldet! Den Päpsten dagegen erschien die "libertas conscientiae" bis ins 19. Jh. als Teufelswerk! Noch im Todesjahr J.W. von Goethes, am 15. August 1832, erging gegen ihre Adepten die päpstliche Enzyklika "Mirari vos". 19 Die bedeutendsten Toleranzphilosophen allein des 17. Jhs. – Hugo Grotius, John Milton, Baruch Spinoza, Samuel Pufendorf, John Locke, John Toland, Pierre Bayle und Christian Thomasius – standen auf dem "Index prohibitorum librorum". 20 Aus dieser Tatsache

¹⁶ Ebd., Sp. 1208f.

¹⁷ Harm Klueting: "Der Genius der Zeit hat sie unbrauchbar gemacht." Zum Thema Katholische Aufklärung – oder: Aufklärung und Katholizismus im Deutschland des 18. Jahrhunderts. Eine Einleitung, in: Katholische Aufklärung – Aufklärung im katholischen Deutschland, hrsg. von Harm Klueting in Zusammenarbeit mit Norbert Hinske und Karl Hengst, Hamburg 1993 (Studien zum 18. Jahrhundert, 15) S. 10. Vgl. Auswahlbibliographie, zusammengest. von Harm Klueting, in: ebd., S. 411–425. Von den rd. 300 angeführten Titeln befassen sich nur wenige mit der katholischen Frühaufklärung. Grundlegend auch: Bernhard Schneider: "Katholische Aufklärung." Zum Werden und Wert eines Forschungsbegriffs, in: Revue d'Histoire Ecclésiastique, Louvain, XCIII/1998, № 3–4, S. 354–397.

¹⁸ Klueting, ebd., S. 10, 12f.

¹⁹ Vgl. Carl Mirbt: Quellen zur Geschichte des Papsttums und des römischen Katholizismus. 3. verb. u. vermehr. Aufl., Tübingen 1911, S. 342f.; Hermann Klenner: Toleranzideen im siebzehnten Jahrhundert, in: ders.: Die Emanzipation des Bürgers. Studien zur Rechtsphilosophie der Aufklärung, Köln 2002, S. 83–95, zit. S. 84.

²⁰ Vgl. Albert Sleumer: Index Romanus. Verzeichnis sämtlicher auf dem römischen Index stehenden deutschen Bücher desgleichen aller wichtigen fremdsprachlichen Bücher seit dem Jahre 1750. Zusammengestellt...sowie mit ausführlicher Einleitung versehen. 9. verb. u. vermehrte Aufl., Osnabrück 1934, passim.

heraus läßt sich fragen: Welche Literatur des 17. Jhs. ist im katholischen Bereich progressiv? Doch ist diese Frage berechtigt? Nach der Zeit Friedrichs II. ist der protestantische Bereich in Deutschland herrschend. Nun galten in Deutschland "als überlieferungswürdig … nur mehr Werte, die sich der nationalen, d. h. protestantisch-preußisch dominierten Geschichtsbetrachtung einfügten. Wie stets schrieben die Sieger die Geschichte. Die angeblich rückständige barock-schwülstige Kultur der "Obskuranten!" und "Römlinge" im Westen und Süden des Reiches wurde diskreditiert und Schritt für Schritt beseitigt, bis hin zur Zerstörung der zahlreichen großen und kleinen gelehrten Bibliotheken zwischen 1773 und 1803. Auch die romantischen Restaurationsbestrebungen konnten die zerstörte Buchkultur des katholischen Deutschland nicht mehr bibliographisch erfassen und dem Gedächtnis der Nachwelt erhalten. Goedekes "Grundriß zur Geschichte der deutschen Literatur. Aus den Quellen" (seit 1859) legte ... das in Bibliotheken des protestantischen Deutschland zu findende Schrifttum zugrunde, und die Herzog August Bibliothek (zu Wolfenbüttel – S. W.), heute die Leitbibliothek für die Literatur des 17. Jahrhunderts, repräsentiert in ihren reichen Beständen das protestantische Deutschland, nicht oder rudimentär das katholische. Eine einseitige Ausrichtung der Forschung war und ist immer noch die Folge. "²¹ Auch daher ist das Wissen über katholische Aufklärung begrenzt. Es kann aber durch Prinz Eugens Bibliothek in Wien, auch durch die Kenntnisnahme süddeutscher und österreichischer Klosterbibliotheken ergänzt werden.

- 2. Lange hat auch deutsche Wissenschaft (neben deutscher, nicht nur preußischer Politik) gegen eine Trennung Deutschlands durch die Rhein-Main-Linie in ein durch die Konfessionen geprägtes Nord- und Süddeutschland gekämpft. Gibt es diese Konfessionslinie doch?
- 3. Wenn lange Zeit hindurch einige (nur!) katholische Gelehrte ein Bestehen der katholischen Aufklärung zugestanden, wenn inzwischen Rudolf Reinhardt (geb. 1928) in der letzten Auflage des "Lexikon für Theologie und Kirche" feststellt: "Unter A. wird hier jener Reformkatholizismus verstanden, der um die Wende z. 19. Jh. das kirchl. Leben prägte. Im deutschsprachigen Raum finden wir erste Ansätze um 1730"²², so ist das etwa

²¹ Dieter Breuer (Hrsg.): Die Aufklärung in den deutschsprachigen katholischen Ländern 1750–1800. Kulturelle Ausgleichsprozesse im Spiegel von Bibliotheken in Luzern, Eichstätt und Klosterneuburg, Paderborn-München-Wien-Zürich 2001, S. 8f.

²² Rudolf Reinhardt: Aufklärung, in: Lexikon für Theologie und Kirche, wie Anm. 15, Sp. 1211

- 55–60 Jahre später als im protestantischen Bereich! Warum aber? Sahen alle Katholiken das Neue nicht? Oder fehlte es im katholischen Bereich an entsprechenden kühnen Vordenkern?
- 4. Im deutschen Reich gab es im 17. und 18. Jh. auch bikonfessionelle Gebiete. Sollten hier die Protestanten Aufklärer geworden sein, die Katholiken gar nicht oder 1–2 Generationen später? Zu den ersten Ländern, wo sich die Aufklärung herausbildete, gehörte Frankreich. Es ist ein zutiefst katholisches Land. Es wäre zu einfach und zugleich unhistorisch, die Aufklärung lediglich auf die Hugenotten zu beschränken!

Gerade auch diese Fragen rechtfertigen die Behandlung dieses Themas! Sind Aufklärung und Katholizismus zwei verschiedene Welten? Norbert Hinske (geb. 1931) verneint dies, dabei betonend, die alte katholische Tradition des lumen naturale habe dem Rationalismus der Aufklärung *geradezu den Boden bereiten* können. Und meines Erachtens ist diese Idee den katholischen Aufklärern des 17. Jhs. wesentlich eigen. Jedenfalls schreibt noch Ende 1861 Wilhelm E. Freiherr von Ketteler (1811–1871): "Die Worte *Fortschritt, Aufklärung, Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit* haben einen erhabenen, himmlischen, göttlichen Sinn. Sie enthalten eine große Wahrheit, eine von Gott den Menschen gegebene hohe Aufgabe und das ist der Grund, weßhalb sie über die Herzen eine so gewaltige Macht üben…" ²³

Deshalb spricht man ja auch von christlicher Aufklärung - meine ich. Und soll man die entsprechenden Auffassungen von Joseph Kleutgen (1811–1883; Theologie der Vorzeit verteidigt, 3 Bde., Münster 1860–1874) nicht neu bedenken, der unter anderem auf die Verdienste von Francesco Suárez (1548–1617) im Vorfeld der Aufklärung verweist? Nicht nur der gelehrte Protestantismus hat auf das Werden und Entstehen der katholischen Aufklärung gewirkt, auch F. Suárez u. a. spanische Jesuiten auf den Fortgang der protestantischen Aufklärung!

Generell läßt sich mit Aufklärung, auch mit katholischer Aufklärung, nicht präzise arbeiten, so man nicht auch Eklektizismus, Naturrecht, Mystik und Toleranz mitbedenkt.

Eklektizismus wird seit dem 19. Jh. belächelt, häufig auch verächtlich gemacht. Aber schon Horaz wandte sich dagegen *In verba magistri iurare* (Ep. I, 1, 14). Tut man dies, so kommt letztlich Dogmatismus heraus. Grundlage für ein rechtes Eklektizismus-Verständnis ist 1. Thess. 5, 21(22): *Omnia*

²³ Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler: Freiheit, Autorität und Kirche, in ders.: Sämtliche Werke und Briefe, Abt. I. Bd. 1, Schriften, Aufsätze und Reden 1848–1866, Mainz 1977, S. 229.

autem probate: quod bonum est tenete. Problematisch ist über die Jahrhunderte lediglich, was man als das Gute faßt. Eklektizismus hat bei Hieronymus (347–419/20), bei Clemens von Alexandria (um 150– vor 215), Origenes (185–254) und Lactantius (250/60– nach 317) schon einen hohen Stellenwert. In der Renaissance zog wohl erstmalig Giovanfrancesco Graf Pico della Mirandola (1469–1533) diese Bibelstelle zur Rechtfertigung philosophischen Auswählens heran, ebenso die bei Diogenes Laertius (1. Hälfte des 3.Jhs.) benutzte Fabel, wonach die Bienen aus allem wählen, was ihnen gefällt, den Honig aber durch eigene Mühe und Arbeit zustande bringen. Jacopo Mazzoni (1548–1598), unter anderem Lehrer Galileo Galileis (1564–1642), ist wohl der erste Philosoph, der sich als Eklektiker bezeichnet. Nach 1650 bekennen sich viele Philosophen offen zum Eklektizismus, so Johann Christoph Sturm (1635–1703) und Christian Thomasius (1655–1728). Im 18. Jh. setzt der Verfallsprozeß der Eklektik ein. Nach Bernhard Jansen (1877–1942), dem hervorragenden Erforscher der katholischen Philosophie Deutschlands des 16. bis 18. Jhs., gilt für F. Suárez' "Disputationes metaphysicae": "fast ausnahmslos bezeichnet man sie als Eklektizismus".²⁴

F. Suárez "Disputationes metaphysicae" (1597) folgen traditioneller Metaphysik. Beleg: die stets wiederkehrenden philosophischen Einführungen, ständige Berufung auf Thomas von Aquino (1224-1274), Aristoteles (384–322 v. u. Z.) und andere Denker, die den "Disputationes metaphysicae" vorangestellten ausführlichen Inhaltsangaben der "Metaphysik" des Aristoteles, die am Schluß beigefügte Inhaltsangabe einiger Werke des Aquinaten und anderes. "Völlig einig ist Suárez auch mit dem hergebrachten, noch lange nach ihm herrschenden Wissenschaftsbegriff, der auf das Organon und die Metaphysik des Aristoteles, auf Platons Begriffsdialektik zurückgeht ... Und doch weht durch das ganze Werk zugleich ein anderer Zug. Er macht die charakteristische Wesensart der Metaphysik, des Philosophierens des Suárez aus. Er bedeutet, wenn nicht einen Gegensatz, so doch eine Ergänzung der Antike und des Mittelalters. Er besagt Geist vom Geist der Neuzeit, Geist vom Geist, also nur streckenweise; denn die letzte Haltung ist antimodern, ist antik-scholastisch. Dieser Zug macht vollen, restlosen Ernst mit der Metaphysik, mit der Lehre vom Sein. Er meint ausschließlich Sachverhalte. Weil Sein. Realität zuletzt oder zuerst Aktualität, Akt besagt, in dem alle Möglichkeit gründet, so

²⁴ Bernhard Jansen SJ: Die Wesensart der Metaphysik des Suárez, in: Scholastik, Eupen (Belgien), 15/1940, S. 161–185, zit. S. 163. Vgl. Siegfried Wollgast: Eklektizismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 3, 2. Aufl., Hamburg 1998, Sp. 226–237.

geht Suárez stets vom Aktuellen, Existenziellen aus. Existentielles aber ist nur das allseitig Bestimmte, individuell Einmalige. Darum geht Suarez von unten, vom Konkreten aus, nimmt es ... in seiner schlichten, urwüchsigen Gegebenheit hin. Deshalb hütet er sich mit einer Art Ehrfurcht und Scheu, es durch logische Konstruktionen, vorhergefaßte Gedankendinge, konstruierte Systemformen zu sichten. Er läßt es in sorgfältiger, scharfsinniger Analyse vor dem Leser entstehen."²⁵ Letztlich ergibt sich aus dieser Spezifik von Suárez' Methode des Philosophierens und seiner Metaphysik, "aus dem ausgeprägten kritischen Sinn für Sachverhalte und aus der eindringenden Analyse des Existenziellen, daß er den Grundsatz ausspricht und oft anwendet: entia non sunt multiplicanda sine ratione. Darum ist ihm schon das Überflüssigsein eines Hinzutretenden, eines Realunterschiedes ein Beweismoment ihres Nichtvorhandenseins."²⁶ Daß Suárez vom Einzelnen, Existenziellen ausgeht, sich um dessen Analyse so prinzipiell bemüht, daß er die logische und reale Ordnung so klar und maßvoll trennt, darin scheint uns auch ein Hauptgrund dafür zu liegen, daß er auf das 17./18. Jh. so große Wirkung ausgeübt hat. In Suárez' "Disputationes metaphysicae" "lag die genialste Leistung vor, aus deren Schätzen sie Material für ihre Art heben konnte: Descartes, vor allem Leibniz und Wolff, Spinoza zehrten davon."²⁷ Also auch die Aufklärung!

F. Suárez' "Disputationes metaphysicae" "wurden für fast zwei Jahrhunderte zum Maß der philosophischen und theologischen Lehre nicht nur an den katholischen, sondern auch an den protestantischen Universitäten". ²⁸ Vergessen wir nicht, daß Christian Wolff (1679–1754), der in der Aufklärung ohne Zweifel eine führende Rolle einnahm, gerade auch von F. Suárez geprägt wurde, daß sich bei F. W. Leibniz "die Spuren der suárezischen Metaphysik" zeigen, "genauso wie im Metaphysikverständnis eines Kant". ²⁹

²⁵ Ebd., S.165.

²⁶ Ebd., S.167.

²⁷ Ebd., S.168f. Vgl. Siegfried Wollgast: Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650, 2. Aufl., Berlin 1993, S. 146f., 158f., 181–188 u. ö.; ders.: Die Philosophie zwischen Reformation und Aufklärung, in: Michael Benedikt, Reinhold Knoll, Josef Rupitz (Hrsg.): Verdrängter Humanismus – verzögerte Aufklärung. Bd. I, 2. Teilband: Die Philosophie in Österreich zwischen Barock und Aufklärung (1650–1750). Die Stärke des Barock, Klausen-Leopoldsdorf 1997, S. 39–42, 48–51. Ders.: Pietismus zweier Generationen und Katholizismus als Exponenten der Frühaufklärung, in: Würzburger medizinhistorischer Mitteilungen, 14/1996, S. 403–419.

²⁸ Emmanuel J. Bauer: Francesco Suárez (1548–1617). Scholastik nach dem Humanismus, in: Philosophie der Renaissance. Eine Einführung. Hrsg. von Paul Richard Blum, Darmstadt 1999, S. 206–221, zit. S. 207.

²⁹ Ebd., S. 208.

Das Philosophieren in der Art von Suárez wurde besonders von dem Giessener Professor Christoph Scheibler (1589–1653) auf die deutschen protestantischen Universitäten übertragen. "Wo immer eine Stichprobe in die philosophische Literatur und in den philosophischen Schulbetrieb an den deutschen Universitäten gemacht wird, jedes Mal bestätigt und festigt sich das Urteil, dass die Metaphysik der Suárezschule ungefähr seit 1620 bis 1690 die Gang- und Gäbe-Philosophie gewesen ist. Das Neue hat sich wenigstens in Deutschland und Holland nur heimlich oder mit viel akademischem Geräusch über die rezipierte Suárez-Scholastik fortentwickeln können."³⁰

Chr. Scheiblers "Opus metaphysicum"³¹ wurde im protestantischen Bereich das berühmteste Lehrbuch. Scheibler verhalf im Protestantismus dem neoscholastisch interpretierten Aristoteles wesentlich zur Durchsetzung. Auf die vielen anderen Aristoteliker dieser Art und ihre Werke kann hier nicht eingegangen werden. Die Lutheraner wie die Reformierten übernahmen die Metaphysik-Interpretation des Katholiken F. Suárez. Zitieren wir lediglich einige Grundgedanken: Die Metaphysik lehrt, was eine Substanz ist und welches ihre Bedingungen sind, bis sie zu den ersten Substanzen gelangt. Sie beweist, dass eine unter ihnen die erste ist, die zugleich die erste und wichtigste Ursache aller Dinge ist, nämlich Gott. Hier macht die Metaphysik halt. Sie ruft die Theologie an und übernimmt, was diese von Gottes Wesen und Willen zu künden weiß. In diesem Sinne ist die Theologie "Königin und Herrin aller Wissenschaften, caeterarum disciplinarum humanarum asylum". ³²

U. G. Leinsle, der die protestantische Metaphysik von 1590 bis 1640 untersucht, geht es hinsichtlich F. Suárez "um sachliche Abhängigkeiten, die bei den einzelnen Autoren aufzuzeigen sind".³³ Wohl noch immer ist die Frage des lutherischen Theologieprofessors W. Sparn unbeantwortet: "In welcher Breite nimmt die protestantische Scholastik die mittelalterliche Philosophie selbständig auf und inwieweit ist sie, mit dem jeweiligen Ausgleich thomis-

³⁰ Karl Eschweiler: Die Philosophie der spanischen Spätscholastik auf den deutschen Universitäten des siebzehnten Jahrhunderts, in: Gesammelte Aufsätze zur Kulturgeschichte Spaniens, hrsg. v. Heinrich Finke, Reihe 1, München 1928, S. 297.

³¹ Christoph Scheibler: Opus metaphysicum, lib. I–II, Gießen 1617; id. Op. Ed. Noviss. 1636–37, Nachdruck 1657, 1665. Englische Ausg.: Oxford 1638, 1665; vgl. Ulrich Gottfried Leinsle: Das Ding und die Methode. Methodische Konstitution und Gegenstand der frühen protestantischen Metaphysik, T. 1: Darstellung, S. 322–337; T. 2: Anwendungen und Register, Augsburg 1985, S. 707–725.

³² Henning Arnisaeus: Tractatus de constitutione et partibus metaphysicae, Frankfurt/O. 1606, Vorw

³³ Leinsle: Das Ding und die Methode, wie Anm. 31, T. 1, S. 120.

tischer und skotistischer Gesichtspunkte, durch Cajetan, Fonseca und Suárez vermittelt?"³⁴

Die Aufklärung bis hin zu Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) zehrt auch von F. Suárez' großem rechts- und staatsphilosophischen Werk "De legibus ac Deo legislatore" (1612), das erst seit 2002 in deutscher Übersetzung vorliegt.³⁵

Nach Paul Richard Blum wurden F. Suárez '"Metaphysicae disputationes" die "umfassendste und meistzitierte Spezialabhandlung der Metaphysik jener Epoche". ³⁶ Auch sie ermöglichte den katholischen Schulphilosophen "am Anfang des 18. Jahrhunderts eine Annäherung an die (lateinische) Ontologie Christian Wolffs, die ihrerseits auf Suárez zurückgreift." Diese katholische Schulphilosophie führte "schließlich zur katholischen Aufklärung", die "in den Exjesuiten nach der Aufhebung des Ordens (1773), z. B. dem Kant-Kritiker Benedikt Stattler (gest. 1797), ihre letzten Vertreter hat". ³⁷ W. Sparn betont, daß die lutherischen Schulphilosophen vornehmlich in Wittenberg, Gießen, Jena und Leipzig "an die scholastische Aristoteles-Interpretation und an die Logik, Physik und Metaphysik der spanischen Jesuiten" anknüpften. ³⁸

Es ist leider Tatsache, daß "der katholischen Aufklärung, einem nahezu ausschließlich von katholischen Historikern und katholischen Theologen behandelten Thema..., von den Nichtkatholischen unter den an der Aufklärung interessierten Geistes- und Sozialwissenschaftlern zumeist nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt wird". Dabei hat schon Klaus Scholder (1930–1985) für die Aufklärung im protestantischen Deutschland zwischen "Aufklärung gegen Theologie und Kirche" sowie "mit ihr" und "durch sie"

³⁴ Walter Sparn: Wiederkehr der Metaphysik. Die ontologische Frage in der lutherischen Theologie des frühen 17. Jahrhunderts, Stuttgart 1976 (Calwer Theologische Monographien, Reihe B, 4), S. 206.

³⁵ Vgl. Francisco Suárez: Abhandlung über die Gesetze und Gott den Gesetzgeber. Übersetzt, hrsg. und mit einem Anhang versehen von Norbert Brieskorn, Freiburg-Berlin-München-Würzburg-Zürich, 2002 (Haufe Schriftenreihe zur rechtswissenschaftl. Grundlagenforschung, hrsg. von Hermann Klenner, Bd. 15).

³⁶ Paul Richard Blum: Die Schulphilosophie in den katholischen Territorien, in: Grundriss der Geschichte der Philosophie. Begründet von Friedrich Ueberweg. Völlig neubearb. Ausgabe hrsg. von Helmut Holzhey. Die Philosophie des 17. Jahrhunderts, Bd. 4: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Nord- und Ostmitteleuropa. Hrsg. von Helmut Holzhey u. Wilhelm Schmidt-Biggemann unter Mitarb. von Vilem Mudroch, Basel 2001, S. 325.

³⁷ Ebd., S. 330.

³⁸ Walter Sparn: Die Schulphilosophie in den lutherischen Territorien, wie Anm. 36, S. 479.

³⁹ Klueting: "Der Genius der Zeit hat sie unbrauchbar gemacht.", wie Anm. 17, S. 2. Vgl. zum Folgenden: Wollgast: Pietismus zweier Generationen und Katholizismus als Exponenten der Frühaufklärung, wie Anm. 27, S. 406–416.

unterschieden. 40 Aber das gilt auch für die katholische Aufklärung! Gerade für sie möchte ich E. Cassirer (1874–1945) nennen. Auch er hält es für unzulänglich und fragwürdig, die Aufklärung als eine in ihrer Grundtendenz irreligiöse und glaubensfeindliche Epoche zu betrachten. Eine solche Betrachtung laufe Gefahr, "gerade ihre höchsten positiven Leistungen zu verkennen. ... Die stärksten gedanklichen Impulse der Aufklärung und ihre eigentliche geistige Kraft sind nicht in ihrer Abkehr vom Glauben begründet, sondern in dem neuen Ideal der Gläubigkeit, das sie aufstellt, und in der neuen Form der Religion, die sie in sich verkörpert". 41 Man muß den Wert von Scholders und Cassirers Einschätzung für die Frühaufklärung zu erkennen suchen, zumal zu einer Zeit, da wir m. E. um die Neubewertung einer Reihe von Problemen wie Trost, Hoffnung und Glaube ringen oder jedenfalls ringen sollten. Nur in Deutschland und der Schweiz gab es zur Zeit der Aufklärung eine solche große konfessionelle Spaltung! Dabei gab es trotz aller Gegensätze auch ein enges Netz wechselseitiger Beeinflussungen der – auch in sich gespaltenen – Konfessionen und Versuche zu ihrer Wiedervereinigung. Allein letzteres verlangte auch theoretische Überlegungen und Zugeständnisse. Ich möchte Franz Schnabel (1887–1966) beipflichten: "Die Aufnahme jener Ideen durch die kirchliche Welt geschah in ganz verschiedenem Geiste und in sehr wechselnder Stärke, je nach der persönlichen Art des einzelnen Geistlichen. Es gab Professoren der Theologie, die als Rationalisten alles preisgaben, was als christliche Glaubens- und Sittenlehre gelten mußte: es gab andere, die sich sehr weit vom Dogma entfernten, deren persönliche Lebensführung und priesterliche Würde jedoch fleckenlos waren; und es gab wieder andere, die überhaupt nur Reformen der äußern Kultur übernahmen, um Mißstände ... zu beseitigen und in Verwaltung und Schule, in der Ordnung des kirchlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Lebens Sachlichkeit und Strenge zur Geltung zu bringen. Das vielfältig schillernde Bild der ,katholischen Aufklärung' ist daher nur biographisch und auf Grund weitverzweigter Einzelforschungen zu erfassen."⁴² Völlig richtig ist auch: "Man wird die Probleme der katholischen Aufklärung ohne engen Schulterschluß von Philosophie, Theologie, Historie, Sozial- und Literaturwissenschaft kaum lösen können."⁴³ Wo macht man das aber bisher? Richtig ist auch:

40 Vgl. Klaus Scholder: Grundzüge der theologischen Aufklärung in Deutschland, in: Franklin Kopitzsch (Hrsg.): Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland. Zwölf Aufsätze, München 1976, S. 295.

⁴¹ Ernst Cassirer: Die Philosophie der Aufklärung, Tübingen 1932, S. 180.

⁴² Franz Schnabel: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, IV: Die religiösen Kräfte, Freiburg i. Br. 1937, S. 10f.

"Überhaupt wird man sich davor hüten müssen, den Aufklärungsbegriff von Troeltsch ohne weiteres auf die geistlichen Territorien anzuwenden. Gerade dort ist Aufklärung nicht einfach mit den Kategorien antisupranatural, offenbarungsfeindlich, antikirchlich in schnellem Zugriff zu erfassen, sondern nur in ihrer verwirrenden Mannigfaltigkeit von administrativen Maßnahmen, von Lehren und Streitigkeiten vorsichtig zu umschreiben oder erst noch zu erforschen."44 Überprüfenswert ist auch die Aussage des überzeugten Katholiken D. Breuer: "Es macht den besonderen Reiz, ja Charme der katholischen Aufklärung aus, Unmögliches gewollt zu haben: Modernisierung von Staat und Gesellschaft unter der Botmäßigkeit der Vernunft und Bewahrung der alten religiös begründeten Ständeordnung mit adligem Kirchenregiment und dem Bildungsmonopol der geistlichen Orden: vor allem in den zahlreichen geistlichen Staaten und Herrschaften ein geradezu concettohafter Balanceakt."⁴⁵ Es ist wohl fraglich, ob dies für die gesamte katholische Aufklärung in Deutschland, bzw. schon für die Frühaufklärung galt. War die katholische Aufklärung von der Anlage her eine Utopie? Ich versuche den Forschungsstand einigermaßen darzulegen. Zu Wertungen fühle ich mich aber nicht immer berechtigt. Jedenfalls: auch für den Protestantismus gilt Ernst Troeltschs (1865–1923) Aufklärungsbegriff nicht gänzlich. So nicht für einige Fraktionen der Frühaufklärung.

Die Frühaufklärung tritt auch im protestantischen Deutschland mit unterschiedlichsten Motiven, mit einem höchst divergierenden Adressatenkreis und einem weitgefächerten Programm an. Manche ihrer Vertreter gehen von der Überzeugung aus, es gelte das Bestehende zu reinigen und zu festigen, etwa Luthers Reformation unter neuen Bedingungen zu Ende zu führen (Generalreformation). Die traditionelle Vorbildrolle des Aristoteles wird zumeist schon weitgehend abgelehnt. Neue Ideen schimmern auf: religiöse Toleranz, Aktivität des Individuums und verstärkte Wertung seiner Rolle, Betonen der Verantwortung des einzelnen zur Diesseitsbewältigung, Ablehnen der Metaphysik und stärkeres Orientieren auf praktische Philosophie oder Jurisprudenz beziehungsweise Verbinden der Metaphysik mit den damaligen, in der

⁴³ Hans Maier: Die Katholiken und die Aufklärung. Ein Gang durch die Forschungsgeschichte, in: Katholische Aufklärung – Aufklärung im katholischen Deutschland, wie Anm. 17, S. 51.

⁴⁴ Heribert Raab (†): Die katholische "Ideenrevolution" des 18. Jahrhunderts. Der Einbruch der Geschichte in die Kanonistik und die Auswirkungen in Kirche und Reich bis zum Emser Kongreß, in: Katholische Aufklärung – Aufklärung im katholischen Deutschland, wie Anm. 17. S. 105.

⁴⁵ Breuer (Hrsg.): Die Aufklärung in den deutschsprachigen katholischen Ländern 1750–1800, wie Anm. 21, S. 15.

Tat revolutionären Errungenschaften der Naturwissenschaft. Diese Ideen und die sie vertretenden Individuen werden von unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften gestützt. In Deutschland, und nicht nur hier, haben wir eine von weltlichen und theologischen Quellen ausgehende Frühaufklärungsbewegung. Keine kann den Vorrang beanspruchen. Verschiedenste Ansätze überschneiden sich oder schließen sich aus. Die Frühaufklärer fechten untereinander erbitterte Kämpfe aus. Einigkeit besteht lediglich im Kampf gegen das Alte; in dieser Frage schließt man untereinander Bündnisse, die zeitweilige Kompromisse mit Vertretern des Alten nicht ausschließen. Frühaufklärung endet an der Schwelle zur Konsolidierung der Bewegung. Und diese liegt – womit ich vielen Autoren widerspreche – in Deutschland nicht erst 1740, sondern im zweiten Dezennium des 18. Jhs.! Chr. Wolff kommt das Verdienst zu, Vollender der deutschen philosophischen Frühaufklärung und ein Höhepunkt der philosophischen Aufklärung in Deutschland und weiten Teilen Europas fast das ganze 18. Jh. hindurch zu werden.

Für die Entwicklung der Idee von der Aufklärung im katholischen Bereich ist immer wieder oder immer noch Sebastian Merkle (1862-1945) zu nennen. Er, 1887 zum katholischen Priester geweiht, war seit 1888 Repetent der Philosophie im Wilhelmsstift zu Tübingen, wo er 1892 den philosophischen Doktorgrad erwarb. Ab Mai 1894 beteiligte er sich im Auftrag der Görres-Gesellschaft an der Vorbereitung der Quellenedition zur Geschichte des Konzils zu Trient. Im Mai 1898 wurde ihm von der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen die Würde eines Doktors der Theologie verliehen. Und seit dem 16.10.1898 war S. Merkle ordentlicher Professor für Kirchengeschichte, christliche Dogmengeschichte und Archäologie in Würzburg. Dieser hervorragende Lehrer, ein gediegener, gründlicher Forscher zudem, wagte neue, bislang noch nicht bearbeitete Probleme anzugehen. Sein Vortrag über die katholische Beurteilung des Aufklärungszeitalters auf dem Internationalen Kongreß für historische Wissenschaften zu Berlin am 12.08.1908 wurde wegweisend für progressive Kräfte innerhalb der katholischen Kirche. 46 Merkle selbst faßte seinen Vortrag als "Ehrenrettung des deutschen Katholizismus" auf. ⁴⁷ B. Schneider erblickt in Merkles Vortrag

⁴⁶ Sebastian Merkle: Die katholische Beurteilung des Aufklärungszeitalters, in: ders.: Ausgewählte Reden und Aufsätze, hrsg. von Theobald Freudenberger, Würzburg 1965, S. 361-413 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg, 17).

⁴⁷ Sebastian Merkle: Die kirchliche Aufklärung im katholischen Deutschland. Eine Abwehr und zugleich ein Beitrag zur Charakteristik "kirchlicher" und "unkirchlicher" Geschichtsschreibung, Berlin 1910, S. 8f.

einen Brückenschlag "zu einer von den ultramontanen Kreisen verfemten Lebenswelt außerhalb des engeren katholischen Milieus und zur nicht-katholischen Wissenschaftskultur". Zudem wollte er "den durch die Anti-Modernismus Maßnahmen Roms eben zu dieser Zeit sich nochmals verstärkenden Vorbehalten gegen einen permanent rückständigen und reformfeindlichen Katholizismus entgegentreten". ⁴⁸ So betont er bereits einleitend, es sei falsch, "die dunklen Schatten im Bilde der Aufklärungsepoche" zu verabsolutieren oder überzubewerten. Dabei rechnet er mit der bisherigen katholischen Geschichtsschreibung der Aufklärungsära ab, unter anderem mit einseitig negativen Darstellungen des Aufklärungszeitalters. Doch auch S. Merkle läßt die Aufklärung in dieser grundlegenden Arbeit erst mit der Mitte des 18. Jhs. beginnen. In seinem Aufsatz zur Aufklärungszeit von 1936 schreibt er dann: "Die Aufklärung ist in kirchengeschichtlicher Hinsicht oft allzu schematisch beurteilt worden; daher kam man weithin zu ungerechten, verallgemeinernden Urteilen. Man beschäftigte sich vor allem zu wenig mit der Frage, ob jener Zustand, gegen den die Aufklärung sich erhob, nicht vielleicht Fehler und Mängel in sich barg, aus denen die Aufklärung wenigstens ein scheinbares Daseinsrecht zog; ob nicht Unterlassungen der verantwortlichen Führung mit schuld gewesen sind an jener Bewegung, die zu einer Übertragung kirchlicher Rechte an die weltliche Macht, einer Zurückdrängung des Übernatürlichen zugunsten des Natürlichen, zur Geringschätzung des Geistigen und Überschätzung des Profanen in verschiedenen Abstufungen führte. Wenn diese Fragen bejaht werden müssen, so gilt es, vielerlei für die Gegenwart zu lernen. "49 Und: "Die *maßvolle* katholische Aufklärung, die entschieden an der Offenbarung festhielt, daneben aber die durch menschliche Leidenschaft oder Kurzsichtigkeit entstandenen Schlacken abstieß, hat der Kirche die in weiten Kreisen abhanden gekommenen Sympathien zurückgewonnen Es ist zu untersuchen, ob in neuen, sich vielleicht allzu stürmisch und radikal gebenden Bewegungen nicht doch da und dort ein berechtigter Kern steckt; wenn ja, ist dieses Berechtigte in entsprechender Form in das eigene Programm zu übernehmen. Das christliche Ideal wird auf Erden nie voll verwirklicht; die Unvollkommenheit der Menschen macht sich immer geltend, ... bald mehr, bald weniger. Daher sind zu allen Zeiten echte Verbesserungsbemühungen am Platz. Wer wollte für die neue und neueste Zeit, für die

⁴⁸ Schneider: "Katholische Aufklärung". Zum Werden und Wert eines Forschungsbegriffs, wie Anm. 17, S. 359.

⁴⁹ Sebastian Merkle: Um die rechtliche Beurteilung der sogenannten Aufklärungszeit, in: ders.: Ausgewählte Reden und Aufsätze, wie Anm. 46, S. 414.

letzten Jahrzehnte manche Übel, manche Abgleitungen und Entgleisungen im katholischen Leben leugnen? ... Wurde nicht von manchen Kreisen das Religiös-Kirchliche und die wissenschaftliche, literarische, kulturelle Arbeit im Dienste der Kirche zu sehr geringgeschätzt gegenüber der Parteipolitik? ... gab es in der Presse nicht zuviel Tagespolitik statt umfassender Berichte über die Dauerwerte, über die großen Fragen, Sorgen und Leistungen der Weltkirche? ... Alle diese Fragen sind ebensoviel Anregungen zur Gewissenserforschung." 50

In Fortführung dieser Gedanken formuliert am Ende des 20. Jhs. H. Raab (1923–1990): "Ordenstraditionen und Ordensrivalitäten - das Gegeneinander von Jesuiten, Benediktinern, Franziskanern, von Regular- und Säkularklerus - sind selbst aus einer Skizze der katholischen Aufklärung nicht wegzudenken."51 Ebenso schreibt B. Bianco (geb. 1943): "Wenn wir uns ... von dem negativen Urteil befreien, das heute gewöhnlich mit den Begriffen Eklektik und Eklektizismus in Zusammenhang gebracht wird - ein Vorurteil das seit dem deutschen Idealismus die übliche Geschichtsschreibung sozusagen verdorben hat –, so wird es nicht schwer, im Eklektizismus ... auch eine zentrale intellektuelle Tugend der Aufklärung zu erkennen. Eklektizismus und Eklektik sind ... schon in ... der Frühaufklärung ein Synonym für Urteilsfreiheit, für Unparteilichkeit; ganz anders als die ordnungslose und akritische Häufung von Tatsachen und Lehren (das ist für die Aufklärer eher der "Synkretismus') stellen sie sich als philosophia electiva der philosophia sectaria entgegen, die den Autoritätsglauben zu ihrer einzig gültigen Regel gemacht hatte. In diesem Sinne kann man richtig sagen, daß Eklektizismus, Selbstdenken. Mündigkeit das Wesen der deutschen Aufklärungsphilosophie zum Ausdruck bringen, und daß ein roter Faden die bedeutungsvollsten Vertreter des 18. Jahrhunderts (von Thomasius über Brucker bis Kant) verbindet."52

S. Merkle erfuhr für seine ehrlichen und wichtigen Aussagen viel Widerspruch, gerade auch von seinen professoralen Kollegen. Zustimmung nach eigenen Aussagen kaum! Einer seiner entschiedensten Gegner, der auch von ihm kritisch genannte Professor der Theologie an der Universität Tübingen J. B.

⁵⁰ Ebd., S. 419f.

⁵¹ Raab: Die *katholische Ideenrevolution* des 18. Jahrhunderts, in: Katholische Aufklärung - Aufklärung im katholischen Deutschland, wie Anm. 17, S. 112.

⁵² Bruno Bianco: Wolffianismus und katholische Aufklärung, Storchenaus' Lehre vom Menschen, in: ebd., S. 100f. Vgl. ders.: Wolffianismus und katholische Aufklärung, Storchenaus' Lehre vom Menschen, in: Michael Benedikt (Hrsg.), Wilhelm Baum/Reinhold Knoll (Mithrsg.): Verdrängter Humanismus – verzögerte Aufklärung. Österreichische Philosophie zur Zeit der Revolution und Restauration (1750–1820), Wien 1992, S. 357–367.

148

Sägmüller (1860–1942), schreibt gegen Merkle u. a.: "als wesentlicher Stand der Theologie in der Zeit der kirchlichen Aufklärung" ergebe sich "eine fast nur eklektische Philosophie, eine größtenteils sterile Exegese, eine sehr oft staatsdienerische, romfeindliche und daher unfreie unwissenschaftliche Kirchengeschichte, eine wesentlich populär oberflächliche Religionswissenschaft an Stelle einer tiefgründigen Dogmatik und Moral, ein durchaus serviles, mit wissenschaftlicher Unfruchtbarkeit geschlagenes Kirchenrecht. eine Pastoraltheologie, die weithin nur ein Konglomerat von trivialen Klugheitsregeln war. Dazu kam ein unwissenschaftlicher Lehrbetrieb auf Universitäten und in Seminarien, ein sich überstürzendes Experimentieren mit neuen Studien- und Lehrplänen, mit neuen und zum Teil ganz unnötigen Lehrfächern, eine sklavische Gebundenheit an die staatlich vorgeschriebenen, oft weniger als kompendiösen Lehrbücher, ein mechanischer Drill zur Erzeugung willenloser geistlicher Staatsdiener, eine kirchenfeindliche Zensur, ein vandalisches Verfahren gegen die wertvollsten Klosterbibliotheken, eine beklagenswerte Abnahme ernsthafter Literatur und ein unheimliches Wachstum einer schmählichen Pamphletenliteratur gegen Glauben und Kirche". Und: "Der innerste Grund für den gewaltigen Tiefstand der Theologie der kirchlichen Aufklärung" sei "der rationalistische Unglaube sehr vieler Aufklärer". Für Sägmüller besteht das "Wesen der Aufklärung aus einem Konglomerat von Gallikanismus, Jansenismus, Febronianismus, Josephinismus, rationalistischer Philosophie, Freimaurerei und Protestantismus". Dazu wird in dieser seiner Broschüre fast abschließend die Bulle Pius VI. (1775–1799) "Auctorem fidei" vom 28.8.1794 erwähnt, die eine Reihe wesentlich und spezifisch aufklärerischer Sätze verurteilt. 53 Nach B. Schneider war an der Debatte zwischen S. Merkle und seinen Kontrahenten bedeutsam, daß "erst dadurch die Aufklärung wieder Heimatrecht in der katholischen Aufklärung erlangte, nachdem man sich seit Generationen daran gewöhnt hatte, Aufklärung und Katholizismus als schlichte Gegensätze zu verstehen". 54

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind prozeßhaft verbunden, zu jeder Zeit! Man versteht auch Frühaufklärung letztlich nicht, wenn man nicht ihre Voraussetzungen besieht. Und die Voraussetzungen der deutschen Frühaufklärung liegen nun einmal vorwiegend *in* Deutschland! Hemmend für

⁵³ Johann Baptist Sägmüller: Wissenschaft und Glaube in der kirchlichen Aufklärung (c. 1750–1850). Zur Erwiderung auf Professor Merkles Rede und Schrift "Die katholische Beurteilung des Aufklärungszeitalters" und zur Charakterisierung der kirchlichen Aufklärung, Essen-Ruhr 1910, S. 55f., 88, 96.

⁵⁴ Schneider: "Katholische Aufklärung", wie Anm. 17, S. 363.

die Erfassung dieser Tatsache ist, daß die deutsche Philosophie zwischen Philipp Melanchthon (1497–1560), Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) und Chr. Wolff – J. Böhme (1575–1624) ausgenommen – sträflichst vernachlässigt wurde. Daß eine von der lutherischen Reformation und ihren Folgen, Wirkungen, Wertungen herkommende Linie direkt in die Aufklärung und dann in die klassische deutsche Philosophie mündet, tritt stark in den Hintergrund. Die Entwicklung im katholischen Deutschland zu dieser Zeit ist erst recht vergessen. Nochmals sei wiederholt: Auch der Katholizismus liefert hinreichende Anknüpfungspunkte für die deutsche Frühaufklärung! Man darf dabei etwa Süddeutschland, Österreich mit Wien, Böhmen, Prag selbst, nicht außer acht lassen. Wer aber das Entstehen der deutschen Frühaufklärung generell, insgesamt begreifen will, kann an Martin Luthers Wirken und seinen Wirkungen nicht vorbei, ebenso nicht an Erasmus von Rotterdam (1466/ 69-1536), den "Radikalen der Reformation" inklusive Thomas Müntzer (um 1490–1525). Die "Radikalen der Reformation", zum Teil auch die deutschen Humanisten – z.B. Paracelsus – führen vornehmlich Mystik und Pantheismus auf ihrem Panier. Mystik ist auch, so sie sich als philosophische Mystik zeigt, Aufforderung zur aktiven Aneignung Gottes. Da aber zur Zeit der Frühaufklärung Gott und Welt im wesentlichen noch in eins gesetzt werden, ist Aufforderung zur Gottähnlichkeit stets zugleich Aufforderung zur Aneignung der Welt, Aufforderung zum Tätigsein. Die Substanzvorstellung R. Descartes' bedarf dieser schöpferischen Aktivität nicht. Spinoza systematisiert den Pantheismus in einen "ordo geometrico demonstrata". Der Begriff der Freiheit fällt in diesem System der Metaphysik weitgehend zum Opfer. In der Mystik hingegen wird er bewahrt, aber nicht nur in der Mystik allein – schon oder auch im Neuplatonismus ist er in der eigentümlichen pantheistischen Verformung vorhanden, die er in der Renaissance hatte.

In die Vorgeschichte der deutschen Aufklärung gehören ebenso die Ideen der Rosenkreuzer, eines Gelehrtenbundes am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges. Diese Reformbewegung der Intellektuellen wurde von Johann Valentin Andreae (1586–1654) inauguriert. Auch ihr eignet eine mit Pantheismus und Mystik versetzte Philosophie. Die für Deutschland angeblich auch wissenschaftlich finsteren Jahrzehnte von 1550 bis 1680 bringen weiter den deutschen Sozinianismus hervor. Ernst Soner (1572–1612) sei hier stellvertretend genannt. Altdorf (Soners Wirkungsstätte), ebenso Wittenberg und Heidelberg waren zeitweilig die bevorzugten Universitäten der polnischen Sozinianer. Der Sozinianismus mündet in den englischen Deismus; bei dem Sozinianer Joachim Stegmann d. Ält. (1595–1633) finden wir 1631 die Ideen

von John Tolands "Christianity not Mysterious" (1696) fast wörtlich vorgeformt. Deutsche Wissenschaft hat gerade in dieser Hinsicht viel übersehen. Jedenfalls ist der Sozinianismus gerade für das Aufklärungsdenken sehr trächtig. Wandten sich Mystik und Makro-Mikrokosmos-Lehre, ausgehend von der pantheistischen Einheit der Welt, gegen die kirchlichen Glaubenssätze, so haben wir mit dem Sozinianismus nun eine andere Seite der Überwindung der bisherigen Religion vorliegen: den Rationalismus.

Ein zweiter "Strang", der deutsches Philosophieren zwischen Reformation und Aufklärung bestimmt und auch ganz wesentlich auf die Frühaufklärung wirkt, ist die deutsche Mystik. 56 Sie hat in dieser Zeit eine andere Gestalt als die des Meister Eckhart (um 1260-1327), des Johannes Tauler (um 1300–1361), des Heinrich Seuse (1295/1300–1361). Durch die Rezeption der spätmittelalterlichen Mystik im Bereich der seit 1555 formal gleichberechtigten lutherischen und katholischen Konfession trug die Mystik des 16. und 17. Jhs. in vielen Aspekten überkonfessionelle Züge. Diese Überkonfessionalität setzt sich auch in der Schulphilosophie des Protestantismus durch. Sie führt auch zu ersten Formen der Toleranz, setzt auch in dieser Hinsicht Wegmarken! Und diese Mystik nimmt die Lehre vom "Buch der Natur" auf, damit pantheistisch das weiterhin gültige "Buch der Gnade" ergänzend. Ich möchte E. Seeberg zustimmen: "Die Mystik kennt, beherrscht von dem Urtrieb nach dem einen, nur eine Auflösung aller Gegensätze des Lebens und der Geschichte in dem Sinn, daß schließlich alles Ungeistige, dem nur negative Bedeutung zukommt, von dem Geist besiegt und in ihm gewandelt wird. Krieg, Amt, Kirche, all das ist ,Welt' oder ,Fleisch' und der wahre Christ wird sich davon als dem Nichtseienden zurückziehen oder es bekämpfen. Die ... Mystik führt stets zu einer indifferenten oder demokratisch-revolutionären Haltung gegenüber der "Welt"."⁵⁷ Dabei ist es als ein ganz natürlicher Vorgang anzusehen, wenn die Irenik mit der Mystik in der Forderung nach Gewissensfreiheit zusammengeht.

⁵⁵ Vgl. Wollgast: Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550–1650, wie Anm. 27, S. 346–422; ders.: Der Sozinianismus und die deutsche Frühaufklärung, in: Würzburger medizinhistorische Mitteilungen, Würzburg, 21/2002, S. 397–445.

⁵⁶ Vgl. Siegfried Wollgast: Die deutsche Frühaufklärung. Grundlagen – Aspekte – Schlußfolgerungen, in: Die Aufklärung in der geistigen Auseinandersetzung unserer Tage, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 2000, S. 61–65 (Texte zur Philosophie, 6); ders.: Mystik, in: Enzyklopädie Philosophie. Unter Mitwirk. von Detlev Pätzold, Arnim Regenbogen u. Pirmin Stekeler-Weithofer hrsg. von Hans Jörg Sandkühler, Bd. 1, Hamburg 1999, S. 585–587

⁵⁷ Erich Seeberg: Zur Frage der Mystik, Leipzig-Erlangen 1921, S. 7.

Die Mystik des 16. und 17. Jhs. verdankt dem Welt- und Menschenbild der Renaissance entscheidende Anregungen. Und sie verarbeitet das spätbyzantinistisch-naturmystische Corpus Hermeticum, übernimmt die Makro-Mikrokosmos-Lehre und neigt damit zum Pantheismus. Sie vertritt weiter eine organizistische Naturbetrachtung, sucht, wie sollte es bei ihrem Anliegen anders sein, die Welt in ihrer Einheit, in ihrer Harmonie zu fassen. Diese Mystik verbindet mit Meister Eckharts "Seelenfünklein" die stoische Lehre vom "Logos spermatikos" sowie Hylozoismus. Die Versenkung in die Natur ist nicht mehr nur mystische Begegnung mit dem Göttlichen, sondern auch rationales Mittel der Naturerkenntnis zum Zwecke ihrer Beherrschung. Das läßt sich an der hermetischen Tradition im wissenschaftlichen Fortschritt nachdrücklich belegen. Es ist kein Ruhmesblatt deutscher Philosophiehistoriographie, daß diese Tradition – von Ausnahmen wie Karl Joël (1864–1934) abgesehen – bis zur zweiten Hälfte des 20. Jhs. sträflichst vernachlässigt worden ist. Dabei wirkt dieser Aspekt gerade auch in pietistischen Gruppierungen.

Die Mystik des 16. und 17. Jhs. wird mit Hilfe der Magie weitergedacht. 58 Auf diese Weise suchten die Mystiker die Epochen-Angst zu überwinden, sich Gottes zu versichern, somit einen Halt zu gewinnen. Und das aus individueller Sicht und Verantwortung, ohne Gnadenmittel anderer oder der Kirche! Das erhöht die Eigenverantwortung des Individuums fast über die Grenze der Belastbarkeit hinaus. Dem steht nicht entgegen, daß etwa die katholische Kirche mit dem Sakrament der Eucharistie selbst die Mystik stark betonte, was gerade in der nachtridentinischen Zeit gerade die Jesuiten mit eucharistischen Andachten, Marienkult, Heiligen- und Reliquienverehrungen usw. noch verstärkten. Der Mystiker versagt sich zumeist dieser Macht, er geht seinen Weg zu Gott allein. Die bekannte und bedeutende Theologin sowie Gesellschaftstheoretikerin D. Sölle (1929–2003) geht von dem beweisfähigen Satz aus: "Wir sind alle Mystiker"⁵⁹. Nach ihr hat "die Mystik … den Menschen, die von ihr ergriffen waren, gegen mächtige, erstarrte, gesellschaftskonforme Institutionen geholfen, und sie tut es - auf oft sehr verquere Weise - auch heute". 60 Also auch bei Herausbildung der Aufklärung im Deutschland des 17. Jhs., damit auch bei ihrer Herausbildung im katholischen Deutschland und

⁵⁸ Vgl. Will-Erich Peuckert: Gabalia. Ein Versuch zur Geschichte der magia naturalis im 16. bis 18. Jahrhundert, Berlin 1967; Wolf-Dieter Müller-Jahncke: Astrologisch-magische Theorie und Praxis in der Heilkunde der Frühen Neuzeit, Wiesbaden-Stuttgart 1985 (=Sudhoffs Archiv, Beih. 25), S. 33–134.

⁵⁹ Dorothee Sölle: Mystik und Widerstand. "Du stilles Geschrei", 3. Aufl., Hamburg 1997, S. 25. Vgl. S. 14.

⁶⁰ Ebd., S. 12.

beim Werden einer neuen Aufklärung im 21. Jh. Nach D. Sölle ist Mystik gegen jede Zweckrationalität, was sie unter Verweis auf Meister Eckharts deutsche Predigt "In hoc apparuit caritas dei in nobis" (1. Jh 4,9) darlegt. Mystik vereint in sich auch "Ichlosigkeit, Besitzlosigkeit und Gewaltlosigkeit". ⁶¹ Damit ist sie gegen die in der heutigen europäischen Welt herrschende Allmacht des Marktes, die uns prägt, auch gegen abhängig machenden Besitz, gegen die Herrschaft von Ideologien über uns.

Es wäre einseitig, nur die Spezifik der oppositionellen Mystik darzutun. Es gab ja auch eine Mystik bei Ignatius von Loyola (1491–1559), überhaupt gerade in der katholischen Kirche. H. Heppe gibt eine Charakteristik der quietistischen Mystik des 16. und 17. Jhs. ⁶² Wie viele vorzügliche Arbeitsergebnisse des 19. Jhs. ist auch dies in einem von Ideologien zerrissenen Jahrhundert in Vergessenheit geraten. Wir sollten uns stärker wieder darauf besinnen! Auch die Mystik der katholischen Kirche des 17. Jhs., etwa Miguel de Molinos (1640–1697) und J.M. Bouvier de la Motte Guyon (1648–1717), stellt die Mystik bewußt in Gegensatz zur Scholastik. Sie führte zu einer Entleerung der offiziellen Kirchlichkeit, zu einer Erhöhung der Rolle des Individuums. Leider wird bei dieser Form der Mystik häufig ein Aspekt vergessen, der ihre revolutionäre Seite ausmacht und den F. Niewöhner so skizziert: "Die imitatio dei ist eine Lebensform, eine Art vita contemplativa, die die vita activa des Gesetzes hinter sich gelassen hat und in ein neues Sein eingetreten ist, welches aber nicht in Weltflucht besteht, sondern in einer erneuten Hinwendung zur Welt, und zwar dadurch, daß von dem in der imitatio dei Lebenden Gnade, Recht und Tugend ausgehen - mit dem ausdrücklichen Zusatz auf Erden'. "63 Sicher: es gibt in der quietistischen Mystik auch eine Linie. auf die diese Einschätzung nicht zutrifft. Aber diese hat im 16. und 17. Jh. keine große Anhängerschar, jedenfalls nicht außerhalb der Klöster.

Bewußt habe ich paradigmatisch zwei Linien, zwei "Stränge" herausgenommen, die für die deutsche Frühaufklärung – jedenfalls die geistliche, damit auch die katholische Frühaufklärung – prägend werden. Und das Geflecht von Chiliasmus, Eschatologie, Prophetie, Mystik und Rationalismus ist noch

⁶¹ Ebd., S. 262 u.ö.

⁶² Heinrich Heppe: Geschichte der quietistischen Mystik in der katholischen Kirche, Berlin 1875 (Reprint Hildesheim-New York 1978).

⁶³ Friedrich Niewöhner: Maimonides. Aufklärung und Toleranz im Mittelalter, Heidelberg 1988, S. 33 (=Kleine Schriften zur Aufklärung, 1). Vgl. Sölle: Mystik und Widerstand, wie Anm. 59, S. 122–128, 247f. u. ö.

längst nicht entwirrt! All das aber ist Voraussetzung für das richtige Bestimmen deutscher Frühaufklärung, auch im katholischen Bereich.

Die Frühaufklärer der verschiedenen Richtungen in Deutschland gehen von unterschiedlichen Quellen aus, befehden sich auch untereinander. Beispiel sind etwa die Kontroverse zwischen Christian Thomasius und Ehrenfried Walther von Tschirnhaus (1651–1708) oder zwischen dem radikalen weltlichen Aufklärer Friedrich Wilhelm Stosch (1648–1704) und einer Kommission, die aus anderen Aufklärern – z. B. S. Pufendorf, Ezechiel von Spanheim, Daniel Ernst Jablonski, Ph. J. Spener – bestand.

Einige Anliegen und Merkmale sind ihnen aber gemeinsam: 1. Kampf um die Freiheit der Philosophie und Wissenschaft von der Theologie. 2. Der Kampf gegen den Konfessionalismus und um religiöse Toleranz, die zur Idee der universellen Toleranz fortgeführt wird. 3. Ein zumeist deistisches Gottesverständnis, wie überhaupt der Deismus in der Aufklärung (auch in Frankreich!) vorherrscht. 4. Die Suche nach einer Methode, die den Erfordernissen der neuen Naturwissenschaft entspricht: Philosophie wird als Methodenlehre und praktische Philosophie verstanden, darauf zielend, die Menschen glücklich zu machen. Daneben gibt es auch, G. W. Leibniz und E. W. von Tschirnhaus stehen dafür als Beispiel, Bemühungen um die Weiterentwicklung der Metaphysik. 5. Das weitgehende Dominieren des Rationalismus, was aber nicht in der Mystik gilt. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Mystik in der weltlichen (Thomasius, Leibniz) wie in der pietistischen Aufklärung keine geringe Rolle spielte. Der Gegensatz zwischen Rationalismus und Empirismus wird erst durch J. Le Rond d' Alembert bzw. durch I. Kant einer ersten, wenngleich heute nicht mehr hinlänglich überzeugenden Klärung zugeführt. Zuvor aber bestimmt er die Szene des philosophischen Denkens im 17. und 18. Jh. – auch in der deutschen Frühaufklärung. Dabei läßt sich die Zuordnung eines Denkers dieser Zeit zu Rationalismus oder Empirismus häufig nicht eindeutig vornehmen. 6. Das Eingehen eines engen Bündnisses mit der progressiven Naturwissenschaft der Zeit, vornehmlich der Mathematik und Mechanik. Zeitweilig verbünden sie sich auch mit dem Pietismus, beziehungsweise mit dem radikalen Pietismus (und umgekehrt). 7. Den Aufklärern erscheint die persönliche Überzeugung nun wichtiger als die übernatürliche Rettung. Die menschliche Vernunft tritt an die Stelle der göttlichen Offenbarung; das menschliche Leben erscheint nicht mehr vorrangig oder allein als Vorbereitung auf die Ewigkeit, sondern als Selbstzweck. 8. Der Dogmatismus, gefaßt als uneingeschränkte Anhängerschaft an ein bestehendes philosophisches System und dessen Begründer, wird abgelehnt, dafür Eklektizismus gesetzt und praktiziert. Welche dieser Punkte gelten auch in der katholischen Frühaufklärung?

Der Erfurter katholische Theologieprofessor K. Feiereis (geb. 1931) meint, im Gegensatz zum 16. Jh. ließe sich beim Katholizismus in Deutschland zwischen 1650 und 1800 "von herausragenden theologischen und kirchlichen Leistungen" kaum noch sprechen. "Gerade die Theologie begnügte sich damit, ihre Position gegen Irrglauben und Indifferentismus zu verteidigen." Man stützte sich lediglich "auf das scholastische Denkschema". Dies trug sich nicht gegen die neuen, mit Pantheismus, Empirismus und Rationalismus verbundenen Denkströmungen. Für den "Insider" Feiereis gilt zudem: "Die katholische Theologie des deutschen Sprachraumes konnte während des 18. Jahrhunderts keine Persönlichkeit aufweisen, welche an Bedeutung einem Leibniz, Wolff, Mendelssohn, Herder oder Kant ebenbürtig gewesen wäre. Auch die Umprägung der natürlichen Theologie in Religionsphilosophie vollzog sich daher ohne eine unmittelbare Mitwirkung der katholischen Wissenschaftler."64 U. Im Hof argumentiert dazu: "Mit der aufklärerischen Bewegung tat sich der Katholizismus schwerer als der Protestantismus ... Aber im 17. Jahrhundert erhob sich im französischen Jansenismus eine ernsthafte Kritik am allzu kurialzentrierten und allzuweit von biblischer Einfachheit entfernten allmächtigen Jesuitismus. Sosehr der Jansenismus streng und kirchlich fromm war und weit vom Rationalismus der beginnenden Aufklärung, er hatte ... eine ähnliche Wirkung wie der verfolgte Hugenottismus ... Jansenismus bedeutete – ähnlich wie bei den evangelischen Pietisten – wirkliches Engagement im christlichen Leben und christlicher Liebestätigkeit ... Das war zwar nicht Aufklärung im rationalen Sinn, aber anders als der gängige, jesuitisch geschulte Katholizismus offener und christlicher Praxis zugewandt."65 Ich schließe daraus erneut: Es gilt die Spezifik der Frühaufklärung stets zu beachten! Sie ist nicht nur Rationalismus, wie ist sonst der Pietismus als religiöses Phänomen erklärbar? Zudem haben wir zweifellos in der ganzen Aufklärung "die übliche, wenn auch jeweils unterschiedlich dosierte Mischung von pessimistischer Skepsis und optimistischen Normativismus". Dies kann nur Verwunderung hervorrufen, "wenn man die geistesgeschichtlich höchst bedeutsame Tatsache außer acht läßt, daß fast all die Einsichten und Überzeugungen, die Anlaß zur Skepsis gaben, wenn es um die logische Begründung der aufklärerischen Ideale an sich ging, gleichzeitig die ideellen

⁶⁴ Konrad Feiereis: Die Umprägung der natürlichen Theologie in Religionsphilosophie. Ein Beitrag zur deutschen Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderts, Leipzig 1965, S. 184, 186.

⁶⁵ Ulrich Im Hof: Das Europa der Aufklärung, München 1993, S. 154f.

Waffen lieferten, die im Kampf gegen die traditionelle Theologie eingesetzt werden und die Zuversicht auf den künftigen Sieg bzw. Optimismus wecken konnten".66

Nach B. Jansen S. J., dessen Verdienste für die katholische Aufklärung bereits global genannt wurden, bietet die Aufklärung in der Theologie negative Seiten (hier wird in etwa J. B. Sägmüller referiert), zugleich auch "begrüßenswerte, gute Seiten ... Kampf gegen Aberglauben, humanere Pflege des Gesundheitswesens, des Rechts, des Strafverfahrens, Fortschreiten der allgemeinen Bildung, Betonung der Charitas".⁶⁷ Bis 1936 gab es aber nach B. Jansen "überhaupt kein Werk ..., das sich mit der Stellung der katholischen Philosophen zur Aufklärungsphilosophie befaßte". Sieht es heute anders aus?

Die Aufklärungsphilosophie fand im Katholizismus Deutschlands nach B. Jansen vornehmlich bei den Benediktinern und Franziskanern Vertreter. Dabei handelt er vornehmlich Vertreter des 18. Jhs. ab. Eine Ausnahme ist m. E. der altbayrische Augustinerchorherr Eusebius Amort (1692–1775) mit seiner "Philosophia Polingiana ad normam Burgundicae" (Augsburg 1730). Er suchte das Neue in die Scholastik einzubauen und vertrat die Richtung des seinerzeit vielgerühmten einflußreichen französischen Weltpriesters Jean-Baptiste Du Hamel (1623?–1706), der in seiner oft aufgelegten umfänglichen "Philosophia vetus et nova ad usum scholoe accommodata, in Regia Burgundia olim pertracta" ein gleiches vornahm. Deren erste Ausgabe – Paris 1678 – enthält 4 Bände in 8°, die fünfte Auflage ("auctior et emendatior", Amsterdam 1700) 6 Bände. In Nürnberg war eine Auflage 1682 in 2 Bänden erschienen, in Venedig kam eine 6bändige Ausgabe mit dem Zusatz "multo emendatior et auctior" 1730 heraus.

Gerade die offenbare Hauptquelle E. Amorts, also J.-B. Du Hamel, gehört zur Frühaufklärung. Dessen beachtliches Werk reicht von den Naturwissenschaften über die Philosophie bis zur Bibelexegese. Den nachhaltigsten Einfluß übte seine "Philosophia vetus et nova" aus. Von 1666, seit der Gründung, bis 1697 war er Sekretär der Académie des Sciences. Er schrieb in lateinischer Sprache eine Geschichte dieser Akademie, die 1700 in Leipzig erschien. 68

⁶⁶ Kondylis: Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus, wie Anm. 1, S. 469. Vgl. zu dieser Polarität der Welt- bzw. Naturauffassung auf theologischer Seite ebd., S. 472f.

⁶⁷ Bernhard Jansen SJ: Philosophen katholischen Bekenntnisses in ihrer Stellung zur Philosophie der Aufklärung, in: Scholastik, Freiburg/Br., 11/1936, S. 1–51, zit. S. 1f., vgl. S. 51.

Vgl. zu J.-B. du Hamel: Grundriß der Geschichte der Philosophie. Begründet von Friedrich Ueberweg. Völlig neu bearb. Ausgabe. Die Philosophie des 17. Jahrhunderts. Bd. 2: Frankreich und Niederlande, hrsg. von Jean-Pierre Schobinger, Basel 1993, S. 671–675, 706 u. ö.

"Die Zentren der katholischen Aufklärung waren zugleich Zentren des Antijesuitismus, so vor allem die Höfe in Bonn, Mainz, Trier, Würzburg, Ingolstadt, Wien, Prag, Fulda und Freiberg."⁶⁹ Van Dülmen umfaßt mit seiner Untersuchung die drei geistlichen Fürstentümer Köln. Trier und Mainz sowie die Fürstbistümer Würzburg, Augsburg und Salzburg, Bayern und die österreichischen Länder. Der Antijesuitismus wurde etwa in der Mitte des 18. Jhs. hier intensiv, zuvor zeigte er sich in Deutschland "mehr oder weniger in einer Kritik des Lehrsystems, der Moral und der Frömmigkeitspraxis der Jesuiten". 70 Seit wann aber? Das wird durch van Dülmen ebensowenig beantwortet, wie die Frage nach dem Beginn der Frühaufklärung im 17. Jh. in den von ihm erfaßten Territorien. "Ein nicht unwesentliches Moment" bei den sich der Reform verpflichtet fühlenden katholischen Aufklärern "lag auch in ihrem Gefühl der Rückständigkeit gegenüber den deutschen Protestanten und den Franzosen. Besonders stark trat dies in Bayern und in den rheinischen Staaten zutage. Man wollte unbedingt mit den Protestanten konkurrieren können und gab den Jesuiten die Schuld an diesem Rückstand."⁷¹

Robert Haaß, Archivdirektor zu Köln (1952), untersucht die geistige Haltung von 17 katholischen Universitäten im 18. Jh.: Köln, Bonn, Trier, Mainz, Erfurt, Münster (Westf.), Paderborn, Osnabrück, Fulda, Würzburg, Bamberg, Heidelberg, Dillingen, Ingolstadt, Freiburg (Breisgau), Breslau, Salzburg. Nach seiner Meinung weist die deutsche Aufklärung stärker als die anderer Länder "einen rationalistischen Zug" auf. G. W. Leibniz wird dafür als Beispiel genannt und betont, "daß die Aufklärungsphilosophen, Christian Wolff und seine Schüler … auch die Aufklärungsliteraten (Gottsched, Gellert u. a.) die Offenbarung durchaus anerkannten". Der Historiker und spätere Kardinal Giuseppe Garampi (1725–1792) hat Deutschland als päpstlicher Diplomat 1761–1763 bereist. Dabei stellte er fest, daß sich die katholischen Universitäten hier im "Zustand wissenschaftlicher Stagnation" befanden, während zugleich die protestantischen Universitäten Deutschlands aufblühten. Meines Erachtens gilt dies auch bereits für das letzte Drittel des 17.

⁶⁹ Richard van Dülmen: Antijesuitismus und katholische Aufklärung in Deutschland, in: Historisches Jahrbuch, München-Freiburg, 89/1969, S. 52–80, zit. S. 53.

⁷⁰ Ebd., S. 54.

⁷¹ Ebd., S. 65; vgl. ebd., S. 80.

⁷² Vgl. Robert Haaß: Die geistige Haltung der katholischen Universitäten Deutschlands im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der Aufklärung, Freiburg 1952, S. 17–164.

⁷³ Ebd., S. 12. Vgl. Jansen SJ: Philosophen katholischen Bekenntnisses in ihrer Stellung zur Philosophie der Aufklärung, wie Anm. 67. Jansen gibt hier 10 Wesenszüge der Aufklärung aus seiner Sicht (ebd., S. 2–4).

⁷⁴ Ebd., S. 14. Vgl. Eduard Winter: Frühaufklärung. Der Kampf gegen den Konfessionalismus in Mittel- und Osteuropa und die deutsch-slawische Begegnung. Zum 250. Todestag von G. W. Leibniz im November 1966, Berlin 1966, S. 105.

Jhs., den Beginn der Frühaufklärung in Deutschland! Darauf gehen z. B. R. Haaß oder B. Jansen gar nicht ein. Muß man bei jeder geistigen Erscheinung, Bewegung usw. nicht auch fragen, wo sie herkommt? Ist Frühaufklärung im katholischen Deutschland später als im protestantischen zu datieren? Ich weiß es nicht!

Noch immer gilt und es dürfte sich nicht ändern: "Aufklärung in Deutschland war zu erheblichen Teilen protestantisch. Die Zahl der evangelischen Kirchenmänner, akademischen Theologen und Pastoren, der Philosophen, Literaten und Staatsmänner, die die Aufklärung mitgestalteten, kritisch kommentierten und ihr noch im Widerspruch zu arbeiteten, war gewaltig. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts lebte das Aufklärungschristentum im protestantischen Milieu fort. Protestantismus und Aufklärung seien Geschwister-Adolf von Harnack noch in der nicht aufklärungsfreundlichen Epoche des Wilhelminismus. Sein Zeitgenosse Ernst Troeltsch sah es nicht anders. "75 Gerade in – dem marxistischen Denken verbundenen - Kreisen sollte man auch dabei bedenken: "Zweifellos fand im Zeitalter der Aufklärung eine teilweise dramatische Delegitimierung der Kirchenkultur statt. Prozesse der Delegitimation der Kirchenkultur bedeuten jedoch nicht Schwund der Religionskultur."⁷⁶ Das ist nachhaltig zu betonen, auch für eine Zeit, da Aufklärung in ihrer Ganzheit zu einem Triumphzug des Atheismus "verklärt" wurde! Übrigens: "Die größte Mehrheit der Aufklärer kämpft ... an zwei Fronten zugleich – gegen den echten Rivalen und gegen den falschen Bruder."⁷⁷

Der aus der katholischen Theologie herkommende E. Winter (1896–1982), Professor in Prag und Wien, Halle-Wittenberg und Berlin, hat auch die Frühaufklärung im Katholizismus behandelt. Er periodisiert Frühaufklärung "ungefähr von 1650–1750" und faßt "Aufklärung als Ausdruck des modernen Denkens, vor allem in der Auseinandersetzung mit dem kirchlichen Konfessionalismus". ⁷⁸ Nach seiner Meinung, der ich mich anschließe, ist die Frage noch keineswegs gelöst, "wie es geschehen konnte, daß die Auf-

⁷⁵ Kurt Nowak: Vernünftiges Christentum? Über die Erforschung der Aufklärung in der evangelischen Theologie Deutschlands seit 1945, Leipzig 1999 (Forum Theologische Literaturzeitung, H. 2), S. 11. Vgl. u. a. Ernst Troeltsch: Aufklärung, in: Realenzyklopädie für protestantische Theologie und Kirche (3. Aufl.) 2 (1897), S. 225–241. Ebd., S. 241: "Die Aufklärung ist Beginn und Grundlage der eigentlich modernen Periode der europäischen Kultur und Geschichte im Gegensatz zu der bisher herrschenden kirchlich und theologisch bestimmten Kultur."

⁷⁶ Nowak, ebd., S. 54.

⁷⁷ Kondylis: Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus, wie Anm. 1, S. 360.

⁷⁸ Winter: Frühaufklärung, wie Anm. 74, S. 5.

klärung gerade in den katholischen Ländern starke Bastionen errichtete. Nicht zuletzt war es ... gerade das katholische Frankreich, in dem am Ende des 18. Jahrhunderts die Revolution ausbrach. Diese war aber ideengeschichtlich unzweifelhaft Höhepunkt und Vollendung der Aufklärung und brachte die volle Auflösung jedes Absolutismus, auch des aufgeklärten."⁷⁹ Der in Frankreich 1679 von Ludwig XIV. endgültig unterdrückte Jansenismus – seine geistigen Führer Antoine Arnauld (1612-1694) und Pierre Nicole (1625–1695) mußten nach Holland bzw. Belgien ins Exil gehen – hat auch im katholischen Europa noch lange gewirkt. Er "wurde bei den Gegnern ein Sammelbegriff für eine Bewegung in der katholischen Kirche, die wohl am besten als katholische Aufklärung zu bezeichnen ist. Der Jansenismus war in Wirklichkeit nur der Kern dieser im 18. Jahrhundert immer mächtigeren Bewegung."80 Zu ihr gehörten auch Vertreter des Augustinismus, der Generalreformation und Gegner der Neuscholastik. Von den Jansenisten wird eine Gnaden- und Prädestinationslehre in ihrer strengsten Form vertreten. Besonders bewegt sie die Frage, in welchem Maße der Wille des Menschen, gute Werke anzustreben und zu vollbringen, der göttlichen Gnade und Hilfe bedürfe. Dabei wandten sich die Jansenisten zugleich gegen die Unfehlbarkeit des Papstes. Blaise Pascal (1623–1662) unterstützte ihre Positionen.

Nach D. Breuer umgreift der Begriff der katholischen Aufklärung "die besonderen konfessionell bedingten Antriebe der Modernisierung …: – die jansenistische Tradition einer verinnerlichten Frömmigkeit, – die konsequentere Realisierung der Reformdekrete des Trienter Konzils, – die dogmatische Tradition der positiven Bewertung von lumen naturale und Willensfreiheit, – die Tradition der historischen Methode in der benediktinischen Historiographie und (maurinischen) Editionsphilologie, – die Tradition der Kritik am jesuitischen Bildungssystem seitens der Juristen, – die gegenreformatorische Tradition des Staatskirchentums in Bayern und Österreich, – die ungeklärte kirchenrechtliche Stellung der Bischöfe und der nationalen Bischofskonferenzen gegenüber dem Papst, – die französischen und italienischen Vorbilder auf theologischem Gebiet, insbesondere der Pastoraltheologie."⁸¹ Dabei gilt für ihn "katholische Aufklärung" in Deutschland für die Zeit von 1750 bis 1800, nicht zuvor! Doch gerade die von ihm genannten acht Merkmale gelten

⁷⁹ Ebd., S. 37.

⁸⁰ Ebd., S. 41. Vgl. Historisches Wörterbuch der Philosophie. Hrsg. von Joachim Ritter (†) und Karlfried Gründer, Bd. 4, Basel-Stuttgart 1976, Sp. 634–640; Elisabeth Kovács: Aufklärung und Jansenismus im theresianischen Österreich, in: Verdrängter Humanismus – Verzögerte Aufklärung, wie Anm. 52, S. 385–399.

schon bedeutend eher, jedenfalls etwa ab 1700! Also noch zur Zeit der Frühaufklärung!

In Deutschland ..wurde eine Reihe von Konvertiten zu Bahnbrechern einer freieren Auffassung in der katholischen Kirche". 82 So der Leiter der Kaiserlichen Bibliothek in Wien, Peter Lambeck (1628–1680), der 1662 zum Katholizismus übergetreten war. Ebenso Ernst Landgraf von Hessen-Rheinfels (1623–1693), der seinen Übertritt weitgehend dem Kapuziner Valerian Magni (1586–1661) verdankte. Unschwer wären weitere Beispiele zu nennen. "Mittelpunkte der katholischen Frühaufklärung in Deutschland wurden die Augustineremeritenklöster in Erfurt und Würzburg ... Ein wichtiges Eingangstor für die Aufklärung ins katholische Deutschland wurde der Benediktinerorden."83 In der katholischen Kirche trat im Ringen um die Aufklärung, um das Neue das Laienelement mehr zurück, daher diese Ordenserwähnungen. Frankreich (Port Royal) und auch Italien haben dabei prägend gewirkt, dann auch die von Benediktinern beherrschte Universität Salzburg. Generell setzte sich "die Aufklärung im katholischen Deutschland ungefähr 20 Jahre später als im protestantischen durch ... Die Verzögerung ist aus der Geschichte des Denkens verständlich. Die philosophische Grundlage der Neuscholastik war ... so stark, daß sie nicht leicht abgetragen werden konnte ... Der Sieg der Aufklärung im katholischen Teil Deutschlands war deswegen ein noch größeres Ereignis als ihr Sieg im protestantischen. ... Es ist kein Wunder, daß die katholische Aufklärung in Deutschland ... ein so zwiespältiges Urteil ausgelöst und noch keine abschließende Darstellung gefunden hat". ⁸⁴ Österreich und Böhmen-Mähren sind damals Teil des von Habsburgern regierten "Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation". Frühaufklärung findet sich hier unter Leopold I., Kaiser von 1658 bis 1705. Um 1700 findet in Wien der Jansenismus viele Vertreter. "Am Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhun-

⁸¹ Breuer (Hrsg.): Die Aufklärung in den deutschsprachigen Ländern 1750–1850, wie Anm. 21, S. 12. Vgl. Ernst Hinrichs: Jansenismus und Pietismus – Versuch eines Strukturvergleichs, in: Hartmut Lehmann/Hans-Jürgen Schrader/Heinz Schilling: Jansenismus, Quietismus, Pietismus, Göttingen 2002, S. 136–158. Danach liegt bisher ein gründlicher Vergleich zwischen Pietismus und Jansenismus nicht vor; auch er behandelt Jansenismus vorwiegend bzw. ausschließlich für Frankreich, den Pietismus ausschließlich für Preußen.

⁸² Ebd., S. 95.

⁸³ Ebd., S. 100. "Für die Geschichte der katholischen Aufklärung sind die Ordensgegensätze von großer Bedeutung. Sie entzündeten sich nicht nur an der Rivalität um die Macht in der Kirche, sondern auch aus geistigen Wurzeln, wie der an Aristoteles orientierten Scholastik oder dem an Platon orientierten Augustinismus" (ebd., S. 352). Vgl. Grundriss der Geschichte der Philosophie, Bd. 4, wie Anm. 36, S. 362–365, bes. S. 365. Zu den Augustiner-Eremiten vgl. ebd., S. 371.

⁸⁴ Ebd., S. 105f.

derts war in Wien ein wissenschaftlich höchst interessierter Kreis von Männern beisammen, der ungefähr dem Kreis um Pufendorf und Spener in den neunziger Jahren des 17. Jahrhunderts in Berlin entsprach. "85 Zu ihnen gehörte Graf Ludwig Ferdinand Marsigli (1658–1730), Johann Christoph Müller (1673–1721), Eugen Prinz von Savoyen (1663–1736), Ch. J. Schierl von Schierendorf und der gelehrte Arzt Schöter. Der gelehrte Benediktiner Bernhard Pez (1683–1735) ist u. a. dann ab 1716 zu nennen, auch der kaiserliche Leibarzt Pio Niccolò Garelli (1670–1739), ab 1723 Direktor der Wiener Hofbibliothek. Letzterer stand weitgehend unter jansenistischem Einfluß. "In einer Geschichte der österreichischen Frühaufklärung dürfen ferner die österreichischen Mauriner nicht fehlen ... Gerade die selbständige Verarbeitung von italienischen, französischen und deutschen Anregungen zu einem Neuen bildet ein Charakteristikum der österreichischen Frühaufklärung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts."86 Durchsetzen konnten sie sich nicht! Erst mit Beginn der Mitregentschaft Joseph II. (1765) setzte sich die Aufklärung in Österreich endgültig durch. Doch das ist nicht mehr unser Gegenstand.

In Böhmen lassen sich der Kapuziner V. Magni und der Arzt Johann Markus Marci von Kronland (1595–1667) zu den Frühaufklärern zählen. Ebenso der theoretisch weitgehend von V. Magni geprägte Prämonstratenser Hieronymus Hirnhaim (1637–1679), ab 1670 Abt von Strahov. ⁸⁷ Doch insgesamt erwies sich die Entwicklung der Frühaufklärung auch in den böhmischen Ländern noch als sehr zaghaft. Der Durchbruch erfolgte seltsamerweise im

⁸⁵ Ebd., S. 123. Vgl. Günter Vogler: Eugen von Savoyen – Begegnung mit aufgeklärten Ideen und Persönlichkeiten, in: Verdrängter Humanismus – verzögerte Aufklärung, wie Anm. 27, S. 549–590 (mit reichhaltigen Literaturhinweisen). Walter Troxler: Pez, Bernhard (Leopold), in: Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Begr. u. hrsg. von Friedrich Wilhelm Bautz. Fortgeführt von Traugott Bautz, Herzberg 1994, Sp. 399–402.

⁸⁶ Ebd., S. 135.

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 161–168. Vgl. Jerzy Cygan: Valerianus Magni 1586–1661: "Vita prima", operum recensio et bibliographia, Roma 1989; Leben und Taten des P. Valerian Magni OFM Cap (1586–1661). Gesammelt von Nicolaus aus Lucca und vermehrt von Ludwig aus Salice, übers. von P. E. Kraus, OFM Cap., Würzburg 1976; Stanislav Sousedik: Valerius Magni 1586–1661. Versuch einer Erneuerung der christlichen Philosophie im 17. Jahrhundert, Sankt Augustin 1982; Eduard Winter unter Mitarb. von Günter Mühlpfordt: Ketzerschicksale. Christliche Denker aus neun Jahrhunderten, Berlin 1979, S. 123–144 (2. Aufl. Berlin 1983); vgl. Eduard Winter: Der Josefinismus. Die Geschichte des österreichischen Reformkatholizismus 1740–1848, Berlin 1962, S. 10–16; Ladislav Prokupek: Die Jesuiten in Böhmen, in: Verdrängter Humanismus – Verzögerte Aufklärung Bd. 1/2, wie Anm. 27, S. 343–358. In der Darstellung V. Magnis, J. M. Marcis und H. Hirnhaims in: Grundriss der Geschichte der Philosophie, Bd. 4, wie Anm. 36, S. 44–47, 357–360, 381–390, 1310f. wird ihre Nähe bzw. Zugehörigkeit zur katholischen Frühaufklärung nicht erwähnt.

Jesuitenorden, der sein philosophisches Denkgebäude jetzt vornehmlich auf Ch. Wolff aufbaute. Ähnliches erfolgte in Olmütz, also in Mähren.

E. Winter gebührt zwar das Verdienst, die Aufklärung im Katholizismus betont und ihre Entwicklung in Österreich-Ungarn etwas untersucht zu haben, aber er ist nicht ganz vom Vorwurf freizusprechen, daß er sich auch "an die bloß schwarzmalenden Schibboleths einer Historiographie" hält, "wie sie uns – vom Blickwinkel einer weiterrollenden Aufklärung und Liberalisierung – die maßlos verzerrten Feindbilder von den Jesuiten tradiert und einbetoniert haben. Wir sollten da keinem Antijesuitismus und einer Jesuitenschnopperei auf den Leim gehen, die sich zuweilen kaum unverblümt leider auch in der Forschung breitgemacht haben. "⁸⁸ Nach B. Schneider, und seine Auffassung widerspiegelt wohl den aktuellen Stand, "ist "Katholische Aufklärung' keine Mogelpackung mit einem falschen Etikett, aber ganz gewiß ein großes Überraschungspaket, dessen Inhalt noch näher zu ergründen eine ebenso spannende wie lohnende Aufgabe ist". ⁸⁹

⁸⁸ Georg Gimpl: Die wahre Philosophie. Zum Paradigmenwechsel der österreichischen Philosophie im Maria-Theresianischen Reformkatholizismus, in: Verdrängter Humanismus – Verzögerte Aufklärung, wie Anm. 52, S. 281.

⁸⁹ Schneider: "Katholische Aufklärung", wie Anm. 17, S. 392.

Gerhard Bersu und die vorgeschichtliche Hausforschung Zum 40. Todestag des Wissenschaftlers¹

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 16. Dezember 2004



Es ist naheliegend, daß die ältere Forschung die Behausungen des vorgeschichtlichen Menschen in den Höhlen gesucht hat, nachdem sie in ihm ein primitives Wesen sah. Hatte doch der berühmte französische Zoologe Georges Cuvier 1821 in seinem Werk "Recherches sur les ossements fossiles" die Existenz des Eiszeitmenschen mit der Feststellung strikt abgelehnt: "I'homme fossile n'existe pas", "einen fossilen Menschen gibt es nicht."² Und Carl W. Neumann schreibt noch 1932: "Das 'Oberstübchen' eines Menschen vom Schlage des Neandertalers wird trotz der im Vergleich zum Gorilla beträchtlich größeren Kapazität nicht allzu viel Denk- und Erfindungsvermögen

zu Schöpferarbeiten beherbergt haben. Die Zahl der Kulturerrungenschaften war in der ersten Zeit des Menschtums außerordentlich gering und die Art und Weise der Werkzeugbeschaffung beschränkte sich auf das Naturgegebene und dessen leichte Verbesserung."³ Dieser Auffassung entsprachen auch die Vorstellungen von den Wohnmöglichkeiten des frühen Menschen.

¹ Mit der freundlichen Hilfe durch die Römisch-Germanische Kommission in Frankfurt/M., für die herzlich gedankt wird.

² Zit. N. Herbert Kühn: Eiszeitkunst. Die Geschichte ihrer Erforschung, S. 23. Göttingen, Berlin, Frankfurt, Zürich 1965.

³ Carl W. Neumann: Das Werden des Menschen und der Kultur, S. 137. 6.–8. Aufl., Leipzig 1932.

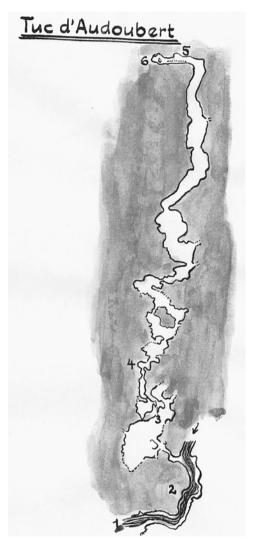


Abb. 1: 1 = Eingang, 2 = Durchfluß der Volp, 3 = Durchgang zur oberen Galerie, 4 = "Katzenloch", 5 = Abdrücke menschlicher Füße, 6 = Die Bisons aus Ton. Nach Graziosi, Fr. Ficker, 63

Die Funde von Stein- und Knochenwerkzeugen, von Nahrungsabfällen oder die Spuren von Feuerstellen, die bei zahlreichen Grabungen entdeckt wurden,

wie z. B. in den Höhlen des unteren Altmühltales, bestätigten diese Ansicht.⁴ Stratigraphische Befunde lieferten dazu den Beweis, daß die Höhlen über größere Zeiträume hinweg als Zufluchtsort des Menschen gedient haben. Als Beispiele seien nur die Grabungen in der Ilsenhöhle unter Burg Ranis⁵ oder in den Weinberghöhlen bei Mauern⁶ genannt.

Indessen wird mit diesen Erkenntnissen nur eine Teilwahrheit erfaßt. In den Höhlen finden sich menschliche Wohnspuren in der Regel nur im vorderen Bereich in der Nähe des Einganges. Das ist erklärlich, denn die Feuchtigkeit und die Finsternis im Inneren boten kaum eine anziehende Atmosphäre zum längeren Verweilen. Feuerstellen hätten mit dem beißenden Rauch den Aufenthalt unmöglich gemacht. Zugleich waren mit dem Eindringen in das tiefe Innere unvorhersehbare Gefahren und Risiken, wie die Begegnung mit jagdbaren Raubtieren, verbunden, die in den Höhlen Zuflucht suchten. Die Bilderwelt des eiszeitlichen Menschen an meist abgelegenen und oft schwer zugänglichen Stellen zeigt ferner, daß mit den Höhlen die Vorstellung vom numinosen Bereich und der magisch-zauberischen Sphäre verbunden waren. Analog den weiblichen Geschlechtsorganen wurde in den Höhlen der Ort gesehen, von dem der Mensch kam und zu dem er bei seinem Tod wieder zurückkehrte. Dort, an für die Zeitgenossen der Horde nicht zugänglichen Stellen, vollzog der Zauberer seine fruchtbarkeitszauberischen und jagdmagischen Rituale.⁷ (Vgl. den Grundriß der Höhle von Tuc d'Audoubert in Abb. 1.)

Wesentlich günstigere Bedingungen boten die abriartigen Felsüberhänge, wie sie z. B. im französischen Dordognegebiet oder auch im bayerischen Altmühltal zu finden sind, was durch die weitere Entwicklung der Paläolithforschung bestätigt wurde. Man brauchte vor den Felswänden nur eine Reihe von Stangen aufzustellen und gegen den Felsen zu lehnen. Deckte man die Stangen mit Tierfellen oder Rasenstücken ab, so waren Unterschlupfmöglichkeit-

⁴ Ferdinand Birkner: Die eiszeitliche Besiedlung des Schulerloches und des unteren Altmühltales. Abhandlungen der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften, mathematisch-physikalische Klasse, XXVIII. Band, 5. Abhandlung. München 1916.

Werner Hülle: Die Bedeutung der Funde aus der Ilsenhöhle unter Burg Ranis für die Altsteinzeit Mitteldeutschlands. In: Jahresschrift für die Vorgeschichte der sächs.-thür. Länder, Jg. 24, 1936, S. 27–33.

⁶ Assien Bohmers: Die Ausgrabungen in den Höhlen von Mauern. In: Forschungen und Fortschritte, 15. Jg. Nr. 14 v. 10. Mai 1939, S. 183–185; Lothar F. Zotz: Das Paläolithikum in den Weinberghöhlen bei Mauern. Quartär-Bibliothek, Bd. 2. Bonn 1955.

⁷ Friedbert Ficker: Leben, Fortpflanzung und Geburt in der eiszeitlichen Kunst. In: Bayer. Ärzteblatt 27,1972,2, S. 131–139; Herbert Kühn: Vorgeschichte der Menschheit, Bd. 1, Altsteinzeit und Mittelsteinzeit, S. 68/69. Köln 1962.

en geschaffen, die mit der festen natürlichen Rückwand und der damit reduzierten Angriffsmöglichkeit von nur einer Seite relative Sicherheit gegen menschliche oder tierische Feinde schufen. Als eindrucksvolles Beispiel erweist sich der Fundort La Ferrassie in der Dordogne. Hermann Müller-Karpe berichtet von dem Abri von einer in 4,5 m Abstand absichtlich gelegten Steinreihe in der Schicht J, die er als "Widerlager einer aus Holzstangen, Fellen und dergl. bestehenden schrägen Wand" ansieht. La Ferrassie ist auch wegen der dort gefundenen Schichtenfolge interessant als Beleg für eine längerzeitliche Benutzung des Rastplatzes.

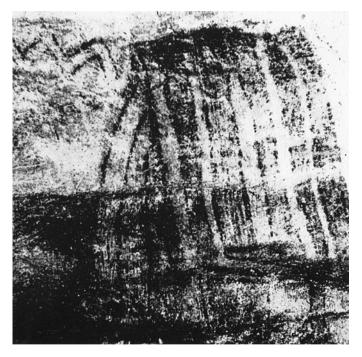


Abb. 2: La Mouthe. Hütte. Größe 80 cm

Noch heute findet sich dieses an den Abris verwendete uralte primitive Bauprinzip bei einfachen Bauernhäusern in den kleinen Taleinschnitten im Umkreis der eiszeitlichen Bilderhöhlen der Dordogne, wie Font de Gaume, Les

Hermann Müller-Karpe: Handbuch der Vorgeschichte Bd. 1, Altsteinzeit, S. 143, 264–266.
 München 1966.

Combarelles oder La Mouthe sowie in Les Eyzies. Die Rückwände werden dort, wie bei den einstigen Hütten im Paläolithikum, von der Felswand gebildet. In der Höhle von La Mouthe ist dazu eine zeltartige Hütte unter den Gravierungen und Malereien abgebildet (Abb. 2), deren einfache Bauweise von den dort ansässigen Bauern in der gleichen Ausführung wie im Paläolithikum als Unterstellmöglichkeit für landwirtschaftliche Geräte und dergl. verwendet wird.

Die bisher besprochenen Unterschlupfmöglichkeiten sind von der Wirtschaftsform des Wildbeutertums bestimmt. Mit der Errichtung der einfachen Hütten war ein Schutz gegen Witterungsunbilden gegeben, der einen schnellen Aufbruch von dem so gewählten Standplatz erlaubte, wenn sich die Jagdgründe erschöpften und die Vorräte aufgezehrt waren. Von der gleichen Wirtschaftsform der Jagd, des Fischfangs und des Sammlertums werden auch die Freilandstationen mit ihren Grubenhütten und Wohngruben bestimmt, die aus dem Jungpaläolithikum in größerer Anzahl bekannt sind. Die nach den Grabungen von A. Stummer 1905-06 und von Hugo Obermaier 1907 von J. Bever 1919–20 in Langmannersdorf b. Herzogenburg, Niederösterreich, freigelegte Wohngrube von 1.5 m Tiefe und einem Durchmesser von 2.5 m wies drei Pfostenlöcher auf, die sicher als Reste von Stützen eines schrägen Daches zu denken sind Bemerkenswert auch im Inneren der Grube der Arbeitsplatz eines Steingeräteschlägers, umgeben von Feuersteinknollen aus verschiedenen Gesteinsarten. Selbst der Stein, mit dem die Retuschen ausgeführt wurden, war noch vorhanden.⁹

Ähnlich wie in Langmannersdorf waren auch in Timonovka in der Ukraine die aufgedeckten sechs Wohngruben bei einer Länge von 6–10,5 m und einer Breite von 3–3,5 m etwa 2,5–3 m in das Erdreich eingelassen und wiesen sogar Reste von einer hölzernen Wandverkleidung auf. Die Gruben waren paarweise, jeweils eine größere und eine kleinere zusammen, angelegt, wobei nur die größeren eine Feuerstelle aufwiesen. Der Zugang zu den mit einer flachen Holzbalkendecke und einer Erdabdeckung darüber versehenen Wohngruben erfolgte über einen 2,5 m langen und 1 m breiten schräg nach unten führenden Gang. Besonders hervorzuheben sind dazu die in den Wohngruben von Gagarino, Kostjenki und Mezin gefundenen weiblichen

⁹ Joseph Bayer: Der Mammutjägerhalt der Aurignaczeit bei Lang-Mannersdorf a. d. Perschling (Nied. Öst.). In: Mannus, Bd. 13, 1921,S. 76–81; Anm. 7, S. 136, 311; Herbert Kühn: Das Erwachen der Menschheit, S. 109–112. Frankfurt/M., Hamburg 1954.

¹⁰ Franz Hančar: Das Problem der Venusstatuetten im eurasischen Jungpaläolithikum. In: Präh. Zeitschrift XXX.–XXXI. Bd. 1939–1940,S. 134–137; ders.: Probleme der jüngeren Altsteinzeit Osteuropas. In: Quartär 4, 1942, S. 145–149; Anm. 7, S. 136, 338.

Statuetten, die sicher in fruchtbarkeitskultischen Zusammenhängen zu sehen sind. Ihrer Lage ist offensichtlich zu entnehmen, daß sich in dieser Zeit des Jungpaläolithikums kultische Handlungen zumindest teilweise aus der Abgelegenheit der Höhlen in den alltäglichen Wohnbereich verlagert haben. Es drängt sich hier eine Art Vorläufererscheinung des sogen. "Herrgotts-winkels" in der Neuzeit auf. Zugleich ist mit diesem stabileren Bau der Wohnanlagen, wie in Timonovka, ein langsamer Übergang zur Seßhaftigkeit verbunden. 11 Dieser bereits auf das Neolithikum hinweisenden Übergangsphase entsprechen auch die zugeschliffenen Steingeräte aus Kostjenki IV. 12 Solchen Erkenntnissen entsprechen auch die Befunde von Tibava und Barca in der Slowakei, wo von der Anlage der Pfostenlöcher auf die Konstruktion von Satteldächern geschlossen wurde. 13

Die kurz skizzierten Erkenntnisse paläolithischer Wohn- und Hausfor-schung sind das Ergebnis eines langen Weges, der vielfach in der Sichtweise und Zielstellung einseitig ausgerichtet war. Bei aller Bedeutung der geologischen und werkzeugkundlichen Fragen als wesentlicher wissenschaftlicher Grundlage wurde vielfach der dahinterstehende vorgeschichtliche Mensch als Struktur- und Kulturträger übersehen. Zu dem von ihm getragenen Kulturgefüge zählt auch seine Behausungskultur. Noch in der "Altsteinzeitkunde Mitteleuropas" von Lothar F. Zotz als anerkanntem Standardwerk sind den Fragen der Siedlungs- und Hausforschung nur wenige sparsame Zeilen gewidmet. 14 So konnte auch Gerhard Bersu in seinem Vortrag über den Goldberg bei Nördlingen und die moderne Siedlungsarchäologie auf der Hundertjahrfeier des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches im April 1929 bereits kritisch feststellen: "In der Vorgeschichtsforschung stellt es sich steigend als ein Mangel heraus, daß wir über die Siedelungsverhältnisse des Vorzeitmenschen zu wenig unterrichtet sind. Diese Lücke unserer Forschung wirkt sich in allen kulturgeschichtlichen Fragen sehr fühlbar aus. Ihre Ausfüllung dürfte manche etwas steril gewordene Gebiete der Prähistorie in sehr wünschenswerter Weise befruchten."¹⁵ Viele damals offene Fragen sind seit-

¹¹ Anm. 9, Prähist. Zeitschrift XXX–XXXI, 1939–1940, S. 98–106, 124–134; Quartär 4, 1942, S. 151–167; Hans Quitta: Neue Hüttengrundrisse aus dem ukrainischen Jungpaläolithikum. In: Ausgrabungen und Funde 2, 1957, 6, S. 312–322; Anm. 7, S. 332–333, 334–335, 336.

¹² Anm. 9, Quartär 4, 1942, S. 166.

¹³ Anm. 7, S. 137, 312, 316.

¹⁴ Lothar F. Zotz: Altsteinzeitkunde Mitteleuropas, S. 273. Stuttgart 1951.

¹⁵ Archäologisches Institut des Deutschen Reiches, Bericht über die Hundertjahrfeier 21.-25. April 1929, S. 313–318. Berlin 1980.

dem beantwortet worden. Daß so manche Lücke geschlossen werden konnte, ist nicht zuletzt dem Wegbereiter Gerhard Bersu zu danken.

Als Wilhelm Unverzagt am 17. August 1954 seinen langjährigen Freund und Kollegen Gerhard Bersu, den damaligen ersten Direktor der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts, für die Wahl zum korrespondierenden Mitglied der Berliner Akademie vorschlug, stand hinter dem Antrag die weittragende Begründung, Bersu "ist einer der Schöpfer neuzeitlicher Ausgrabungsmethoden, die er vor allen Dingen bei der Untersuchung von vor- und frühgeschichtlichen Befestigungsanlagen angewandt und erprobt hat. Seine großangelegten Grabungen auf dem Goldberg bei Nördlingen, dem Wittnauer Horn in der Schweiz sowie zahlreiche kleinere Untersuchungen in Südwestdeutschland, England und Irland haben ihm einen internationalen Ruf als Gelehrter verschafft."¹⁶ Und der einstige Akademiepräsident Werner Hartke hat in einem Glückwunsch- und Dankesbrief zum 75. Geburtstag Bersus freimütig bekannt: "Unvergeßlich und prägend ist mir die eigene Lehrzeit bei Ihnen während der Grabungen in Feistritz,…"¹⁷

Damit wurden weit mehr als nur subjektive Urteile und persönliche Erinnerungen ausgesprochen. Es kommt vielmehr über die in der Bewertung bei beiden gleiche Einschätzung hinaus die sowohl rückschauende als auch in der eigenen Zeit begründete Wertschätzung eines Lebenswerkes und des dahinterstehenden Menschen zum Ausdruck, die sich bis heute ihre Beständigkeit in einer Zeit rasch wechselnder Urteile zu bewahren gewußt hat. Dem entspricht auch in jüngster Zeit Werner Krämers treffliche Charakterisierung, "daß er unter den deutschen Prähistorikern seiner Generation ein Einzel- und Sonderfall war, der frei von den Konventionen seines Faches einen eigenen Weg gegangen ist und dabei unter schwierigsten Umständen die vor- und frühgeschichtliche Archäologie nicht nur in Deutschland entscheidend beeinflußt und gefördert hat."¹⁸

In der Tat ist mit dem Namen Gerhard Bersu die Ausbildung und Entwicklung der prähistorischen Haus- und Siedlungsforschung verbunden. Es ist nicht zuviel behauptet, ihn als einen ihrer Väter anzusehen. Er hat nicht nur frühzeitig die Notwendigkeit erkannt, den Blick der Bodenforschung auf dieses Feld zu richten. Ihm wird auch die dafür erforderliche Grabungsmethode verdankt, mit der international verbindliche Maßstäbe geschaffen wur-

¹⁶ Archiv BBAW, Bestand Akademieleitung, Personalia 25.

¹⁷ Anm. 15.

¹⁸ Werner Krämer: Gerhard Bersu, ein deutscher Prähistoriker. In: Bericht der Röm.-Germ. Kommission, Bd. 82, 2001, S. 7. Mainz 2002.

den. Nachdem er bereits im Jahre 1912 die Frage nach dem Bau des Steinzeithauses als "aktuell" bezeichnet hatte, ¹⁹ war sein bereits zitierter Vortrag auf der Hundertjahrfeier des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches im Jahre 1929 in Berlin wiederum diesem dringenden Anliegen mit der einleitenden Begründung der dargebotenen Übersicht über den damaligen Stand der Forschungen gewidmet.

Der Weg des am 26. September 1889 in Jauer in Schlesien geborenen Fabrikantensohnes Gerhard Bersu ist rasch beschrieben. Bereits in der Jugendzeit konnte er gewisse Voraussetzungen für die spätere Tätigkeit erwerben. Nach der Übersiedelung der Familie nach Frankfurt/Oder besuchte er dort das Friedrichsgymnasium und anschließend das Realgymnasium, wo er über den Direktor Agahd mit Carl Schuchardt bekannt wurde und auf dessen Ausgrabung der "Römerschanze" bei Potsdam erste praktische Erfahrungen sammeln konnte und so prägende Eindrücke empfing. Später hat ihm Schuchardt bestätigt, daß er "ein meisterhafter Ausgräber geworden sei."²⁰ Sowohl der Schulbesuch mit dem abschließenden Reifezeugnis als auch das Studium der Archäologie, der Alten Geschichte, Geologie und Kunstgeschichte in Straßburg, Heidelberg, Tübingen und Breslau blieben für ihn offenbar nur Vorstufen.

Bereits als Student im ersten Semester, wo Bersu dem Straßburger Konservator Robert Forrer als Volontär assistierte, erkannte er in einer Baugrube in Straßburg ein frühkaiserzeitliches Brandgräberfeld. Seine scharfe Beobachtungsgabe verschaffte ihm auch die untrügliche Sicherheit, daß insbesondere in den mit Bodenuntersuchungen befaßten Wissenschaftszweigen das theoretische Rüstzeug erst an zweiter Stelle seinen Platz hat. Allem voran steht als Grundlage der weiteren Arbeit die saubere Grabungstätigkeit mit von der Zielstellung bestimmter Methode samt der scharfen Beobachtung der Befunde und deren exakter Dokumentation. Erst auf diesem Fundament ist eine wissenschaftlich verläßliche Auswertung möglich.

So zieht sich die praktische vorgeschichtliche Archäologie vor allem in der Form einer beachtlichen Zahl von Ausgrabungen wie ein roter Faden durch das Leben von Gerhard Bersu. Es beginnt 1909 mit der Teilnahme an der Ausgrabung der römischen Terrasigillata-Töpfereien bei Heiligenberg im Raum Straßburg, die er im darauffolgenden Jahr leitete. Im gleichen Jahr 1910 folgt die Ausgrabung einer bandkeramischen Siedlung bei Hönheim-

¹⁹ Gerhard Bersu: Beiträge zur Kenntnis des steinzeitlichen Wohnhauses. In: Festschrift der K. Altertümersammlung in Stuttgart 1912, S. 41.

²⁰ Carl Schuchardt: Aus Leben und Arbeit, S. 282, 284. Berlin 1944.

Suffelweyersheim. Eine dort gefundene Grube mit Pfostenstellungen am Rand wird von Hermann Müller-Karpe im Zusammenhang mit solchen Befunden in Großammensleben und in Noßwitz als Hütte mit eingetieftem Boden gesehen. In den Jahren 1909 und 1910 war Bersu auf Betreiben Schuchardts als Assistent von Hubert Schmidt in Cucuteni bei Jassy in Rumänien tätig. Als Hilfsassistent Peter Goeßlers widmete er sich ferner der Untersuchung der spätkeltischen Viereckschanzen bei Echterdingen und Hof Einsiedel. Sie setzten sich später fort in Burladingen am Alblimes über die schlesischen Ausgrabungen in Noßwitz bei Glogau, der slawischen Ringwallanlage bei Mertschütz und des späteisenzeitlichen Walles auf dem Breiten Berg bei Striegau. Allein die Vielfalt der von ihm vorbildlich gelösten Aufgaben zeigt die berechtigte Wertschätzung Bersus als versierter und erfolgreicher Ausgräber bereits in jungen Jahren.

Dieser Ruf hielt sich nicht nur, sondern festigte sich noch nach dem Ersten Weltkrieg und in der Folgezeit über Deutschland hinaus. Wesentlichen Anteil an der internationalen Anerkennung Bersus hatte die seit 1911 betriebene Grabung auf dem Goldberg bei Nördlingen, der er sich von 1926 bis 1929 mit besonderer Intensität widmete und die Werner Krämer "als Meilenstein systematischer Siedlungsforschung" herausgestellt hat. ²³ Als Ergebnisse dieses auch als Lehrgrabung bedeutsamen Unternehmens hat er später in zwei leider gekürzten Aufsätzen in der "Germania" mit der Beschreibung der Rössener und der Altheimer Wohnhäuser auf dem Goldberg grundlegende Beiträge zur vorgeschichtlichen Hausforschung geliefert. ²⁴

Mindestens ebenso wichtig wie die Ergebnisse, die Bersu mit seinen Grabungen erzielt hat, ist der Weg, ist das Wie des Vorgehens, das zu den weiterführenden Erkenntnissen in der vorgeschichtlichen Haus- und Siedlungsforschung geführt hat. In dem Berliner Vortrag hat er die von ihm veränderte Methode vorgestellt und begründet: "Um nun überhaupt einmal die Möglichkeit festzustellen, ob unter günstigen Ausgrabungsverhältnissen, die erfahrungsgemäß aber nur für einen geringen Teil der Wohnplätze gegeben sind, wesentliche Erkenntnisse dem Boden abgewonnen werden können,

²¹ Hermann Müller-Karpe: Handbuch der Vorgeschichte, Bd. 2, Jungsteinzeit, S. 223, Anm. 1. München 1968.

²² Hubert Schmidt: Cucuteni in der oberen Moldau, Rumänien. Die befestigte Siedlung mit bemalter Keramik von der Steinkupferzeit bis in die vollentwickelte Bronzezeit. Berlin, Leipzig 1932.

²³ Anm. 17, S. 27.

²⁴ Gerhard Bersu: Rössener Wohnhäuser vom Goldberg OA. Neresheim, Württemberg. In: Germania 20, 1936, S. 229–243; ders.: Altheimer Wohnhäuser vom Goldberg, OA. Neresheim, Württemberg. In: a.a.O., 21, 1937, S. 149–158.

ist vom Vortragenden der Versuch unternommen worden, bei einer Siedelung die gesamte Wohnfläche abzudecken. Auf diese Weise soll das maximale Erfordernis, das Bild einer geschlossenen vorgeschichtlichen Landsiedelung und nicht nur ein zufälliger Ausschnitt mit einzelnen Hausgrundrissen der Forschung gegeben und seinem Wert nach zur Diskussion gestellt werden."²⁵

Mit der großflächigen Grabungsweise ergaben sich durch den möglichen Vergleich der freigelegten Grundrisse Aussagen zur Typologie der Häuser. Dazu führten die gewonnenen Erkenntnisse über die reine Hausforschung hinaus zu solchen siedlungsarchäologischer Art. Sein in Wahrheit verblüffend einfaches, aber rationelles Vorgehen hat Wolfgang Kimmig beschrieben: "Das Öffnen großer Bodenflächen hatte zwingend die sinnvolle Lagerung der unterschiedlich dicken, humosen Oberflächenerde zur Voraussetzung, die auf dem Goldberg etwa einen halben Meter betrug. Der Kampf mit diesem sterilen Erdpaket, das fast immer im unmittelbaren Grabungsbereich liegenblieb und dadurch die Übersichtlichkeit stark einschränkte, fand bei Bersu eine ebenso einfache wie wirkungsvolle Lösung: Die auszugrabende Fläche wurde in nebeneinanderliegende, 6 zu 15 m große Abschnitte eingeteilt, von denen dann zunächst die ungeraden Abschnitte, 1,3,5 usw. ausgegraben und deren Oberflächenerde auf die danebenliegenden geraden Flächen abgelagert wurde. Nach vollzogener Ausgrabung wurden die ungeraden Abschnitte mit dem beidseitig aufgehäuften Schutt wieder zugefüllt und anschließend die geraden Abschnitte 2,4,6 usw. nach dem gleichen Schema untersucht. Dieses einfache Verfahren wahrte die Übersichtlichkeit und sparte zugleich bei den lediglich mit Pickel und Schaufel ausgerüsteten Arbeitern Zeit und Geld..."²⁶

Zeigt das geschilderte Vorgehen eindrucksvoll, wie der Praktiker Bersu mit den einfachsten Mitteln des Alltags die Voraussetzungen zu schaffen wußte, um sein wissenschaftlich-theoretisches Ziel zu erreichen, hat er bereits im Jahre 1926 in einem Aufsatz das Gesamtvorgehen bei der Erforschung von Befestigungsanlagen und der Innenräume von Höhensiedlungen festgelegt. Wenn er dort auch ausdrücklich darauf hinweist, eine allgemein gültige Gebrauchsanweisung nicht geben zu können und in seiner Darstellung nur die "Mitteilung der allgemein gültigen, auf Grund der bisherigen Erfahrungen herausgearbeiteten Grundsätze und Leitlinien" sehen möchte, ²⁸ sind dort mit

²⁵ Anm. 14, S. 313, 314.

²⁶ Wolfgang Kimmig: Gerhard Bersu und der Goldberg im Nördlinger Ries, Erinnernungen eines Zeitzeugen. In: Hermann Parzinger, Der Goldberg, die metallzeitliche Besiedlung, S. X/XI. Römisch-Germanische Forschungen, Bd. 57. Mainz 1998.

²⁷ Gerhard Bersu: Die Ausgrabung vorgeschichtlicher Befestigungen. In: Vorgeschichtliches Jahrbuch, Bd. 2, S. 1–22. Berlin u. Leipzig 1926.

²⁸ Anm. 26, S. 2.

dem sicheren Gespür für das strategisch notwendige Vorgehen leitfadenartige Voraussetzungen einer erfolgversprechenden Grabungstätigkeit festgelegt, die einmal mehr seiner Zeit vorauseilende Pioniertätigkeit Bersus erkennen lassen.

Die älteste Form der Siedlungsspuren auf dem Goldberg gehört der Rössener Kultur an. Es handelt sich um eine Gruppe weitgehend rechteckiger Bauten mit der unterschiedlichen Größe von 20 qm bis 88 qm (Abb. 3). Gleich ist allen Häusern das Trägersystem mit einer Reihe von Firstträgern, die parallel zu den Längsseiten verläuft und den Innenraum in zwei Hälften unterteilt. Zu dieser Gliederung kommt noch eine Querteilung in verschiedene Räume hinzu. Ferner finden sich feste Pfosten in den Seitenwänden und einem solchen in der Firstreihe der Giebelwände. Die auf die rauhe, stürmische Witterung eingestellten festen Bauten mit wahrscheinlich tief heruntergezogenem Satteldach waren sämtlich richtungsorientiert mit der Tür auf der geschützte-ren Südseite. Die Herdspuren in den Häusern zeigen, daß diese ausnahmslos als Wohnbauten genutzt wurden. ²⁹

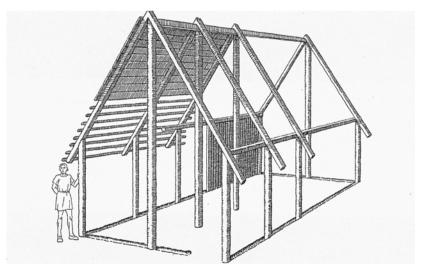


Abb. 3: Schema des Aufbaus der Rössener Häuser vom Goldberg, auf Grund des Bodenbefundes. Aus: G.Bersu, Rössener Wohnhäuser vom Goldberg, OA. Neresheim, Württemberg. (Germania. 20, 1936, S. 229–243).

²⁹ Anm. 23, a.a.O., 20, 1936.

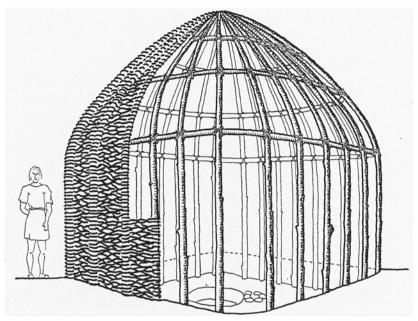


Abb. 4: Schema des Aufbaues eines Altheimer Hauses vom Goldberg, auf Grund des Bodenbefundes. Aus: G.Bersu, Altheimer Wohnhäuser vom Goldberg, OA. Neresheim, Württemberg. (Germania. 21, 1937, S. 149–158).

Über der als Goldberg I bezeichneten Rössener und einer Michelsberger Kulturschicht, die als Goldberg II bekannt ist, fand Bersu eine weitere Siedlungsfläche, die dem von Paul Reinecke als Altheimer Kultur bezeichneten Abschnitt zuzuordnen ist und die Bezeichnung Goldberg III erhalten hat. Im Gegensatz zu den rechteckigen Rössener Bauten handelt es sich hier um quadratische Anlagen mit eingetieftem Hausboden und darin einer weiteren Mittelgrube mit daneben liegender Feuerstelle. Diese weist wiederum aus, daß es sich bei den Hausgrundrissen um die Überreste von Wohnbauten handelt. Die Häuser wiesen eine Grundfläche zwischen 12 gm und 28 gm auf. Die Wände wurden von Konstruktionen aus auffallend dünnen Pfosten von 10 cm bis 25 cm Durchmesser gebildet, die in der Regel nur wenige cm in den Boden eingelassen waren. Die verwendeten dünnen Stangen führten zu der Annahme, daß diese im Oberteil nach innen gebogen und in der Mitte korbartig zusammengebunden waren. Bersu hat vermutet, daß diese korbartigen Abschlüsse durch Verflechtungen weitere Haltbarkeit erhielten. Die Abdichtung dürfte durch Tierfälle oder auch durch Filzstreifen erfolgt sein. Unter Hinweis auf ethnologisches Vergleichsmaterial ist im Scheitel der Kuppel an einen ringförmigen Abschluß mit einer Öffnung zum Lichteinfall und als Rauchabzug gedacht (Abb. 4).

Für das Vorkommen dieses von Bersu als "einräumige, kurzrechteckige Kuppeldachhütte mit eingetieftem Boden" bezeichneten Typs sieht er als dessen Benutzer eine Gruppe von Jägern und Viehzüchtern mit teilweiser Seßhaftigkeit und Ackerbau an, wie es sich auch aus den hinterlassenen Abfällen ergibt. Vergleichende Materialuntersuchungen von gleichzeitigen Funden führten zu dem Schluß, daß es sich bei der Hausform von Goldberg III um eine Kümmerform handelt, die aus den verschiedensten Kulturkreisen bekannt ist. ³⁰ Hervorzuheben ist noch die Anordnung der Häuser in kreisförmigen Gruppen, die als Gliederung der Siedlung in Sippen angesehen wurden. Durch die Größe oder durch die Platzanordnung hervorgehobene Gebäude, die als Sitz eines Sippenältesten gedeutet werden könnten, fehlen jedoch. Bersu ist deshalb von einer Siedlung "auf demokratischer Grundlage" ausgegangen. ³¹

In der weiteren Besiedelungsabfolge auf dem Goldberg hat Gerhard Bersu eine von ihm als Goldberg IV bezeichnete Schicht aus der Hallstattzeit C beschrieben mit einem durch doppelte Umzäunung und einer Toranlage gesicherten 15 m langen Wohnbau mit Giebeldach und Mittelstellung von Pfosten. Die Funktion des ursprünglich mit 9 m Seitenlänge angegebenen und durch Anbauten veränderten Gebäudes ergibt sich aus dem seitlich im hinte-ren Teil des Hauses vorgefundenen Herd. Ein daneben gelegenes quadrati-sches Gebäude von 14 m Seitenlänge war ohne Herdstelle. Weitere in Gruppen angeordnete rechteckige Anlagen wurden von Bersu als Gehöfte gedeutet. Diese Gruppen setzen sich aus bis zu 15 m langen Wohnhäusern, einem als Stall angesehenen bis 20 m langen auffallend schmalen Bau sowie einer meist quadratischen Scheune oder Vorratsbau zusammen. Der Siedlungstyp entspricht dem Herrensitz eines Lokalherrschers mit den umliegenden Gehöften der selbständigen Gefolgsleute. 32

Wesentlich großflächiger als die durch Brand zerstörte Hallstattanlage war eine Mittel-La-Tène-Siedlung (Goldberg V), die mit einem Graben und dahinter durch den von einer Plankenwand gestützten Erdwall geschützt war. Die wenigen Häuser im Innenraum, ebenfalls in Pfostenbauweise errichtete rechteckige Giebelhäuser mit Mittelachse, waren bedeutend kleiner als die

³⁰ Anm. 23, a.a.O., 21. 1937.

³¹ Anm. 14, S. 316/317.

³² Anm. 14, S. 317/318.

Häuser aus der Hallstattperiode. Der Goldberg wird für diese Zeit als eine Fluchtburg angesehen. In römischer Zeit wurde er lediglich als Tonlagerstätte und am Rand zum Abbruch von Steinen genutzt.³³

Die stattliche Reihe seiner die vorgeschichtliche Forschung ungemein befruchtenden Grabungen lassen sich fortsetzen mit der bereits erwähnten, zusammen mit Rudolf Egger 1928 durchgeführten Forschungsgrabung in den beiden befestigten Höhensiedlungen und besonders der spätantiken Festung auf dem Duel an der Drau bei Feistritz in Kärnten, die bis 1931 in drei weiteren Kampagnen fortgesetzt wurde, ³⁴ mit der 1929 aufgenommenen Untersuchung der altägyptischen Ruinenstadt El-Aschmunen, dem griechischen Hermopolis und wichtigsten Verehrungsort des Schreibergottes Thot³⁵ über die 1935 durchgeführte Lehrgrabung auf dem Wittnauer Horn im schweizerischen Kanton Aargau³⁶ oder der 1936 aufgenommenen Ausgrabung in Golemanovo Kale bei Sadovec in Nordbulgarien zusammen mit Ivan Velkov, Walter Rest, Joachim Werner u. a. Letzterem wird auch die Herausgabe der umfangreichen Monographie von Syna Uenze und weiteren Mitarbeitern in der Reihe der Münchner Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte verdankt. ³⁷

Trotz aller unbestrittenen Erfolge in der vor- und frühgeschichtlichen Feldforschung hat man es gelegentlich bedauert, daß der junge Bersu der praktischen Tätigkeit als Ausgräber immer wieder den Vorzug gegenüber dem zügigen Studium mit raschem Abschluß gegeben hat. In der Tat hatte er bei dem 1924 erfolgten Dienstantritt der Römisch-Germanischen Kommission Schwierigkeiten und konnte ohne Studienabschluß nicht in das Beamtenverhältnis übernommen werden. Als er deshalb 1925 in Tübingen bei Carl Watzinger mit der Arbeit "Die Methode der Erforschung antiker Erdbefestigungen und der Ringwall auf dem Breiten Berge bei Striegau" promovierte, zeigte er sich mit der Fülle seiner praktischen Erfahrungen gegenüber dem üblichen und geforderten Vorlesungs- und Bücherwissen überlegen. Die bereits genannte, der Dissertation vorangestellte methodische Einleitung, die er

³³ Anm. 14, S. 318.

³⁴ Gerhard Bersu, Rudolf Egger, Leonhard Franz: Ausgrabungen in Feistritz a. d. Drau, Oberkärnten. In: Jahreshefte des Österr. Archäol. Instituts 25, 1929, S. 161–216.

³⁵ Gerhard Bersu: Durchführung und Ergebnisse der Ausgrabungen. In: Vorläufiger Bericht über die deutsche Hermopolis-Expedition 1929–1930. In: Mitteilungen des Deutschen Instituts für Ägyptische Altertumskunde Kairo 2, 1932, S. 161–216.

³⁶ Gerhard Bersu: Das Wittnauer Horn im Kanton Aargau. Seine ur- und frühgeschichtlichen Befestigungsanlagen. Monographien zur Ur- und Frühgeschichte der Schweiz, Bd. 4. Basel 1945.

³⁷ Syna Uenze: Die spätantiken Befestigungen von Sadovec (Bulgarien). Münchner Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte, Bd. 43. München 1992.

im Vorgeschichtlichen Jahrbuch gesondert veröffentlicht hatte, wurde deshalb als "epochemachend" gefeiert.³⁸

Rückblickend erweist sich der berufliche und persönliche Lebensweg von Gerhard Bersu als geradezu zeittypischer Ausdruck jener von wirtschaftlichen und politischen Widersprüchen zerrissenen und geschüttelten Jahrzehnte. So standen auch der Bewunderung des begabten und problemsichtigen jungen Wegsuchers offensichtlich Neid und Mißgunst gegenüber, die offizielle Anerkennung wurde durch heimtückische und perfide Diskriminierungen getrübt und behindert und der bei seinen international beachteten Leistungen eigentlich problemlos scheinende Aufstieg geriet in das Mahlwerk der politischen Mühlen und wurde durch Rückschläge unterbrochen.

Nach der 1924 erfolgten Ernennung zum Assistenten der RGK wurde er 1928 deren Zweiter und 1931 Erster Direktor. Mit dem Machtantritt der Nazis im Jahre 1933 setzte die planmäßige Hetze gegen Bersu ein, nachdem im Februar des gleichen Jahres Hans Reinerth bei Alfred Rosenberg die Auflösung der RGK und die Entfernung des "Juden Bersu" gefordert hatte. 39 Im Jahre 1935 wurde er schließlich trotz zahlreicher internationaler Auszeichnungen und Ehrungen in Frankfurt als Erster Direktor abgelöst und nach Berlin in die Zentrale des Deutschen Archäologischen Instituts versetzt. 40

Mit der 1937 folgenden Zwangspensionierung sah er keine Möglichkeit mehr in Deutschland und emigrierte nach England. Al Noch bevor er dort vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges überrascht wurde, führte Bersu in England mit der Unterstützung seines Freundes und Kollegen Crawford 1938 und 1939 Ausgrabungen durch. Zusammen mit seinem Eintreten für die Hausforschung sah er auch hier eine wichtige Aufgabe in der Ausbildung jüngerer Fachkollegen. Zu seinen Helfern und Schülern zählten damals auch Stuart Piggott und Christopher Hawkes. Die Forschungen innerhalb des Umfassungsgrabens in der Little Woodbury genannten Anlage in der Provinz Wiltshire gestalteten sich zu einem neuerlichen Höhepunkt im beruflichen Leben von Gerhard Bersu. Die aus der vorrömischen Eisenzeit stammende Siedlung bestand aus einem von Pfostenreihen getragenen Rundhaus von etwa 15 m Durchmesser, einem zweiten, wahrscheinlich später errichteten Rundhaus sowie Spei-

³⁸ Zit. n. Anm. 17, S. 20.

³⁹ Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner, S. 159. Stuttgart 1970.

⁴⁰ Klaus Junker: Das Archäologische Institut des Deutschen Reiches zwischen Forschung und Politik, S. 36/37. Mainz 1997; Anm. 17, S. 41–43, 47.

⁴¹ Anm. 17, S. 59.

cherbauten, Trockengerüsten und Vorratsgruben (Abb. 5). Bersu deutete den Komplex als einen umwehrten Bauernhof.⁴²

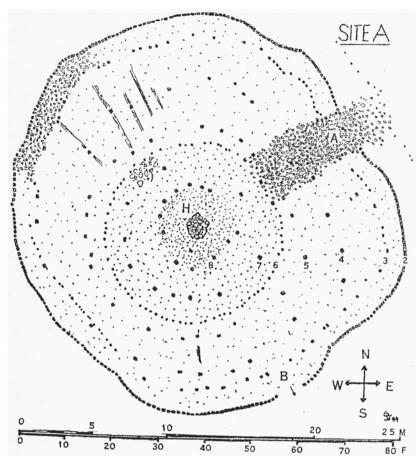


Abb. 5: Ballacagen site A: The ground-plan of the first phase.

Extent of habitation layer shown by stippling.

I = Supports of fence, 2 = Outer wall of house, 3, 4, 5, 7, 8 = Posts supporting the roof, 6 = Posts of partition wall.

A, B = Entrances, H = Hearth.

⁴² Gerhard Bersu: Excavations at Little Woodbury, Wiltshire. In: Proc. Prehist. Soc. N. S. 6, 1940, S. 30–111.

Die Ausgrabung fand in England große Beachtung. Werner Krämer konnte rückblickend dazu feststellen: "Keine von Bersus Grabungen hat bis auf den heutigen Tag so viel Anerkennung gefunden wie Little Woodbury, das auch nach einem halben Jahrhundert von den theoriebeflissenen englischen Prähistorikern noch als Meilenstein in der britischen Archäologie gesehen wird..."⁴³ Aber auch nach der 1940 erfolgten Internierung auf der Isle of Man konnte der rastlose Forscher dank der Hilfe seiner Freunde Crawford, Gordon Childe oder Hawkes unter der Obhut des Manx Museums weitere Rundhäuser freilegen, über die er nach dem Kriege einen kurzen Bericht veröffentlicht hat.⁴⁴ Die intensive Tätigkeit führte ihn schließlich 1947 an die Royal Irish Academy in Dublin als Professor, ehe er 1950 nach Deutschland zurückkehrte.

Die Wiederernennung zum Ersten Direktor der RGK bedeutete für Gerhard Bersu eine späte Ehrenrettung und für die Kommission eine glanzvolle Zeit fruchtbarer Arbeit. Am 19. November 1964 ist er auf einer Tagung der Sektion für Vor- und Frühgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin an der Seite seines langjährigen Freundes Wilhelm Unverzagt in Magdeburg einem Schlaganfall erlegen. Als bleibende und verpflichtende Erkenntnis gilt bis heute die Einschätzung seines Frankfurter Nachfolgers Werner Krämer: "Bersu hat … in der RGK ganz wesentlich zur Entwicklung der Siedlungsarchäologie in der Bundesrepublik beigetragen und mit Rat, Fürsprache und praktischer Hilfe viele der großen Siedlungsgrabungen entscheidend gefördert."⁴⁵

Gerhard Bersu steht so gleichsam als eine der Zentralfiguren inmitten eines Kreises vor- und frühgeschichtlicher Haus- und Siedlungsforscher, die mittelbar oder unmittelbar durch seine vorbildliche und wegweisende Grabungstätigkeit, aber auch vielfach durch persönliche Betreuung oder durch Ratschläge gefördert worden sind. So hat er durch seine Impulse dieses Arbeits- und Forschungsfeld bedeutend erweitert – sowohl zahlenmäßig als auch in der Verbesserung des praktischen Vorgehens – und konnte damit für die gesamte Vor- und Frühgeschichte mit der Erweiterung des Blickfeldes Pionierarbeit leisten. Das zeigen auch die Arbeiten von Franz Hančar⁴⁶, Bo-

⁴³ Anm. 17, S. 66.

⁴⁴ Gerhard Bersu: Homesteads in the Isle of Man. In: Journal Manx Mus. 5, 72–73, 1945–1946.

⁴⁵ Anm. 17, S. 85.

⁴⁶ Anm. 9; ders.: Der jungpaläolithische Wohnbau und sein Problemkreis. In: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien 80. Wien 1953.

huslav Klima⁴⁷ oder von Michail Michailovič Gerasimov⁴⁸, um aus der Erforschung paläolithischer Siedlungsplätze nur einige Namen zu nennen. Gleiches gilt für den Bereich der nacheiszeitlichen Kulturperioden. Ein weiter Bogen spannt sich hier, etwa von Carl Schuchardt, von dem Bersu bei der Ausgrabung der Römerschanze bei Potsdam erste entscheidende Anregungen empfing⁴⁹, oder von Albert Kiekebusch mit dessen großflächiger Freilegung des bronzezeitlichen Dorfes Buch bei Berlin⁵⁰, über die Erforschung der bandkeramischen Ansiedlung von Köln-Lindenthal durch Werner Buttler und Waldemar Haberay⁵¹, die Gerhard Bersu mit großem Interesse verfolgte "und vor jedem neuen Grabungsabschnitt beriet."52 Mit der gleichen Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft hat er die Grabungen von Albert Eg-ges van Giffen in den holländischen Warfen bedacht und dessen Veröffentlichung über den Warf in Ezinge, Prov. Groningen, unterstützt⁵³. Es wäre ferner an die Untersuchungen des polnischen Altmeisters Jozef Kostrzewski in der umfriedeten Siedlung von Biskupin bei Posen⁵⁴, an die Erforschung eines frühneolithischen Dorfes in Hienheim⁵⁵ sowie an die Untersuchung des neolithischen Dorfes in Burgäschisee-Süd im Kanton Bern durch Hansjürgen Müller-Beck⁵⁶ oder an die Fortführung der Grabungen auf dem Goldberg du-

47 Bohuslav Klima: Dolni Věstonice, Výzkum tábořistě Lovců mamutů v letech 1947–1952. Praha 1963

⁴⁸ Michail Michailovič Gerasimov: The Paleolithic Site Malta, Excavations 1956–1957. In: The Archaeology and Geomorphology of Northern Asia (Hrsg. H. N. Michael). Toronto 1964.

⁴⁹ Carl Schuchardt: Die Römerschanze bei Potsdam nach den Ausgrabungen von 1908 und 1909. In: Prähist. Zeitschrift I, 1909, S. 209 ff.

⁵⁰ Albert Kiekebusch: Die Ausgrabung des bronzezeitlichen Dorfes Buch bei Berlin. Berlin 1923.

⁵¹ Werner Buttler, Waldemar Haberey: Die bandkermamische Ansiedlung von Köln-Lindenthal. Röm.-Germ. Forschungen 11. Berlin, Leipzig 1936.

⁵² Anm. 50, S. 4.

⁵³ Albert Egges van Giffen: Der Warf in Ezinge, Prov. Groningen, Holland und seine westgermanischen Häuser. In: Germania 20, 1936, S. 40–47.

⁵⁴ Józef Kostrzewski (Hrsg.): Sprawozdanie z prac wykopaliskowych w grodzie kultury / łuzyskiej w Biskupinie w powiecie znińskim / praca zbiorowa pod red. Józefa Kostrzewskiego. Poznań 1950.

⁵⁵ Pieter J. R. Moddermann: Ein Dorf der jüngeren Steinzeit in Hienheim. In: Neue Ausgrabungen in Bayern 1970, S. 8–9; ders.: Linearbandkeramische Bauten aus Hienheim im Landkreis Kelheim. In: Jahresberichte der bayer. Bodendenkmalpflege 6/7, 1965/66, S. 7–13; Friedbert Ficker: Die bandkeramischen Funde von Hienheim. In: Unser Bayern 15, 1966,6, S. 47–48.

⁵⁶ Hansjürgen Müller-Beck: Ein Schweizer Dorf vor vier Jahrtausenden. In: Umschau in Wissenschaft und Technik 1960,2, S. 43–46.

rch Hermann Parzinger zur Erforschung der metallzeitlichen Besiedlung⁵⁷ zu denken, um Bersus nachhaltiges Wirken zu ermessen.

Durch den gewaltigen Auftrieb, den die vorgeschichtliche Haus- und Siedlungsforschung der Initiative Gerhard Bersus verdankte, hat auch die historische und volkskundliche Hausforschung Anregungen erhalten. Es ist hier z. B. an Friedrich Behns weiterführende Arbeit in der Bauernhausforschung⁵⁸ oder an seine Auseinandersetzung mit den Hausurnen⁵⁹ zu erinnern. In diesen Reigen reiht sich endlich die aus der Erfahrung des praktischen Architekten und Baufachmannes erfolgte Betrachtung von Hermann Weidhaas zur Hausurne von Obliwitz ein.⁶⁰

Ein bewegtes Forscherleben wurde so im Blick auf das vorliegende Thema als Hauptanliegen Bersus in knappen Strichen skizziert. Es sind ihm neben den Höhen vorausweisender Erfolge auch die Tiefen nicht erspart geblieben. Doch war es seine Dynamik, die ihn Schwierigkeiten meistern und überwinden half. Seiner gedenken, heißt, sich an heute selbstverständliche Grundlagen prähistorischer Forschung zu erinnern, an deren Entwicklung Gerhard Bersu wesentlichen Anteil hat.

⁵⁷ Anm. 25

⁵⁸ Friedrich Behn: Die Entstehung des deutschen Bauernhauses. Berichte über die Verhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, philologisch-historische Klasse, Bd. 103, H. 3, Berlin 1957.

⁵⁹ Ders.: Hausurnen. Vorgeschichtliche Forschungen, Bd. 1, 1924.

⁶⁰ Hermann Weidhaas: Zur Hausurne von Obliwitz. In: Wiss. Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, 13. Jg. 1966, H. 5, S. 521–526.

Herbert Hörz

Konfrontation oder Kooperation? Georg Knepler, Macht ohne Herrschaft. Die Realisierung einer Möglichkeit, hrsg. von Stefan Huth, Kai Homilius Verlag Berlin 2004, Politik und Denken Bd. 2, 245 S.

Es ist ein an- und aufregendes Thema für alle, die für eine zukünftige humane Gesellschaft eintreten, das unser langjähriges Sozietätsmitglied, den Musikwissenschaftler Georg Knepler (1906-2003), beschäftigte. Im Dezember 2002 sandte er an einen ausgewählten Kreis die von ihm redigierten Teile des Buches "Macht ohne Herrschaft": Vorwort, Einleitung und die ersten drei Kapitel, "Darwins Evolutionstheorie", "Marx' Theorie von der Assoziation freier Produzenten" und "Menschwerdung", sowie die Inhaltsangabe für weitere Kapitel. Man war gespannt, wie der Nachweis, dass Konfrontation im Leben der Menschen überwindbar ist, weiter geführt wird. Die Entstehungsgeschichte der Barbarei und der Menschlichkeit sollte zeigen, dass es in der Menschenwelt zwei antagonistische Arten von Verhaltensweisen gibt: kooperative und konfrontative. Von den Einsichten der bedeutenden Entwicklungsdenker Charles Darwin für die Natur und Karl Marx für die Gesellschaft ausgehend, war Einsicht zu "gewinnen in die Notwendigkeit und Möglichkeit weiterer Schritte, innerhalb der Naturgegebenheiten friedliche menschliche Gesellschaften zu errichten." (S. 7)¹ Knepler sieht die Möglichkeit einer Assoziation freier Produzenten, die mit kooperativen Verhaltensweisen Macht ohne Herrschaft verwirklicht. Er analysiert dazu historische und aktuelle Ereignisse, entwickelt programmatische Überlegungen und weist auf nächste Schritte der Weltbewegung für Frieden und Sicherheit hin. Die Durchsetzung von Gleichheit und Gleichberechtigung der Menschen verlange: "Abschaffung kapitalistischer oder irgendeiner anderen Herrschaft als Voraussetzung für die Befreiung der Menschheit." (S. 218)

¹ Die Zahlen in runden Klammern beziehen sich auf das oben genannte Buch

Dem Herausgeber Stefan Huth ist es zu danken, dass er aus den Fragmenten für die noch nicht bearbeiteten Kapitel, die Knepler im Computer speicherte, um sie dann zusammenzufassen, durch sorgfältige Arbeit ein lesbares Manuskript zusammenstellte. Die Inhaltsangaben zu den Kapiteln "Die Herausbildung ethischer und ästhetischer Wertkriterien", "Der Kapitalismus", "Gleichberechtigung. Kämpfe, Schwierigkeiten, Erfolge bei ihrer Realisierung" werden durch verschiedene Ausarbeitungen von Knepler untersetzt, die als Entwürfe zu den unvollendeten Kapiteln abgedruckt sind. Kneplers Ideenpool für eine Theorie der kooperativen Entwicklung der Menschheit wird so deutlich, eingebunden in den Rahmen des Entwicklungsdenkens, der sorgfältigen Analyse von Herrschaftsformen, der bewahrenswerten Erkenntnisse früherer Revolutionäre, der Gründe für ihr Scheitern und der Allseitigkeit menschlichen Verhaltens, das Vernunft und Genuss, Wissenschaft und Kunst, Theorie und Alltagserfahrung umfasst.

Das Buch behandelt prinzipielle Fragen, so die Begründung menschlicher Rechte. Gegen ihre Rechtfertigung durch Religion und Natur setzt er ihre Selbstevidenz. Der Gedanke von der Gleichheit aller Menschen bilde sich in Revolutionen heraus. So sei die Grundidee der Amerikanischen Revolution, Leben, Freiheit und das Streben nach Glück als selbstevidente Rechte aller Bürger aufzufassen. Von Jefferson und Paine verteidigt, werden sie von Washington und Hamilton ausgehöhlt, die die britische Herrschaftsform übernehmen und modernisieren. Der Autor differenziert zwischen Herrschen und Regieren. Herrschen heiße, die Sollwerte, die Strategie, durch die festzulegen, die die reale Macht im Staat haben, während die Regierenden die Sollin Istwerte umsetzen und so die Macht repräsentieren. (S. 132) Selbst Jefferson konnte als Präsident der USA nur wenige Vorstellungen umsetzen. Er sei deshalb als Revolutionär gescheitert. (S. 172)

Kooperation trete immer wieder auf und werde von Konfrontation verdrängt, so Knepler. Am Beispiel der Anfrage von Vera Sassulitsch an Karl Marx zur russischen Dorfgemeinschaft geht es ihm um den Dualismus von Gemeineigentum und die durch das private Haus mögliche Entwicklung der Persönlichkeit. Man könne sich die positiven Errungenschaften des Kapitalismus aneignen, ohne ihre Nachteile mit zu erleiden. (S. 50) Konfrontation siege nicht unbedingt. So gebe es eine neue Phase des Kapitalismus, in der die Großbourgeoisie als europäische Union auf aufwendige militärische, geheimdienstliche und propagandistische Mittel verzichte und durch Verträge mit souveränen Staaten Handel mit China, Russland und Indien treibe. (S. 86)

184 Herbert Hörz

Knepler betont: "Der Weltbewegung fehlt eine zeitgemäße Theorie der Weltveränderung." (S. 89) Mit seinen Überlegungen und Analysen liefert er wichtige Ansatzpunkte, die darauf hinauslaufen, alle Elemente einer humanen Gesellschaft in der Frühgeschichte und in späteren gesellschaftlichen Systemen zu suchen und zu bündeln, um zu einer Assoziation freier Produzenten zu gelangen, in der die Freiheit des Einzelnen Grundlage für die Freiheit Aller ist. Theorie und Praxis, Erfahrung der Massen und revolutionäre Ziele gehören zusammen, betont der Autor, denn Revolutionäre scheiterten, wenn sie sich von den Massen entfernten, sich im Kleinkrieg untereinander und im Verprellen möglicher Bündnispartner aufrieben. "Es kann sich die Empörung, der Zorn, die Verzweiflung über herrschendes Unrecht auf unterschiedliche Weise äußern, unter denen zwei wichtig sind: spontane Erhebungen ausgeplünderter arbeitender Menschen, Erarbeitung theoretischen Verständnisses des Funktionierens von Klassengesellschaften. Diese beiden Äußerungsformen revolutionärer Energie sind nicht, wie es manchmal geschieht, als Alternativen zu sehen und schon gar nicht als einander ausschließend. Alles hängt davon ab, dass und wie die beiden zueinanderkommen." (S. 207) Wie das geschieht, wird in vielen der von Knepler verfassten Fragmente zur Amerikanischen und Französischen Revolution, zum europäischen Revolutionszyklus und zu anderen Bewegungen untersucht.

Knepler nennt zwei Fehlurteile von Marx und Engels. Erstens stimme die "Annahme, eine ethnisch einheitlich empfundene und benannte Menschengruppe bilde wirklich eine Einheit" nicht. (S. 31) Es gäbe nicht "die Franzosen", "die Deutschen", "die Juden". Zweitens sei die Feststellung von Engels problematisch, die Marx teilweise teilte, der Lauf der Geschichte sei durch innere allgemeine Gesetze beherrscht, subjektives Denken und objektive Welt seien denselben Gesetzen unterworfen. Knepler dazu: "Damit ist der entscheidende Unterschied zwischen Naturgeschichte und Menschengeschichte eliminiert. Willensbildung und bewusste Zielsetzung der Menschen bleiben unbeachtet." (S. 32) Der Geschichtsautomatismus, wie er aus der Abfolge von Gesellschaftsformationen von manchen Marxisten abgeleitet wurde, wird zurückgewiesen. "Auch sind die Gesellschaftsformationen nicht so säuberlich voneinander abgesetzt, wie sie in manchen sowjetischen und realsozialistischen Ökonomielehrbüchern zu sein scheinen ... Fruchtbarer ... sind Überlegungen zum Denken und Handeln der Subjekte in revolutionären Situationen." (S. 197) Automatismus sieht er auch in der Vorstellung von Engels, Männerherrschaft habe Mutterrecht verdrängt, da sich Kulturen mutterrechtlichen Charakters erhalten hätten und am Anfang der Menschen-geschichte verschiedene urgesellschaftliche Kulturen, teilweise isoliert, nebeneinander existierten. (S. 32) Knepler zeigt, dass Marx die These von mit Notwendigkeit eintretenden Ereignissen verabschiedet habe. "Nicht nur vom jeweiligen historischen Milieu hängt ab, was geschehen wird, sondern von Individuen, also auch von List und Zufall, von Leidenschaften." (S. 49) Das ist richtig und bedarf doch der Vertiefung.

Entsprechend dem kritisch-konstruktiven Herangehen Kneplers, das ieder lobte, der mit ihm diskutierte, wäre sein Argument, die allgemeine Dialektik eliminiere Unterschiede zwischen Natur und Gesellschaft, zu problematisieren. Zielsetzungen der Menschen sind mit relativen Zielen des natürlichen und gesellschaftlichen Geschehens gekoppelt, also mit objektiven Tendenzen der weiteren Entwicklung, die mehr oder weniger genau bekannt sind, jedoch Möglichkeitsfelder eröffnen, die durch aktives Handeln von Menschen beeinflusst werden. Es geht um die theoretische Verbindung der Erkenntnis von der Offenheit der Zukunft und von ihrer Gestaltbarkeit. Objektive Gesetze sind keine Automatismen und doch sind sie Basis unseres gezielten Handelns. Naturgesetze enthalten Möglichkeiten, die sich unter natürlichen Bedingungen kaum realisieren. Menschen züchten nach ihren Nutzenskriterien Tiere und Pflanzen. Die interessanten und diffizilen Untersuchungen im Buch zum Handeln von Revolutionären, ihrer Bündnispolitik, den Kompromissen in bestimmten Situationen und der oft fehlenden Konsequenz zeigen, wie eng die Beziehungen von objektivem Geschehen und bewussten Antizipationen der Zukunft in Programmen und Entscheidungen sind. Es ist eine Hierarchie objektiver Gesetze zu beachten, die eine allgemeine Dialektik mit übergreifenden Entwicklungsgesetzen von Natur, Gesellschaft und Erkenntnis berücksichtigt, doch die Spezifik menschlichen Handelns in konkret-historischen Situationen ebenfalls erfasst. Objektive Gesetze enthalten für Systemelemente zufällige Verwirklichungen von Möglichkeiten mit bestimmter Wahrscheinlichkeit. Das gilt für Natur und Gesellschaft. Menschen können durch ihr Handeln Möglichkeitsfelder und Wahrscheinlichkeiten modifizieren. Einsichten in die objektiven Möglichkeiten führen zu realisierbaren Programmen aktiver Zukunftsgestaltung. Dabei wird aus Versuch und Irrtum gelernt.

Die nächsten Schritte der Weltbewegung für Frieden und Sicherheit dienen nach Knepler dazu, den Mangel an Information und Kommunikation zu beheben. (S. 88) Dazu ist "das Informationsmonopol der Großbourgeoisie zu brechen" (S. 89), damit das Neue, das Entstehen realer Alternativen zur unilateralen Großmacht- und Unterdrückungspolitik der USA, nicht vertuscht und die Entscheidungen der Administration nicht mit Scheinargumenten ge-

186 Herbert Hörz

rechtfertigt werden. Dazu sieht er Möglichkeiten in der internationalen Kommunikation der Gegner von Aggressionskriegen, der Kritiker der Naturzerstörung und des sozialen Elends, die die Verhältnisse menschlich machen wollen. Erfahrungen der Nichtherrschenden können, zusammengefasst, eine neue Aufklärung sein. Skepsis und Zweifel gelte es auszuräumen, dass Russland, China und Indien bereit sind, am Kampf für Frieden und Sicherheit mitzuwirken. (S. 90) Genauer zu bestimmen sei, was unter Terrorismus zu verstehen ist, da die USA mit den Taliban Terroristen unterstützte. (S. 91) Eine neue internationale Populärwissenschaft sei ins Leben zu rufen, die nachweisen könne, dass Gewaltpolitik ohne Gewalt aufzuhalten sei, was von der Zukunft in einer befreiten Welt erwartet werden kann, wie die Geschichte der Arbeit, der Technik, der Wissenschaften, der Künste aussieht. (S. 93f.)

Europazentrismus ist Knepler fremd. Die Analysen von Werteveränderungen in den USA bis zur heutigen Zeit in der Auseinandersetzung von herrschenden Ideen und alternativen Konzepten, dargestellt in Literatur und Filmen, ist spannend, differenziert und doch konzeptionell einfach zu erfassen. "Das Konzept der Bourgeoisie, das, wie gesagt, nackt und hässlich wie es ist, sich in der Öffentlichkeit nicht zeigen kann, sollte es knapp formuliert werden, müsste lauten: Gut ist, was mittels Geschäft und Krieg unseren Besitz vermehrt." Das alternative Konzept lautet: "Gut ist, was Leben schützt, fördert, lebenswert macht." (S. 187) Der Autor verweist auf die zahlreiche, starke und an Bedeutung wichtige unterprivilegierte Gruppe der Frauen: "Ihre kritische Begutachtung der Welt, in der sie leben, ihre Bewichtung und Bewertung des Beobachteten, ihre skeptische Geringschätzung der Werte, wie sie in der besitzbesessenen Männerwelt der USA gelten, haben dort weit tiefere Eindrücke hinterlassen und auch handfeste nachweisbare Konsequenzen im praktischen Leben bewirkt als die europäische Frauenbewegung. In der Männerwelt der USA ist sicherlich Verwirrung entstanden, Hohn und Unverständnis, aber auch Nachdenklichkeit und Umdenken." (S. 187) Knepler geht es um die Gleichberechtigung aller Schichten, so auch der Afroamerikaner gegenüber den WASPs, den White Anglo-Saxon Protestants, in denen manche Theoretiker die Identität der US-amerikanischen Nation suchen.

Beeindruckend am Buch ist die Verbindung von Detailkenntnissen mit weitreichenden Konsequenzen, von differenzierter Ereignisdarstellung und Schlussfolgerungen für eine humane Gesellschaft, von historischen Analysen und aktuellen Bezugspunkten. Es lohnt sich, das Buch zu lesen und die Probleme weiter zu durchdenken.

Ditte Bandini-König: Die Felsbildstation Thalpan, I, Kataloge der Chilas-Brücke und Thalpan (Steine 1-30). Bearbeitung der Inschriften durch Gérard Fussman, Oskar von Hinüber, Thomas O. Höllmann, Nicholas Sims-Williams. Mit einem Vorwort von Harald Hauptmann, Verlag Philipp von Zabern, Mainz 2003, 209 S. mit 2 Farb- u. 8 Schwarzweißabb., 144 Tafeln; Urdu: VII 2 S. Materialien zur Archäologie der Nordgebiete Pakistans, Bd. 6.

Ein Blick auf die Entwicklung der Felsbildforschung zeigt, dass sich im 20. Jahrhundert eine enorme Ausweitung sowohl in die Breite als auch in die Tiefe vollzogen hat. Dabei waren freilich im 19. Jahrhundert aus dem damaligen Wissensstand geborene Anschauungen zu überwinden, ehe eine vorurteilslose Auseinandersetzung mit diesen frühen und frühesten bildnerischen Darstellungen der Menschheit möglich wurde.

Während z. B. in den frühesten Deutungsversuchen der nacheiszeitlichen nordischen Felsgravierungen Übungsversuche von Steinhauerlehrlingen oder eine Art Bilderschrift gesehen wurden¹, erlebte die Entdeckung der Malereien in der Höhle von Altamira zunächst überhaupt eine Ablehnung², weil man sich einfach nicht vorstellen konnte, dass diese atemberaubend lebendigen Darstellungen um Tausende von Jahren vor der ägyptischen Kunst entstanden sein sollten, die als Folge falsch verstandener formaler Beurteilung als die frühesten künstlerischen Zeugnisse galten. Die kursorische Aufzählung lässt sich fortsetzen mit dem Studium der nacheiszeitlichen ostspanischen Felsmalereien³ oder mit dem Hinweis auf die bronze- und

Peter Sass Christiansen/Hans Rostholm: Vitlycke, Felszeichnungen, Vitlycke o.J., S. 4.

² Herbert Kühn: Eiszeitkunst. Die Geschichte ihrer Erforschung, Göttingen, Berlin, Frankfurt, Zürich 1965, S. 105ff.; Friedbert Ficker: Altamira und die Kunst der Eiszeit. In: Bildende Kunst 1982, 9, S. 432–433.

³ Hugo Obermaier: Neue diluviale Felsmalereien in der Provinz Castellon (Ostspanien). In: Forschungen und Fortschritte 11, 1935, Nr. 33, S. 417–418; ders.: Probleme der paläolithischen Malerei Ostspaniens. In: Quartär 1, 1938, S. 11ff.

eisenzeitlichen Gravierungen im norditalienischen Val Camonica⁴. Mit dem geöffneten Blick traten neue Funde hinzu, so in Graubünden⁵ oder die Bilderhöhle Cosquer bei Marseille⁶, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die sich rasch entwickelnde Forschung lenkte bald den Blick auf außereuropäische Bereiche, nachdem die europäischen Felsbilder lange Zeit die Aufmerksamkeit für sich beansprucht hatten. Nach ersten Entdeckungen von Felsbildern in Nordafrika um die Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte deren systematische Bearbeitung ein Jahrhundert später. Daran lässt sich die Erforschung der australischen Eingeborenenkunst durch Andreas und Katharina Lommel oder von Felsbildern in Patagonien anschließen, wie auf die seit dem 18. Jahrhundert bekannten und im 20. Jahrhundert bearbeiteten asiatischen Felsbilder hinzuweisen ist¹⁰. Mit dem Blick auf die Felsbilder des Latmos-Gebirges in der Westtürkei¹¹ und dem kurzen Hinweis auf die armenischen Darstellungen¹² sowie auf die indischen Felsbilder¹³ führt der Weg zu einer Felsbildstation im Norden Pakistans.

Die Felsbilder von Thalpan liegen in einer Höhenlage von 1050 m ü. M. im Becken von Chilas, einem Hochtal Nordpakistans. Vom Indus durchflossen, wird das Gebiet im Norden von den zum Hindukusch gehörenden Gilgit-Ketten, im Süden von den Randgebirgen des Westhimalaya mit dem 2145 m hohen Harpan und im Nordwesten von dem Massiv des Nanga Parbat mit ei-

⁴ Emanuele Süss: Rock carvings in the Valcamonica, Milan 1954; Emanuel Anati: Capo di Ponte, Centro dell' arte camuna, Breno 1963; Friedbert Ficker: Hirsche und Hunde – Dolche und Inschriften. Felsbilder im Val Camonica. In: Antike Welt 29, 1998, H. 2, S. 123–125.

⁵ Friedbert Ficker: Neue Felsbilder in Graubünden. In: Die Kunst und das schöne Heim, 1971, H. 1, S. 24–25; Urs Schwegler u. a.: Felszeichnungen in Graubünden. In: helvetia archaeologica 28, 1997, S. 111/112.

⁶ Jean Clottes/Jean Courtin: Cosquer bei Marseille, Sigmaringen 1995 (bespr. in Bayer. Vorgesch., Bl. 63, 1998, S. 338–339).

⁷ Jean Dominique Lajoux: Wunder des Tassili n' Ajjer, Paris, München 1962; Karl Heinz Striedter: Felsbilder der Sahara. München 1984.

⁸ Andreas Lommel: Die Kunst des fünften Erdteils Australien, München 1959.

⁹ Oswald F. A. Menghin: Labyrinthe, Vulvenbilder und Figurenrapporte in der Alten und Neuen Welt. In: Beiträge zur Alten Geschichte und deren Nachleben (Festschrift Franz Altheim), Bd. 1, S. 1–13 u. 567–571.

¹⁰ Peter Snoy: Asiatische Felsbilder I u. II. In: Umschau in Wissenschaft und Technik 61, 1961, H. 2, S. 41–43 u. H. 3, S. 69–72.

Anneliese Peschlow-Bindokat: Frühe Menschenbilder. Die prähistorischen Felsmalereien des Latmos-Gebirges (Westtürkei), Mainz 2003 (bespr. In: Bayer. Vorgesch., Bl. 68, 2003, S. 194–195).

¹² G. H. Karakhanian/P. G. Safian: The Rock carvings of Syunik, Yerevan 1970.

¹³ Lothar Wanke: Indische Felsbilder, Graz 1978.

ner Höhe von 8126 m eingeschlossen. Chilas liegt im Schnittpunkt wichtiger Handelswege und erlangte deshalb die Rolle eines Zentrums. Von hier führen die von Zentralasien und aus der Gilgit-Ebene kommenden Verkehrsverbindungen zu dem in 4268 m Höhe liegenden Babusar-Pass, über den der Weg schließlich nach Kaschmir und über Hagara in die Tiefebene des Indus führt. Diese zentrale Lage lässt bei der Konzentration der Felsbilder daran denken, dass in Chilas das kultische Zentrum dieses Gebietes zu suchen ist. Der Nachweis lässt sich zwar erst seit der buddhistischen Zeit mit der Anhäufung buddhistischer Felsbilder und Inschriften führen. Doch zeigen die aus verschiedenen Zeiten stammenden und bis ins Epipaläolithikum zurückreichenden Darstellungen, dass es sich in Chilas um einen über lange Zeiträume bekannten und genutzten Zentralort mit kultischer Bedeutung handelt.

Chilas und Thalpan gehören als Zentrum zu einer Felsbildregion, die sich etwa über 100 km in den nordpakistanischen Hochgebirgszügen am Oberlauf des Indus von Shatial in Indus-Kohistan bis zu der südlich von Gilgit gelegenen Brücke von Raikot hinzieht. Die wissenschaftliche Bearbeitung der Felsbilder des Chilas-Gebietes wird wesentlich Karl Jettmar, dem verdienstvollen deutschen Erforscher der Ethnologie und der Vor- und Frühgeschichte Zentralasiens verdankt, der ihre Bedeutung auf einer Forschungsreise im Jahre 1973 erkannt hat. Die systematische Erforschung konnte erst beginnen, nachdem die nach 1974 verschlossene Region mit der 1979 erfolgten Eröffnung des Karakorum Highway wieder zugängig wurde. Nach Dokumentierungsarbeiten zwischen 1981 und 1988 nahm im Auftrag der Heidelberger Akademie der Wissenschaften eine Forschergruppe unter der Leitung von Harald Hauptmann die Bearbeitung der Felsbilder und Inschriften von Chilas-Brücke und dem gegenüberliegenden Thalpan vor. Wie dringend notwendig es ist, derartige Zeugnisse vergangener Zeiten zu erfassen und zu dokumentieren, zeigen die Sprengungen an mehreren Felsgruppen im Frühjahr 1998 in Thalpan, denen einige wichtige Felsbilder, darunter Buddha-Darstellungen am sogen. "Altarfelsen", zum Opfer fielen.

Als Ergebnis dieser Heidelberger Forschungen liegt in einer geplanten Reihe zur Gesamtdokumentation ein erster Band über die Felsbilder und Inschriften von Chilas-Brücke und Thalpan vor. Die von Ditte Bandini-König besorgte und in der Bearbeitung der Inschriften durch Gérard Fussman, Oskar von Hinüber, Thomas O. Höllmann und Nicholas Sims-Williams unterstützte Veröffentlichung erschien, finanziert durch die Heidelberger Akademie, in vorbildlicher Ausstattung im Verlag Philipp von Zabern in Mainz als Band 6 in den Materialien zur Archäologie der Nordgebiete Pakistans. Insgesamt

werden in dem Band etwa 1100 Gravuren erfasst, davon ungefähr 550 aus der Station Chilas-Brücke am südlichen Indusufer und weitere 550 von der Station Thalpan am gegenüberliegenden Nordufer. Der weitaus größere Teil der Darstellungen in Thalpan wartet freilich noch auf die Katalogisierung und soll in weiteren Bänden folgen. Die wissenschaftliche Erschließung konnte dank der guten Zusammenarbeit mit dem Kulturministerium Pakistans in Islamabad und dem Department of Archeology and Museums in Karachi erfolgen. Die Publikation ist zugleich dem Gedenken Karl Jettmars gewidmet.

Die Gliederung des Bandes erfolgt nach dem Vorwort, Karten und Übersichtsphotos in einer knappen Einleitung, technischen Erläuterungen zu den Katalogen sowie Definitionen, dem in die beiden Fundkomplexe geteilten Katalog, einem Abkürzungsverzeichnis, der Bibliographie, den Indices zu den Bildern und Inschriften und den Tafeln. Den Abschluss bildet die Urdu-Fassung des Vorworts und der Einleitung. Ein großer Teil der Bilder gehört dem buddhistischen Motivkreis mit den Stupas, Buddhas und Bodhisatvas an. Daneben tritt in beiden Stationen eine beachtliche Zahl von sicher älteren, meist stilisierten und abstrahierten Darstellungen von Menschen und Tieren auf. Da für eine ausführliche Beschreibung, die Einordnung und wissenschaftsgeschichtliche Behandlung ein eigener abschließender Band vorgesehen ist, kann hier nur auf einige im Text hervorgehobene Besonderheiten hingewiesen werden, so, "dass die Felsbilder im unteren Teil des Felsens im wesentlichen nach links, die des oberen Teils nach rechts orientiert sind", oder die Annahme, dass es weder in Chilas-Brücke noch in Thalpan "Beispiele der vermutlich ältesten Felsbilder des Oberen Indus gibt".

So kann auch zu dem Hinweis in der Einleitung auf den achämenidischen und den zentralasiatischen Tierstil ohne abschließende Diskussion nur auf die formale Übereinstimmung dieser Menschen- und Tierdarstellungen mit schwedischen Felsbildern der Bronze- und Eisenzeit oder des Val Camonica mit der gleichen Zeitstellung ebenso wie mit bronzenen Hirschdarstellungen aus Amlach hingewiesen werden. Es scheint, dass sich hier gestalterische Auffassungen aus gleichen ökonomischen und geistigen Zeitabschnitten gegenüberstehen.

Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhaussen (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Redaktion Konrad Clewing, Böhlau Wien/UTB Stuttgart 2004, 776 S. ISBN 3-8252-8270-8.

Das Biographische Lexikon zur Geschichte Südosteuropas – ein Vierteljahrhundert nach seinem Erscheinen noch immer ein unentbehrliches Nachschlagewerk – hat trotz seines unbestrittenen Wertes bis heute nur einen begrenzten Teil des weiten Feldes der südosteuropäischen Geschichte erfassen können, ganz abgesehen davon, dass die mit dem Ablauf der historischen, politischen und gesellschaftlichen Ereignisse eng verflochtenen künstlerischen und kulturellen Erscheinungen kaum beachtet wurden. Das trifft in gleicher Weise für die historischen Abrisse für die einzelnen südosteuropäischen Länder zu, wie zum größten Teil für die einzelnen Bände des Südosteuropa-Handbuches.

Die so über die Jahre immer wieder schmerzvoll empfundene Lücke in der wissenschaftlichen Südosteuropaliteratur hat nun einen bemerkenswerten Versuch zur Schließung gefunden. Im Verlag Böhlau ist in der Zusammenarbeit mit einer Verlags-Arbeitsgemeinschaft ein Lexikon zur Geschichte Südosteuropas erschienen. Als Herausgeber des als Desiterat empfundenen Unternehmens zeichnen Edgar Hösch, Karl Nehring und Holm Sundhaussen, die Redaktion lag in den Händen von Konrad Clewing. Von 62 Mitarbeitern, die selbst auf dem Gebiet der südosteuropäischen Geschichte tätig sind, ist in 621 Stichworten versucht worden, die Geschichte der südosteuropäischen Länder und Völker – wiederholt wurde zwischen diesen beiden Begriffen in der lexikalischen Bearbeitung eine Trennung vorgenommen – unter verschiedenen Gesichtspunkten vorzustellen und darüber mit ergänzenden und erweiternden Literaturangaben zu berichten.

Es bedarf keiner Frage, dass ein derartiges Unternehmen, zumal als ein erster Versuch für diesen Bereich, Wünsche zum Inhalt und zur Gestaltung offen lässt – wobei ja auch die verlegerische Seite verständliche Grenzen setzt, beispielsweise hinsichtlich Umfang und Aufmachung. Bei aller Rück-

sicht auf derartige Fragen und Probleme sind doch einige Anmerkungen notwendig. So ist, wie leider bei historisch orientierten Werken bisher immer, der Bereich der Kunst unberücksichtigt geblieben. Damit wird auf einen großen und ertragreichen Quellenteil verzichtet, der den Gesamtaussagewert des Werkes einschränkt. Es geht hier nicht um die ästhetische und formgeschichtliche Beurteilung unter kunsthistorischen Gesichtspunkten, sondern um die gesellschaftlich-politische und historische Aussage von Werken der Architektur und der bildenden Kunst, die unbestritten ist und künftig mit der verdienten Beachtung genützt werden sollte. Über diesen offensichtlichen Mangel helfen auch gelegentlich auftretende Stichworte zu ethnologischen Begriffen nicht hinweg, da sie ohnehin nur einen eng umgrenzten Bereich dieses weiten Feldes umfassen.

Trotz dieser Hinweise, die einer späteren Neubearbeitung als Bereicherung dienen können, bleibt der Eindruck eines nützlichen Handbuches, das sicher in den einschlägigen Fachkreisen als willkommenes Hilfsmittel aufgenommen werden wird – bildet es doch über die aktuelle Bedeutung hinaus zugleich die Grundlage für die künftige Arbeit, zu der noch einige ergänzende Anmerkungen gestattet seien.

Bei dem Begriff "Akademie" (S. 27–29) wäre es sicher angebracht, auf die grundsätzliche Vorbildwirkung von Leibniz hinzuweisen. Unter der Literatur zu dem Stichwort "Athen" (S. 63) hätte man die Bände von Hans Hermann Russack "Deutsche bauen in Athen" (Berlin 1942) und von Alexander Papageorgiou-Venetas "Hauptstadt Athen" (München, Berlin 1994) als nutzbringende Ergänzungen gerne gesehen. Zum "Großmährischen Reich" ist auf folgende Veröffentlichungen hinzuweisen: Helmut Preidel "Das Großmährische Reich im Spiegel der Bodenfunde", Josef Poulik "Mikulče. Sidlo a pevnost knizat velkomoravských" (Praha 1975) sowie Hermann Weidhaas "Methodius und die Mährer" (Jahrbuch für Geschichte Osteuropas 2, 1937, 2) und ders. "Zur Frage der przemyslidischen Rundkirchen" (Kyrios 2, 1937). Bei dem Stichwort "Kosovo" (S. 378–381) sollte nicht verschwiegen werden, dass nach den ersten Ausschreitungen im März 1981 zwei Jahre später ein Brandanschlag auf die Patriarchatskirche in Peć mit der Vernichtung einer Bilderwand im Nartex mit unersetzbaren mittelalterlichen Wandmalereien verübt wurde, dem am 20. 3. 2004 die Zerstörung der Muttergotteskirche Bogorodica Ljeviška in Prizren folgte (hierzu F. Ficker, Zur Erinnerung an die Bogorodica Ljeviška in Prizren, in: Das Münster 2004, 4). Zum Stichwort "Slavenapostel" (S. 625-627) sei der Katalog "Obrazite na Sv. Sv. Kirili i Methodi i Sv. Sedmočislenici v Balgarskoto izobrazitelno izkustvo" (Sofia

1993) mit umfangreicher Bibliographie genannt. Bei dem Begriff "Südosteuropa" (S. 663–666) sollten die noch immer überdenkenswerten Ausführungen von Fritz Machatschek, Fritz Valjavec und Josef Matl zur Trennung zwischen Ost- und Südosteuropa nicht übersehen werden. Endlich ist die Literatur zur "Zips" (S. 764) mit dem Werk von Oskar Schürer und Erich Wiese "Deutsche Kunst in der Zips" (Brünn, Wien, Leipzig 1938) und dem Aufsatz von Gerhard Strauß und Hermann Weidhaas "Deutsche Kunst in der Zips" (Jomsburg 3, 1939) zu ergänzen. In dieser einstigen, heute nur noch bedingten Volkstumsinsel ist nach Strauß und Weidhaas "das kunstgeschichtliche Geschehen auch in einzigartiger Weise vom geschichtlichen Schicksal bestimmt" und wird damit in der Umkehr im bereits genannten Zusammenhang zum historischen Dokumentationsmaterial.

Zusammenfassend handelt es sich bei dem handlichen Band um ein breit angelegtes Nachschlagewerk. Es stellt für die einschlägigen Bibliotheken und Institute wie für die private wissenschaftliche Beschäftigung von Historikern, Kunst- und Kulturhistorikern oder Ethnologen mit Südosteuropa ein erschwingbares Arbeitsinstrument dar.